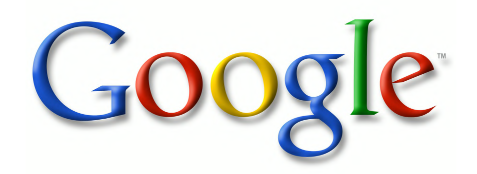




DIE STELLUNG

DER

ÖSTERREICHISCHEN REGIERUNG

ZUM

TESTAMENTE NAPOLEON BONAPARTE'S.

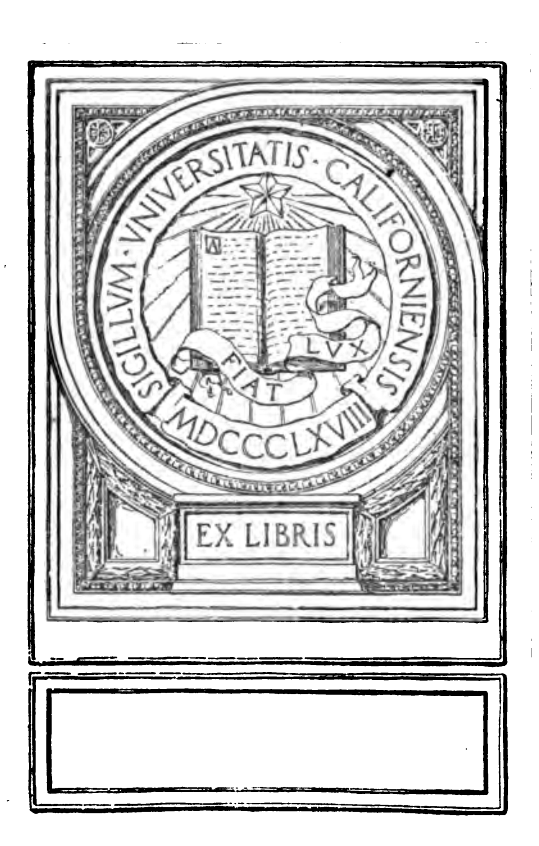
VON

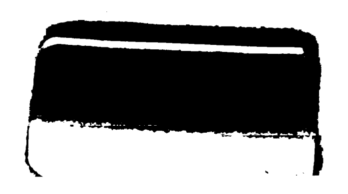
DR. HANNS SCHLITTER.

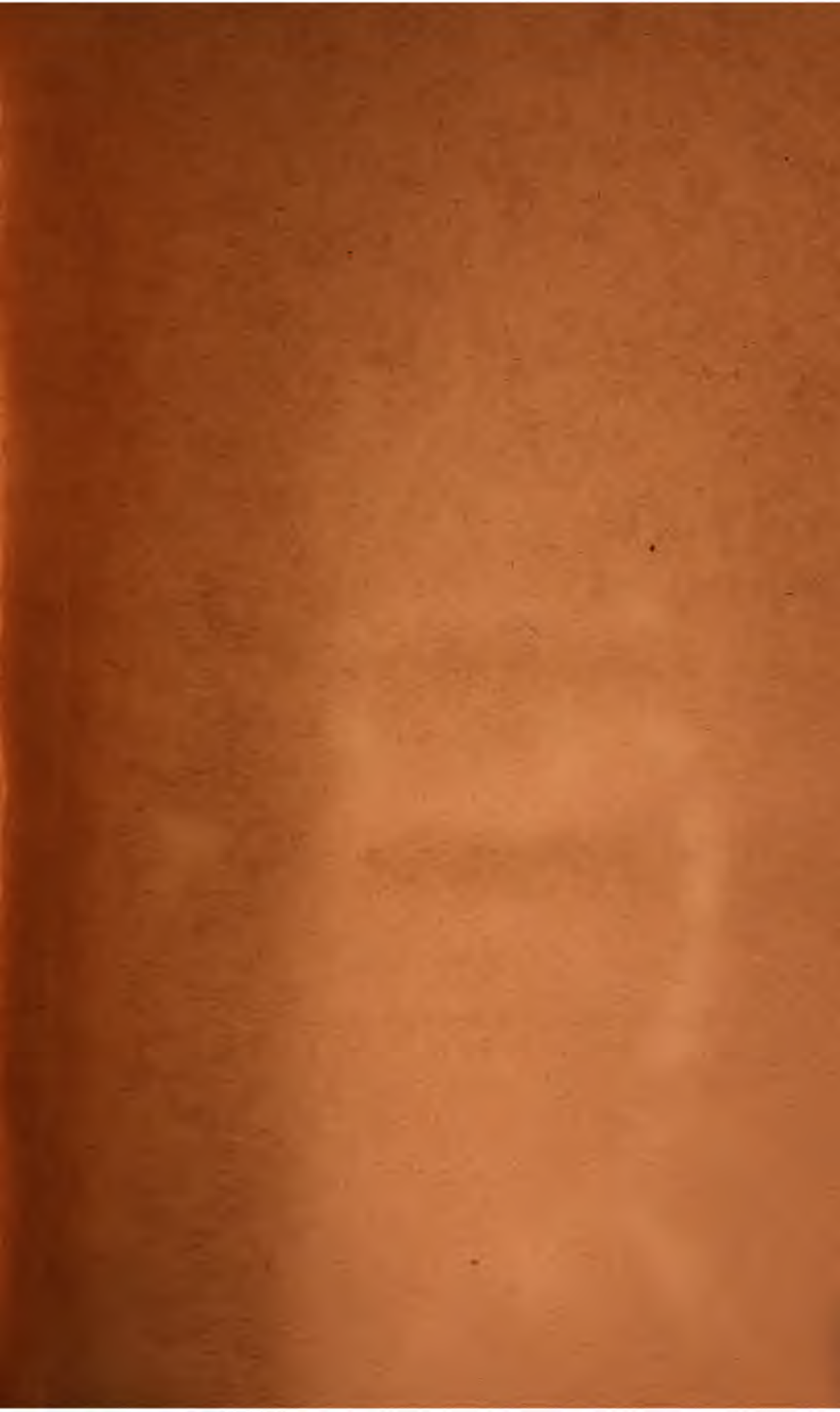
WIEN, 1893.

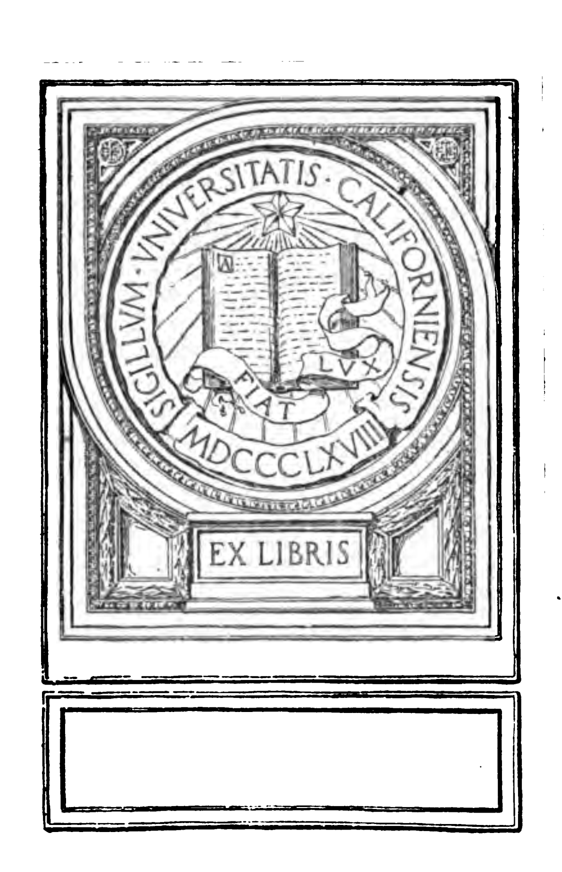
IN COMMISSION BEI F. TEMPSKY

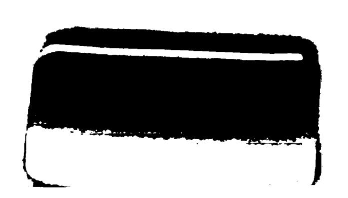
BUCHHÄNDLER DER KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.


SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

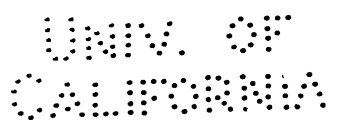





SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS







DIE STELLUNG

DER

ÖSTERREICHISCHEN REGIERUNG

ZUM

TESTAMENTE NAPOLEON BONAPARTE'S.

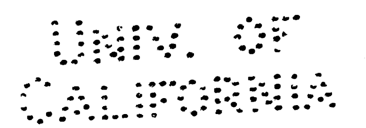
VON

DR. HANNS SCHLITTER.

WIEN, 1893.
IN COMMISSION BEI F. TEMPSKY
BUCHHÄNDLER DER KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.

Aus dem Archiv für österr. Geschichte (Bd. LXXX, I. Hälfte, Seite 1)
separat abgedruckt.

Druck von Adolf Holzhausen.
k. und k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker in Wien.



Vorwort.

Mit der Fortsetzung meiner Arbeiten über die Napoleoniden beschäftigt, kam ich bei der Durchforschung der reichen Schätze des k. und k. Haus-, Hof- und Staatsarchives auf eine grosse Menge von Acten, welche ausschliesslich das Testament Napoleons I. betreffen. Die Bedeutung des Stoffes veranlasste mich, den Gegenstand in einer selbständigen Arbeit zu behandeln; hiezu fühlte ich mich umsomehr bewogen, als die Geschichts- und Memoirenwerke, welche auf die Zeit Napoleons I. sich beziehen, uns zwar mit seinem Testamente bekannt machen, aber nichts davon erwähnen, wie die verschiedenen Regierungen zu dem letzten Willen des Gefangenen von St. Helena sich verhalten haben. Zahlreiche Belege bietet das von mir benützte Actenmateriale dafür, wie England, Frankreich und die Testamentsexecutoren selbst zu dem Testamente sich gestellt; vor Allem aber illustrirt es sowohl den Standpunkt, welchen die österreichische Regierung in dieser Frage eingenommen, als auch das strenge Rechtsgefühl, von welchem Kaiser Franz in einer Angelegenheit durchdrungen war, welche die Interessen des Herzogs von Reichstadt so nahe berührte.

I. Capitel.

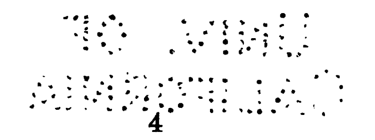
Napoleon trifft seine letztwilligen Anordnungen. — Sein Tod und seine Beisetzung.

Am 15. April 1821 unterzeichnete Napoleon Bonaparte sein Testament, mit dessen Abfassung er seit dem Jahre 1819 beschäftigt war, und versah es mit seinem Siegel.[1] Zehn Tage darnach schrieb er die Codicille nieder, von denen die zwei ersten vom 16., die übrigen, vier an der Zahl, vom 24. April datirt sind. Die alte Armee war es insbesondere, welcher der weitaus grössere Theil seines Vermögens, dessen Höhe er selbst auf ungefähr 212 Millionen Francs berechnete, zufallen sollte. Weiters bedachte Napoleon die treuen Gefährten seiner Gefangenschaft mit ansehnlichen Legaten und vergass auch nicht den geringsten seiner Diener. 300.000 Francs in Gold, welche er mit sich nach St. Helena gebracht hatte, vertheilte er unter Montholon, Bertrand und Marchand, um ihnen die Mittel zu gewähren, nach Europa zurückzukehren.[2] Die Werthgegenstände, welche in seinem Besitze sich befanden, vermachte er hingegen als theure Angedenken seinem Sohne, seiner Mutter, seinen Geschwistern und der Kaiserin Marie Louise.[3]

An diese richtete er in seinem Testamente folgende Worte: ‚Ich habe stets Grund gehabt, mit meiner theuren Gattin, Kaiserin Marie Louise, zufrieden zu sein; ich bewahre ihr bis zum letzten Augenblicke die zärtlichsten Gesinnungen. Ich bitte sie, darüber zu wachen, dass mein Sohn von den Nachstellungen bewahrt bleibe, welche seine Kindheit noch bedrohen.‘ Seinem Sohne hingegen, nach dessen Geburt er den Traum seines Lebens verkörpert gesehen, die Dynastie und das Kaiserreich

---

[1] Abgedruckt in der Correspondance de Napoléon Ier, XXXII, 476—495.
[2] Codic. I.
[3] Etat A und B.



für alle Zeiten gesichert geglaubt hatte, und welcher nunmehr von der glanzvollen Höhe eines Königs von Rom herabgestiegen war zu der zukunftslosen Stellung eines Herzogs von Reichstadt, gab der sterbende Kaiser folgende Mahnung mit auf seinen Lebensweg: ‚Ich empfehle ihm, niemals zu vergessen, dass er von Geburt ein französischer Prinz ist, und sich niemals als Werkzeug von den Triumviren gebrauchen zu lassen, welche Europa bedrücken. Er soll niemals gegen Frankreich kämpfen oder diesem in einer anderen Weise schaden; er soll meinen Wahlspruch annehmen, welcher lautet: ‚Alles für das französische Volk!'

So hatte er am 17. April dem Grafen Montholon Folgendes dictirt:[1] ‚Mein Sohn darf nicht daran denken, meinen Tod zu rächen, er muss aus ihm Nutzen ziehen. Alle seine Bestrebungen müssen dahin zielen, durch den Frieden zu herrschen. Wenn er aus blosser Nachahmung und ohne absolute Nothwendigkeit meine Kriege wieder anfangen wollte, würde er nur ein Affe sein. Mein Werk wieder beginnen, würde annehmen heissen, dass ich nichts vollbracht habe. Ich war genöthigt, Europa durch die Waffen zu bändigen, heutigen Tages muss man es überzeugen. Ich habe die Revolution, welche im Untergehen begriffen war, gerettet; ich habe sie von ihren Verbrechen rein gewaschen, ich habe sie der Welt strahlend von Ruhm gezeigt, ich habe Frankreich und Europa neue Ideen eingepflanzt, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Möge mein Sohn zur Reife bringen, was ich gesäet habe; möge er alle Elemente des Glückes erschliessen, welche der Boden Frankreichs in sich birgt — um diesen Preis kann er noch ein grosser Herrscher werden. Die Bourbonen werden sich nicht behaupten. Wenn ich todt sein werde, wird überall, selbst in England, eine Reaction zu meinen Gunsten eintreten. Das ist für meinen Sohn eine schöne Erbschaft. Ich hinterlasse ihm hinreichende Macht und Sympathie, um mein Werk lediglich mit der Waffe einer hochherzigen und versöhnlichen Diplomatie fortzusetzen. Mein Sohn wird nach bürgerlichen Unruhen zum Throne gelangen. Er hat nur eine Partei zu fürchten, die des Herzogs von Orleans, die seit langer Zeit wuchert. Er möge alle Parteien verachten; er möge

---

[1] Montholon, I, 208—214.

nichts als die Masse sehen. In Frankreich sind grosse Dinge nur zu vollbringen, wenn man sich auf die Massen stützt, und eine Regierung muss ihre Stütze dort suchen, wo dieselbe sich befindet. Die Bourbonen können, man lasse sie was immer für eine Constitution annehmen, sich nur auf den Adel und den Clerus stützen. Es ist das Wasser, welches trotz der Maschine, mit der man es zu erheben sucht, wieder eine horizontale Fläche einzunehmen strebt. Ich habe mich auf alle Welt ohne Ausnahme gestützt, habe das erste Beispiel einer Regierung gegeben, welche die Interessen Aller begünstigte. Ich habe weder für den Adel, Clerus, Bürgerstand, noch durch diese geherrscht. Ich habe für die ganze Staatsgemeinde, für die ganze grosse französische Familie geherrscht. Die Interessen einer Nation theilen, heisst ihnen Allen schaden, heisst den Bürgerkrieg erzeugen. Man theilt nicht, was seiner Natur nach untheilbar ist, sondern verstümmelt es. Ich lege keine Wichtigkeit auf die Constitution, deren Hauptgrundlage wir aufgezeichnet haben; heute gut, kann sie morgen schlecht sein. Uebrigens darf in der Hinsicht nichts Entscheidendes ohne die förmliche Zustimmung der Nation geschehen; die Hauptgrundlage muss aber Allgemeinheit des Stimmrechtes sein. Mein Sohn muss der Mann der neuen Ideen und der Sache sein, der ich allenthalben den Triumph verschafft habe; überall neue Ideen verbreiten, vor denen die Spuren des Feudalismus verschwinden, welche die Würde des Menschen sichern und die Keime des Wohlstandes, die seit Jahrhunderten schlummern, entwickeln; der ganzen grossen Staatsgemeinde zu Theil werden lassen, was jetzt nur Vorrecht und Eigenthum einer kleinen Anzahl ist; Europa durch unauflösliche Föderativbande vereinigen; in allen noch wüsten und barbarischen Theilen der Welt das Christenthum und die Civilisation verbreiten — das muss das Ziel aller Gedanken meines Sohnes sein, das ist die Sache, für die ich als Märtyrer sterbe. An dem Hasse, dessen Gegenstand ich von Seite der Oligarchen bin, möge er die Heiligkeit meiner Sache bemessen. Mein Sohn möge oft Geschichte lesen und durchdenken, sie ist die einzige wahre Philosophie. Alles aber, was er erlernt, wird ihm wenig nützen, wenn er nicht im Herzen jenes heilige Feuer, jene Liebe zum Guten hat, die allein grosse Dinge wirken kann. Ich will aber hoffen, dass er seiner Bestimmung würdig sein wird.‘

Sowie Napoleon Bonaparte in der grossmüthigsten Weise für das Schicksal seiner Freunde Sorge trug, seine Gemahlin es nicht entgelten liess, dass sie ihn im Unglücke verlassen hatte, sondern vielmehr in liebevollen Worten ihrer gedachte und überdies seinen Sohn daran erinnerte, welcher Abstammung er sei, so vergass er auch nicht seiner Feinde, denen er Folgendes zurief: ‚Ich sterbe vor der Zeit, gemordet von der englischen Oligarchie und ihrem Henker. Das englische Volk aber wird nicht zögern, mich zu rächen.'

Ein Schreiben Napoleons an das Pariser Bankhaus Lafitte vom 25. April ermächtigte den Grafen Montholon, eine Summe von beinahe 6 Millionen Francs, welche der Kaiser im Jahre 1815 dort deponirt hatte, sammt den fünfpercentigen Interessen vom 1. Juli 1815 an, nach Abzug der in der Zwischenzeit ausbezahlten Beträge in Empfang zu nehmen.[1]

In einer besonderen Instruction erörterte Napoleon diese Angelegenheit sowohl als auch jene seiner Privatdomäne in ausführlicher Weise.[2] Aber der weitaus wichtigste Auftrag, mit welchem der sterbende Kaiser die Vollstrecker seines letzten Willens betraute, war der, welchen er ihnen in Betreff seines Sohnes und seiner Witwe ertheilte.

Napoleon war keinen Augenblick darüber im Zweifel, dass der Enkel Franz I. im Sinne einer Politik erzogen werde, die im schroffen Gegensatze zu jener stand, gegen welche Oesterreich so viele und so blutige Kriege geführt hatte. Da sollte es Aufgabe seiner Testamentsvollstrecker sein, auf den jungen Prinzen einzuwirken, dass er von den Ereignissen eine andere Vorstellung erhalte, als sie ihm am Hofe zu Wien beigebracht worden war, und ihre Pflicht sollte es sein, ‚ihn auf den rechten Weg zurückzuführen'. Auch wies er sie an, in ähnlicher Weise ihren Einfluss auf die Kaiserin Marie Louise geltend zu machen, wenn sie diese zu sehen bekämen. Von seinem Sohne aber verlangte er, die Werke zu studiren, welche ihn betrafen, und mit seinen Bildern sich zu umgeben, — ‚mein Andenken soll der Ruhm seines Lebens sein'. Er forderte ihn auf, seinen Namen Napoleon wieder anzunehmen,

---

[1] Correspondance de Napoléon Ier, XXXII, 489.

[2] Instruction pour mes exécuteurs testamentaires (Correspondance de Napoléon Ier, XXXII, 491.)

wenn er zu Verstandesreife gekommen und auch der geeignete Zeitpunkt hiezu eingetreten sei. Noch hoffte der sterbende Kaiser, dass die gestürzte Dynastie wieder zur Geltung gelangen und der verbannte Prinz die Krone sich auf das Haupt setzen werde. Im Hinblick darauf schrieb Napoleon Folgendes nieder: ‚Wenn eine Rückkehr zum Glück stattfinden und mein Sohn den Thron besteigen sollte, dann ist es Pflicht meiner Testamentsvollstrecker, ihm all' das in Erinnerung zurückzurufen, was ich meinen alten Officieren und Soldaten und meinen treuen Dienern schulde.‘ Weiters drückte er den Wunsch aus, dass einige von diesen in die Dienste seines Sohnes treten sollten; hiebei dachte er insbesondere an die Kinder der Grafen Bertrand und Montholon.

Von einer ähnlichen Absicht war Napoleon erfüllt, als er kurze Zeit vor seinem Tode folgende Worte an Dr. Antomarchi richtete: ‚Würden Sie sich freuen, in der Eigenschaft eines Chirurgen in die Dienste der Kaiserin Marie Louise zu treten? Sie ist meine Frau, die erste Fürstin Europas und die Einzige, welcher Sie von nun an Ihre Dienste weihen könnten.‘ [1]

Dieser Wunsch Napoleons sollte Gegenstand eines Codicilles sein, welches zu beendigen er aber in Folge seiner stetig zunehmenden Schwäche nicht mehr im Stande war.[2] Er ertheilte Antomarchi den Auftrag, sein Herz nach Parma mitzunehmen und es Marie Louisen mit den Worten zu übergeben, ‚dass es sie zärtlich geliebt und niemals aufgehört habe, sie zu lieben‘.

Am Abend des 5. Mai, in demselben Augenblicke, da auch die Sonne unterging, verschied Napoleon. Montholon drückte dem todten Kaiser die Augen zu, und der treue Marchand bedeckte den Körper mit dem Mantel, welchen der erste Consul bei Marengo getragen hatte. Nur das Antlitz blieb frei.[3]

---

[1] Antomarchi, II, 127.

[2] Dieses Codicill, welches sich in den Händen der Testamentsvollstrecker befand, lautete folgendermassen: ‚Aujourd'hui, 27 Avril 1821. Malade de corps, mais sain d'esprit, j'ai écrit de ma propre main ce huitième codicille à mon testament.

1⁰ J'institue mes exécuteurs testamentaires Montholon, Bertrand et Marchand, et Las Cases ou son fils trésorier.

2⁰ Je prie ma bien-aimée Marie Louise de prendre à son service mon chirurgien Antomarchi, auquel je lègue une pension pour sa vie durant de 6000 francs, qu'elle lui payera.‘ (Antomarchi, II, 241.)

[3] Montholon, I 221. Thiers, XX, 707.

Graf Montholon sendete sofort ein Billet an den Gouverneur ab, welches folgendermassen lautete: ‚Kaiser Napoleon ist heute am 5. Mai, 10 Minuten vor 6 Uhr, in Folge eines langwierigen und schmerzvollen Leidens gestorben. Ich habe die Ehre, Sie davon zu benachrichtigen. Er hat mich beauftragt, Ihnen, sobald Sie es wünschen, seine letztwilligen Verfügungen bekanntzugeben. Ich ersuche Sie, mich wissen zu lassen, welcher Art die Vorschriften Ihrer Regierung sowohl in Betreff der Ueberführung seines Körpers nach Europa, als auch in Ansehung der Personen sind, welche sein Gefolge bilden.‘

Dieses Billet lag seit dem 25. April bereit. An diesem Tage hatte Napoleon es dem Grafen Montholon mit dem Auftrage dictirt, es blos mit der Angabe von Tag und Stunde des erfolgten Todes zu versehen. [1]

Am 6. Mai wurde einer Verfügung Napoleons zufolge seine Leiche geöffnet, und die Obduction ergab Magenkrebs als die Hauptursache seines Todes. Montholon wollte den Magen und das Herz aufbewahren, damit dieses, wie Napoleon es gewünscht, nach Parma gebracht, jener aber seinem Sohne, dem Herzoge von Reichstadt, übermittelt werde. Vergeblich jedoch waren die Bitten und Vorstellungen Montholon's, die Einwilligung des Gouverneurs zu erwirken. So wurden das Herz und der Magen in eine silberne Vase gethan und mit in den Sarg gelegt. Dieser sollte nach Montholon's Vorschlag mit folgender Inschrift versehen werden: ‚Napoleon, geboren zu Ajaccio am 15. August 1769, gestorben auf St. Helena den 5. Mai 1821.‘ Sir Hudson Lowe verlangte jedoch, dass der Name Bonaparte hinzugefügt werde. Als Jener Schwierigkeiten dagegen erhob, kam es schliesslich dazu, dass der Sarg ohne jede Inschrift blieb. [2]

---

[1] Montholon, II, 219. ‚This letter,‘ schrieb Sir Hudson Lowe am 6. Mai an Lord Bathurst, ‚may be regarded as a somewhat important document as having been dictated by Napoleon Bonaparte himself before his disease and at all events containing a proof, that no doubt or suspicion whatever is attached to those who had charge of his person in any matter connected with his death; but on the contrary, that his demise had occurred in nearly the same manner as if it had taken place in the bosom of his own family, and been afterwards communicated to me by one of them.‘ St.-A.

[2] Sir Hudson Lowe an Lord Bathurst, Ste-Hélène, le 14 mai 1821. Anhang 1.

Am 7. Mai schrieb Sir Hudson Lowe dem Grafen Montholon einen Brief, worin er ihm anzeigte, ‚dass er in Gemässheit der ihm von Seite der englischen Regierung ertheilten Instructionen sich anheischig machen werde, die sterblichen Reste Napoleon Bonaparte's am 9. Mai mit allen jenen Ehrenbezeigungen bestatten zu lassen, wie solche einem Generale von höchstem Range gebührten'. Gleichzeitig verlangte er von den testamentarischen Verfügungen des Verstorbenen in Kenntniss gesetzt zu werden.

Am 9. Mai fand die Beisetzung in der Weise statt, wie der Gouverneur es versprochen hatte. Das Grab lag eine englische Meile von Longwood in einem Garten, unter dem Schatten von zwei Weiden, unweit von einer Quelle, aus welcher Napoleon sich täglich in zwei silbernen Flaschen hatte Wasser holen lassen.[1] Dort ruhte er bis zu dem Tage, an welchem er in Gemässheit des von ihm ausgesprochenen Wunsches, ‚an das Ufer der Seine gebracht und hier begraben zu werden', nach Paris überführt und dort im Hotel der Invaliden beigesetzt wurde.

II. Capitel.

Sir Hudson Lowe in Longwood. — Er nimmt die von Napoleon Bonaparte hinterlassenen Gegenstände in Augenschein. — Sein Bericht nach London. — Die Schicksalsgefährten Napoleons verlassen die Insel St. Helena.

Am 10. Mai begab Sir Hudson Lowe in Begleitung Reade's sich zu dem Grafen Montholon, um nach den letztwilligen Verfügungen Napoleons Erkundigungen einzuziehen. Er erhielt die Auskunft, dass keineswegs ein Testament, sondern blos ein Codicill vorhanden sei. Montholon erbot sich auf der Stelle, es ihm zu zeigen, aber dies dürfe, bemerkte er, nur in Gegenwart Bertrand's, Vignali's und Marchand's geschehen. Als auch Sir Thomas Reade die Gemächer Montholon's betreten wollte, erklärte dieser, ausdrücklichen Befehl zu haben, das Testament keiner anderen Person als dem Gouverneur selbst zu zeigen. Lowe aber bestand darauf, dass Jener ihm folge und bei der Eröffnung des Codicilles zugegen sei. Montholon musste sich fügen und übergab ihm ein mit fünf Siegeln versehenes Couvert, welches das Codicill Napoleons vom 6. April 1821 enthielt, worin dieser den Wunsch aussprach, am Ufer der

[1] Forsyth, III, 298.

Seine begraben zu werden und den Grafen Bertrand und Montholon, sowie Marchand alles vermachte, was er in Longwood sein Eigen nannte.

Nachdem der Gouverneur das Codicill gelesen, gab er es dem Grafen Montholon mit dem Bemerken wieder zurück, dass er es zwar nicht auf seine gesetzliche Giltigkeit zu prüfen vermöge, aber auch nicht beabsichtige, seinem Vollzuge sich zu widersetzen. Vorerst müsse er die von Napoleon hinterlassenen Gegenstände in Augenschein nehmen und darüber entscheiden, ob es von Nöthen sei, sie auch mit seinem Siegel zu versehen.

Tags darauf kam Lowe abermals nach Longwood, begleitet von dem Major Gorrequer. Er fand unter Anderem drei kleine Dosen aus Mahagoniholz vor, jede mit fünf Siegeln versehen. Sie enthielten die Gegenstände, welche Napoleon seinem Sohne testirt hatte und diesem erst nach erreichtem sechzehnten Lebensjahre übermittelt werden sollten. Der Gouverneur liess sie noch uneröffnet. Am 12. Mai aber erklärte er dem Grafen Montholon, dass er alle Gegenstände einzeln besichtigen müsse, bevor sie von St. Helena fortgebracht würden; denn abgesehen davon, gab er Jenem zu verstehen, dass er es seiner Regierung schuldig sei, auf das Gewissenhafteste zu Werke zu gehen, läge eine derartige Untersuchung auch im Interesse der Freunde Napoleons. Montholon erhob nicht den geringsten Anstand dagegen, dass Lowe Alles einer genauen Prüfung unterziehe, vorausgesetzt, dass eine solche nicht auf die für den Herzog von Reichstadt bestimmten Dosen sich erstrecke; diese sollten uneröffnet und die Siegel unverletzt gelassen werden. Der Gouverneur entgegnete jedoch: ‚Ich verdiente grossen Tadel, wenn ich nur jene Gegenstände in Augenschein nehmen wollte, welche weniger von Belang sind und die übrigen ungesehen passiren liesse; ich würde eine lächerliche Rolle spielen, wenn ich mich damit zufrieden stellte, einen Theil und nicht auch den andern gesehen zu haben.‘ Er verwies auf seine Stellung als Gouverneur der Insel, kraft deren er auf Erfüllung seines Verlangens bestehen müsste; doch habe er nichts dagegen einzuwenden, die Dosen nach genommener Einsicht wieder versiegeln, ja sie auch mit seinem eigenen Siegel versehen zu lassen. Als Montholon bei seinen Genossen um Rath fragte, überliessen diese es gänzlich der Wohlmeinung des vornehm-

sten Testamentsvollstreckers, zu thun, was er für Recht erachte. Nunmehr erklärte Montholon dem Gouverneur, dass der Eröffnung der Dosen nichts mehr im Wege stehe; nur verlange er zuvor, um dereinst vor dem Sohne Napoleons und dessen Familie sich rechtfertigen zu können, ein Schreiben, aus welchem der ausdrückliche Wunsch Sir Hudson Lowe's erhelle, alle Gegenstände in Augenschein zu nehmen. Der Gouverneur zögerte nicht, dieser gerechten Forderung Montholon's zu entsprechen. Er begab sich sodann mit seinen Begleitern in die Bibliothek des verstorbenen Kaisers. Ihm folgten die Grafen Montholon und Bertrand, sowie Marchand. Er erbrach die Siegel, und Marchand öffnete die Dosen. Was sie enthielten, stand in den Listen verzeichnet, welche Montholon dem Gouverneur zuvor eingehändigt hatte. Dieser fand Alles richtig und befahl, die Dosen wieder zu verschliessen, was auch geschah; versiegelt jedoch wurden sie nicht. Als der Gouverneur sein Bedenken hierüber äusserte, entgegnete Montholon, ‚dass sie die Dosen später versiegeln würden, indem sie das Petschaft Napoleons besässen‘. Sir Hudson Lowe gab sich mit dieser Auskunft zufrieden. Ueber das Testament Napoleons brachte er nichts in Erfahrung. Nachdem er alle Papiere und Schriften, welche ihm vorgelegt worden waren, einer Durchsicht unterzogen hatte, stellte er an den Grafen Montholon die Frage, ob nichts mehr vorhanden wäre; als ihm entgegnet wurde, ‚er dürfe sicher sein, dass alles Geschriebene von irgend welchem Belange seit langer Zeit schon auf die eine oder andere Weise nach Europa geschafft worden sei‘, gab er auch mit diesem Bescheide sich zufrieden und forschte nicht weiter nach dem Verbleib des Testamentes.

Am 14. Mai erstattete Sir Hudson Lowe seiner Regierung einen Bericht über das Geschehene und schloss ihn mit einer kurzen Betrachtung über das vorgefundene Codicill. Er hielt es für gewiss, dass die Gerichte sich damit befassen würden, die formelle Giltigkeit oder Ungiltigkeit dieses Schriftstückes in Erwägung zu ziehen. Er selbst erachtete in Ansehung der aussergewöhnlichen Umstände, unter denen Napoleon Bonaparte gestorben war, sich nicht dazu berufen, die Sache klar an den Tag zu bringen, wie er seiner Versicherung zufolge dies nach dem Tode einer jeden andern Person gethan haben würde. Weit davon entfernt, die Echtheit des Codicilles in Frage zu

ziehen oder sie irgendwie zu bestreiten, dachte er seine Pflicht genügend erfüllt zu haben, indem er einzig und allein des Bestandes der hinterlassenen Gegenstände sich vergewisserte und auch dies nur aus Gründen der Politik. ‚Ich glaube jedoch,' bemerkte Sir Hudson Lowe am Ende seines Berichtes, ‚dass es mir an berechtigten Beweggründen nicht fehlen würde, mich abzuhalten, gegen die Giltigkeit des Testamentes irgend einen Einwand zu erheben oder mich seiner Ausführung zu widersetzen. Wenn ich das einzige juridische Buch, welches ich zur Hand habe,[1] zu Rathe ziehe, so finde ich, dass Alles zu Gunsten der Legatare spricht. Eigentlich beraubt man diese des Beistandes, wenn man sie nicht dazu aufruft, die Echtheit des Testamentes zu beschwören. Aber mir schien im vorliegenden Falle ein neutrales Verhalten das passendste zu sein.'

Bevor Sir Hudson Lowe den Grafen Montholon verliess, eröffnete er ihm, dass in Betreff des Schiffes, welches sie Alle nach Europa bringen sollte, seine Wahl bereits getroffen sei, und auf die Versicherung hin, dass die Abfahrt im Laufe der nächsten Woche erfolgen würde, entgegnete Jener: ‚Je früher, desto lieber.'[2]

Am 27. Mai richtete Sir Hudson Lowe, welcher sich einige Tage vorher mit dem Grafen Bertrand ausgesöhnt hatte, ein Schreiben an Baron Stürmer, worin er diesem von der Krankheit und dem Tode Napoleons Mittheilung machte.[3] Ohne Hass wollte der Gouverneur die Rückreise nach England antreten, weshalb er den ersten Schritt unternahm, um sich dem ehemaligen österreichischen Commissär, welcher es so wenig verstanden hatte, sich mit ihm auf guten Fuss zu stellen, wieder zu nähern. An demselben Tage verliessen die Familie Bertrand, Graf Montholon, Antomarchi, Abbé Vignali und die in Longwood angestellt gewesene Dienerschaft an Bord des Transportschiffes ‚Camel' die Insel St. Helena. Nach einer äusserst beschwerlichen Fahrt von fast 65 Tagen wurde am 31. Juli die Rhede von Spithead an der Nordostseite der Insel Wight erreicht. Aber erst am dritten Tage wurde Allen gestattet an's Land zu gehen. Man bedeutete ihnen, dass sie frei seien und

---

[1] Domast's Civil Law.

[2] Anhang 2.

[3] Anhang 3.

sich überall hin begeben könnten, wie sie es wünschten. Antomarchi ging nach London, wo ihm die französische Gesandtschaft einen Pass ausstellte. Mit diesem versehen, reiste er nach Paris, um von hier nach Rom aufzubrechen.[1]

Auch die Grafen Bertrand und Montholon entschlossen sich, einstweiligen Aufenthalt in London zu nehmen. Hier lebten sie äusserst zurückgezogen und trafen keine Anstalten, nach Frankreich zurückzukehren. Bertrand durfte umsoweniger daran denken, als Fouché nicht vergessen hatte, ihn in die Liste derjenigen aufzunehmen, welche in contumaciam zum Tode verurtheilt wurden.[2]

III. Capitel.

Der Herzog von Reichstadt. — Marie Louise. — Trauerfeierlichkeiten in Sala. — Marie Louise wünscht von den letztwilligen Verfügungen Napoleons in Kenntniss gesetzt zu werden. — Weisungen Metternich's an den Fürsten Esterhazy.

In Wien erfuhr man die Nachricht vom Tode Napoleons durch einen Courier des Hauses Rothschild. Da Graf Dietrichstein nach Würzburg verreist war, beauftragte Kaiser Franz den Erzieher des Herzogs von Reichstadt, Hauptmann Foresti, diesem das Ende seines Vaters mitzutheilen. Als Foresti seiner traurigen Aufgabe sich unterzogen hatte, schrieb er in ergreifender Kürze nach Parma: ‚Ich wählte die ruhige Abendstunde und sah mehr Thränen fliessen, als ich mir von einem Kinde erwartet hätte, welches seinen Vater nie gesehen, nie gekannt hat.‘[3]

Auf die dringenden Vorstellungen des Fürsten Metternich hin bestimmte Kaiser Franz, dass von einer Trauer seitens des Hofes abzusehen und nur der Herzog von Reichstadt eine solche anzulegen habe.[4]

---

[1] Antomarchi, II, 180—225.

[2] ‚MM. Bertrand et Montholon sont arrivés ici depuis huit jours et vivent fort retirés; ils n'ont encore fait aucune démarche pour rentrer en France, ce qui est d'autant plus nécessaire au premier qu'il est compris dans une des listes du 24 juillet 1815.‘ Neumann an Metternich, 14. August 1821. St.-A.

[3] Schlitter, Die Napoleoniden, 119. Montbel, 156.

[4] Schlitter, Die Napoleoniden, 118—119. Die Trauer erstreckte sich trotz des von Metternich erhobenen Einwandes auch auf die Bedienung und den Erzieher des Herzogs von Reichstadt. Vgl. Montbel, 158.

Am 19. Juli erhielt Marie Louise ein Schreiben Lätitias. Noch war die vom Schicksale so schwer geprüfte Mutter Napoleons in Unkenntniss über das traurige Ende ihres Sohnes, als sie sich entschloss, an das Herz Louisens zu appelliren. Vergebens hatte sie vor drei Jahren an den Fürstencongress von Aachen sich gewendet und von ihm eine Milderung des Loses Bonaparte's erfleht. Geängstigt in Folge der Besorgniss erregenden Mittheilungen des Abbé Buonavita, welcher am 17. März 1821 den schwer kranken Kaiser verlassen hatte[1] und im Juli nach Rom zurückgekehrt war, erblickte Lätitia keine andere Hilfe mehr für ihren Sohn als in der Fürsprache Marie Louisens. ‚Versuchen Sie alle Mittel, welche Ihnen zu Gebote stehen,' schrieb sie dieser am 14. Juli, ‚trotz politischer Rücksichten sind Sie im Recht, wenn Sie Ihre Stimme vernehmen lassen, und mächtige Souveräne vermögen es wohl, ihn in Europa zu bewachen, in einem Klima, welches nicht so mörderisch als jenes von St. Helena ist, und wo er die Bäder gebrauchen könnte, um seine zerrüttete Gesundheit wieder herzustellen.'[2]

Es war zu spät. An demselben Tage, an welchem Marie Louise das Schreiben Lätitias erhielt, brachte die Piemonteser Zeitung die Nachricht vom Tode Napoleons. Erst aus ihr erfuhr Louise, dass sie Witwe geworden. ‚Ich gestehe,' schrieb sie an ihre Freundin, die Gräfin Crenneville, ‚dass ich darüber aufs Aeusserste bestürzt war; denn obwohl ich niemals eine Neigung irgendwelcher Art zu ihm empfunden habe, so kann ich es dennoch nicht vergessen, dass er der Vater meines Sohnes ist, und dass er, weit davon entfernt mich zu quälen, wie die Welt es glaubt, mich stets in der rücksichtsvollsten Weise behandelt hat, was das Einzige ist, worauf man bei einer aus politischen Beweggründen geschlossenen Ehe Anspruch erheben darf.'[3] Diesem Geständnisse entsprachen die Trauerfeierlichkeiten, welche aus Anlass des Hinscheidens Napoleons in Parma veranstaltet wurden. Denn wenn auch Marie Louise der Pflicht sich nicht entschlagen durfte, die Trauer über den Verlust ihres Gatten nach aussen hin zur Schau zu tragen, so

---

[1] Vgl. Montholon, I, 197.
[2] Larrey: Madame Mère, II, 256.
[3] Marie Louise, Correspondance, 226.

wurde doch in der Form, wie dieses geschah, dem Verhältnisse, in welchem Kaiser Franz und der Wiener Hof zu dem Verstorbenen gestanden waren, in vollstem Masse Rechnung getragen. ‚Das, was die grössten Schwierigkeiten ergab', schrieb Graf Neipperg am 24. Juli dem Fürsten Metternich, ‚um einerseits das natürliche Zartgefühl Ihrer Majestät zu schonen und andererseits die politischen Grundsätze nicht zu verletzen, welche hinsichtlich des Dahingeschiedenen allgemein angenommen sind, war ohne Zweifel die Art und Weise, wie man seinen Tod in die Parmesanische Zeitung inseriren und die Trauer Ihrer Majestät und dero Hauses begründen sollte.'

So wurde in der officiellen Anzeige von dem Tode Napoleons und den stattzufindenden Trauerfeierlichkeiten von den Titeln Kaiser und Exkaiser und den Namen Napoleon und Bonaparte Umgang genommen und blos eine Bezeichnung (Serenissimo) gewählt, welche in Italien für jede Person fürstlichen Ranges üblich ist.[1] Weiters wurde verfügt, dass die Trauer blos drei Monate, vom 25. Juli bis 24. October, währen und nur auf die Herzogin, deren Haus und Dienerschaft sich erstrecken sollte.

Die Vigilien und Obsequien fanden am Abend des 30. und am Morgen des 31. Juli in der zu diesem Zwecke schwarz drapirten Kapelle zu Sala statt. Kein Schmuck und keine Embleme, welche an das Vergangene hätten gemahnen können, zierten den einfachen Sarkophag. Eine weitere Anordnung Marie Louisens verfügte, dass tausend Messen in Parma und ebensoviele in Wien für das Seelenheil des Verstorbenen gelesen werden sollten.[2]

---

[1] ‚J'espère que le biais, que j'ai crû devoir adopter, sans faire mention des titres d'empereur, d'ex-empereur ou des noms de Bonaparte ou de Napoléon inadmissibles en tout cas, et qui auroient froissés ou le cœur de S. M. ou les principes de politique en vigueur, ne sera point condamné par V. A. Le mot de Serenissimo est dans la langue Italienne encore plus genuique que dans toutes les autres et s'applique différemment à chaque gradation princière. C'est la raison, qui m'a engagé à le proposer à S. M. pour l'insertion de l'article officiel dans la gazette de Parme, dont V. A. trouvera un exemplaire cy-joint.' Neipperg an Metternich. Sala, le 24 juillet 1821.

[2] ‚Les vigiles et les obsèques ont eu lieu hier soir et ce matin dans la chapelle du palais de Sala, qui était toute drapée en noir et ornée avec simplicité, mais avec toute la décence qui exigeait la circonstance. Sur

In solcher Weise trug Marie Louise den politischen Rücksichten Rechnung und erwies den Manen ihres Gatten, dem sie bis zur Trennung in zärtlicher, ja oft abgöttischer Liebe zugethan war,[1] nur jene Ehren, welche vom katholischen Standpunkte aus geboten waren. Entbehrten sie auch jeglichen Prunkes, so entsprachen sie nichtsdestoweniger der aufrichtigen Trauer, welche Jene über das so schmerzliche Ende dessen empfand, welcher der Vater ihres Sohnes war. ‚Ich bin überzeugt,' schrieb Marie Louise am 24. Juli an den Herzog von Reichstadt, ‚dass Du diesen Schmerz ebenso tief empfinden wirst als ich; denn du wärest undankbar, wenn Du all' die Güte vergessen würdest, welche Dir Dein Vater erwiesen hat, als Du noch im zarten Kindesalter standest. Weiters bin ich überzeugt, dass Du zwar seine Tugenden nachahmen, jedoch gleichzeitig die Klippen zu vermeiden wissen wirst, an denen er schliesslich zu Grunde ging.'

In ihrer Stellung als Mutter und Vormünderin glaubte Marie Louise nichts verabsäumen zu dürfen, um rücksichtlich der letztwilligen Verfügungen ihres Gatten die Rechte ihres Sohnes zu wahren. ‚Diesen,' schrieb sie am 20. Juli 1821 an Kaiser Franz, ‚empfehle ich Ihrem immer so zärtlich gegen uns bewiesenen väterlichen Herzen, damit ihm auch von Seite des englischen Gouvernements in Betreff der Hinterlassenschaft seines Vaters kein Abbruch geschehe. Wir haben Beide in kindlicher Hingebung dem Wohle und der Ruhe unseres Vaterlandes und Europas hinlängliche Opfer gebracht; für mein Kind hoffe ich eine glückliche, seiner Herkunft angemessene Existenz, für mich Ruhe und Frieden, deren meine Gesundheit sehr bedarf.' Im Auftrage Marie Louisens richtete auch Graf Neipperg an den Fürsten Metternich das Ersuchen, sich bei der

---

le sarcophage il n'y avait aucune espèce d'emblême ni d'ornement qui auroit pu rappeler le passé. S. M. a voulu absolument assister à ces cérémonies funèbres dans sa tribune entourée des personnes du service intérieur de Sa cour. Les personnes de la maison et la livrée occupaient les autres tribunes et l'église. Comme il n'y a point eu d'invitation, il n'y est intervenu que fort peu d'étrangers. L'émotion de S. M. a été très forte, et bien naturelle quand elle dut se rappeller le père de son fils et sa malheureuse fin. Elle a ordonné de faire célébrer mille messes ici et mille autres à Vienne à la mémoire du défunt.' Neipperg an Metternich. Sala, le 31 juillet 1821.

[1] Wie aus ihren eigenen Briefen mit Deutlichkeit erhellt.

englischen Regierung für die Interessen des Herzogs von Reichstadt zu verwenden.[1] Gerade im Hinblick auf etwaige Verfügungen Napoleons rücksichtlich seiner Witwe und seines Sohnes hielt es Metternich für keineswegs ausgeschlossen, dass entweder das Testament oder die Papiere des Verstorbenen Bestimmungen enthielten, welche den Umtrieben der Parteien neuen Vorschub leisten könnten. Er forderte den Fürsten Esterhazy auf, die englische Regierung auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen und sie zu ersuchen, eine indiscrete Veröffentlichung nach Kräften zu verhindern.[2]

IV. Capitel.

Verhalten der englischen Regierung. — Napoleons letzter Wunsch, dass sein Herz nach Parma gebracht werde. — Metternich's Vortrag an Kaiser Franz.

Aber noch wusste man in England nicht, wo das Testament Napoleons zu finden sei. An dem Vorhandensein eines solchen glaubte die englische Regierung um so weniger zweifeln zu dürfen, als das Codicill vom 16. April mit Deutlichkeit darauf hinwies. Was den Wunsch Napoleons anging, dass sein Herz an Marie Louise gesendet werde, war Lord Bathurst keineswegs gesonnen, dem Verhalten Lowe's, welches er durchaus billigte, entgegen zu handeln. Nicht undeutlich gab er dem kaiserlichen Botschafter in London, Fürsten Esterhazy, zu verstehen, dass Marie Louise nichts Besseres thun könnte,

---

[1] ‚Cette auguste souveraine m'ordonne en même temps de prier V. A. de vouloir interposer Son intervention près du gouvernement Anglais pour que tout ce qui regarde le testament du défunt et l'héritage qu'il laisse au prince son fils, soit placé sous l'égide de la loyauté de S. M. B. et qu'il lui soit rendu un compte exact en sa qualité de tutrice de son enfant.' Neipperg an Metternich. Sala, le 20 Juillet 1821. St.-A.

[2] ‚Il est à supposer qu'il aura fait des dispositions testamentaires; elles ne peuvent manquer d'être apportées en Angleterre. Il est difficile de croire que dans ces pièces Bonaparte n'ait point mêlé des objets prêtant au jeu des partis. Ce sera au gouvernement Britannique à porter une attention particulière sur cette possibilité, et nous nous fions trop à sa sagesse pour ne pas être convaincus des soins qu'il prendra pour empêcher que par des publications indiscrètes les esprits ne puissent être remués. Cette considération porte directement sur les dispositions qui pourront être relatives à Madame la duchesse de Parme et son fils.' Metternich an Esterhazy. Wien, 16. Juli 1821. St.-A.

als den ausdrücklichen Wunsch zu äussern, dass die sterblichen Reste Napoleons in Ruhe gelassen werden; denn abgesehen davon, dass England nicht in die unangenehme Lage zu kommen brauche, ein entgegengesetztes Verlangen entschieden zurückzuweisen, wäre sowohl den Familienangehörigen, als auch den Anhängern Napoleons in Frankreich jeder vernünftige Grund benommen, sei es auf dem Wege der Unterhandlung, sei es durch List oder gar mit Gewalt in den Besitz seines Herzens sich zu setzen. Für England wäre die Schwierigkeit um so grösser gewesen, als es auf St. Helena keine Souveränitätsrechte mehr ausübte, seitdem es die Insel deren rechtmässigem Besitzer, der ostindischen Compagnie, wieder eingeräumt hatte.[1]

So wie Fürst Metternich mit keinem Worte das eigenmächtige Vorgehen Lowe's bei Gelegenheit der Inventaraufnahme missbilligt hatte, so äusserte er auch jetzt nicht die geringste Unzufriedenheit darüber, dass die englische Regierung sich das Recht herausnahm, der Herzogin von Parma gleichsam ein Verhalten zu dictiren, welches einzuschlagen doch einzig und allein ihrem eigenen Ermessen anheimgestellt blieb. Wenn Marie Louise wirklich das Verlangen geäussert hätte, den Wunsch ihres verstorbenen Gatten zu ehren und in den Besitz seines Herzens zu gelangen, wäre England niemals berechtigt gewesen, ein solches zurückzuweisen oder gar einen in dieser Richtung unternommenen Schritt der Witwe Napoleons zu vereiteln. Dass Metternich sich nicht aufraffte, um das

---

[1] ‚Ce ministre (Mylord Bathurst) a surtout attiré mon attention sur deux points 1° les dispositions du défunt relativement à la remise de son cœur à l'archiduchesse Marie Louise et de son estomac à son fils. Il a entièrement approuvé la ligne de conduite que le gouverneur a tenu dans cette occasion. Sans énoncer une opinion positive, Lord Bathurst m'a laissé entrevoir son opinion particulière que, si Madame l'archiduchesse énonçait le vœu que les dépouilles mortelles restent respectées, on obvierait de cette manière non seulement aux inconvénients d'un refus positif, mais on faciliterait également le moyen de prévenir que, soit sa famille, soit quelquesuns de ses adhérens en France ne tentent un essai d'emporter ses restes, soit par négociation, soit par ruse, soit même par la force. Le gouvernement Britannique, rendant l'isle à la compagnie des Indes, n'y exerce plus une autorité souveraine et positive, quoique son influence puisse presque y être regardée comme équivalente.‘ Esterhazy an Metternich. London, 14. Juli 1821. St.-A.

Benehmen Englands in gebührender Weise zu tadeln, ist abermals ein Beweis dafür, dass Oesterreich sich ganz und gar von England ins Schlepptau nehmen liess. Die Politik dieses Staates war von dem Zeitpunkte der ersten Wiedereinsetzung Ludwigs XVIII. an gewiss keine solche, dass sie auf die volle Billigung derjenigen hätte Anspruch erheben können, welche es ehrlich mit Oesterreich meinten.[1] Das Verhalten, welches England zur Schau trug, als seine Verbündeten gemäss der Convention vom 15. August 1815 Commissäre nach St. Helena entsendeten, die Intriguen, welche es in Scene setzte, um die Stellung dieser zu einer fast lächerlichen zu stempeln, hätten Oesterreich wohl überzeugen können, dass die Achtung vor Verträgen seitens der englischen Regierung keine allzugrosse sei und sie nichts Anderes beabsichtige, als eine von den Alliirten unabhängige Politik zu verfolgen. In richtiger Erkenntniss der Sachlage hatte Kaiser Alexander von Russland als der Einzige sich entschlossen, seinen Commissär abzuberufen.[2]

Wie die Dinge jetzt standen, dachte Fürst Metternich nicht im Entferntesten daran, durch irgend einen Act der Missbilligung sich die Freundschaft Englands zu verscherzen. Er erklärte sich vollkommen damit einverstanden, dass die sterblichen Reste Napoleons auf St. Helena verbleiben sollten, und setzte eine gleiche Anschauung auch bei Marie Louise voraus. ‚Aber die Art und Weise‘, schrieb er dem Fürsten Esterhazy, ‚in welcher sie sich über diesen heiklen Gegenstand äussern soll, verdient es denn doch, dass er von ihr in reifliche Ueberlegung genommen werde.‘[3]

---

[1] So äusserte sich Gentz, welcher lieber für die Thronfolge des Herzogs von Reichstadt als für die Restauration der Bourbonen gestimmt hätte, in einem an Metternich gerichteten Schreiben vom 14. Juli 1815 in folgender Weise: ‚Schon im vorigen Kriege war es ein grosser Schmerz für mich, dass wir uns von den Engländern ihren Wechselbalg des Volkswillens und der Volkssouverainetät mussten aufdringen lassen; damals war es jedoch nur ein Incidenzpunkt, eine kurze Episode ohne weitere ernsthafte Folgen; diesmal haben sie es so weit gebracht, dass diese Fratze von allen Mächten als politische Grundlage des Krieges anerkannt worden ist.‘ Oesterreichs Theilnahme an den Befreiungskriegen, 665.

[2] Schlitter, Die Napoleoniden, 445.

[3] Metternich an Esterhazy. 14 août 1821.

Ihm kam es vor Allem darauf an, des guten Willens Bathurst's und Castlereagh's in Betreff des Testamentes Napoleons gewiss zu sein.

Am 23. Juli unterbreitete Metternich dem Kaiser die letzten Berichte Esterhazy's und die Depesche Lowe's an die englische Regierung vom 14. Mai. ‚Die Mittheilungen des Lord Bathurst,' liess er sich vernehmen, ‚beweisen, dass Bonaparte bis nach seinem Tode das Spiel seines Lebens fortzusetzen bedacht war; ein Vorsatz, an dem ich nie gezweifelt habe. Hieher gehört der Wunsch, an den Ufern der Seine beerdigt zu werden; ein Wunsch, dessen Erfüllung er wohl nie als ausführbar ermessen konnte, an dessen Erfüllung ihm auch nichts gelegen war, den er jedoch ausgesprochen hat, damit er wenigstens auf Schleichwegen bekannt werde. Ebenso wird es mit seinen, meiner genauen Kenntniss des Mannes nach sicher unbedeutenden hinterlassenen Schriften gehen. General Hudson Lowe hätte auf deren unmittelbare Ausfolglassung bestehen sollen. Ich vermuthe, die englische Regierung wird es thun, wenn sie in sich den Muth dazu fühlt. Das Legat an Lady Holland hat denselben Zweck.[1] Diese Frau ist eine bekannte, Intriguen ergebene Frau, ohne persönlichen Credit noch Achtung, welche aber einen grossen Einfluss auf ihren Mann, einen reinen Radicalen, ausübt. Napoleon kannte sie nicht persönlich; in ihr belohnt er aber alle Schreier in England.

‚Dies sind übrigens lauter politische Fragen, in denen sämmtliche Regierungen im Interesse vereint stehen.

‚Die Verlassenschaft Napoleons und dessen allenfallsige testamentarische Verfügungen in Betreff seines Sohnes stehen jedoch in einer weit directeren Beziehung mit Oesterreich. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Absicht Napoleons dahinging, seinem Sohne die Succession im Grundsatze offen zu erhalten, denselben, insofern es in seiner eigenen Gewalt stand, auf seine angeblichen Rechte aufmerksam zu machen und in denselben den Keim zur künftigen Entwicklung nieder zu legen. Die Acten werden dieses beweisen.

‚Vor der Hand glaube ich nichts Anderes zu veranlassen, als die englische Regierung aufzufordern, uns alle wie

---

[1] Eine goldene Dose, welche Papst Pius VII. dem General Bonaparte nach dem Frieden von Tolentino gegeben hatte. Vgl. Anhang 1.

immer Namen habende Acten mitzutheilen, über diese Gegenstände das tiefste Stillschweigen gegen das europäische Publicum zu halten, die sämmtlichen Mittheilungen der Frau Erzherzogin Marie Louise zu machen.

‚Wenn sich Vermögen ausweisen sollte und überhaupt testamentarische Verfügungen von Wichtigkeit zum Vorscheine kämen, so glaube ich die folgende Massregel gehorsamst vorschlagen zu sollen: E. M. dürften einen Conseil unter meinem Vorsitze in meiner Eigenschaft als Hauskanzler ernennen und demselben als Beisitzer den Vice-Präsidenten der obersten Justizstelle, Freiherrn von Gärtner, und einen Vertreter der Frau Erzherzogin beigeben.

‚Alle Gegenstände, welche auf die Succession Beziehung hätten, wären an diesen Conseil zu verweisen und E. M. als natürlichem Vormund des Herzogs von Reichstadt zur Allerhöchsten Schlussfassung vorzulegen.

‚Diese Massregel hätte jedoch erst dann einzutreten, wenn wir mehrere Details über den wahren Stand der Dinge kennen. Ich sehe sie jedoch in jeder Rücksicht alsdann für nöthiger an, sowohl in politischer als in allgemein rechtlicher und nicht minder in Beziehung auf die dereinstige Justification gegen den Herzog von Reichstadt selbst.‘

Kaiser Franz erklärte sich mit allen Ausführungen seines Staatskanzlers, sowie mit der Ernennung einer Commission einverstanden und schloss seine Resolution mit folgenden Worten: ‚Will aber, dass in dieser Sache nichts ohne mein Wissen und Genehmigung geschehe!‘[1]

V. Capitel.

Metternich's Schreiben an den Grafen Neipperg und den Fürsten Esterhazy. — Nothwendigkeit, dass die österreichische Regierung in Bälde von den Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss gesetzt werde. — Marie Louise. — Ihr Brief an Lady Burghersh. — Metternich's Unwille darüber.

Am 29. Juli übersendete Metternich dem Grafen Neipperg den Bericht des Fürsten Esterhazy vom 14. des Monats sammt den hiezu gehörigen Beilagen, und setzte ihn zugleich von der kaiserlichen Entschliessung auf den Vortrag vom 23. Juli in Kenntniss. Rücksichtlich des Verlangens, welches England ge-

[1] St.-A.

stellt hatte, dass die sterblichen Reste Napoleons auf St. Helena verbleiben sollten, schrieb er Folgendes nach Parma: ‚Nachdem diese Angelegenheit eine ungemein heikle ist, so wage ich es, die Frau Erzherzogin zu bitten, noch jeder Entschliessung und also auch eines jeden Schrittes sich zu enthalten, welcher darauf Bezug hat. Bevor ich mir erlaube, ihr in Betreff des Begehrens sowohl, welches die englische Regierung gerne von ihr erwirken möchte, als auch über die Art und Weise, wie sie ein solches, vorausgesetzt, dass sie sich hiezu entschlösse, zu äussern hätte, ersuche ich, mir Zeit zu lassen, um die Sache reiflichst überlegen und noch Genaueres über die Absichten der englischen Regierung in Erfahrung bringen zu können.‘

Dem Fürsten Esterhazy jedoch bemerkte er in einem Schreiben vom 14. August, dass die österreichische Regierung den grössten Werth darauf lege, in den Besitz des Testamentes oder einer beglaubigten Abschrift desselben zu gelangen, und gab ihm gleichzeitig Folgendes zu bedenken: ‚Man soll es in England nicht verkennen, dass die Familienangehörigen Bonaparte's in diesem Augenblicke Alles in Bewegung setzen, um sich des Testamentes zu versichern; das ist ein Grund mehr für uns, zu verlangen, dass es uns übermittelt werde. Denn abgesehen davon, dass die Witwe und der Erbe des Verstorbenen naturgemäss unter den Schutz des Kaisers gestellt sind, wäre es, wenn jenes Actenstück in unseren Händen sich befände, leicht, dem Missbrauche zu steuern, den man sonst damit treiben könnte.‘

Marie Louise liess dem Fürsten Metternich ihre Absicht zu erkennen geben, in Allem und Jedem seiner Wohlmeinung sich zu unterwerfen und freiwillig dem Verlangen Englands Folge zu leisten. [1] ‚Mein einziger Wunsch geht dahin,‘ schrieb

---

[1] S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme me charge d'avoir l'honneur d'assurer V. A. en son auguste nom, qu'elle se conformera entièrement à Ses conseils relativement aux dispositions données par le défunt à l'égard de la remise de son cœur et de son estomac, déposés par ordre du gouvernement Anglais dans sa tombe de Ste-Hélène. Même si le gouvernement Anglais dût par la voie de son ministère faire faire des ouvertures directes à ce sujet à S. M., elle suspendra sa décision et sa réponse jusqu'à ce qu'elle connaisse l'opinion de V. A. et les intentions de S. M. l'empereur sur cet objet. Graf Neipperg an Metternich. Sala, le 3 août 1821.

sie am 4. August an Kaiser Franz, ‚dass man die Asche des armen Seligen nun einmal in Ruhe lasse und auch sein Herz in seiner Gruft verbleiben könne.‘

Da Fürst Metternich in Ansehung der Stellung Marie Louisens es vermieden haben wollte, dass diese sich unmittelbar an die englische Regierung wende, lud er sie durch den Grafen Neipperg ein, ein officielles Schreiben an Kaiser Franz zu richten, dem es sodann überlassen bleiben sollte, das Nöthige zu verfügen. Gleichzeitig legte er seiner Depesche den Entwurf eines solchen Briefes bei. Marie Louise zögerte keinen Augenblick, im Sinne Metternich's zu handeln und das officielle Schreiben an ihren Vater zu senden. [1]

Aber nicht so sehr die heilige Scheu davor, die Ruhe des Todten zu stören war es, welche Marie Louise bewog, dem Verlangen Englands nicht zu widersprechen, als vielmehr der Gedanke, dass ‚alle Uebelgesinnten‘, worunter sie die Anhänger und auch die Familienangehörigen Bonaparte's verstand, mit denen sie jede Verbindung abgebrochen hatte, eine Pilgerschaft nach Parma veranstalten könnten, falls hier das Herz Napoleons beerdigt werden sollte. ‚Dies würde mir,‘ schrieb sie am 1. October ihrem Vater, ‚in meiner Lage äusserst unangenehm sein, da ich mir nichts mehr auf dieser Erde als Ruhe und Frieden wünsche; ich baue also auf Ihre gnädige Mitwirkung, um diese Sache zu verhindern.‘

Da Kaiser Franz die Berufung einer Commission mit Metternich als Vorsitzendem verfügt hatte, welcher die Aufgabe zufiel, im geeigneten Zeitpunkte über die Testamentsangelegenheit Beschlüsse zu fassen, ernannte Marie Louise den Grafen Moriz Dietrichstein zu ihrem Vertreter. Die betreffende Vollmacht überschickte sie jedoch vorerst dem Fürsten Metternich, weil der Anordnung des Kaisers gemäss die Sache noch geheim gehalten werden sollte. [2]

---

[1] Anhang 4.

[2] S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme me charge de témoigner à V. A. sa reconnaissance toute particulière, pour la sollicitude qu'Elle met à recueillir tout ce qui concerne les dispositions testamentaires du défunt, et pour avoir fixé dans l'intérêt de S. A. S. le duc de Reichstadt, son bien aimé fils, les bases, sur lesquelles les affaires de la succession se traiteront à Vienne, lesquelles ont été approuvées par S. M. l'empereur, son auguste père. Mme l'archiduchesse a choisi le comte Maurice de Dietrichstein

Rücksichtlich der Verlassenschaft Napoleons glaubte Marie Louise der englischen Regierung nicht so völlig vertrauen zu dürfen. Sie hielt es für unbegreiflich, dass man in England weder über das Vorhandensein eines Testamentes, noch über die Gelder, welche nach ihrer Ansicht von dem Verstorbenen bei der Londoner Bank deponirt worden seien, etwas in Erfahrung gebracht habe. Ebenso unwahrscheinlich dünkte es ihr zu sein, dass in Anbetracht der grossen Wachsamkeit, deren Sir Hudson Lowe sich doch stets beflissen hatte, das Testament ohne sein Wissen nach Europa gebracht worden sei.[1]

Nachdem Fürst Metternich noch nicht in der Lage war, ihr eine zufriedenstellende Auskunft über eine Angelegenheit zu ertheilen, welche ihr als Mutter des Herzogs von Reichstadt so sehr am Herzen lag, wendete Marie Louise sich an die Gemahlin des englischen Gesandten in Florenz, Lady Burghersh, welche vor Kurzem nach London abgereist war, und ersuchte diese, ihr Alles mitzutheilen, was sie über die letztwilligen Verfügungen Napoleons in Erfahrung bringen könnte. Trotzdem das Schreiben der Herzogin lediglich privater Natur war und keineswegs die Aufforderung enthielt, dass irgend welcher Schritt bei dem englischen Ministerium unternommen werde, so richtete Lady Burghersh nichtsdestoweniger an Lord Bathurst das Ersuchen, der Herzogin von Parma gefällig zu

---

pour son fondé de pouvoirs près du conseil qui sera présidé par V. A. Partageant entièrement l'avis de V. A., qu'il faut convenir du voile du plus grand secret tout ce qui a rapport aux affaires de la succession, et ne voulant pas même en informer avant le temps le comte Maurice de Dietrichstein, Mme l'archiduchesse m'ordonne d'inclure à V. A. les plein-pouvoirs qui le regardent, et qu'Elle voudra bien ne lui remettre qu'au moment où Elle le jugera nécessaire. Neipperg an Metternich, Sala, le 3 août 1821.

[1] S. M. trouve inconcevable que le gouvernement Anglais n'ait, ou ne veut pas avoir l'air d'avoir des notions positives sur l'existence d'un testament, et généralement sur les fonds que le défunt peut avoir placés dans la banque de Londres, et comme beaucoup de monde le suppose à l'époque de la distribution des licences. Il lui paroit aussi assez invraisemblable qu'avec la grande surveillance exercée par Sir H. Lowe, il étoit possible, que le testament ait été envoyé en Europe, á l'exemple d'autres papiers intéressants et importants que le comte de Montholon prétend qu'on avait expédiés en Angleterre. Il règne en tout ceci une teinte mystérieuse qui mérite certainement l'attention de V. A.' Sala, le 3 août 1821.

sein. Der Staatssecretär erhob keinen Anstand, dieser Bitte Folge zu leisten, aber er konnte Marie Louise keine anderen Actenstücke zusenden als dieselben, welche er bereits der österreichischen Regierung mitgetheilt hatte. [1]

Fürst Metternich jedoch fühlte sich, und wohl nicht mit Unrecht, durch dieses Vorgehen Marie Louisens persönlich verletzt und gab es der Herzogin in einem Schreiben, welches er am 24. September an den Grafen Neipperg richtete, nicht undeutlich zu verstehen. ‚Ich begreife vollständig,‘ heisst es darin, ‚dass die so natürliche Sorge einer Mutter für die Interessen ihres Sohnes die Frau Erzherzogin dazu anspornt, nichts zu verabsäumen, was sie in den Stand setzen könnte, über Alles auf das Genaueste unterrichtet zu sein; aber sie darf wiederum mit Zuversicht darauf rechnen, dass ich es als eine meiner hauptsächlichsten Pflichten betrachte, der Angelegenheit, um die es sich handelt, jene Sorge zu widmen, welche sie erfordert, und dass ich viel eher in der Lage bin, von Seite des englischen Ministeriums zuverlässige Nachrichten über das Testament Napoleons zu erhalten — wenn solches überhaupt möglich ist — als Lady Burghersh. In einer so heiklen Sache, glaube ich, erfordert es das Ansehen der Frau Erzherzogin, es sorgfältigst zu vermeiden, sich selbst in den Vordergrund zu stellen und im eigenen Namen zu handeln. Dem Kaiser, ihrem erlauchten Vater, kommt es zu, sowohl ihre Rechte als die ihres Sohnes, des Herzogs von Reichstadt, geltend zu machen; nur dann, wenn die Frau Erzherzogin unerschütterlich unter seinen Schutz sich stellt, kann sie mit voller Gewissheit hoffen, Unannehmlichkeiten und Verquickungen zu entgehen, denen sie im anderen Falle unbedingt ausgesetzt wäre.‘

In der gleichen Weise äusserte Metternich sich auch dem Fürsten Esterhazy gegenüber, an den er am 2. October eine Depesche richtete, welche darauf Bezug hatte. [2]

Auch in Ansehung der Persönlichkeit, an welche Marie Louise sich gewendet, glaubte der Staatskanzler das Vorgehen

---

[1] Anhang 5 und 6.

[2] ‚En général nous désirons que Madame l'archiduchesse dans son intérêt, comme dans celui de son fils, évite soigneusement d'agir en son nom dans une affaire aussi délicate. Le seul moyen pour elle de prévenir toute complication embarrassante et compromettante est de se maintenir passivement sous l'égide de l'empereur son auguste père.‘

der Erzherzogin ganz entschieden missbilligen zu müssen; denn Lord Burghersh galt keineswegs als ein Anhänger der Politik Oesterreichs und seiner Verbündeten; ja man wusste von ihm, dass er einmal nahe daran war, seiner freimüthigen Aeusserungen halber von seiner Regierung getadelt zu werden.[1]

VI. Capitel.

Ankunft des Abbé Vignali in Florenz. — Seine Zusammenkunft mit dem Grafen Neipperg. — Marie Louise übersendet ihm einen Ring. — Seine Ansichten über das Testament Napoleons. — Lord Bathurst. — Verhalten der Testamentsvollstrecker. — Kaiser Franz vertritt den civilrechtlichen, Fürst Metternich den politischen Charakter der Angelegenheit. — Gespräche im Salon der Lady Holland über das Testament. — Erklärung der englischen Regierung, sich in nichts zu mischen, was das Privatvermögen Napoleons betreffe.

In den letzten Tagen des September langte der Beichtvater Napoleons, Abbé Vignali, auf der Reise nach Rom begriffen, in Florenz an. Hier stellte er sich dem Grafen Neipperg vor, welcher mit ihm eine lange Besprechung hatte, in deren Verlauf Vignali sein ‚Ehrenwort gab, dass letztwillige Anordnungen vorhanden und die Grafen Bertrand und Montholon die Vollstrecker derselben seien; man möge aber ja nicht auf grosse Reichthümer sich gefasst machen; im Uebrigen würden I. M. in wenigen Monaten über Alles aufgeklärt werden‘.[2]

Abbé Vignali, welcher in der bescheidensten Weise auftrat, erklärte ausdrücklich, dass er nicht deshalb dem Grafen Neipperg sich vorgestellt habe, um irgend einer Unterstützung

[1] ‚. . . Je ne puis cependant m'empêcher de regretter, qu'elle l'ait mise à même de pouvoir produire une lettre d'elle, non que je ne rende une entière justice aux sentiments de dévouement et d'attachement, que Lord et Lady Burghersh se font honneur de professer pour Mme l'archiduchesse, mais parceque Lord Burghersh, avec toutes les bonnes qualités de son cœur, est cependant un homme de parti, qui dans les dernières conjonctures politiques s'est prononcé de la manière la plus imprudente sur le système de l'Autriche et de ses alliés, au point même d'encourir le blâme de son gouvernement, et qu'il peut être compromettant et même dangereux pour Mme l'archiduchesse de fournir à un homme sans aucune influence dans son propre pays, et qui a aussi peu de mesure, un moyen de faire croire, qu'il est honoré de sa confiance et chargé de ses intérêts.‘ Metternich an Neipperg. Vienne, le 24 septembre 1821. St.-A.

[2] Neipperg an Metternich. Florence, le 29 septembre 1821.

von Seite Marie Louisens theilhaftig zu werden, er wünsche vielmehr einzig und allein, die Witwe Napoleons versichern zu können, dass ihr Gatte in christlicher Ergebenheit und nach Empfang der heil. Sterbesacramente verschieden sei.[1]

Dem Grafen Neipperg bot sich Gelegenheit, noch eine zweite Unterredung mit dem Abbé zu haben, über welche er dem Fürsten Metternich Folgendes berichtete: ‚Ich sagte ihm von Neuem, dass I. M. von der Existenz eines Testamentes zuverlässig unterrichtet, aber darüber im Unklaren sei, in wessen Händen es sich befinde, und dass sie mit grossem Erstaunen vernommen habe, dass einige Familienangehörige Bonaparte's die näheren Umstände wüssten und daraus kein Geheimniss machten. Sichtlich betroffen erwiderte mir Abbé Vignali, dieses wäre unmöglich, und Niemand, ausgenommen die Grafen Bertrand und Montholon, welche noch einige Zeit nöthig hätten, um eine so wichtige Angelegenheit in Ordnung zu bringen, könne irgendwie unterrichtet sein; I. M. möge die Güte haben, sich noch zu gedulden, sie würde gewiss in der genauesten Weise über die letztwilligen Verfügungen des Verstorbenen aufgeklärt werden.‘[2]

Im weiteren Verlaufe seines Gespräches mit Vignali gelangte Graf Neipperg zur Ueberzeugung, dass es der englischen Regierung nicht an Gelegenheit gefehlt habe, über das Testament unterrichtet zu werden. Mit Recht hob er hervor, dass der rechte Augenblick, in welchem man etwas Bestimmtes hätte in Erfahrung bringen können, verabsäumt worden sei und man den Gouverneur der Insel dafür verantwortlich machen müsse. ‚Vor der Abfahrt von St. Helena,‘ bemerkte Graf Neipperg, ‚hätte Sir Hudson Lowe die Grafen Bertrand und Montholon auffordern sollen, ihm bestimmte Daten über den Ver-

---

[1] S. M. n'ayant point voulu parler à l'abbé Vignali, chapelain de l'ex-défunt empereur Napoléon, revenant actuellement de l'isle Ste-Hélène, j'ai eu ce matin une longue conversation avec lui. Il m'a chargé de dire à S. M. que le défunt était mort dans les sentimens les plus chrétiens, que, quoiqu'il n'avait été chargé d'aucune commission, il avait cependant cru de son devoir à son passage à Florence de se présenter à S. M., qu'il retournait en Corse, qu'il n'avait aucun besoin dans ce moment, mais que s'il se trouvait jamais dans la misère, il recourerait à la générosité de S. M. dont il n'a rien voulu accepter actuellement.. Ibid.

[2] Ibid.

bleib des Testamentes zu geben, widrigenfalls er genöthigt sei, ihnen die Ausführung des Codicilles zu verweigern. Jetzt aber weilten Jene aller Wahrscheinlichkeit nach bereits in Frankreich und hätten gewiss nicht ermangelt, mit den Verwandten Bonaparte's sich ins Einvernehmen zu setzen.' Das Testament selbst vermuthete Neipperg in den Händen irgend eines Angehörigen dieser Familie, ja er hielt es für nicht völlig ausgeschlossen, dass es der grösseren Sicherheit halber nach Amerika an den Grafen Survilliers gesendet worden sei.[1] Als Abbé Vignali eine Summe Geldes, welche ihm Graf Neipperg im Auftrage der Herzogin von Parma übermitteln wollte, ausgeschlagen hatte, überschickte ihm diese einen werthvollen Ring; denn nicht ohne Dank wollte Marie Louise den Mann ziehen lassen, welcher ihrem Gemahle auf seinem Sterbebette den letzten Trost zugesprochen.[2]

Für Lord Bathurst war die Testamentsangelegenheit nicht minder in geheimnissvolles Dunkel gehüllt; zwar hatte Graf Montholon in einem vom 6. Mai datirten Schreiben an seine Gemahlin, von dessen Inhalt die englische Regierung durch Sir Hudson Lowe in Kenntniss gesetzt worden war, ausdrücklich bemerkt, dass das Testament Napoleons in seinen Händen sich befinde,[3] doch glaubte Bathurst dieser Aeusserung keinen Glauben beimessen zu dürfen, wogegen er daran nicht zweifelte, dass es über-

---

[1] „. . . Je suis persuadé, mon prince, que le ministère Anglais aurait pu se procurer plus de lumières dans toute cette affaire de la succession de Napoléon, pour peu qu'il eut donné plus de suite à ses recherches, et que le testament à l'heure qu'il est se trouve dans les mains de quelque individu de la famille Bonaparte, peut-être même en Amérique près de Joseph. . . .' Neipperg an Metternich. Florence, le 1er octobre 1821.

[2] ‚L'abbé Vignali, comme j'ai eu l'honneur d'en faire mention dans mon rapport, n'a pas voulu accepter les secours en argent, que S. M. Mme l'archiduchesse m'avait ordonné de lui faire payer pour la continuation de son voyage à Rome. Cette auguste princesse voulant pourtant faire quelque chose pour celui, qui avait assisté son défunt époux sur son lit de mort, m'ordonna de lui remettre une bague sans chiffre, à peu près de la valeur de mille francs . . .' Ibid.

[3] ‚L'empereur m'ayant chargé de l'exécution de toutes ses volontés, j'ai à répondre à mille et une question. Son testament est entre mes mains, j'attends pour l'ouvrir de savoir si le gouvernement veut y assister; ce cas ayant été prévu par l'empereur, mais tout nous porte à croire que bien des larmes couleront quand il sera lu.' Extrait d'une lettre du comte Montholon à la comtesse Montholon. Longwood, 6 mai 1821.

haupt vorhanden sei.[1] Ohne einen stichhältigen Grund für die Richtigkeit seiner Anschauung anführen zu können, äusserte er dem Baron Neumann gegenüber seine Ueberzeugung, ‚dass ungeachtet der Anhänglichkeit Bertrand's und Montholon's für die Person des Verstorbenen, — sei sie nun verstellt oder wahr — Napoleon dennoch nicht genug Vertrauen in diese Beiden gesetzt habe.[2]

In der That war das Benehmen, welches die Genannten während ihres Verweilens in London zur Schau trugen, ein solches, dass es zum Argwohn Anlass bot. Sie sprachen sich äusserst unbestimmt über das Testament und dessen Verbleib aus und wussten auch nichts Genaues über die Höhe des Vermögens anzugeben, welches sie auf ungefähr 300.000—400.000 Pfund Sterling schätzten. Nach ihren sehr zweideutigen Angaben sollte der Herzog von Reichstadt, und zwar nach vollendeter Grossjährigkeit in den Besitz desselben gelangen und gleichzeitig auch von den Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss gesetzt worden.[3] ‚Es ist sehr möglich,‘ berichtete Baron Neumann nach Hause, ‚dass die Herren Bertrand und Montholon so zu sprechen unter sich ausgemacht haben, und zwar aus falschem Schamgefühl, nicht besser unterrichtet zu sein.‘[4]

Was Oesterreich betraf, so kam das persönliche Interesse, welches der Kaiser daran haben konnte, dass Napoleon seiner Witwe und seinem Sohne vielleicht irgend welches Vermögen testirt hatte, nicht im Entferntesten in Betracht, denn für Beide war von Seite des Kaisers in einer Weise gesorgt worden,

---

[1] Anhang 5.

[2] Neumann an Metternich. Londres, le 24 août 1821.

[3] ‚Des personnes, qui ont été dans le cas de voir Bertrand et Montholon ici, m'ont dit qu'ils s'expliquaient vaguement sur l'objet du testament; qu'ils avaient eux-mêmes dit, qu'il devait exister, puisque le codicile l'indiquait suffisamment, mais qu'ils ne savaient, où; en même temps ils avaient l'air de ne pas en ignorer quelques-unes des clauses, comme par exemple le montant de la fortune, qu'ils croyent être de trois à quatre cent mille livres sterlings, mais qu'elle ne doit être délivrée au fils qu'au moment de sa majorité; ils ont même ajouté, mais d'une manière ambigüe, que ce ne serait qu'alors c'est à dire lorsque le duc de Reichstadt aurait atteint sa majorité, qu'on lui ferait part des dispositions du testament.‘ Neumann an Metternich. London, 24. August 1821. St.-A.

[4] Ibid.

dass es in der That gleichgiltig erscheinen musste, wenn der eine oder andere Theil einige hunderttausend Gulden mehr oder weniger besass. Anders jedoch verhielt sich die Sache in Ansehung der Pflichten, welche das vormundschaftliche Verhältniss dem Kaiser auferlegte, in dem er zu dem Herzoge von Reichstadt stand. Dieser so leichthin sich zu entäussern, war Franz I. keineswegs gewillt. Er forderte den Fürsten Esterhazy durch Metternich auf, kein Mittel unversucht zu lassen, um dem Vorhandensein und dem Verbleib des Testaments Napoleons auf die Spur zu kommen. [1]

Für Metternich kam noch ein weiterer Gesichtspunkt in Betracht. Indem er die Anschauung Neumann's über das zweideutige Benehmen Bertrand's und Montholon's verwarf, hielt er vielmehr an der Ueberzeugung fest, dass der Grund ihrer Zurückhaltung auf politische Rücksichten zurückzuführen sei. In einem Schreiben an den Fürsten Esterhazy vom 2. October 1821 begründete er seine Ansicht in folgender Weise: ‚Da Napoleon gestorben ist, wird naturgemäss seine noch immer zahlreiche und mächtige Partei nunmehr alle ihre Hoffnungen auf seinen Sohn übertragen und ausserdem in einem Augenblicke der Krisis die Revolutionäre und Unruhestifter aller Länder bereit finden, sich ihr anzuschliessen. Die hervorragendsten dieser Partei hegen die Ueberzeugung, dass die Bourbon'sche Dynastie nicht im Stande sei, sich auf dem Throne Frankreichs zu erhalten, und sie zweifeln nicht daran, dass mit dem Tode Ludwigs XVIII. auch ihre Regierung ein Ende erreicht haben werde. Man darf sich also darauf gefasst machen, dass jene Partei, falls dann die politischen Umstände ihren Plänen noch günstig sind, das Aeusserste daran setzen wird, um den Sohn Napoleons auf den Thron zu erheben. Angenommen, dass ihr Streben nur darauf gerichtet sei — denn wollten wir dies in Zweifel ziehen, so würden wir uns einer gewaltigen Täuschung hingeben — ist es leicht, die Gründe sich zu erklären, welche die Testamentsverwahrer Napoleons heute veranlassen, seine Verfügungen noch geheim zu halten, soferne sie vor Allem, woran man nicht zweifeln darf, die vermeintlichen Rechte seines Sohnes auf die Krone Frankreichs betreffen. In diesem Falle haben wir es bei dem Tode

[1] Anhang 7.

des Königs zu erwarten, diese Partei das Testament des Vaters proclamiren und kraft desselben die sogenannten Rechte des Sohnes zurückfordern zu sehen, rücksichtlich derer sie auch gewiss nicht ermangeln werden, ihnen den Charakter der Legitimität zu verleihen, um desto sicherer dem Principe der widerrechtlichen Besitzergreifung zum Siege zu verhelfen. Wenn nun das Vorgehen dieser Partei irgend einen Rückhalt und Stütze findet, sei es in der Person eines mächtigen Oberhauptes, welches des Vertrauens der französischen Armee sich erfreut, sei es in einer ehrgeizigen oder revolutionären Regierung, in deren augenblicklichem Interesse es liegt, eine ernsthafte Verwicklung unter den Grossmächten Europas hervorzurufen, welche in feierlicher Weise die Familie Bonaparte des Thrones verlustig erklärt haben, so wird ganz Europa von Neuem in einen allgemeinen Krieg sich gerissen sehen, dessen Folgen unberechenbar wären.

‚Im Interesse aller Mächte, insbesondere aber in jenem Oesterreichs, Englands und Frankreichs scheint es uns zu liegen, solch einer unheilvollen Verquickung nach Kräften zuvorzukommen und in Folge dessen zu trachten, auf eine genaue Weise die Verfügungen des Gefangenen von St. Helena von jetzt an in Erfahrung zu bringen, um sich in den Stand zu setzen, die etwaigen Wirkungen und Folgen zu schwächen.‘

Wenn auch Metternich weit davon entfernt war, den verschiedenen Gerüchten Glauben zu schenken, welche das von Napoleon hinterlassene Vermögen auf 30 bis 40 Millionen Francs schätzten, so musste er dennoch mit dieser Möglichkeit rechnen und es in Folge dessen als eine äusserst bedenkliche Sache ansehen, dass die Verwaltung solch bedeutender Summen in den Händen von Leuten sich befinde, welche der napoleonischen Partei unbedingt ergeben waren. Andererseits vermochte man alle staatsgefährlichen Pläne und Hoffnungen, welche der Glaube an das Vorhandensein einer beträchtlichen Hinterlassenschaft erwecken und begünstigen musste, mit einem Male zu nichte zu machen, wenn es gelang, aus dem Testamente selbst mit aller Deutlichkeit zu beweisen, dass Napoleon nichts weniger als ein ungeheures Vermögen hinterlassen habe. In einer besonderen Depesche vom 2. October forderte Metternich den Fürsten Esterhazy, beziehungsweise die englische

Regierung auf, auch diese Erwägungen berücksichtigen zu wollen.[1]

Hatte Metternich den Standpunkt des Kaisers und auch seinen eigenen in deutlicher Weise erläutert, so ging er nunmehr daran, auf die Spuren zu verweisen, welche seiner Ansicht nach verfolgt werden müssten, um die Person zu entdecken, in deren Händen das Testament sich befand. Das Vorhandensein eines solchen glaubte er um so weniger in Zweifel ziehen zu dürfen, als ihm bereits zwei Jahre zuvor die Zusicherung gemacht worden war, von den testamentarischen Verfügungen Napoleons in Kenntniss gesetzt zu werden. Derjenige jedoch, welcher sich bereit erklärt hatte, der österreichischen Regierung in dieser Hinsicht gefällig zu sein, löste sein Versprechen nicht ein, wahrscheinlich aus Furcht, seiner Partei gegenüber sich blosszustellen.[2] Jetzt wiederum war es Metternich hinterbracht worden, dass man in dem Salon der Lady Holland in ganz bestimmter Weise über das Testament sich geäussert habe. Hiedurch wurde er noch mehr in seinem Verdachte bestärkt, dass Lord Holland, der eifrige Anwalt des Gefangenen von St. Helena, dessen Vertrauen er in reichlichem Masse genossen hatte, denjenigen kenne, welcher von Napoleon damit beauftragt worden sei, sein Testament zu verwahren. War dieses, wie Napoleon wohl angeordnet haben mochte, von Las Cases oder O'Meara nach Europa gebracht worden, damit es nach seinem Tode nicht in die Hände der Engländer falle? In dem einen Falle hielt es Metternich für sehr wahrscheinlich, dass der Herzog von Leuchtenberg derjenige sei, in dessen Besitz das Testament sich befand, in dem andern Falle vermuthete er dieses noch in England.[3]

Erfolglos jedoch wie bisher blieben auch jetzt die Bemühungen des kaiserlichen Botschafters in London. Lord und Lady Holland waren bereits seit längerer Zeit verreist, weshalb Esterhazy sich ausser Stand gesetzt sah, im Sinne der Weisung zu handeln, welche auf sie Bezug hatte. Ausserdem fand er seitens der englischen Regierung nicht jenes Entgegenkommen, auf welches Metternich zu rechnen schien; denn der

---

[1] Anhang 8.

[2] Aus den Acten ist darüber nichts weiter zu entnehmen.

[3] Anhang 9.

erste Staatssecretär Marquis Londonderry, an welchen Esterhazy sich wenden musste, da Bathurst gerade nicht in London weilte, eröffnete ihm, dass England es als Grundsatz aufgestellt habe, sich in nichts zu mischen, was das Privatvermögen Bonaparte's betreffe, und deshalb nicht in der Weise Nachforschungen pflegen dürfe, wie die österreichische Regierung sie verlange. Nur dazu erklärte er sich bereit, diese in ihren Bemühungen nach Möglichkeit zu unterstützen.

VII. Capitel.

Esterhazy ertheilt dem Fürsten Metternich den Rath, in Frankreich Nachforschungen über den Verbleib des Testamentes anstellen zu lassen. — Sein Gespräch mit Sir Hudson Lowe. — Bertrand und Montholon in Paris. — Ihr Process mit dem Bankhause Lafitte. — Bertrand's Schreiben an Marie Louise. — Antomarchi in Parma. — Seine Audienz bei dem Grafen Neipperg. — Er sieht die Kaiserin im Theater. — Eindruck, welchen die Witwe Napoleons auf ihn hervorruft. — Marie Louise erhält den Brief Bertrand's. — Sie wendet sich um Rath an den Fürsten Metternich. — Dieser schreibt an Neipperg. — Marie Louise ersucht den Botschafter in Paris, in ihrem Namen mit den Testamentsvollstreckern zu unterhandeln.

Im Hinblick darauf und weil auch Graf Bertrand nicht mehr in England, sondern bereits auf französischem Boden sich befand, gab Esterhazy dem Fürsten Metternich zu bedenken, ob es nicht angezeigter wäre, in Frankreich, welches an der Sache bei Weitem mehr als England betheiligt sei und auch über einen besseren Polizeiapparat verfüge, Nachforschungen über den Verbleib des Testamentes anzustellen.[1] Um jedoch

[1] L'absence prolongée de Lord et Lady Holland m'a empêché de suivre l'indication que vous avez bien voulù, mon prince, me donner à ce sujet; ayant d'ailleurs interrompu toute relation avec eux, même celles de société, je n'ai aucun moyen de pouvoir en profiter. Mes informations ne peuvent donc être que très indirectes; je ne désespère cependant pas de m'en procurer par des personnes qui fréquentent leur société, uniquement dans le but de vérifier le fait, si on y a connaissance du testament en question ou non. Le général Bertrand s'étant établi en France, il sera peut-être plus aisé d'y découvrir quelques données à cet égard qu'il ne l'est ici, d'abord parceque le gouvernement Français même s'y trouve plus intéressé que le gouvernement Britannique et ensuite parceque les moyens de police y sont bien plus efficaces. Lord Bathurst, dans le département duquel se trouve toujours tout ce qui a trait aux relations avec Bonaparte, et qui m'a souvent montré beaucoup de

von jeder Seite Erkundigungen eingezogen zu haben, wendete sich Fürst Esterhazy auch an Sir Hudson Lowe, welcher am 25. Juli St. Helena verlassen hatte.

Trotz des nichts weniger als freundschaftlichen Verhältnisses, in welchem er als Gouverneur der Insel St. Helena zu dem österreichischen Commissär, Freiherrn von Stürmer, gestanden war, zeigte Sir Hudson Lowe dem kaiserlichen Botschafter in einer Weise sich zuvorkommend, welche dieser von ihm nicht erwartet hatte. Aber auch seine Mittheilungen waren nicht der Art, dass sie Esterhazy befriedigten. Ueber den Verbleib und die Zeit der Abfassung des Testamentes wusste er ebenso wenig etwas zu sagen, als seine Ansicht, dass es von dem Abbé Buonavita nach Europa gebracht worden sei, mit genügenden Beweisgründen zu belegen. Das Eine jedoch glaubte auch er als gewiss annehmen zu dürfen, dass ein Testament existire, denn es war ja Graf Montholon selbst, welcher ihn noch bei Lebzeiten Napoleons davon in Kenntniss gesetzt hatte. Von ihm erfuhr er auch etwas über den Stand des hinterlassenen Vermögens, welches er auf 100.000 Pfund Sterling schätzte. Weiters hielt Lowe es für keineswegs ausgeschlossen, dass das Testament, vielleicht den Absichten Bonaparte's entgegen, bei Seite geschafft worden sei, denn auffallend musste es ihm immerhin erschienen sein, dass Nie-

---

complaisance, ne se trouvant pas ici pour le moment, c'est au marquis de Londonderry que j'ai temoigné combien il était important, sous plusieurs rapports, de nous procurer des informations exactes sur tous les détails de cet objet, savoir l'existence d'un testament et les dispositions qu'il peut renfermer. J'ai eu soin de bien lui faire remarquer que, si nous mettons un grand prix à pénétrer le mystère dont les dépositaires de cet acte ont pris à tâche d'envelopper, c'est que nous l'attribuons principalement à un plan politique, calculé sur des chances possibles dans l'avenir. J'ai en même temps prié S. S. d'observer, que si, grâce aux sages et bienveillantes dispositions de S. M. l'empereur, les intérêts pécuniaires ne sont dans cette affaire que d'une importance secondaire, cependant Elle ne pouvait ni ne devoit, comme tuteur naturel de M. le duc de Reichstadt, abandonner les droits de son petit-fils à la fortune particulière de son père. Le principal sécrétaire d'état m'a paru entièrement apprécier la force de ce raisonnement. Il m'a seulement observé, que le gouvernement Britannique ne pouvait point faire directement et ouvertement les recherches que nous lui demandons, ayant adopté pour principe de ne se mêler en rien de ce qui concerne la fortune particulière de Bonaparte. Esterhazy an Metternich. Londres, le 27 novembre 1821.

mand in Longwood nach dem Tode des Exkaisers etwas darüber zu sagen wusste und er selbst statt eines solchen Documentes nur ein Codicill vorfand. Im Uebrigen machte er den Fürsten Esterhazy darauf aufmerksam, dass man die Giltigkeit des Testamentes anfechten könne, wenn dieses aller Voraussicht nach von den Localbehörden nicht beglaubigt worden sei.[1]

Während die österreichische Regierung alle Hebel in Bewegung setzte, um diejenigen ausfindig zu machen, welche im Besitze des Testamentes Napoleons sich befanden, weilten die Grafen Bertrand und Montholon bereits in Paris.[2] Hier wiesen sie dem Banquier Lafitte das Schreiben des Exkaisers vom 25. April vor, welches sie ermächtigte, eine Summe von fast 6 Millionen Francs in Empfang zu nehmen. Lafitte weigerte sich jedoch, ihrem Begehren ohneweiters Folge zu leisten. Er zog Erkundigungen ein, wie er in diesem Falle sich zu benehmen hätte, und erklärte sodann, dass der Rechtstitel, auf welchen die Beiden sich beriefen, ihn nicht genügend ermächtige, ihnen die in seiner Verwahrung befindlichen Summen einzuhändigen. Ob die hauptsächlichsten Beweggründe seiner Weigerung die Rücksichtnahme auf die Witwe und den Sohn Napoleons oder den Umstand betrafen, dass von einem Testamente und anderen

---

[1] Anhang 10.

[2] Montholon begab sich, wie Fürst Metternich erst später in Erfahrung brachte, gleich nach seiner Ankunft in Paris zu dem Herzog von Richelieu und theilte diesem das Testament Napoleons mit dem Bemerken mit, dass er Anstalten treffen werde, es in Vollzug zu bringen. Am 19. November 1821 war Karcher, der Geschäftsträger des Grossherzogs von Toscana in Paris, bereits in der Lage, Obiges nach Hause zu berichten. Aber aus der Gesandtschaftscorrespondenz geht nicht hervor, dass die österreichische Regierung bereits im November 1821 von diesem Schritte des Grafen Montholon Kenntniss hatte. Weiters berichtet Karcher: ‚Il parait que sous le rapport de l'exécution le gouvernement veut laisser faire. Elle donnera lieu à maintes difficultés. Question de savoir si le testateur était apte à tester? Est-ce la législation Anglaise ou celle Française qui doit agir? Cette dernière diminuerait les legs de moitié, parce qu'elle adjuge la moitié au fils. Lafitte, auquel Bonaparte, lors de son départ en 1815 a remis dix millions de francs, et qui en a dépensé des sommes dont il ne peut rendre compte, s'oppose à la remise du capital et des intérêts, en soutenant entre autres que le testament existant en Angleterre et qui ne doit être ouvert qu'à la majorité du fils peut renfermer des clauses contraires à celui qu'on produit aujourd'hui.‘ St.-A.

Depots die Rede war, welche in England sich befinden sollten, oder ob nicht auch persönliche, geschäftliche Interessen mit im Spiele waren, müssen wir hier unerörtert lassen.

All dies gelangte zur Kenntniss des österreichischen Botschafters in Paris, welcher sich beeilte, dem Fürsten Metternich davon Mittheilung zu machen. Gleichzeitig berichtete er auch nach Wien, dass Bertrand und Montholon als die Verwahrer des Testamentes sich bezeichneten, zu dessen Vollstreckung sie nicht früher berechtigt wären, als bis der Herzog von Reichstadt seine Grossjährigkeit erlangt hätte.[1]

Sie hofften Beide, die Erlaubniss zu erhalten, sich nach Parma begeben zu dürfen, und warteten die Antwort auf einen Brief ab, welchen Bertrand am 15. August von London aus an die Witwe Napoleons gerichtet hatte. Er lautete wie folgt: ‚Sie wissen zwar bereits, dass Sie Ihren erlauchten Gemahl verloren haben, aber ich folge seinen Befehlen und zeige Ihnen hiermit in officieller Weise seinen Tod an.'

‚Während seines Aufenthaltes auf St. Helena waren E. M. bis zu seinen letzten Stunden der Gegenstand seiner Gespräche

---

[1] Paris, le 4 décembre 1821.

Au moment où Bonaparte en 1815 quitta la France pour la seconde fois, il laissa des fonds entre les mains du banquier Lafitte pour la valeur de quatre, on dit même de six millions de francs; j'ignore si le ministère du roi en a été informé.

Depuis la rentrée en France du général Bertrand et de M. de Montholon, ceux-ci munis d'un écrit de Buonaparte, qui disposait de ces mêmes fonds tant en leur faveur qu'en celle d'un nommé Marchand, son valet de chambre, réclamèrent de M. Lafitte la remise des sommes qui étaient entre ses mains. Il convient qu'il s'en trouvait en effet le dépositaire, mais il refusa de s'en dessaisir, jusqu'à ce qu'il eût pris conseil à cet égard, il parait d'après l'opinion qu'on lui a donné de cette affaire, que M. Lafitte ne se croit pas suffisamment autorisé par le titre, dont MM. Bertrand et Montholon ont fait usage vis-à-vis de lui, et que parmi les considérations que lui ont fait envisager ses conseils, celles qui concernent la veuve et le fils, sont celles qui ont eu le plus de poids, d'autant qu'il est question d'un testament et d'autres fonds qui l'un et l'autres doivent se trouver en Angleterre; on assure que MM. Bertrand et Montholon se disent aussi dépositaires d'un testament, mais qu'ils ne doivent en faire usage qu'à la majorité du duc de Reichstadt. On oppose à cette déclaration que les lois de France ne s'accordent pas avec les dispositions sur lesquels se fondent MM. Bertrand et Montholon.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

und seines Denkens. Ihrer Obhut, Madame, der zärtlichen Sorge einer Mutter hat er seinen Sohn anvertraut. Kaiser Napoleon hatte gewünscht, dass sein Herz Ihnen übergeben werde; aber wir waren genöthigt, alle seine sterblichen Reste in einem und demselben Sarge zu verschliessen; doch will ich Ihren Schmerz nicht durch peinliche Details erneuern. Weil der Kaiser das Verlangen geäussert hat, dass ich mit dem Grafen Montholon mich zu E. M. begebe, erbitten wir uns die Gnade, Ihnen die Versicherung unserer Verehrung zu Füssen legen zu dürfen, sobald die Umstände es uns erlauben werden.‘

Bevor dieses Schreiben in die Hände Marie Louisens gelangte, traf Dr. Antomarchi, welcher auf der Reise nach Rom begriffen war, in Parma ein. Hier fand er Gelegenheit, dem Grafen Neipperg vorgestellt zu werden. Von ihm auf das Freundlichste empfangen und über die Krankheit und den Tod Napoleons befragt, äusserte Antomarchi den Wunsch, auch der Kaiserin über die letzten Augenblicke ihres Gatten nähere Aufschlüsse zu ertheilen und ihr bei dieser Gelegenheit einen an sie gerichteten Brief der Grafen Bertrand und Montholon übergeben zu dürfen. Darin wurde Marie Louise im Namen Napoleons aufgefordert, Antomarchi eine lebenslängliche Pension von 6000 Francs zu sichern, ihn zum Chirurgen ihres Hauses, den Abbé Vignali hingegen bis zur Grossjährigkeit des Herzogs von Reichstadt zum Almosenier zu ernennen.[1] ‚Ich kann Ihrem

---

[1] Die Grafen Bertrand und Montholon an die Herzogin von Parma:

Londres, ce 12 septembre 1821.

Madame,

Le docteur Antomarchi, qui aura l'honneur de remettre cette lettre à V. M., a soigné l'empereur votre auguste époux dans la maladie à laquelle il a succombé.

Dans ses dernières moments l'empereur nous a chargé de faire connaître à V. M. qu'il La priait de faire payer à M. Antomarchi une pension viagère de six mille francs comme récompense de ses services à Ste-Hélène et qu'il désirait qu'Elle l'attachât à Sa maison comme chirurgien ordinaire ainsi que M. l'abbé Vignali comme aumônier ordinaire jusqu'à la majorité du prince Son fils, époque à laquelle il désire qu'il lui soit attaché.

Nous croyons, Madame, remplir un dernier devoir envers l'empereur en transmettant à V. M. ses dernières volontés, qu'il nous a plusieurs fois réitérées.

Nous avons l'honneur d'être . . .

Begehren nicht Folge leisten,' erwiderte Graf Neipperg; ,die Kunde von Ihrer Ankunft hat den Schmerz der Erzherzogin nur vermehrt; sie klagt und seufzt und ist nicht in der Lage, Sie zu empfangen. Aber ich biete mich Ihnen als Vermittler an; ich werde ihr melden, was Sie mir soeben erzählt haben, und den Brief übergeben, wenn Sie nicht darüber in Sorge sind, dass er durch meine Hände gehe.' Weit entfernt davon, irgend welchen Argwohn zu hegen, übergab Antomarchi dem Grafen das Schreiben. Neipperg entfernte sich und kehrte nach einer kleinen Weile mit einer Botschaft zurück, welche Antomarchi keineswegs erfreute. Denn Marie Louise hatte erklärt, dass sie ihn als einen Fremden nicht in ihre Dienste aufnehmen und auch seine Bitte in Betreff der Pension nicht sofort erfüllen könne. Sie müsse vorerst den Rath ihres Vaters einholen, sowie über die letztwilligen Bestimmungen ihres Gemahls ganz und gar im Klaren sein.[1] Als Graf Neipperg nach diesen sich erkundigte, vermochte er nichts Anderes in Erfahrung zu bringen, als was ihm bereits Abbé Vignali mitgetheilt hatte. ,Die Testamentsvollstrecker,' bemerkte Antomarchi, ,haben es sich zum Gesetze gemacht, getreu nach ihren Instructionen zu handeln.' Welcher Art jedoch diese wären, darüber wusste der Arzt Napoleons nichts zu sagen. Als er sich verabschiedete, überreichte ihm Neipperg im Namen Marie Louisens einen kostbaren Ring. Wenige Stunden nach dieser Audienz hatte Antomarchi Gelegenheit, die Witwe Napoleons im Theater zu sehen. ,Da war nichts mehr,' schildert er uns in seinen Aufzeichnungen, ,von jener übervollen Gesundheit, jener blendenden Frische zu sehen, von welcher Napoleon mir so oft erzählt; mager, abgeschlagen, herabgekommen, trug sie die Spuren des Kummers an sich, welchen sie durchgemacht hatte. Sie kam blos, um gleich wieder zu gehen; ich aber habe sie gesehen, und das genügte mir.'[2]

Erst am 25. November gelangte der Brief des Grafen Bertrand, und zwar durch die Vermittlung eines in Parma lebenden Banquiers, welcher ihn wieder von einem römischen

---

Beilage eines Berichtes Neipperg's an Metternich ddo. Sala, le 16 octobre 1821.

[1] Neipperg an Metternich. Sala, le 16 octobre 1821.

[2] Antomarchi, II, 180—230.

Geschäftsfreunde zur Weiterbeförderung erhalten hatte, in die Hände der Erzherzogin. Obwohl Marie Louise noch vor wenigen Wochen anderen Sinnes war, zeigte sie sich jetzt nichts weniger als abgeneigt, Bertrand und Montholon zu sehen und zu empfangen, vorausgesetzt, dass sie Näheres über das Testament Napoleons in Erfahrung bringen könnte. Doch wollte sie in einer für sie heiklen Angelegenheit nichts unternehmen, ohne vorerst den Rath Metternich's eingeholt zu haben.[1] Am 2. December erhielt Graf Neipperg, welcher in ihrem Auftrage sich an den Fürsten gewendet hatte, folgende Antwort: ‚Es muss der Klugheit der Frau Erzherzogin überlassen bleiben, zu erwägen, ob das Interesse, welches sie daran hat, unmittelbar durch General Bertrand und Montholon Aufschlüsse über das Testament ihres verstorbenen Gemahls zu erhalten, mächtig genug ist, dass sie sich nicht durch den Eindruck beirren lasse, welchen das Erscheinen jener Beiden in Parma ganz unfehlbar in Europa und insbesondere in Frankreich hervorbringen wird. Sollte also I. M. grossen Werth darauf legen, die zwei Herren zu empfangen, so könnten Sie, Herr Graf, damit beauftragt werden, Bertrand und Montholon durch Baron Vincent mündlich verständigen zu lassen, dass sie für den Fall, als sie von Seite der französischen Regierung die Erlaubniss erhalten, sich nach Rom zur Familie Bonaparte zu begeben, auf ihrer Reise durch Parma hier empfangen werden. Wenn jedoch die Frau Erzherzogin sich dafür entscheidet, sie nicht zu empfangen, erachte ich es für schicklicher, dass sie auch davon absehe, ihnen zu antworten.‘

Marie Louise schloss sich der Anschauung des Fürsten Metternich an und richtete an den kaiserlichen Botschafter in Paris, Baron Vincent, das Ersuchen, den Grafen Bertrand und

---

[1] La lettre cy-jointe est parvenue hier à S. M. Mme l'archiduchesse par un banquier de cette ville, auquel elle a été transmise par un de ses correspondants de Rome. A juger de la date de cette lettre il n'est point douteux, qu'elle n'ait été retenue quelque part. Mme l'archiduchesse ne veut y faire aucune réponse sans avoir préalablement pris les conseils de V. A. dans une occasion aussi délicate. Elle n'a aucun intérêt particulier à désirer de voir ici le général Bertrand et le comte de Montholon si ce ne fut que pour en tirer des renseignements sur le testament de son défunt époux. En attendant la réponse de V. A. . . . Neipperg an Metternich. Parme, ce 16 novembre 1821.

Montholon zu eröffnen, dass sie all das, was sie in Betreff des Testamentes zu sagen wüssten, ihm schriftlich oder mündlich anvertrauen könnten. Sie selbst aber wäre, abgesehen davon, dass sie das Nähere über die letzten Stunden ihres verstorbenen Gemahls bereits durch Antomarchi und Vignali erfahren hätte, nicht in der Lage, sie bei sich zu sehen.[1]

General Vincent zögerte jedoch, sich mit den Genannten ins Einvernehmen zu setzen, ohne von dem Fürsten Metternich selbst hiezu ausdrücklich ermächtigt worden zu sein. Er setzte diesen von dem Verlangen der Erzherzogin mit der Bemerkung in Kenntniss, dass man sich nöthigenfalls an die französischen Gerichte wenden müsse, um die Ansprüche Marie Louisens und des Herzogs von Reichstadt zur Geltung zu bringen. Ein solcher Schritt könnte aber auch nur dann unternommen werden, wenn die testamentarischen Bestimmungen Napoleons im Widerspruch mit den französischen Gesetzen stünden, welche es nicht gestatten, dass über einen gewissen Theil der Erbschaft hinaus zum Schaden der Kinder verfügt werde.[2]

---

[1] S. M. Mme l'archiduchesse qui sent parfaitement que l'arrivée du général Bertrand et de M. le comte de Montholon à Parme ne pourrait manquer de produire en Europe un effet défavorable et donner lieu à des nouvelles clameurs, me charge de vous prier d'avoir la bonté de prévenir ces MM. verbalement que sa position ne lui permet pas de les recevoir. S. M. a déjà eu par le chapelain Vignali et le docteur Antomarchi tous les détails concernant les derniers instants de son défunt époux. Si par un sentiment de loyauté auquel elle a le droit de s'attendre de la part de MM. les comtes de Bertrand et de Montholon, ils voulaient fournir des lumières sur le testament de son époux (qui lui inspire le plus grand intérêt par une sollicitude bien naturelle pour son bien aimé fils) ils en trouveront tous les moyens en les communiquant confidentiellement à V. E. soit par écrit, soit verbalement.

Mme l'archiduchesse a la pleine confiance que personne ne s'acquittera d'une commission aussi délicate mieux que V. E., et je suis . . . . . . Neipperg an Baron Vincent. Parme, ce 11 décembre 1821.

[2] Quoiqu'une lettre de V. A. à M. le comte de Neipperg en date du 2 de ce mois, dont il m'a transmis une copie, semblerait m'y autoriser en quelque manière, je n'ai cependant pas cru devoir me mettre en aucune espèce de rapport avec ces Messieurs sans une autorisation directe de V. A. Je m'empresse en conséquence de Lui rendre compte du désir que m'a fait témoigner Mme la duchesse de Parme, en observant toutefois, que dans le cas où Elle jugerait à propos que je m'occupe de l'objet

VIII. Capitel.

Zeitungsgerüchte über das Testament Napoleons. — Lord Bathurst. — Baron Vincent. — Marie Louise. — Verhalten des Fürsten Metternich. — Kaiser Franz fordert den Staatskanzler auf, ihm zuverlässige Nachrichten über das Testament zu unterbreiten. — Weisungen Metternich's nach London und Paris. — Marie Louise erklärt, auf jeden Nutzgenuss der dem Herzog von Reichstadt möglicherweise zufallenden Erbschaft verzichten zu wollen.

Französische und deutsche Journale brachten in Bälde ausführliche Artikel über die von Seite der Grafen Montholon und Bertrand an Lafitte gestellte Forderung und über das Testament selbst, von welchem einzelne Bestimmungen veröffentlicht wurden. Sie wiesen auch auf den Herzog von Leuchtenberg als denjenigen hin, in dessen Händen ein ansehnliches Depot sich befinden sollte. Weiters waren Gerüchte im Umlauf, dass Napoleon seinem Sohne nichts Anderes als seinen Degen und eine Instruction vermacht habe, welche General Bertrand beauftragt sei, dem Herzog von Reichstadt zu übermitteln.[1]

Ein Auszug aus dem Testamente, welcher in den letzten Tagen des November in den meistgelesenen Journalen erschien und, wie allgemein vermuthet wurde, von Montholon herrührte, erregte die ganz besondere Aufmerksamkeit der französischen und der englischen Regierung. Esterhazy theilte dem Fürsten Metternich mit, dass er die eifrigsten Nachforschungen über die Glaubwürdigkeit dieser Nachrichten gepflogen habe und zur Ueberzeugung gekommen sei, dass sie zum grössten Theil auf Wahrheit beruhten. Bathurst, welcher derselben Ansicht war, glaubte mit aller Bestimmtheit annehmen zu dürfen, ‚dass die wichtigsten Verfügungen des Verstorbenen in einem besonderen Documente verzeichnet stünden, dessen Erscheinen erst in späteren Tagen, vielleicht dann erfolgen sollte, wenn der Herzog von Reichstadt seine Grossjährigkeit erlangt habe‘.

---

en question, il pourrait bien en résulter la nécessité de démarches judiciaires, et par conséquent celles de recourir aux tribunaux d'ici pour assurer les prétentions que M[me] la duchesse de Parme ou son fils pourraient avoir sur les fonds sus-mentionnés. Vincent an Metternich. Paris, le 27 décembre 1821.

[1] Anhang 11.

Die Auszüge, welche die Zeitungen aus dem Testamente gebracht hatten, enthielten unter Anderem Verfügungen Napoleons über jene Gelder, von welchen es hiess, dass sie bei dem Herzoge von Leuchtenberg, bei Lafitte und auch bei Marie Louise niedergelegt seien. Lord Bathurst nahm an, dass Napoleon wohl nie mit voller Sicherheit mit diesen Depots habe rechnen können und ihm noch ein anderes grösseres Vermögen zu Gebote gestanden sei, in Betreff dessen vielleicht jenes besondere Schriftstück nähere Bestimmungen enthalte. Er liess kein Mittel unversucht, um darüber sichere Anhaltspunkte zu gewinnen, und glaubte endlich als gewiss annehmen zu dürfen, dass der grösste Theil der verfügbaren Gelder in Amerika bei dem Grafen Survilliers niedergelegt worden sei. Diese Ueberzeugung zu hegen, war Lord Bathurst umsomehr geneigt, als er nie an den Fluchtplänen des Gefangenen von St. Helena gezweifelt hatte; denn Napoleon sah nach seiner Ansicht Amerika für dasjenige Land an, welches ihm die grösste Bürgschaft auf Erfolg zu gewähren vermöge.[1]

Die verschiedenen von den Journalen gebrachten Enthüllungen genügten Vincent, um ihn erkennen zu lassen, mit welch grossen Schwierigkeiten das Unternehmen verbunden sei, den Ansprüchen der Herzogin von Parma zum Siege zu verhelfen. Die politische Seite des Testamentes trat jetzt klar an den Tag: Vincent nannte es einen Angriff auf die bestehende

---

[1] Il croit toutefois, que les dispositions les plus importantes du défunt se trouvent consignées dans un document séparé, qui ne doit paraître au jour qu'à une époque plus reculée et, peut-être, seulement à la majorité du prince de Reichstadt. On suppose que par ce document Bonaparte disposait de ses fonds effectivement disponibles, ce qui n'est pas le cas de ceux dont il est question dans la pièce publiée, puisqu'il ne pouvoit raisonnablement compter ni sur les fonds entre les mains du Prince Eugène, ni sur ceux qu'il prétend avoir été remis à l'impératrice Marie Louise à Orléans, ni même sur ceux déposés chez M. Lafitte. Lord Bathurst et une maison commerciale de la cité, qui a été employée dans plusieurs de ses transactions pécuniaires, sont d'avis que, ce dont Bonaparte pouvait disposer en toute sûreté, se trouve en Amérique, probablement en grande partie sous le nom de son frère Joseph, d'autant plus qu'il est connu qu'il n'avait pas abandonné l'espoir de s'échapper, et que c'était sur l'Amérique qu'il comptait comme lui laissant le plus de chances de succès. Il est donc plus que probable que c'est là que doivent se trouver ses fonds les plus considérables. Esterhazy an Metternich. Londres, le 5 février 1822.

Regierung und ein Mittel, um die alte Armee für den Namen Napoleons zu begeistern. Er gab dem Fürsten Metternich zu bedenken, ob es rathsam wäre, auf gerichtlichem Wege die Mittheilung dieses Testamentes zu verlangen und seine Giltigkeit durch Rechtsgelehrte prüfen zu lassen; der grosse Process, welcher heraufbeschworen würde, müsste den Wiener Hof nach jeder Richtung hin nur in die peinlichste Lage versetzen. Eher könnte man der bei dem Herzoge von Leuchtenberg hinterlegten Gelder sich versichern und darüber mit Ausschluss der Oeffentlichkeit und ohne die Dazwischenkunft der Gerichte verhandeln.[1]

Die Nachrichten, welche die Zeitungen gebracht hatten, versetzten Marie Louise in nicht geringe Bestürzung. In ihrem Auftrage wendete Graf Neipperg sich in einem Schreiben vom 21. December mit der Frage an den Fürsten Metternich, welche Mittel ergriffen werden sollten, um eine Verkürzung der Rechte des Herzogs von Reichstadt nach Möglichkeit hintanzuhalten.[2] Metternich wiederum war nicht gesonnen, angesichts der neuen Wendung, welche die Testamentsangelegenheit jetzt zu nehmen schien, in seinem bisherigen Verhalten sich irgendwie beirren zu lassen. Nach aussen hin durfte nur ein Standpunkt verfochten werden, von welchem aus die österreichische Regierung

---

[1] Anhang 11. Das von dem Herzoge im Jahre 1814 übernommene Depot im Betrage von 800.000 Francs war in der Zwischenzeit durch die vielen Zahlungen, welche Eugen im Auftrage Napoleons hatte leisten müssen, bedeutend verringert worden. Die Testamentsvollstrecker traten in Bälde mit der Forderung an ihn heran, ihnen über die Interessen jenes Capitals Rechnung zu legen. Der Herzog machte dagegen geltend, dass er dasselbe als ein Depot übernommen habe, also nicht verpflichtet werden könne, für die Zinsen aufzukommen. Es entspann sich in der Folge ein langwieriger Process, welcher erst im Jahre 1850, und zwar zu Gunsten des herzoglichen Hauses entschieden wurde. Vgl. Eugène, X, 408—425.

[2] S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme ayant lu, tant dans l'Allgemeine Zeitung d'Augsbourg, que dans le journal de Débats du 10 décembre des articles qui se réfèrent au testament de feu l'exempereur Napoléon, et qu'ils annoncent qu'il a disposé de plusieurs millions de francs placés durant les cent jours chez le banquier Lafitte en faveur des comtes de Bertrand et de Montholon, me charge de prier V. A. de vouloir bien faire prendre des informations, si ces nouvelles ont quelque fondement et quel moyen il y aurait à employer pour empêcher le dommage qui doit en dériver naturellement pour le duc de Reichstadt son fils. Neipperg an Metternich. Parma, ce 21 décembre 1821.

die Sache ansah: der civilrechtliche. In Betreff der politischen Seite des Testamentes war Metternich fest entschlossen, zwar die grösste Zurückhaltung zur Schau zu tragen, aber nichtsdestoweniger alle Vorkehrungen zu treffen, um irgend welchen staatsgefährlichen Absichten mit Nachdruck begegnen zu können. Er forderte General Vincent auf, der Angelegenheit, um die es sich handelte, nur in dem angegebenen Sinne seine Aufmerksamkeit zu widmen und jeden Schritt ängstlich zu vermeiden, welcher den Verdacht erwecken könnte, dass er von Seite seiner Regierung andere Weisungen als solche erhalten habe, welche einzig und allein auf die civilrechtlichen Ansprüche des Herzogs von Reichstadt sich bezogen.[1]

In Betreff des Ersuchens jedoch, welches Marie Louise an den kaiserlichen Botschafter in Paris gestellt hatte, zwischen ihr und den Grafen Bertrand und Montholon vermitteln zu wollen, machte Fürst Metternich den Baron Vincent auf eine Depesche aufmerksam, welche er bereits am 4. Februar 1821 an ihn gerichtet hatte und die folgendermassen lautete: ‚Da I. M. die Frau Erzherzogin, Herzogin von Parma, in der Absicht, ihren bisherigen Geschäftsträger zu Paris, Herrn Poggi, von dort abzuberufen, den Wunsch geäussert haben, dass die k. k. Botschaft daselbst angewiesen werde, Höchstihre und die

[1] ‚Les mesures qui ont été portées dans l'ordre du droit des gens et dans celui des dispositions politiques envers les membres de la famille de Bonaparte, ont laissé intacts les droits qu'ils ont dans l'ordre des lois civiles; et il doit vous être connu, M. le baron, que plusieurs des membres de cette famille jouissent sans trouble et sans contestation de leurs propriétés ainsi que de tout autre effet des lois civiles en France. D'après cette considération il nous importe à plusieurs titres d'être instruits si ces réclamations ont eu effectivement lieu et si elles ont donné lieu à des transactions judiciaires ou à d'autres dispositions, qui pourraient affecter la propriété des dits fonds. Il ne vous sera pas difficile, M. le baron, de vérifier ce qu'il eut y avoir de vrai dans ces informations, qui non seulement ont été répandues dans toute la France, mais qui ont été également accréditées en Angleterre. Je dois donc vous inviter à vous enquérir sous main de ce qui existe à cet égard, en vous abstenant toutefois de toute démarche avouée et ostensible qui pourrait autoriser l'opinion que vous avez reçu des ordres à ce sujet. Malgré la réserve que nous entendons observer dans tout ce qui rentre dans la partie politique de cette question, il ne nous est pas permis d'ignorer ce qui à cet égard est du domaine des lois civiles et de la propriété particulière . . .‘ Metternich an Vincent. Vienne, le 4 janvier 1822.

Angelegenheiten ihrer Unterthanen bei dem französischen Hofe zu besorgen, so wollen Sie sich angelegen sein lassen, den Aufträgen I. M. der Frau Erzherzogin, insofern Sie in Ihrer Stellung als Botschafter nicht etwa bei dem einen oder anderen ein gegründetes Bedenken finden, thunlichst nachzukommen, dabei jedoch die Vorsicht gebrauchen, Ihre diesfälligen Einschreitungen von denjenigen, welche auf hierortige Weisungen erfolgen, abgesondert zu behandeln und sich darüber mit dem Herrn FML. Grafen Neipperg, welcher fortan die auswärtigen Angelegenheiten der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla besorgt, in unmittelbarer Correspondenz zu erhalten. Man erachtet zu diesem Ende eine besondere Accreditirung E. E. von Seite des Hofes von Parma umsoweniger für nothwendig, als die Beauftragung der k. k. Gesandtschaften mit den Geschäften desselben eine natürliche Folge der zwischen beiden Höfen bestehenden engen Verwandtschaftsbande ist und bisher bei keiner der k. k. Missionen eine solche Accreditirung gefordert wurde.‘[1]

‚In getreuer Befolgung eines solchen Verhaltes,‘ theilte Metternich dem Baron Vincent am 26. Jänner 1822 mit, ‚hat uns auch die Frau Erzherzogin das Schreiben Bertrand's eingesendet und den Wunsch ausgedrückt, dass E. E. ersucht werden mögen, von Seite der Grafen Bertrand und Montholon jene Eröffnungen entgegenzunehmen, auf welche sie in dem Briefe vom 16. August hinweisen. Ich bitte Sie also, in dieser Angelegenheit sowohl, als auch in allen übrigen das Organ der Herzogin von Parma zu sein und als solches bei den Genannten, rücksichtlich derer Ihnen diese Depesche im Nothfalle als Specialvollmacht dienen möge, sich vorzustellen.‘

Dem Staatskanzler musste jetzt umsomehr daran gelegen sein, genauen Aufschluss über das Testament zu erhalten, als es niemand Geringerer als der Kaiser selbst war, welcher mit aller Entschiedenheit darauf drang. ‚Ich trage Ihnen auf,‘ resolvirte Franz I. am 9. Jänner 1822 einen Vortrag, mit welchem ihm Fürst Metternich drei Tage vorher die aus Paris und London eingelangten Berichte vorgelegt hatte, ‚zu trachten, in Erfahrung zu bringen, ob Napoleon ein Testament gemacht

[1] Schreiben an Freiherrn v. Vincent zu Paris, 4. Februar 1821. St.-A.

habe, wo es sich befinde und worin es bestehe, da mein Wille ist, dass die Rechte meiner Tochter und meines Enkels, sowie ihr Interesse in dieser sowie in jeder Gelegenheit nach der strengsten Gerechtigkeit geschützt und bewahrt werden, wofür Sie daher auch zu sorgen haben.'

Im Sinne dieser kaiserlichen Willensäusserung forderte Metternich den Fürsten Esterhazy neuerdings auf, Lord Bathurst zu veranlassen, den Wünschen des österreichischen Hofes gerecht zu werden. Indem er es als gewiss voraussetzte, dass die Schicksalsgefährten Napoleons vom Tage ihrer Ankunft in England bis zu ihrer Abreise nach Frankreich auch rücksichtlich ihrer Correspondenz auf das Sorgfältigste überwacht worden seien, machte er den Botschafter darauf aufmerksam, dass daraus sich weitere Anzeichen ergeben könnten, um die Testamentsangelegenheit vollends aufzuklären.[1]

An demselben Tage ging auch eine Depesche an den kaiserlichen Botschafter in Paris ab, worin diesem mitgetheilt wurde, welches Verhalten er bei Gelegenheit der Unterhandlungen mit Bertrand und Montholon zu befolgen habe. Metternich erachtete es für klug, dass Baron Vincent mit jedem einzeln sich ins Einvernehmen setze, wogegen schon deshalb kein Einwand erhoben werden dürfte, weil Graf Bertrand die officielle Anzeige von dem Tode Napoleons allein unterzeichnet und zugleich im Namen seiner Gefährten gesprochen habe. ‚Im Uebrigen,' bemerkte der Staatskanzler, ‚gilt es als Regel, dass, insofern mehr Testamentsvollstrecker vorhanden sind, der Eine in Ermanglung des Anderen dafür Sorge trage, dass die

---

[1] ‚. . . Je ne puis donc qu'engager V. A. à continuer ses démarches auprès de Lord Bathurst et à m'en faire connaître le résultat, afin que je puisse en rendre compte à S. M. L'examen des papiers et effets délaissés par Napoléon Bonaparte, desquels fait mention le rapport du gouverneur Sir Hudson Lowe en date du 14 mai 1821, n'a produit que la preuve du codicile et du legs des boites destinées au duc de Reichstadt, mais on ne peut alors découvrir d'autre trace du testament même que la mention qui en est articulée dans le codicile. Il serait donc désirable de rattacher à ce premier examen les notions ou les indices que peuvent avoir fourni au secrétaire d'état, chargé des colonies, soit la correspondance des personnes attachées au prisonnier de Ste-Hélène, soit la surveillance à laquelle ces personnes ont été soumises à leur arrivée en Angleterre et jusqu'à leur départ pour la France . . .' Metternich an Esterhazy. Vienne, le 26 janvier 1822.

letztwilligen Verfügungen erfüllt werden, denn sie haften solidarisch dafür.‘ Um jedoch die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Aussagen Bertrand's und Montholon's nach jeder Richtung hin feststellen zu können, forderte Fürst Metternich den Botschafter auf, einen Beamten der Botschaft zu Marchand zu entsenden, um auch von diesem irgendwelche Aufschlüsse zu erhalten. Noch ein ganz besonderer Umstand bestimmte ihn, sie alle einzeln vernehmen zu lassen: es war ihm bekannt, dass Graf Bertrand sowohl vor als nach dem Sturze Bonaparte's eines grösseren Ansehens als Graf Montholon sich erfreut hatte; nichtsdestoweniger war dieser in weit ausgedehnterem Masse als jener in den letzten Verfügungen des Exkaisers bedacht worden. Die verschiedensten Gerüchte, welche darüber laut wurden, verkündeten, dass es Montholon eben geglückt sei, den Gefangenen von St. Helena in der letzten Zeit zu überlisten. Man stellte ihn als einen Intriguanten ‚von dem Schlage Talleyrand's, Semonville's und anderer Chamäleons der Revolution‘ hin. In Paris erregte es Aufsehen, dass Montholon seit seiner Rückkehr einen Aufwand trieb, welchen man umsomehr bespötteln zu dürfen glaubte, als es stadtbekannt war, dass er zur Zeit seiner Abreise bis an den Hals in Schulden gesteckt hatte. Wenn auch Fürst Metternich durch solche Gerüchte, welche ihren Ursprung vielleicht in dem Neide und der Missgunst einiger Bonapartisten haben konnten, sich nicht beeinflussen lassen wollte, so hielt er dennoch den Verdacht aufrecht, dass er es mit einer absichtlichen Verschweigung, wenn nicht mit einer Verhehlung der Gelder und Papiere der Hinterlassenschaft zu thun habe. Den von Seite Sir Hudson Lowe's dem kaiserlichen Botschafter in London gemachten Eröffnungen schenkte Metternich um so eher unbedingtes Vertrauen, als sie auch den Gegenstand eines Berichtes bildeten, welchen jener am 14. Mai 1821 an Lord Bathurst gerichtet hatte. Sie waren das einzig Verlässliche, was die österreichische Regierung über den Stand der Erbschaft wusste, nämlich: dass ein Codicill vom 16. April 1821, dessen Inhalt man kannte, vorhanden sei; dass nichtsdestoweniger das darin erwähnte Testament nicht vorgefunden werden konnte; dass Napoleon seinem Sohne einige Tabatièren und Schmuckgegenstände vermacht habe, und dass endlich Bertrand, Montholon und Marchand die Vollstrecker seiner letztwilligen Verfügungen seien.

Baron Vincent wurde beauftragt, gelegentlich seiner Unterhandlungen mit den drei Genannten erst dann die Rede auf die Hinterlassenschaftsmasse und die bei Lafitte oder anderswo deponirten Gelder zu bringen, wenn sie über das in dem Schreiben Bertrand's in Aussicht Gestellte sich ausgesprochen und ihm weiters mitgetheilt hätten, in welcher Weise sie ihres Auftrages sich zu entledigen gedächten.

In ihrer Eigenschaft als Testamentsvollstrecker waren sie nach französischem Rechte gehalten, ein Jahr nach dem Tode des Erblassers Rechenschaft abzulegen. Um ihnen gleich von vornherein die Möglichkeit zu benehmen, das Vorhandensein eines Testamentes in Zweifel zu ziehen oder gar zu bestreiten, wurde Baron Vincent bedeutet, diese Frage gesprächsweise über jedes Bedenken erhaben hinzustellen, nachdem sie von Augenzeugen aus St. Helena genügend erhärtet worden sei und Abbé Vignali, sowie auch Antomarchi Kenntniss von dem betreffenden Documente gehabt hätten.

In Erörterungen politischer Natur durfte Baron Vincent sich nicht einlassen, weshalb er von Metternich angewiesen wurde, dieses den Testamentsvollstreckern ausdrücklich zu erklären. Damit sie jedoch ein solches Verbot nicht zum Vorwande nehmen könnten, die Verhandlungen abzubrechen, sollte der Botschafter ihnen den Vorschlag machen, dass er gerne bereit sei, Briefe, welche derartige Enthüllungen beträfen, zur Weiterbeförderung zu übernehmen, ohne nach ihrem Inhalte zu forschen; von ihnen hingegen müsste er als Bevollmächtigter des natürlichen Erben jene Aufschlüsse verlangen, welche auf das rein Sachliche der Erbschaft sich bezögen.

Fürst Metternich wollte den Erfolg dieser Conferenzen des kaiserlichen Botschafters in Paris mit Bertrand und Montholon erst abwarten, bevor er endgiltig darüber entschied, ob es vonnöthen sei, gerichtliche Schritte einzuleiten. ‚Es ist von Wichtigkeit,‘ schrieb er an Baron Vincent, ‚in dieser Hinsicht einer sicheren Grundlage gewiss zu sein, auf die man sich verlassen darf; denn wenn man auf Zeitungsartikel und blosse Gerüchte hin bestimmte Schritte unternehmen würde, so könnte man leicht sich der Gefahr einer aus der Luft gegriffenen Mystification aussetzen und müsste es eines Tages bedauern, in gerichtliche Erörterungen sich eingelassen zu haben, um nach imaginären Schätzen zu fahnden und Depots zu be-

ansprUchen, deren Vorhandensein durch nichts begründet wäre.'[1]

Als Baron Vincent in einem Schreiben nach Parma die Nothwendigkeit gerichtlicher Schritte hervorhob, gab Graf Neipperg dem Fürsten Metternich zu bedenken, ob es nicht rathsamer sei, die Herzogin dabei gar nicht ins Spiel kommen zu lassen. Für diese Anschauung Neipperg's sprach der Umstand, dass Marie Louise den Entschluss gefasst hatte, ihrerseits auf Alles, ja selbst auf den lebenslänglichen Nutzgenuss der dem Herzoge von Reichstadt zufallenden Erbschaft zu verzichten und nur die Rechte dieses aufrecht zu erhalten.[2]

IX. Capitel.

Antomarchi in Parma. — Gerüchte über ihn. — Seine Audienz bei dem Grafen Neipperg. — Er reist nach Paris. — Baron Vincent.

Inzwischen war Antomarchi wieder nach Parma gekommen. Schon am 18. December des verflossenen Jahres hatte der kaiserliche Gesandte in Florenz, Graf Bombelles, den Grafen Neipperg von der bevorstehenden Ankunft des Arztes Napoleons benachrichtigt und diese Anzeige folgendermassen begründet: ‚Personen, welche Antomarchi hier besuchten, versicherten mich, dass er bittere Klage darüber geführt habe, gelegentlich seiner ersten Durchreise durch Parma von der Herzogin nicht empfangen worden zu sein. Antomarchi liess sogar verlauten, dass, wenn ihm die Ehre zutheil geworden wäre, I. M. zu sprechen, er ihr so Manches zur Kenntniss gebracht hätte. Ich weiss zwar nicht, ob dieser Mann irgendwelche Anhaltspunkte über das Vorhandensein des Testamentes Napoleons zu geben vermag und ob die Aeusserungen, die er

---

[1] Anhang 12.

[2] Le baron de Vincent est de l'avis que les intérêts de Mme l'archiduchesse ne puissent être traités, s'il y a lieu, autrement que par la voie judiciaire, et reste à juger alors ce que V. A. conseillera mieux que tout autre, s'il convient que S. M. puisse intervenir dans une cause pareille. Elle est bien décidée à ne rien accepter, pas même la jouissance viagère de tout ce qui peut résulter de l'héritage du défunt, dont il faudra pourtant que le testament vienne une fois au jour. D'un autre côté ces sollicitudes maternelles ne lui permettent point de rénoncer au moindre avantage sur lequel pourrait avoir droit son bien aimé fils. Neipperg an Metternich. Parme, ce 18 janvier 1822.

gethan, darauf sich beziehen; aber nichtsdestoweniger habe ich es als meine Pflicht erachtet, die Aufmerksamkeit E. E. darauf zu lenken und Sie nicht in Unkenntniss darüber zu lassen, dass Antomarchi in wenigen Tagen nach Parma kommen wird.'

An den Grafen Bubna jedoch richtete Bombelles das Ersuchen, die Absichten Marie Louisens in Betreff Antomarchi's in Erfahrung zu bringen. Zu einer solchen Aufforderung wurde er durch die wiederholten Vorstellungen des Agenten Tito Mansi gedrängt, welcher einerseits nicht genug die Nothwendigkeit hervorheben konnte, dass die Herzogin von Parma den Arzt Napoleons in eigener Person empfangen möge, und andererseits ihn als einen Menschen ganz gewöhnlicher Art schilderte, von welchem er vermuthete, dass er wohl nie das Vertrauen Bonaparte's besessen habe.[1] Indem Bombelles den Fürsten Metternich von diesem Schreiben in Kenntniss setzte, theilte er ihm gleichzeitig als einen höchst auffallenden Umstand mit, dass Antomarchi, welcher bei seiner Ankunft in England doch jeder Geldmittel bar gewesen sei, in Florenz einen grossen Aufwand getrieben habe und sogar mit der Absicht sich trage, grössere Capitalien anzulegen.[2]

[1] ,. . . M. Mansi m'a d'abord assuré connaître à peine le professeur Antomarchi, qu'il m'a peint comme un homme tout-à-fait ordinaire, et n'ayant jamais possédé la confiance de Napoléon. M. Mansi croit que, si Mme l'archiduchesse eut jugé à propos dans sa haute sagesse de voir Antomarchi, elle aurait peut-être pu tirer un plus grand parti de la conversation de cet homme que M. le comte de Neipperg, contre lequel il paraît avoir beaucoup de prévention.' Bombelles an Metternich. Florenz, 12. December 1821. St.-A.

[2] M. Tito Mansi m'a fait savoir avant-hier, à la suite de la conversation que j'ai eue dernièrement avec lui, et dont j'ai eu l'honneur de parler à V. A. dans mon très humble rapport No. 81, litt. C, que le professeur Antomarchi alloit dans quelques jours repartir pour Paris. M. Mansi continuant à croire qu'il seroit extrêmement important, que cet homme pût parler à S. M. Mme la duchesse de Parme, j'ai cru bien faire de prévenir M. le comte de Bubna des projets de voyage du Sieur Antomarchi, afin que, s'il le juge à propos, il puisse pressentir à ce sujet les intentions de S. M. Mme l'archiduchesse. J'ignore si Antomarchi sait quelque chose de positif sur l'existence du testament de Napoléon, mais ce qui est certain, c'est que cet homme est arrivé en Angleterre presqu'entièrement dénué de moyens pécuniaires, et que dans ce moment-ci non seulement il a fait une assez grande dépense à Florence, mais qu'il cherche même à placer des capitaux. Bombelles an Metternich. Florence, ce 19 décembre 1821.

Als nun Antomarchi in den ersten Tagen des Jänner 1822 nach Parma kam, sprach er abermals bei dem Grafen Neipperg vor. Ohne den ausdrücklichen Wunsch zu äussern, der Herzogin vorgestellt zu werden, brachte er die Rede blos auf die lebenslängliche Pension, welche Marie Louise ihm in Gemässheit des Codicills ausbezahlen sollte. ‚Nachdem ich die Befehle I. M. eingeholt hatte,‘ berichtete Neipperg am 11. Jänner dem Fürsten Metternich, ‚habe ich ihm in deutlicher Weise zu verstehen gegeben, dass I. M. fest entschlossen sei, weder von einem weiteren Anspruch, noch irgend einer Empfehlung in Betreff dieser Angelegenheit etwas hören zu wollen, bevor sie nicht über das Testament und die letzten Verfügungen ihres verstorbenen Gemahls im Klaren wäre. Diese Antwort schien ihn nicht besonders befriedigt zu haben, und er ist gestern nach Paris abgereist.‘

Mit keiner Silbe jedoch erwähnte Graf Neipperg des Schreibens, welches er Antomarchi für Baron Vincent übergeben und in welchem Marie Louise ‚ihren wohlwollenden Absichten in Betreff des Arztes ihres Gemahls Ausdruck verliehen hatte, dessen letzten Wunsch zu erfüllen sie bestrebt sein würde‘.[1] In Paris angelangt, entledigte sich jener seines Auftrages und überreichte das Schreiben Neipperg's dem kaiserlichen Botschafter, Baron Vincent. Dieser benützte die Gelegenheit, um sich Antomarchi's als Vermittlers bei dem Grafen Bertrand zu bedienen.[2]

X. Capitel.

Process der Testamentsvollstrecker mit dem Bankhause Lafitte. — Marie Louise. — Erste Nachricht über den Verbleib des Testamentes. — Dieses ist als Depot bei dem Gerichtshofe des Erzbischofs von Canterbury hinterlegt. — Fürst Metternich. — Esterhazy schickt Auszüge des Testamentes, welche er von dem französischen Botschafter erhalten hatte, nach Wien. — Metternich's Ansichten über den Grafen Montholon.

Inzwischen war in erster Instanz über den Process verhandelt worden, welchen Bertrand und Montholon gegen das Bankhaus Lafitte angestrengt hatten. Dieses begründete seine Weigerung, die ihm anvertrauten Gelder herauszugeben, damit,

---

[1] Antomarchi, II, 240.
[2] Anhang 13.

dass nach dem Buchstaben des Gesetzes der Brief Napoleons keine rechtsgiltige Urkunde sei und weder der Erblasser noch der Erbe irgend etwas verfügen, beziehungsweise eine Erbschaft in Frankreich antreten könnten, nachdem die königlichen Verordnungen vom 6. März 1815 und vom 12. Jänner 1816 sie beide als bürgerlich todt erklärt hätten.

Es erübrige ihm also nichts Anderes, als das Depot bei Gericht zu hinterlegen, wo es verbleiben müsse, ‚bis die Sache spruchreif geworden sei'. Weiters erklärte Lafitte, dass er nicht dazu verhalten werden könne, die von Seite Montholon's begehrten Interessen zu bezahlen, da er das von Napoleon ihm anvertraute Vermögen ausschliesslich als ein Depot übernommen habe. Es wurde kein Beschluss gefasst und die Weiterführung des Processes vertagt.[1]

Marie Louise hegte grossen Kummer darüber, dass man die bei Lafitte hinterlegten fünf Millionen ihrem Sohne nicht zusprechen würde, und fasste erst neuen Muth, als das ‚Journal des débats' vom 13. März die Nachricht brachte, dass sie gerichtlich deponirt werden sollten. In ihrem Auftrage richtete Graf Neipperg am 26. März das Ersuchen an Metternich, er möge bei dem Kaiser sich dafür verwenden, ‚dass jene ansehnliche Summe für den Herzog von Reichstadt nicht verloren gehe'. Gleichzeitig liess Marie Louise dem Fürsten mittheilen, dass das Testament dereinst Aufschluss über alle Capitalien geben werde, welche, ihrer Ueberzeugung nach, in England und vielleicht auch in deutschen Handelshäusern angelegt seien; denn sie erinnere sich, wenn auch nur dunkel daran, dass Napoleon Bonaparte ihr gegenüber einmal die Aeusserung gethan habe, im Auslande Depots zu besitzen, worüber vielleicht das Londoner Bankhaus Baring die beste Auskunft ertheilen könnte.[2]

---

[1] Anhang 13.

[2] Ce testament portera en soi apparemment la clef de tous les capitaux placés en Angleterre, et peut-être dans quelques villes de commerce de l'Allemagne. S. M. se rappèle, quoique confusément, que l'exempereur lui a fait mention, dans le temps qu'il donnait des licences au commerce, qu'il avait placé des fonds dans des pays étrangers, et il se pourrait bien que la maison Baring à Londres fût à même de fournir quelques éclaircissements à cet égard. S. M. me charge de prier V. A., comme d'après le journal de débats du 13 mars le jugement relatif au 5 millions, qui se trouvaient dans les mains du banquier Lafitte, vient d'être

Inzwischen war im Februar 1822 die erste zuverlässige Kunde über den Verbleib des Testamentes nach Wien gelangt. Dasselbe war als Depot bei einem geistlichen Gerichtshofe, jenem des Erzbischofs von Canterbury, hinterlegt worden und befand sich in den Händen des Anwaltes William Fox, welcher es in der ersten Woche des Jänner im strengsten Vertrauen überkommen hatte. Diese Nachricht war Lord Bathurst von dem königlichen Procurator selbst hinterbracht worden, worauf er sich beeilte, den Fürsten Esterhazy davon in Kenntniss zu setzen. In Form einer Note vom 26. Jänner theilte er dem Botschafter ferner mit, dass Fox noch nichts gethan habe, das Testament gerichtlich beglaubigen zu lassen, worüber aber noch eine lange Zeit verstreichen könne. Denn es sei unter Rechtsanwälten ein nicht seltener Brauch, ähnliche Documente Monate hindurch zu verwahren, bevor sie bei den Gerichten die erforderlichen Schritte unternähmen, ja es ereigne sich sogar zuweilen, dass eine gerichtliche Beglaubigung völlig unterbleibe.

Eine Abschrift des Testamentes vermochte Lord Bathurst nicht zu erhalten, und er sah ein, dass ihm kein rechtliches Mittel zu Gebote stehe, den Anwalt zu bewegen, das ihm im strengsten Vertrauen eingehändigte Schriftstück preiszugeben und den Namen dessen zu nennen, der es überbrachte. Hingegen wurde ihm von Seite des königlichen Procurators die Zusicherung zutheil, eine Abschrift des Testamentes zu erhalten, sobald dasselbe gerichtlich beglaubigt worden sei.

Erst am 5. Februar sendete Fürst Esterhazy diese Note des Staatssecretärs nach Wien.[1] Fürst Metternich zweifelte keinen Augenblick daran, dass der geheimnissvolle Uebermittler des Testamentes niemand Anderer als Graf Montholon gewesen sei, und er glaubte jetzt umsomehr der Anschauung

---

prononcé en audience publique et porte que ces fonds doivent être consignés à la caisse des dépôts et consignations, de procurer par une gracieuse intervention de S. M. l'empereur son auguste père, que cette somme considérable ne soit point perdue pour Mgr. le duc de Reichstadt. Neipperg an Metternich. Parme, le 26 mars 1822.

[1] „. . . J'ai l'honneur pour plus d'éclaircissement, de transmettre à V. A. la note ci-jointe de Mylord Bathurst, auquel je m'étais adressé pour me procurer des renseignements sur l'authenticité du testament de Bonaparte.' Esterhazy an Metternich. Londres, le 5 février 1822. Vgl. Anhang 14.

Lowe's beipflichten zu dürfen, dass man jenes Document in der That, und zwar aus folgenden Beweggründen unterschlagen habe: Entweder, führte er aus, enthielt das Testament politische Verfügungen, in Ansehung derer man einer entschiedenen Zurückweisung von Seite des Gouverneurs sicher sein konnte, so dass sie von dem Augenblicke, da man sie vorgebracht, null und nichtig geworden wären, oder man hat die Absicht gehabt, der Hinterlassenschaft sich zu bemächtigen. In dem einen Falle wird das Testament schon an den Tag kommen, da seine Veröffentlichung den Zwecken der napoleonischen Partei entspricht, in dem anderen aber werden dieselben Beweggründe, welche den Betrug veranlasst haben, auch zur Entdeckung eines solchen führen.[1]

Wie die Dinge jetzt standen, war Fürst Metternich schon damit zufrieden, dass die englische Regierung sich ihm gleichsam verpflichtet hatte. ‚Wenn Lord Bathurst,' schrieb er am 13. März an den Grafen Neipperg, ‚fortfährt, der Erwartung des Fürsten Esterhazy zu entsprechen, so könnte das Verhalten dieses Ministers den Verdacht wieder auslöschen, den Viele zu hegen versucht sind, dass nämlich das Cabinet von St. James nichts Anderes beabsichtige, als die letztwilligen Verfügungen Bonaparte's in ein geheimnissvolles Dunkel zu hüllen.' Die von Seiten Lord Bathurst's versprochenen Aufklärungen schienen

---

[1] „. . . Il est hors de doute que le testament de Bonaparte et plusieurs parties de ses dernières dispositions ont été soustraites à la connaissance de Sir Hudson Lowe, qui réunissait en sa personne toutes les autorités de l'île de Ste-Hélène. Cette soustraction a été faite ou parcequ'il y avait des dispositions politiques que l'on avait la certitude de voir repoussées par le gouverneur de l'île, attendu qu'il n'a jamais reconnu la qualité de souverain dans son prisonnier, et que par conséquent de pareilles dispositions eussent été rejetées dans le néant au moment même de leur production, ou bien cette soustraction s'est faite à Ste-Hélène dans des vues d'expilation de l'hérédité. Dans le premier cas, le testament se fera jour parceque l'esprit de parti lui servira de véhicule, et une découverte pourra mener à l'autre. Dans la supposition que l'on ait eu intention d'expiler la succession, il en sera à cet égard comme il est arrivé au dépôt Lafitte. Le même mobile qui pousse à la fraude en assure tot ou tard la découverte — les complices se séparent au jour de partage. Ne doutons pas qu'il n'en soit de même avec les dotations posthumes de Ste-Hélène: les artisans de la fraude (s'il y en a eu) se chargeront eux mêmes de la publier . . .' Metternich an Neipperg. Vienne, le 13 mars 1822.

Metternich jetzt um so nöthiger zu sein, als sie auch beweisen sollten, dass all die Gerüchte, welche die Zeitungen über das Testament Napoleons in Umlauf gesetzt hatten, nichts weniger denn auf Wahrheit beruhten.[1]

Weiters bemerkte Metternich, dass die österreichische Regierung gewiss nicht ermangeln werde, festzustellen, was Napoleon Bonaparte seit den Jahren 1814 und 1815 sein Privatvermögen nennen und worüber er im Augenblicke seines Todes rechtmässig verfügen konnte. ‚Wenn auch nicht daran zu zweifeln sei, dass der Herzog von Reichstadt nach französischem Rechte zum Mindesten begründeten Anspruch auf die Hälfte der Verlassenschaft erheben könne, so dürfe man doch andererseits nicht die Vorsichtsmassregeln verabsäumen, die man unbedingt beobachten müsse. Die einen ergäben sich in Ansehung der Stellung des Kaisers und der Herzogin von Parma, sowie vom Standpunkte der Politik, die anderen hingegen beträfen den Prinzen als Privatperson. In diesem Falle empfehle es sich aus rein praktischen Gründen, in seinem Namen nicht früher irgendwelche Schritte zu unternehmen, als bis man nicht den wahren Stand des Vermögens Napoleons festgestellt habe, um

[1] So hatte die ‚Times‘ ddo. Paris, 17. Jänner 1822, einen Auszug aus dem Testamente gebracht, dessen Glaubwürdigkeit Fürst Metternich aus folgenden Gründen in Zweifel zog: ‚Ce qui donnerait certes le droit de révoquer en doute l'authenticité du testament et des codicilles qui s'y trouvent rappelés, c'est qu'il n'y a nulle mention d'un autre codicille dont l'authenticité nous est complètement constatée, puisqu'il a été immédiatement homologué après le décès de Napoléon Bonaparte et que la vérification s'en est faite à Ste-Hélène tant de la part des exécuteurs testamentaires que celle de S. E. le gouverneur de l'île. D'un autre côté, le contenu de ce testament du 14 avril ainsi que celui des codicilles qui le suivent, ne laissent pas entrevoir des motifs qui auraient pu déterminer à en faire un secret à Ste-Hélène et à le soustraire de la succession jacente, tandis qu'on y laissait apparaître le codicille qui concerne les souvenirs légués à Mgr. le duc de Reichstadt et que l'on n'y fesait pas mistère des legs destinés aux exécuteurs testamentaires. Il pourrait donc paraître douteux si Bonaparte, dans le dernier mois de son existence, a réellement fait porter ses dernières volontés sur des détails aussi exigus ou si ces réminiscences des cent jours ne sont pas l'œuvre de quelques uns de ses partisans? Du reste, l'on peut espérer que les éclaircissements promis par Lord Bathurst ne tarderont pas à nous fournir des données plus positives et propres à distinguer le vrai du faux.‘ Fürst Metternich an den Grafen Neipperg. Vienne, le 13 mars 1822. St.-A.

nicht etwa im Falle der unbedingten Erbserklärung mehr Kosten tragen zu müssen, als der Werth der Erbschaft betrage.‘

Fürst Esterhazy blieb inzwischen nicht müssig, um weitere Aufschlüsse über das Testament zu erlangen, und er wendete sich zu diesem Zwecke an den französischen Botschafter in London, Grafen Caraman. Durch die Vermittlung desselben erhielt Esterhazy eine Abschrift der Auszüge, welche Graf Montholon bei Fox von dem Testamente sich gemacht und auch dem französischen Generalconsul Séguier vorgelegt hatte.[1] Sie waren äusserst lückenhaft und enthielten im Wesentlichen dasselbe, was bereits durch die ‚Times‘ veröffentlicht worden war. Gelegentlich einer Besprechung mit Séguier erfuhr Esterhazy, dass Montholon das Testament nur insoweit excerpirt habe, als ihm nöthig schien, um in den Besitz der bei Lafitte hinterlegten Millionen zu gelangen und die ausgesetzten Legate zu bezahlen. Der Generalconsul, welcher das Testament selbst nicht eingesehen hatte, versicherte dem Botschafter, dass es elf Codicille, sämmtlich eigenhändig von Napoleon geschrieben, enthalte ‚und dass Montholon der Depositär der geheimen Absichten und Pläne des Verstorbenen in Betreff der Vollstreckung seines letzten Willens sei‘.

Nachdem Montholon seine Auszüge, erzählte jener, in Gegenwart von Rechtsfreunden und mit Wahrung der Formen fertiggebracht hatte, welche nach englischen Gesetzen nöthig waren, um die Echtheit des Testamentes festzustellen, verschloss er dieses mit seinem Siegel und gab es Fox wieder zurück.[2]

---

[1] Wenn auch die französischen Gesetze in Ansehung eines Testamentes nicht viele Formalitäten vorschrieben, so war es doch nothwendig, die Clauseln, von welchen man Gebrauch machen wollte, dort, wo das Testament sich befand, durch einen französischen Consul beglaubigen zu lassen.

[2] C'est à M. le comte de Caraman même que je me suis adressé dans ce but. C'est à sa complaisance que je dois la pièce que j'ai l'honneur de transmettre ci-joint à V. A. Ce sont des extraits que Montholon lui-même a présentés au consul général de France Séguier (son parent) et dont celui-ci a pris copie. Je puis donc en garantir l'authenticité. Vous remarquerez, mon prince, les différentes lacunes qui se trouvent dans ce document et sur lesquelles Montholon ne s'est jamais expliqué. Il diffère, au reste, très peu de celui qui, dans le temps, avait été publié dans le Times.

Veuillez . . .

In dem Verdachte aber, dass Montholon bereits zur Zeit des ersten Besuches Lowe's in Longwood im Besitze des Testamentes gewesen sei, wurde Metternich durch jene neuen Eröffnungen nur noch mehr bestärkt. ‚Es hat den Anschein,' schrieb der Fürst am 22. März 1822 nach Parma, ‚als ob Montholon in der That beabsichtige, die letztwilligen Verfügungen Napoleons blos theilweise zu offenbaren, wie er ja auch auf St. Helena dem Gouverneur blos das Codicill vom 16. April vorgewiesen und dabei bemerkt hatte, dass es ganz merkwürdig sei, dass kein Testament sich vorgefunden habe.'

XI. Capitel.

Montholon und Bertrand bei dem Botschafter Baron Vincent. — Ihr Schreiben an Marie Louise. — Montholon und Lafitte befehden sich in den Tagesblättern. — Marie Louise erhält das Codicill, welches auf sie Bezug hat. — Ihr Unwille darüber. — Der Herzog von Leuchtenberg. — Sein Schreiben an Kaiser Franz. — Handschreiben des Kaisers an den Fürsten Metternich.

Endlich traten die Grafen Montholon und Bertrand aus ihrer bisherigen Reserve hervor und statteten am 21. Februar dem kaiserlichen Botschafter in Paris einen Besuch ab. General Bertrand stellte an Baron Vincent die Frage, ob er geneigt wäre, einen für die Kaiserin Marie Louise bestimmten Brief zu

---

Postscript. J'ajouterai au présent rapport quelques détails que je tiens de M. Séguier, que je viens de voir. Il m'a assuré n'avoir vu du testament que la partie ci-jointe en extraits, et que M. de Montholon n'en avoit tiré que ce qui lui avait paru nécessaire pour obtenir de M. Lafitte les six millions déposés chez lui, et qui couvriroient les legs et sommes indiqués dans les dits extraits. M. Séguier a cependant ajouté, qu'il savoit qu'il y avait onze codicilles, tous écrits de la main de Bonaparte, ainsi que son testament, et qu'il était certain que M. de Montholon était le dépositaire des intentions et pensées secrètes du défunt relativement à l'exécution de ses dernières volontés. M. de Montholon, après avoir fait ces extraits en présence des gens de loi et d'après les formes usitées et requises de ce pays-ci pour constater l'authenticité de l'écriture de Bonaparte, a refermé ce testament de son propre cachet en présence des mêmes personnes, et l'a remis entre les mains du procureur (proctor) Fox. Une autre circonstance très curieuse, qui m'a été rapportée par Sir H. Lowe et qui se trouve confirmée par l'extrait ci-joint écrit de sa main (fehlt), c'est qu'il est possible que l'on ait soustrait, contre l'intention même de Bonaparte, la communication de ses dernières volontés, malgré l'offre faite à ce sujet par M. de Montholon à Sir H. Lowe qui, lorsqu'il demanda la réalisation de cette offre, reçut

übernehmen und an sie gelangen zu lassen, nachdem Fürst Esterhazy sich geweigert hätte, ihm in dieser Hinsicht gefällig zu sein. Bertrand sprach ferner die Absicht aus, in Bälde nach Parma und Rom zu reisen, um hier in Gemeinschaft mit Montholon den Verwandten und der Witwe Napoleons gegenüber der Aufträge sich zu entledigen, mit denen der Verstorbene sie beide betraut habe. Baron Vincent erhob keinen Anstand dagegen, jenes Schreiben in Empfang zu nehmen, aber er gab gleichzeitig im Sinne der Instruction, welche Fürst Metternich an ihn gerichtet hatte, die Erklärung ab, dass er in Allem und Jedem, was diese Angelegenheit beträfe, der Bevollmächtigte der Erzherzogin sei. Hierauf entgegnete Bertrand, dass die Politik mit dem vorliegenden Falle nicht das Geringste zu schaffen und der für die Erzherzogin bestimmte Brief einzig und allein die letztwilligen Verfügungen Napoleons zum Gegenstande habe. Graf Montholon, welcher an dem Gespräche seines Genossen mit dem Botschafter sich nur wenig betheiligt hatte, richtete jetzt an diesen folgende Frage: ‚Wissen Sie, dass wir mit Herrn Lafitte einen Process gehabt haben?‘ Als Baron Vincent ihm antwortete, wohl davon unterrichtet zu sein, ‚dass jener Banquier vor der Herausgabe der in seinem Depot befindlichen Gelder seine Vorsichtsmassregeln ergreifen wolle, und dass sein Wunsch ein natürlicher sei, von Seite der Gerichte dazu ermächtigt zu werden, sie denjenigen auszufolgen, denen sie gebührten‘, führte Montholon das Gespräch nicht weiter, und auch Bertrand verhielt sich still.

Nach drei Tagen benachrichtigte Montholon den Botschafter, dass von seiner Seite nichts mehr im Wege stünde, ihn von den testamentarischen Verfügungen Napoleons in Kenntniss zu setzen. Am 4. März erstattete Vincent dem Fürsten Metternich einen Bericht über die mit den Genannten gepflogenen Unterredungen, während welcher des Herzogs von Reichstadt mit keiner Silbe gedacht worden war, und übersendete ihm gleichzeitig das an die Erzherzogin gerichtete Schreiben.[1]

---

pour réponse, qu'il était fort extraordinaire que le testament ne se trouvait pas, tandis qu'il est maintenant prouvé que M. de Montholon en était alors en possession. Esterhazy an Metternich. Londres, le 27 février 1822.

[1] „. . . Ni le général Bertrand, ni M. de Montholon n'ont fait mention de M. le duc de Reichstadt. Vous trouverez ci-joint, mon prince, la

Dieses lautete wie folgt: ‚Von Kaiser Napoleon mit der Vollstreckung seines Testamentes betraut, haben wir die Ehre, Ihnen einen Auszug seiner letztwilligen Verfügungen zu übermitteln. Bis zu diesem Augenblicke haben wir es nicht vermocht, E. M. davon in Kenntniss zu setzen, weil es uns an einer sicheren Gelegenheit gemangelt hat, Ihnen einen Brief zukommen zu lassen. Wir sind auch damit betraut, dem Prinzen, Ihrem Sohne, sobald er grossjährig geworden, verschiedene Gegenstände zu übergeben, welche der Kaiser in Gebrauch hatte.‘ Am Schlusse des von Bertrand, Montholon und Marchand unterfertigten Briefes richteten diese die Bitte an Marie Louise, sich nach Parma begeben zu dürfen.[1]

Am 20. März überschickte Metternich das genannte Schreiben uneröffnet an die Erzherzogin und legte seiner Depesche die letzten Berichte Vincent's und Esterhazy's bei.

Der Umstand, dass Montholon auf einen Artikel Lafitte's erwidert hatte, welcher in einem Pariser Journal zur Veröffentlichung gelangt war und auf ihren beiderseitigen Rechtsstreit sich bezog, bestärkte den Fürsten in der Annahme, dass solche Erörterungen endlich dazu führen würden, Licht in die Testamentsangelegenheit zu bringen. ‚Jener Vorfall,‘ bemerkte er in seinem Schreiben an Neipperg, ‚beweist, dass die Privatinteressen bereits den Schleier zu lüften beginnen, mit welchem die Umgebung Bonaparte's dessen letztwillige Verfügungen zu umhüllen die Absicht hatte. Der Lakonismus und die Zurückhaltung, welche jene zwei während ihrer Unterredung mit Baron Vincent beobachtet haben, können uns in dem Vorsatze nur bestärken, uns passiv zu verhalten und keine Verquickungen und Unannehmlichkeiten herbeizuführen. Man darf in der That sich nicht verhehlen, dass in Ansehung der vielen Personen, deren Privatinteressen mit ins Spiel kommen und welche in Folge der testamentarischen Bestimmungen aller Wahrscheinlichkeit nach sich verletzt fühlen werden, diejenigen, welche mit der Vollstreckung betraut sind, nicht ermangeln

---

lettre énoncée ci-devant adressée à Mme l'archiduchesse duchesse de Parme . . .‘ Vincent an Metternich. Paris, le 4 mars 1822.

[1] ‚. . . Nous osons espérer que V. M. daignera nous permettre de déposer à ses pieds l'hommage du respect avec le quel . . .‘ Paris, s. d., février 1822.

werden, sie früher oder später in die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen.'[1]

Als Marie Louise die Depesche Metternich's vom 20. März und die Beilagen, welche diese enthielt, gelesen hatte, glaubte sie, keinen Augenblick mehr daran zweifeln zu dürfen, dass die Testamentsvollstrecker in betrügerischer Weise zu Werke gegangen seien. So wie diese Ueberzeugung sie mit grösster Betrübniss erfüllte, so versetzte es sie nicht minder in Erstaunen, als sie dem Testamentsauszuge entnahm, dass Napoleon Bonaparte in einem seiner Codicille über eine Summe von zwei Millionen verfügt habe, welche sie im Jahre 1814 mit sich nach Orleans genommen hatte.[2]

Marie Louise zögerte nicht, dem Fürsten Metternich zu eröffnen, dass sie von diesem Gelde sowohl ihre Reise, als auch die ihres zahlreichen Gefolges von Paris nach Orleans, Rambouillet, Wien und auch ihren Aufenthalt in den Bädern von Aix in Savoyen, ferner die Rückreise nach Wien bestritten

---

[1] ,. . . Une lettre que M. Lafitte a fait insérer dans le journal de Paris du 1er de ce mois, établit d'une manière claire, précise et juste la question qui s'est élevée entre cette maison de banque et les exécuteurs testamentaires de Napoléon. Le montant des fonds dont la maison Péréganx Lafitte est restée dépositaire, s'y trouve exprimée, les droits de l'héritier naturel de l'exempereur y sont mentionnés d'une manière expresse. Cette affaire,' vermeinte Baron Vincent, ,portée aux tribunaux a été discutée à huis clos, à cause sans doute des sommes dont y dispose le testateur et qu'il impute sur des réclamations à faire envers le gouvernement actuel, qu'il semble que Napoléon ait particulièrement eu l'intention de compromettre.' Vgl. Anhang 15.

[2] ,J'ai eu l'honneur de recevoir la dépêche de V. A. en date du 20 de ce mois avec les rapports du prince d'Esterhazy et du général baron de Vincent qui y étaient joints en copie et avec plusieurs pièces relatives au testament de l'exempereur Napoléon. Je me suis empressé de les soumettre à la connaissance de S. M. Non seulement le contenu de tous ces papiers qui prouvent évidemment la fraude et la mauvaise foi des exécuteurs testamentaires, ont fait une impression desagréable sur l'esprit de S. M., mais elle a surtout vu avec surprise que dans un des codicilles son défunt époux disposait de la somme de deux millions que S. M. avait emportée de Paris au moment où elle crut à l'approche des armées alliées quitter cette capitale pour se réfugier à Blois et à Orléans . . .' Neipperg an Metternich. Parme, ce 29 mars 1822. Marie Louise hatte blos 920.000 Francs und nicht, wie Helfert, p. 316, irrthümlicherweise behauptet, auch jene 2 Millionen ihrem Gemahle nach Fontainebleau gesendet. Vgl. Anhang 16.

und den Rest dafür verwendet habe, um vom October 1814 bis zum März 1816 die Kosten ihres Hofstaates zu decken.[1] ‚I. M.,' schrieb Graf Neipperg am 29. März nach Wien, ‚würde es unter ihrer Würde halten, wem immer ausser ihrem Sohne und ihrem erlauchten Vater Rechenschaft über eine so wenig bedeutende Summe abzulegen, welche sie nicht einmal den Fonds entnommen hatte, die ihrem verstorbenen Gemahle angehörten.'

Nach reiflicher Ueberlegung glaubte Marie Louise das Testament in seinen wesentlichsten Bestimmungen als ungiltig ansehen zu müssen. Der vornehmste Theil der Verlassenschaft, liess sie sich vernehmen, gebühre von rechtswegen einzig und allein ihrem Sohne, welcher auch dazu verhalten werden könnte, jenen Legataren eine Entschädigung zu gewähren, denen eine solche mit Rücksicht auf die seinem Vater erwiesenen Dienste gebühre. ‚Es ist über jeden Zweifel erhaben,' schrieb Graf Neipperg am 2. April nach Wien, ‚dass das eigentliche Testament erst gelegentlich der Grossjährigkeit des Herzogs von Reichstadt eröffnet werden solle. Der Maler Isabey, welcher kürzlich in Parma weilte, war erstaunt, dass man hier sowohl als auch in Paris darüber in Unkenntniss zu sein scheine, nachdem doch alle Welt es wisse. Es ist ferner sehr merkwürdig, dass sämmtliche Legate auf Summen sich gründen, welche aus dem Jahre 1815 stammen, während von jenen Geldern, über welche der Verstorbene vor dieser Zeit verfügt haben konnte,

---

[1] ‚Neuf cent mille francs furent de suite envoyés par S. M. à l'exempereur, les deux autres millions servirent aux frais de voyage de S. M. avec une cour immense, qui l'accompagnait de Paris à Orléans, d'Orléans à Rambouillet, de Rambouillet à Vienne, de Vienne par toute la Suisse aux eaux d'Aix en Savoie, où elle s'arrêta quelques mois pour revenir ensuite par Munich à Vienne. Mme l'archiduchesse a pourvu pendant tout le séjour qu'elle a fait à Schönbrunn depuis le mois d'octobre 1814 jusqu'au mois de mars 1816 avec le restant de ces deux millions de francs à toutes les dépenses de sa maison et de sa cour, sans jamais vouloir accepter la pension qui, comme V. A. le sait, lui devait être payée à cette époque par la France. S. M. regarderait au dessous de sa dignité de jamais rendre compte de l'emploi d'une somme aussi peu importante, qui n'avait pas même été prise sur les fonds appartenants à son défunt époux, à qui que ce soit, excepté à son fils, avec lequel elle en a partagé l'emploi avec la plus grande économie, et à son auguste père.' Neipperg an Metternich. Parme, ce 29 mars 1822.

nirgends eine Erwähnung geschieht. Es ist dies nur ein Beweis dafür, dass sie die Capitalien in sich fassen, welche in verschiedenen Ländern angelegt sind.'

Um dem kaiserlichen Botschafter in Paris die Aufgabe zu erleichtern, dem Sachverhalte auf die Spur zu kommen, gab Marie Louise dem Fürsten Metternich zu verstehen, es möge Baron Vincent mit ihrem Haushofmeister Ballouhaye sich ins Einvernehmen setzen, welcher zur Zeit in Paris weilte.[1] An ihren Vater jedoch richtete sie folgenden Brief: ,Rücksichtlich des Testamentes des Kaisers Napoleon, von welchem Fürst Metternich dem Neipperg die meisten Acten mitgetheilt hat, bleibt mir nur übrig, mich Ihrer väterlichen Gnade anzuempfehlen, da sonst der grösste Theil dieses Vermögens für meinen Sohn verloren sein würde. Das Testament scheint nach allen Gesetzgebungen als unrichtig angesehen werden zu müssen, da es von meinem Sohne, dem Haupterben, kaum eine Erwähnung macht und die Testamentsvollzieher nur mit Betrug und Hinterlist handeln zu wollen scheinen.'[2]

Mit einer ähnlichen Forderung waren die Testamentsvollstrecker auch an den Herzog von Leuchtenberg herangetreten, indem sie ihm das Codicill übermittelten, welches von ihm die Ausfolgung des Betrages von zwei Millionen verlangte. Nachdem diese aus der Civilliste des vormaligen Königreiches Italien zu behebenden Gelder weder von dem Kaiser, noch von den übrigen Souveränen der italienischen Staaten liquidirt worden waren, erneuerte der Herzog von Leuchtenberg in einem Schreiben an Kaiser Franz vom 30. März 1822 sein zu wiederholten Malen gestelltes Ansuchen, er möge ihm diesen Rückstand ausfolgen lassen, um den ihm auferlegten Verpflichtungen entsprechen zu können.[3] Am 14. April überschickte Kaiser Franz dem Staatskanzler diesen Brief des Herzogs von Leuchtenberg und trug ihm auf, im Einverständnisse mit dem Finanzminister

---

[1] ,Si M. le général baron de Vincent veut se servir de l'intendant général de la maison de S. M., M. Ballouhaye qui se trouve actuellement à Paris, il pourra sans doute lui être très utile dans les différentes recherches qu'il sera nécéssaire de faire relativement au testament.' Graf Neipperg an den Fürsten Metternich. Parme, ce 2e avril 1822. St.-A.

[2] Marie Louise an Kaiser Franz. Parma, 12. April 1822. St.-A.

[3] Anhang 17.

Grafen Stadion die erforderlichen Schritte einzuleiten und sich eine authentische Abschrift des Testamentes Napoleons zu verschaffen.[1]

XII. Capitel.

Aussergerichtlicher Vergleich zwischen den Testamentsvollstreckern und Lafitte. — Montholon bei Baron Vincent. — Metternich's Weisungen nach Paris und London. — Sein Schreiben an den Grafen Neipperg.

Unterdessen war es zwischen dem Grafen Montholon und Bertrand einerseits und dem Bankhause Lafitte andererseits zu einem aussergerichtlichen Vergleiche gekommen, wonach die Gelder noch fünf Jahre hindurch, also bis zur Grossjährigkeit des Herzogs von Reichstadt, bei Lafitte, welcher sich ihrer noch nicht begeben hatte, verbleiben sollten, um dort mit 4 Percent Zinsen, vom 1. Jänner 1822 an gerechnet, angelegt zu werden. Nach Ablauf dieser Zeit hätte man auch dem Prinzen das Testament selbst zu übermitteln. Dasselbe befand sich noch immer als Depot am Gerichtshofe des Erzbischofs von Canterbury. In gleicher Weise waren in England auch die Gegenstände verwahrt, welche Napoleon seinem Sohne vermacht hatte. Von diesen Anordnungen wurde Baron Vincent durch den Grafen Montholon in Kenntniss gesetzt, welcher ihm auch erzählte, dass man der französischen Regierung das Testament seinem ganzen Inhalte nach mitgetheilt und von ihr den Befehl erhalten habe, es nur auszugsweise bekanntzugeben; als solches sei es alsdann auch dem Gerichte vorgewiesen worden. Graf Montholon versprach dem Botschafter eine Abschrift seiner Auszüge und verschob die Fortführung der Unterhandlungen bis zu der Wiederkehr Bertrand's, welcher auf 14 Tage verreist war.

Weiters gab Montholon dem Botschafter zu dessen grossem Erstaunen in seinem eigenen Namen sowohl, als in jenem der ihm gleichgestellten Legatare die Erklärung ab, dass sie sich sämmtlich in dem Sinne als Legatare betrachteten, als sie von Napoleon Bonaparte mit Rücksicht auf die ihm geleisteten Dienste bedacht worden seien.[2]

---

[1] Anhang 18.

[2] „J'ai eu jeudi dernier chez moi un entretien avec M. de Montholon. Il m'avait fait dire qu'il ne ferait pas de difficulté de me donner connaissance du testament de Napoléon; je lui avais fait dire que je recevrais

Während dieser Bericht Vincent's vom 2. April noch auf dem Wege war, ging Metternich daran, die Depesche vom 4. des vergangenen Monates zu beantworten. In ausführlicher Weise setzte er dem Botschafter nochmals die Gründe auseinander, welche die Herzogin von Parma bestimmten, mit den Testamentsvollstreckern nicht unmittelbar zu verkehren. Als einen solchen hob er auch den Umstand hervor, dass Bertrand und Montholon es nicht unterliessen, von Napoleon als Kaiser

---

avec intérêt cette communication; je crus qu'il venait y satisfaire, il se borna à me porter de l'instance juridique qui avait eu lieu entre les exécuteurs testamentaires et en même temps légataires de Napoléon et la maison Lafitte, et que quoique le tribunal ait prononcé à cet égard, les légataires s'étaient entendus avec la maison Lafitte, et qu'il avait été convenu que les fonds qui se trouvaient encore entre ses mains, y resteraient déposés pendant cinq ans et porteraient depuis le 1er janvier dernier un intérêt de 4%.

M. de Montholon me dit que le gouvernement Français, à qui il avait été montré en son entier, avait demandé que le testament ne fût connu que par extraits, et que c'était ainsi qu'on en avait fait usage vis-à-vis du tribunal.

Le testament doit être remis au duc de Reichstadt par les exécuteurs testamentaires, lorsqu'il aura atteint l'époque de sa majorité.

Cette pièce est déposée à la cour de l'archevêque de Canterbury à Londres, mais elle ne l'est pas comme testament, parcequ'alors chacun pourrait en avoir participation. Elle y est comme dépôt et en sera retirée lors de la majorité du duc de Reichstadt; les autres effets légués par Napoléon à son fils sont aussi déposés en Angleterre.

Les exécuteurs testamentaires et les différents légataires semblent ne pas douter que les dispositions du testament seront reconnues par les héritiers naturels et légitimes.

Je fus assez surpris d'entendre M. de Montholon en son nom et en celui des autres personnes placées dans la même catégorie, se qualifier de légataires à titre onéreux; je ne relevai rien.

Je demandai à M. Montholon s'il trouverait de la difficulté à me donner connaissance du testament en tout ou en partie; il me répondit qu'il me fournirait copie des extraits, et je devais aujourd'hui recevoir cette communication, ainsi que vous le verrez, mon prince, par le billet ci-joint; ce ne sera qu'après demain qu'il me remettra cette pièce. Je lui ai également demandé une notice par écrit des différents objets dont il avait fait mention dans son entretien; il me dit qu'il se prêterait volontiers à ce que je lui demandais, mais que le général Bertrand étant absent pour quinze jours, il croyait convenable d'attendre son retour, pour que ce soit conjonctement avec lui qu'il me soit fait les communications par écrit que je lui demandais. Vincent an Metternich. Paris, le 2e avril 1822.

zu sprechen, obwohl Bonaparte diesen Titel durch den Bruch des Vertrages von Fontainebleau gänzlich verwirkt habe. Weiters überschickte er ihm eine Abschrift des Briefes, welchen die Testamentsvollstrecker an Marie Louise gerichtet hatten, und legte seiner Depesche den Testamentsauszug und die letzten Berichte Neipperg's bei. Baron Vincent war aber von Allem bereits durch Ballouhaye unterrichtet worden. In Betreff der zwei Millionen, welche Marie Louise während ihres Aufenthaltes in Orleans, und zwar noch vor Abschluss des Vertrages von Fontainebleau, also zu einer Zeit übernommen hatte, da sie noch Kaiserin war, bemerkte Metternich Folgendes: ‚Die Erzherzogin befand sich in vollem Rechte, als sie jene Summe für die Bestreitung ihres Hauses und Gefolges verwendete, und sie braucht weder den Testamentsvollstreckern, noch irgend wem Anderen darüber Rechenschaft abzulegen. Die in Fontainebleau erfolgte Abdankung hat in dieser Hinsicht eine Grenzlinie zwischen der kaiserlichen Regierung und der Restaurationsepoche gezogen. Kraft der Bedingungen dieser Abdankung, welche von dem österreichischen, dem Berliner und Petersburger, sowie dem Londoner Hofe in Ansehung der zu vergebenden Länder angenommen wurden, ist I. M. die Frau Erzherzogin an dem Tage Herzogin von Parma geworden, an welchem sie aufgehört hat, Kaiserin der Franzosen zu sein. In allen öffentlichen Uebereinkommen hat das Datum des Vertrages von Fontainebleau einen Abschluss gebildet. Aus diesem Grunde hat unser Hof darauf verzichtet, die Mitgift der Erzherzogin zu reclamiren. Ebenso waren auch jene vor der Abdankung ausbezahlten, für den Aufenthalt und die Uebersiedlung der Kaiserin verwendeten zwei Millionen nicht mehr verfügbar, so dass ein Irrthum in den Bestimmungen des Codicills obwaltet, welches jene Summe als Legate aussetzt.‘

Noch wusste Metternich nichts von dem aussergerichtlichen Vergleiche, welcher zwischen den Testamentsvollstreckern und dem Bankhause Lafitte zu Stande gekommen war; ihm war blos die Thatsache bekannt, dass die französischen Gerichte in erster Instanz das Testament Napoleons als null und nichtig erklärt hatten. Aus diesem Wahrspruche schloss er die Folgerung, dass der Privatbesitz Napoleons, so wie er am Todestage desselben bestand, nach den Bestimmungen des Code civil dem

natürlichen Erben zufallen müsste. ‚Zu diesem Privatvermögen,‘ setzte er Baron Vincent auseinander, ‚ist unstreitig die Summe zu rechnen, welche als Depot in den Händen Lafitte's sich befand und welche in Gemässheit des Wahrspruches erster Instanz im Interesse der Intestaterben gerichtlich hinterlegt werden musste.‘ Weiters folgerte Metternich aus der Annullirung des Testamentes, dass die Grafen Bertrand und Montholon, sowie Marchand vielleicht nicht mehr als Testamentsvollstrecker anerkannt sein würden, aber in diesem Falle doch bis zu dem Augenblicke ihres Todes als Bevollmächtigte zu gelten hätten und als solche der Pflicht sich nicht entschlagen dürften, über ihr Gebahren Rechenschaft abzulegen. Sie könnten von Seite der Gerichte immerhin dazu verhalten werden, die letztwilligen Verfügungen Napoleons vollinhaltlich bekanntzugeben, wenn man solches verlangen würde, um den Bestand der Intestatserbschaftsmasse festzustellen. In der Voraussetzung, dass die Grafen Bertrand und Montholon sich denn doch entschliessen könnten, Baron Vincent, wie sie es versprochen, von sämmtlichen Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss zu setzen, wenn sie wüssten, dass die österreichische Regierung auch gerichtliche Schritte nicht scheuen würde, wies Fürst Metternich den Botschafter an, ihnen diese Möglichkeit vor Augen zu halten. Erst dann, bemerkte er, wenn man die nöthigen Aufschlüsse erhalten hätte, dürfte man daran gehen, die Streitfrage durch Rechtsgelehrte untersuchen zu lassen. Aber nicht nur in Paris, sondern auch in Wien müsste eine solche Consultation stattfinden; der einen würde die Aufgabe zufallen, die Angelegenheit vom Standpunkte der französischen Gesetze zu behandeln, die andere hingegen hätte darüber zu berathen, ob und welche Schritte unternommen werden sollten, um die Rechte des Herzogs von Reichstadt zu sichern und den Pflichten der Vormundschaft gemäss zu handeln.

Vor Abfertigung dieser Depesche erhielt Metternich den Bericht Vincent's vom 2. April. Er beeilte sich, auch diesen zu beantworten, indem er dem Botschafter die kaiserliche Entschliessung vom 14. April mittheilte, in welcher Franz I. dem Fürsten aufgetragen hatte, ihm womöglich eine authentische Abschrift des Testamentes zu verschaffen.[1]

---

[1] Anhang 19.

An demselben Tage, am 24. April, ging auch eine Depesche Metternich's an Esterhazy ab, welche diesen von Allem in Kenntniss setzte, was Baron Vincent inzwischen nach Wien berichtet hatte. Metternich hob es als lobenswerth hervor, dass die französische Regierung darauf gedrungen habe, das Testament nicht anders denn auszugsweise bekannt werden zu lassen, damit nicht etwa, den Absichten des Verstorbenen oder dessen Schicksalsgefährten auf St. Helena gemäss, dem Getriebe der napoleonischen Partei neue Nahrung zugeführt werde. Aber eine solche Vorsicht, bemerkte er, dürfe keineswegs so weit sich erstrecken, dass auch die österreichische und die englische Regierung in Unkenntniss über die übrigen Bestimmungen des Testamentes verbleiben sollten. Mit Hinweis auf die kaiserliche Entschliessung vom 14. April forderte Metternich den Fürsten Esterhazy auf, Lord Bathurst in eindringlichster Weise an das Versprechen zu erinnern, dasjenige, was man über das Testament bereits wisse, nach Möglichkeit vervollständigen zu wollen.[1] Am 3. Mai überschickte er diese zwei Depeschen sammt den Gesandtschaftsberichten, auf welche sie sich bezogen, an den Grafen Neipperg. Sein Schreiben nach Parma enthielt im Wesentlichen folgende Erläuterungen: Der Umstand, dass das Depot noch weitere fünf Jahre bei Lafitte verbleiben solle, beeinträchtige nicht im Geringsten die Rechte der Erbfolge, ebensowenig hindere er die österreichische Regierung daran, gerichtliche Schritte einzuleiten, um in Betreff der Erberklärung sich auszusprechen und darüber schlüssig zu werden, ob eine solche unbedingt oder unter dem Vorbehalte der Rechtswohlthat des Inventars stattzufinden habe, oder ob es nicht angezeigter wäre, die Erbschaft abzulehnen. Metternich konnte nicht umhin, dem Grafen Neipperg zu bemerken, dass man sich keinen Augenblick über die Nothwendigkeit hinwegtäuschen dürfe, die Rechte des Herzogs von Reichstadt auf gerichtlichem Wege zu reclamiren. Das Vermögen Bonaparte's müsste, je nachdem das Testament in den gesetzlichen Formen abgefasst wäre oder nicht, nach den letztwilligen Verfügungen des Verstorbenen oder wie die Gesetze es vorschrieben, zur Vertheilung gelangen. Angenommen aber, dass die Schenkungen auf die Hälfte herabgesetzt werden sollten, da blos ein einziges

[1] Anhang 20.

Kind vorhanden sei, stünde zu erwarten, dass diejenigen, welche von Napoleon Bonaparte in Ansehung der ihm erwiesenen Dienste mit gewissen Beträgen bedacht worden seien, auf diese als auf Schenkungen unter Lebenden Anspruch erheben und nicht mit dem sich zufrieden geben würden, was die Vormundschaft des Prinzen geneigt wäre, ihnen zu gewähren. Wie richtig diese Annahme Metternich's war, bewies der Rechtstitel, unter welchem, wie Baron Vincent am 2. April nach Wien berichtet hatte, die Testamentsvollstrecker sowohl als die übrigen von Napoleon mit Geschenken bedachten Personen als Legatare sich betrachteten. Metternich glaubte auch nicht daran zweifeln zu dürfen, dass rücksichtlich dieser die französischen Gerichte den letzten Willen des Verstorbenen mehr oder minder, und zwar auch dann berücksichtigen würden, wenn das Testament nicht in den vorgeschriebenen Formen abgefasst wäre.

Weiters bemühte er sich, die Besorgniss zu zerstreuen, welche Graf Neipperg geäussert hatte, dass die bei Lafitte deponirten Gelder dem Fiscus anheimfallen könnten. So wie Metternich die sichere Ueberzeugung hegte, dass gegebenenfalls die Rechtssache des jungen Prinzen von Seite der französischen Gerichte dieselbe unparteiische Behandlung erfahren würde als die eines jeden anderen Privatmannes, so glaubte er auch von der Regierung Ludwigs XVIII., und zwar umsomehr voraussetzen zu dürfen, dass sie in einer rein civilrechtlichen Frage die Entscheidung ausschliesslich den Gerichten anheimgestellt lassen werde, als sie ja in Ansehung der politischen Momente die nöthige Vorsorge bereits getroffen hatte.[1]

XIII. Capitel.

Activa und Passiva der Verlassenschaft. — Anspruch des Herzogs von Reichstadt auf die Hälfte des Lafitte'schen Depots. — Rechtstitel, unter welchem die Legatare von St. Helena dieses Depot beanspruchen. — Vortrag Metternich's an den Kaiser über den bisherigen Gang der Testamentsangelegenheit. — Die Privatdomaine Napoleons. — Verhalten der englischen Regierung.

Am 19. Mai überschickte Fürst Metternich eine Depesche Vincent's vom 30. April an Neipperg, welche den von Montholon mitgetheilten Testamentsauszug und eine Tabelle enthielt,

[1] Anhang 21.

worin die von Napoleon Bonaparte als Legate ausgesetzten Beträge sammt den von ihm hiezu angewiesenen Fonds angegeben waren. Was auf anderweitige und, wie Metternich vermuthete, auf politische Bestimmungen des Testamentes sich bezog, war durch Striche gekennzeichnet. Aus dieser Liste[1] ging mit Deutlichkeit hervor, dass den von Napoleon Bonaparte ausgesetzten Legaten ein Vermögen gegenüberstand, welches, die bei Lafitte hinterlegten Gelder nicht mit eingerechnet, auf drei Fonde sich gründete, zu deren Liquidirung der Herzog von Leuchtenberg, die französische Regierung und die Herzogin von Parma veranlasst werden sollten. Die erste dieser Forderungen, welche die Summe von drei Millionen überstieg, bezog sich auf die Civilliste des vormaligen Königreiches, die zweite im Betrage von 800.000 Francs war an die französische Regierung gerichtet, von welcher Napoleon Bonaparte die Herausgabe der Krondiamanten und die Zahlung verschiedener Wechsel verlangte, welche während seines Aufenthaltes auf Elba zu Lasten des Staatsschatzes ausgestellt worden waren. Die dritte Forderung betraf die Rückerstattung der zwei Millionen, welche Marie Louise im Jahre 1814 übernommen hatte.

In Ansehung der Legate und Fonde glaubte Metternich die Liste schon deshalb nicht für lückenhaft halten zu dürfen, nachdem Montholon, wie aus dem Berichte Vincent's hervorging, mit der Möglichkeit zu rechnen schien, dass die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt das Testament anfechten könnte. Denn in diesem Falle würde an die Testamentsvollstrecker die Aufgabe herantreten, den Beweis für die Richtigkeit ihrer Angaben zu erbringen und einen Eid darauf zu leisten, dass die von Montholon überreichte Liste vollständig und darin nichts mit Vorsatz verschwiegen sei.[2]

[1] Anhang 22.

[2] ‚Ce qui nous porte à croire qu'il n'y a pas d'omission dans cette désignation sommaire des legs et des fonds destinés à les acquitter, c'est qu'au moment où le comte de Montholon faisait communication de ces pièces à M. le baron de Vincent, constitué de la part de Mme la duchesse de Parme, le dit exécuteur testamentaire ne se dissimulait nullement que les tuteurs de Mgr. le duc de Reichstadt pourraient bien s'opposer aux effets du testament. Or cette opposition, une fois qu'elle serait portée devant les tribunaux, conduirait nécessairement à mettre les exécuteurs testamentaires dans l'obligation de consigner des pièces probantes qui fissent foi de l'ensemble des dispositions testamentaires et d'affirmer

Nachdem Marie Louise dem Fürsten Metternich bereits eröffnet hatte, die an sie gestellte Forderung nicht anerkennen zu wollen, und die übrigen im Testamente bezeichneten Fonds als uneinbringliche Beträge angesehen werden konnten, beschränkte sich das von Napoleon in baarem Gelde hinterlassene Vermögen auf das bei Lafitte befindliche Depot. Die Höhe desselben war in der Tabelle mit 3,984.500 Francs angegeben. Von diesem Betrage musste in Gemässheit einer Bestimmung des Code Napoléon die Hälfte dem Herzoge von Reichstadt zufallen. Da aber zu befürchten stand, dass die französischen Gerichte in Ansehung jener Legatare, welche die ihnen testirten Beträge als Schenkungen unter Lebenden oder als Gehalte betrachteten, einen Abzug nicht zulassen würden, so reichte jenes Depot gerade aus, um diese Legate zu decken. Indem Fürst Metternich dem Grafen Neipperg diese Sachlage in einer Depesche vom 19. Mai in dieser Weise auseinandersetzte, knüpfte er daran die Bemerkung, dass für den Herzog von Reichstadt wohl nicht viel zu erwarten stünde.

Am 20. Juni unterbreitete er dem Kaiser die letzten Berichte aus Paris, London und Parma nebst den Weisungen, welche darauf Bezug hatten, und begleitete sie mit denselben Bemerkungen, welche den Inhalt seiner an den Grafen Neipperg gerichteten Depesche bildeten. Eine Darlegung seiner Ansichten ‚über die Art und Weise, wie die Testamentsangelegenheit am zweckmässigsten zu beendigen sein dürfte', behielt er sich jedoch bis zur Einlangung weiterer Schreiben aus Parma vor. ‚Durch das bisher Gesagte,' setzte er dem Kaiser auseinander, ‚schmeichle ich mir, dem mittelst des a. h. Handschreibens vom 14. April mir gnädigst ertheilten Auftrage, insofern selber das Testament Napoleons betrifft, Genüge geleistet zu haben. Sollten E. M. für angemessen erachten, das von mir vorläufig abgegebene Gutachten prüfen und untersuchen zu lassen, so dürften Allerhöchstdieselben vielleicht in Gemässheit desjenigen, was E. M. in der über meinen Vortrag vom 23. Juli 1821 erflossenen a. h. Entschliessung vom 26. Juli sich vorgesetzt haben, den Vicepräsidenten der obersten Justizhofstelle Freiherrn v. Gärtner hierüber zu vernehmen geruhen.'

---

en outre, sous serment que la consignation faite par eux est intégrale et sans réticence aucune.' Metternich an Neipperg. 19. Mai 1822.

Der zweite Gegenstand dieses Vortrages betraf die Forderung des Prinzen Eugen, worüber sich Metternich in folgender Weise äusserte: ‚Vor Allem kommt zu bemerken, dass Bonaparte in seinem Codicille höchst unrichtig seine Ansprüche an die italienische Civilliste für sein Eigenthum angibt. Denn als Napoleon am 10. April 1814 auf die italienische Krone, sowie auf jene Frankreichs verzichtete, wurden ihm jene Rechte und Ansprüche nicht vorbehalten, und wenn dies auch der Fall gewesen wäre, so hatte er sie durch seine Flucht von der Insel Elba im Jahre 1815 verwirkt. Was den Prinzen Eugen betrifft, so sind die Entschädigungen, welche man ihm zu bewilligen für billig erachtete, durch politische Verhandlungen festgesetzt, auch sind ihm von den Finanzen E. M. sehr bedeutende Summen ausbezahlt worden. Die von ihm in seiner ehemaligen Eigenschaft als Vicekönig erhobenen Ansprüche auf die Rückstände seiner Civilliste sind von E. M. Commissären nicht anerkannt worden, und man hat sich gegen ihn lediglich auf die Zusage beschränkt, dass Allerhöchstdieselben sich bei den übrigen italienischen Höfen dahin verwenden würden, seine Forderung liquidiren zu lassen. Bisher ist von gedachten Höfen auf die an sie ergangene Einladung noch keine Antwort eingelangt. Der Finanzminister, welcher sich bereits über die früheren Einschreitungen des Herzogs von Leuchtenberg zu äussern in dem Falle war, hat erklärt, dass man sich ohne Compromittirung mit dem Prinzen Eugen in keine abgesonderte Vergleichsunterhandlung einlassen könne, weswegen man seinen Bevollmächtigten an die Commission in Mailand zu weisen sich bestimmt fand. Der letztlich von dem Prinzen Eugen zu Gunsten seiner Forderung angeführte Umstand, dass Napoleon, welchem er grossen Dank schuldig sei, den Betrag derselben zu Legaten für seine Diener ausgesetzt habe, ändert den Stand der Sache keineswegs, denn aus der letztwilligen Anordnung Napoleons kann keine Verbindlichkeit für E. M. hervorgehen; und wenn schon früher anerkannt worden ist, dass eine Ausnahme zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg nur unangenehme Verflechtungen nach sich ziehen würde, so wäre dies gegenwärtig nur umsomehr der Fall, wenn man hierüber aus Veranlassung des Testamentes Napoleons sich in Erörterungen mit demselben einlassen wollte.‘

Kaiser Franz trug dem Fürsten Metternich auf, ‚den Herzog von Leuchtenberg auf die Liquidirung seiner Forderung in

Mailand bei der Commission zur Liquidirung des debito publico, wenn er glaubt, eine solche mit Recht stellen zu können, zu verweisen.' ,Uebrigens,' schloss der Kaiser seine Resolution, ,werden Sie mit allem Ernste das Beginnen dieser Commission betreiben.'[1]

Ein Bericht Vincent's vom 15. Mai klärte den Staatskanzler zum Theile über dasjenige auf, was in der von Montholon angelegten Tabelle aus Rücksichten für die französische Regierung nicht enthalten war. Es betraf die Legate, welche der Privatdomaine (domaine privé) Napoleons, den Summen, welche dieser während seines Kaiserthums von der Civilliste sich erspart hatte, und den Einrichtungsstücken verschiedener ehemals kaiserlicher Paläste entnommen werden sollten. Einen weiteren Aufschluss darüber vermochte Vincent von dem Grafen Montholon nicht zu erhalten.[2] Napoleon Bonaparte selbst hatte den Werth seiner Privatdomaine auf mehr als 200 Millionen Francs geschätzt und die eine Hälfte den am Leben gebliebenen Officieren und Soldaten der französischen Armee, ,die von 1792—1815 für den Ruhm und die Unabhängigkeit der Nation gefochten haben', und die andere Hälfte jenen Städten und Bezirken in Elsass, Lothringen, Franche-comté u. s. w. vermacht, ,welche durch eine Invasion gelitten haben dürften'.[3]

Auch Baron Vincent hielt an der Ansicht fest, dass, im Falle gerichtliche Schritte unternommen werden sollten, der Anspruch des Herzogs von Reichstadt sich blos auf die Hälfte des bei Lafitte deponirten Vermögens erstrecken könnte; man möge jedoch, ermahnte er, nichts beginnen, ohne zuvor mit der französischen Regierung sich ins Einvernehmen gesetzt zu haben.[4] Fürst Metternich pflichtete der Anschauung Vincent's

---

[1] Baden, 19. Juli 1822.

[2] Doch lag dem Berichte Vincent's eine Tabelle bei, welche die Privatdomaine Napoleons betraf und diese auf 143,161.337·85 Francs schätzte. Vgl. Anhang 23.

[3] Correspondance de Napoleon, XXXII. Zwei Millionen sollten jedoch zuvor für die Städte Brienne und Mai abgezogen werden.

[4] ,J'ai offert quelques considérations générales sur l'héritage de Napoléon parmi lesquelles V. A. jugera la valeur de celles qui pourraient se rattacher aux intérêts du duc de Reichstadt; il est certain que, si le testament produit ou à produire par les exécuteurs est reconnu valable, le testateur peut d'après les loix Français disposer de l'une des moitiés de sa fortune, et que l'autre est acquise à son fils, la réclamation en faveur

nur insoweit bei, als man vorerst über alle Bestimmungen des Testamentes unterrichtet sein müsste.[1]

Die Bemühungen Esterhazy's nach dieser Richtung hin waren inzwischen fruchtlos geblieben; das Testament befand sich als Depot beim Erzbischof von Canterbury, war als solches unantastbar und konnte nur mit Bewilligung der Testamentsvollstrecker mitgetheilt werden. Vergebens war Esterhazy in Lord Bathurst gedrungen, dass die englische Regierung gleich der französischen darauf bestehen sollte, von sämmtlichen Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss gesetzt zu werden. Aber England war es gar nicht darum zu thun. Die politischen Rücksichten, welche Ludwig XVIII. zu dem Wunsche bestimmt hatten, den letzten Willen Napoleons vollinhaltlich kennen zu lernen, kamen für die englische Regierung nicht im Geringsten in Betracht, denn sie brauchte die politische Seite des Testamentes nicht zu fürchten.

Indem Lord Bathurst dem Botschafter dieses zu verstehen gab, bemerkte er weiters, dass, wenn auch Graf Montholon dem Gouverneur die Mittheilung des Testamentes zugesagt und es die Höflichkeit erfordert hätte, sein Versprechen zu erfüllen, die englische Regierung um so weniger unter irgend einem Rechtsvorwande darauf dringen dürfte, da kein Gerichtshof sie in ihren Bemühungen unterstützen würde.[2]

---

du duc de Reichstadt ne pourroit porter que sur cette moitié des fonds déposés chez M. Lafitte. Je pense au reste que l'avis de gens de loi devient nécessaire pour la suite juridique de cette affaire, et il faudra sans doute en venir là du moment, qu'on sera déterminé à agir contre le testament; j'ai au reste besoin d'être autorisé spécialement pour faire consulter sur cet objet, et V. A. jugera s'il ne seroit pas convenable alors d'en prévenir le ministère, car il n'y a pas de doute que cette recherche de notre part, toute juste et fondée qu'elle soit, sera exposée à une foule d'interprétations de tous les partis; c'est ce qui m'a engagé à mettre la réserve que j'ai employée jusqu'à cette heure dans une affaire, où d'ailleurs les sûretés nécessaires se trouvent avoir été prises dans le rapport direct et financier relatif aux intérêts pris isolément du duc de Reichstadt.' Vincent an Metternich. Paris, le 15 mai 1822.

[1] ,. . . Mais avant de nous porter à cette démarche, il faut préalablement connaître tout le testament, attendu que ce n'est que sur la connaissance du tout que la tutelle peut se décider sur la question ou savoir s'il y a lieu à faire la réclamation.' Metternich an Neipperg. Vienne, ce 13 juin 1822.

[2] ,Il paraît que la forme sous laquelle ce document est déposé à la cour de l'archevêque de Canterbury, ne permet pas d'en avoir connaissance,

XIV. Capitel.

Schreiben der Testamentsvollstrecker an Marie Louise und den Fürsten Metternich. — Sie wünschen, dass die Kaiserin die letztwilligen Verfügungen Napoleons anerkennen und bestätigen möge. — Metternich vertritt die Ansicht, dass es am vortheilhaftesten sei, auf die Erbschaft Verzicht zu leisten. — Sein Schreiben nach Parma. — Sein Vortrag an den Kaiser. — Dieser verlangt, von sämmtlichen Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss gesetzt zu werden. — Schreiben Bertrand's an Marie Louise. — Metternich's Depesche an Vincent. — Die Testamentsvollstrecker übergeben dem Botschafter in Paris eine beglaubigte Abschrift des letzten Willens Napoleons.

Ein Bericht, den Baron Vincent am 15. Mai an Metternich schickte, enthielt zwei Schreiben der Testamentsvollstrecker an den Fürsten und an Marie Louise, welche das bei Lafitte befindliche Depot zum Gegenstande hatten. Die Herzogin von Parma wurde aufgefordert, ‚als die überlebende Gattin und als Vormünderin die letztwilligen Verfügungen ihres erlauchten Gemahls bestätigen und sanctioniren zu wollen‘. Gleichzeitig aber erklärten die Testamentsvollstrecker, dass die von Napoleon Bonaparte ausgesetzten Legate um ein Beträchtliches grösser seien als die Fonde, denen sie entnommen werden sollten. Weiters ersuchten sie die Herzogin, sich über das an sie gesendete Codicill zu äussern, welches die ihr im Jahre 1814

---

et la promesse que me fit à cet égard Lord Bathurst dans le temps, n'était jamais qu'en cas où les exécuteurs du dit testament fussent forcés à le produire comme tel et non comme dépôt. Le gouvernement ne peut exercer aucune espèce d'autorité pour se procurer la communication de cette pièce, le pouvoir judiciaire et tout ce qui en dépend, étant indépendant, comme les pouvoirs législatifs et exécutifs; M. Fox qui en est le dépositaire, ne se laisseroit jamais influencer par une autorité quelconque et ne se prêterait à aucune communication sans l'autorisation des exécuteurs testamentaires, ainsi que toute démarche vis-à-vis de lui serait infructueuse. Quant aux droits que le gouvernement Anglais pourrait posséder en commun avec celui de France, à être instruit de la teneur de ce testament, Lord Bathurst m'a observé que les motifs qui existaient pour ce dernier, étaient bien différents et d'une nature plus délicate, puisqu'ils pouvaient avoir rapport à la sûreté publique, et bien que M. de Montholon avait annoncé le 5 mai 1821 à Sir Hudson Lowe qu'il était autorisé à lui communiquer ce testament, et que la convenance eût exigé qu'il le fît, que le gouvernement Britannique ne pouvait le prétendre comme un droit qui pouvait d'autant mieux être contesté qu'il n'était pas soutenable vis-à-vis d'aucun tribunal. Esterhazy an Metternich. Londres, le 18 mai 1822.

übergebenen zwei Millionen und die im Herzogthume Parma gelegenen Dotationen betraf. Im Uebrigen verwiesen sie auf den Testamentsauszug, welchen sie an Marie Louise gesendet hatten, und liessen diese in Unwissenheit über die anderen Bestimmungen des Testamentes.[1]

Dass Napoleon Bonaparte seinen Sohn nicht zum Universalerben eingesetzt und ihm nichts Anderes als wenige Angedenken vermacht hatte, begründeten sie folgendermassen: ‚E. M. werden gleich weiland dem Kaiser, Ihrem Gemahle, bedenken, dass, nachdem dieser die Welt beherrscht und über so viele Schätze verfügt hatte, eine Erbschaft von einigen Millionen für seinen Sohn wohl von keinem besonderen Werthe sein könne; die Ehre, dem Hause Oesterreich anzugehören, durfte ihn ja keinen Augenblick über das Schicksal dieses Prinzen in Sorge lassen.‘

Die Berichte aus Paris und London vom 15. und 18. Mai sammt den beiden Schreiben der Testamentsvollstrecker bildeten den Gegenstand einer Depesche, welche Fürst Metternich am 13. Juni an den Grafen Neipperg abschickte. Er setzte darin in der ausführlichsten Weise auseinander, dass alle Auskünfte, welche er bisher über die Verlassenschaft Napoleons und die hieraus hervorgehenden Streitigkeiten mit den Testamentsvollstreckern und den übrigen Legataren einzuziehen im Stande gewesen wäre, ihn zur Ueberzeugung gebracht hätten, dass das Interesse des Herzogs von Reichstadt sowohl, als jenes der Herzogin von Parma es rathsam erscheinen lasse, auf die Erbschaft Verzicht zu leisten. Nachdem der Prinz in diesem Falle sich nicht als Universalerbe anzumelden hätte, wie er es sonst nach französischem Erbrechte zu thun befugt wäre, so müssten seine Vormünder bei Ausstellung der Renunciationsacte sich wesentlich darauf beschränken, in seinem Namen als particulare Legate jene Dosen und Vermächtnissstücke anzunehmen, welche ihm sein Vater testirt und die er schon aus Anstandsgründen nicht von sich weisen könnte. Erklärten sich die Vormünder des Prinzen mit der Verzichtleistung einverstanden, dann würde auch eine Bestätigung der letztwilligen Verfügungen Napoleons von Seite der Erzherzogin von selbst entfallen. Diese wäre im anderen Falle allen Folgen der Testamentsvollstreckung und

---

[1] Anhang 24.

mit ihrem Sohne den immerwährenden Forderungen der Legatare ausgesetzt.

Sie müsste auch das Codicill anerkennen, welches sie einerseits aufforderte, die Summe von zwei Millionen Francs zur Befriedigung einer gewissen Anzahl von Legataren zu bezahlen, und andererseits ihr die Dotationen empfahl, welche dem Grafen Bertrand im Herzogthume Parma angewiesen wurden. Diese, sowie alle übrigen ausserhalb des französischen Gebietes gelegenen Dotationen wären aber durch den Pariser Vertrag vom 30. Mai 1814 bereits annullirt worden.

Nach der Anschauung Metternich's war also von den möglichen Entschlüssen, welche man in Betreff der Verlassenschaft hätte fassen können, am nachtheiligsten derjenige, durch welchen dem Verlangen der Testamentsvollstrecker entsprochen und die letztwilligen Verfügungen Napoleons bestätigt werden sollten. Er war überzeugt, dass dieser Wunsch keineswegs auf die Rücksicht für das Interesse sämmtlicher Legatare, sondern vielmehr darauf zurückzuführen sei, dass die Testamentsvollstrecker einzig und allein ihren persönlichen Vortheil sich vor Augen gehalten hätten.[1]

Er forderte die Erzherzogin auf, einen Renunciationsact auszustellen, worin sie auch mit Hinweis auf den Vertrag von Fontainebleau vom 11. April 1814 die Erklärung abgeben sollte, als Herzogin von Parma nicht gesonnen zu sein, Rechenschaft über jene Summen abzulegen, welche sie als Kaiserin der Franzosen empfangen habe. Dem Ermessen des Kaisers möge es dann überlassen bleiben, in Ansehung der Erbschaft die nöthigen Massregeln zu ergreifen. Den Entwurf zweier Renunciationsacte, von denen der eine dem Kaiser vorgelegt werden sollte, schaltete Fürst Metternich in seine Depesche ein. Gleichzeitig bemerkte er, dass eine solche Verzichtleistung nur als eine bedingte angesehen werden dürfte, so lange man nicht Einsicht in das ganze Testament und alle seine Codicille genommen habe. Zu diesem Zwecke sollten die Testamentsvollstrecker aufgefordert werden, Baron Vincent eine beglaubigte Abschrift des letzten Willens Napoleons zu überreichen, in welchem Falle

[1] Metternich verwies hiebei auf ein Schreiben des Marquis de Semonville, des Schwiegervaters Montholon's, an Hofrath Floret vom 12. Mai, welches seine Ansicht bekräftigen sollte. Dieser Brief liegt jedoch seiner an Neipperg gerichteten Depesche nicht bei.

die Vormünder des Herzogs von Reichstadt ihnen ohne weiteren Verzug ihre Entscheidung bekannt geben würden.[1]

Marie Louise, welche nichts so sehr als die Ruhe liebte und Alles vermieden haben wollte, was ihr nunmehriges Leben nur im Geringsten zu trüben vermocht hätte, ergriff mit Freuden die Gelegenheit, die sich ihr bot, eine für sie so lästige Angelegenheit zu beenden. Sie erklärte sich bereit, in ihrer Eigenschaft als überlebende Gattin Napoleons und als Vormünderin des Herzogs von Reichstadt auf die Erbschaft Verzicht zu leisten und im Uebrigen den Anordnungen ihres Vaters sich zu unterwerfen.[2]

Am 15. Juli unterbreitete Fürst Metternich dem Kaiser diese an Neipperg gerichtete Depesche sammt der Correspondenz, auf welche sie sich bezog. ‚Wenn E. M.,‘ bemerkte er am Schlusse seines Vortrages, ‚hierüber die a. h. Entschliessung zu fassen geruht haben werden, wird es nothwendig sein, den Freiherrn v. Vincent zu ermächtigen, den königlich französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten in vertraulichem Wege von dem hinsichtlich dieser Angelegenheit von E. M. gefassten Beschlusse zu verständigen, indem ein solches Benehmen dem Könige nicht anders als angenehm sein kann, da es diesem Monarchen einen neuen Beweis der Festigkeit und Gewissenhaftigkeit liefern wird, mit der E. M. bei jeder Gelegenheit zur Befestigung des königlichen Ansehens in Frankreich beizutragen entschlossen sind.‘

Kaiser Franz erklärte sich mit den Ausführungen Metternich's im Wesentlichen einverstanden.[3] ‚Uebrigens kann ich

---

[1] Anhang 25.

[2] ‚S. M. Mme l'archiduchesse accepte sans restriction la proposition que lui fait V. A. . . . pour mettre un terme à un objet aussi intéressant pour eux.‘ Neipperg an Metternich. Colorno, ce 21 juin 1822. St.-A.

[3] ‚Sie haben vor Allem von den Testamentexecutoren eine authentische, alle Zweifel der Echtheit beseitigende und vollständige Abschrift der letzten Dispositionen Napoleon Bonaparte's zu verlangen und ihnen zu erklären, dass Sie, ohne diese erhalten zu haben, sich in keine definitive Erklärung namens Meiner Frau Tochter, der Herzogin von Parma, oder Meiner als Grossvaters und natürlichen Vormundes des Herzogs von Reichstadt einlassen dürften. Da dem französischen Ministerium nach der Depesche des Baron Vincent der vollständige Inhalt dieses Testamentes bekannt ist und ihm die Verlautbarung der verschwiegenen Punkte schon bei Gelegenheit des Processes der Testamentsexecutoren mit Lafitte nicht zweckmässig für die Ruhe Europas geschienen hat, so werden Sie

mich dermalen,' bemerkte er, ,noch in keine Beurtheilung der von Ihnen aufgestellten Ansichten einlassen, da dieselben einestheils selbst auf der Mittheilung des ganzen Testamentes bedingt sind, andererseits die Frage, ob und wie überhaupt in dieser Verlassenschaftsangelegenheit vorgegangen werden soll, für das künftige Wohl des Herzogs von Reichstadt wirklich so wichtig ist, dass ich Ihnen schon jetzt auftrage, das in meiner Entschliessung vom 26. Juli 1821 für den Fall einlangender näherer Daten zusammenzuberufende Conseil in Wirksamkeit zu setzen und bei demselben Ihre Ansichten nochmals in weise Berathung nehmen zu lassen. Dieses Conseil wird mir auch das Gutachten erstatten, ob es nicht zuträglich oder nothwendig sei, zur Sicherung der allfälligen Successionsrechte des Herzogs von Reichstadt mittelst des französischen Ministeriums den einzigen bekannten disponiblen Fond bei Lafitte vor Verschleppung zu sichern und virtualiter in Beschlag zu nehmen.'

Bevor noch Fürst Metternich Kenntniss von dieser kaiserlichen Entschliessung hatte, schrieb er nach Parma und übersendete der Erzherzogin zwei an sie gerichtete Schreiben des Grafen Bertrand vom 16. und 18. Mai.[1] Das eine erinnerte Marie Louise an den Wunsch Napoleons, in Frankreich bestattet zu werden. Indem ihr eröffnet wurde, dass die Testamentsvollstrecker sich in dieser Angelegenheit bereits an Georg IV. und Ludwig XVIII. gewendet hätten, überliess es Graf Bertrand ihrer Pietät und ihrem klugen Ermessen, Fürsprache einzulegen, dass der Wunsch ihres verstorbenen Gemahls berücksichtigt werde. In Betreff dieser Forderung ertheilte Fürst Metternich der Herzogin den Rath, nichts darauf zu antworten: es genüge, dem Grafen Bertrand durch den Botschafter bekanntzugeben, dass der Brief der Herzogin von Parma zugestellt worden sei.[2]

---

das französische Ministerium von der Ihnen von Mir mit dieser Entschliessung anbefohlenen Erklärung an die Testamentsexecutoren in die Kenntniss setzen und ihm bei Mittheilung des ganzen Inhaltes des Testamentes dieselbe Verschwiegenheit versprechen, welche dasselbe selbst bisher unerlässlich geglaubt hat.' 19. Juli 1822.

[1] Der Bericht Vincent's vom 9. Juli, welcher diese Briefe enthielt, liegt uns nicht vor. Vgl. Anhang 26.

[2] „. . . Nous pensons donc qu'il n'y a pas lieu à répondre à cette demande du comte Bertrand et qu'il suffira de lui faire connaître verbalement par l'intermédiaire de M. l'ambassadeur à la cour de France que

In dem zweiten Schreiben richtete Bertrand die Bitte an Marie Louise, die ihm von Napoleon angewiesenen und im Herzogthume Parma gelegenen Dotationen anerkennen zu wollen; zum Mindesten möge sie ihm den Rückstand von 200.000 Francs ausbezahlen und sich beim Kaiser dafür verwenden, dass eine andere Rente im Betrage von 10.000 Francs, welche er von dem Monte Napoleone zu Mailand bezogen habe, ihm gesichert bleibe. In seinem Schreiben nach Parma setzte Fürst Metternich dem Grafen Neipperg auseinander, dass auch diese beiden Forderungen Bertrand's als null und nichtig erklärt werden müssten. In Ansehung der einen verwies er auf den Beschluss der Mailänder Commission, welche im Jahre 1818 sich blos verpflichtet hätte, die bis zum 30. Mai 1814 laufenden Rückstände zu bezahlen; die zweite Forderung entfalle durch die Erklärung der Herzogin, sich an die Bestimmungen des Vertrages von Paris vom 30. Mai 1814 zu halten.[1]

Am 12. August theilte Fürst Metternich dem General Vincent die kaiserliche Resolution vom 19. Juli mit und forderte ihn im Sinne derselben auf, von den Grafen Montholon und Bertrand sowohl eine vollständige Abschrift des Testa-

---

la lettre a été remise à sa haute destination . . .‘ Metternich an Neipperg. Vienne, le 23 juillet 1822.

[1] „. . . Le traité de Fontainebleau du 11 avril 1814 que le comte Bertrand invoque pour le maintien des dotations du mont Napoléon, est tenu par les puissances comme ayant été annullé par la résiliation de Bonaparte. C'est par ce motif que les dotations du mont Napoléon ont été rejetées par les cours qui relativement aux engagements de cet établissement ont succédé au ci-devant royaume d'Italie. La commission de Milan n'admis l'obligation de payer les arrérages des dotations que jusqu'au 30 mai 1814, date du premier traité de Paris, et cela en conformité du protocole d'Aix-la-Chapelle . . .

Pour ce qui est de l'autre dotation de 25.000 Fcs. de rente sur des domaines ou autres biens réputés tels dans l'état de Parme et laquelle a été créée ainsi que l'on voit de l'acte d'institution, à la date du 25 novembre 1813 et par conséquent un mois après la perte de la bataille de Leipsic, je dois présumer, d'après ce que V. E. m'a ci-devant exprimé au nom de S. M. Mme la duchesse de Parme, que cette auguste princesse préférera en sa qualité d'usufruitière de l'état de Parme, de s'en tenir à la stipulation générale de l'article V séparé et secret du traité de Paris du 30 mai 1814 par laquelle S. M. très-chrétienne, au nom des dotataires Français, a donné acte de renonciation aux dotations, sénatoreries et autres dispositions de ce genre situées hors du territoire Français . . .‘ Ibid.

mentes zu verlangen, als ihnen auch die Zusicherung zu geben, dass die österreichische Regierung in gleicher Weise wie die französische das grösste Stillschweigen in Betreff jener Verfügungen bewahren werde, welche nicht zur Veröffentlichung gelangen sollten. Weiters wurde Vincent angewiesen, sich mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Montmorency, in der Form, welche Kaiser Franz genehmigt, ins Einvernehmen zu setzen.[1] Nachdem diese Depesche darauf berechnet war, nicht nur den Testamentsvollstreckern, sondern auch dem französischen Ministerium vorgelegt zu werden, fertigte Metternich an demselben Tage eine zweite, als geheim bezeichnete ab, welche die übrigen Ausführungen, die in seinem Vortrage enthalten waren, und die kaiserliche Resolution hinsichtlich der bei Lafitte befindlichen Depots zum Gegenstande hatte.

Indem Fürst Metternich es sich vorbehielt, ein anderes Mal auf diese Frage zurückzukommen, trug er Vincent blos auf, sie Montmorency gegenüber von ungefähr zu berühren und die Ansicht dieses Ministers in Erfahrung zu bringen.[2]

---

[1] ‚Avant d'avoir acquis de la part de MM. les exécuteurs testamentaires la connaissance de toutes les dispositions de dernière volonté, la déclaration que donnerait la tutelle du duc de Reichstadt ne pourrait être que partielle ou porter sur des articles inconnus, ce qui en ferait de sa nature un acte conditionnel et insuffisant. . . . Toutefois, comme le gouvernement Français auquel, suivant l'assertion de M. de Montholon, le testament avait été montré en entier, avait demandée qu'il ne fut connu que par extraits et que c'était ainsi qu'il en avait été fait usage vis-à-vis du tribunal de première instance à Paris, V. E. n'hésitera pas à faire à MM. les exécuteurs testamentaires l'offre de prendre l'engagement que le secret des dispositions dont il peut importer d'éviter la publicité, sera gardé de notre part aussi soigneusement que de la part du gouvernement Français. . . . Au surplus, l'intention de S. M. l'empereur est qu'avant d'adresser l'interpellation ci-dessus mentionnée à MM. les exécuteurs testamentaires, vous commenciez, M. le baron, par prévenir S. E. M. le vicomte de Montmorency tant de la démarche que vous vous trouvez chargé de faire vis-à-vis de MM. Bertrand, Montholon et Marchand en reponse à leurs communications, que de la condition que nous y avons mise d'admettre toutes les formes propres d'en garder le secret. . . . V. E. ne pourra, ce me semble, mieux remplir à cet égard les intentions de S. M. I. qu'en donnant lecture de la présente dépêche au ministre du roi avant de procéder à son exécution.‘ Metternich an Baron Vincent. Vienne, le 12 août 1822. St.-A.

[2] Anhang 27.

Am 30. September konnte Vincent berichten, dass er im Einverständnisse mit dem französischen Ministerium seines Auftrages sich entledigt und an Montholon, Bertrand und Marchand die schriftliche Aufforderung gerichtet habe, ihn von sämmtlichen Bestimmungen des Testamentes in Kenntniss zu setzen.[1] Am 10. October erhielt er von Bertrand die Mittheilung, dass ihm dieser in wenigen Tagen das Verlangte ausfolgen würde.[2]

---

[1] ‚L'absence de MM. Bertrand et Montholon m'avait fait différer de leur adresser la demande que vous me chargez de leur faire, mon prince, par votre dépêche du 12 août dernier. J'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint la copie de ce que je viens d'écrire sur l'objet en question aux exécuteurs testamentaires de Napoléon Bonaparte; j'aurai l'honneur de faire connaître à V. A. ce qui me sera repondu à cet égard. Je La prie . . .‘ Vincent an Metternich. Paris, le 30 septembre 1822.

Inzwischen hatte Marchand folgenden Brief an die Herzogin von Parma gerichtet:

‚L'empereur a daigné m'ordonner de faire faire de ses cheveux après sa mort un bracelet pour V. M., un pour Madame et une chaîne de montre pour le prince son fils, dont je reste dépositaire jusqu'à sa majorité, ensuite de repartir le reste dans des petits médaillons pour chacun des princes et princesses de la famille.

Conformément à cette dernière volonté de l'empereur, mon premier soin en arrivant en France a été de faire confectionner sous mes yeux ces restes précieux, et mon plus grand désir aurait été de me rendre auprès de V. M., si des raisons impérieuses ne s'y fussent constamment opposé.

J'avais néanmoins jusqu'à ce jour l'espoir de déposer moi-même aux pieds de V. M. l'hommage de mon respect profond et de Lui remettre les cheveux dont l'empereur a daigné me charger, mais toutes les démarches que j'ai faites pour obtenir un passeport, ont échoué, et j'ai reçu, il y a quelques jours, un refus positif de la préfecture de police. Ce refus m'est d'autant plus pénible, qu'il me prive de l'honneur de faire connaître à V. M. les sentiments d'amour et d'estime que Lui conservait l'empereur, ainsi que le courage qu'il a constamment apporté à son infortune. J'ai en conséquence l'honneur d'envoyer à V. M., par la voie que m'offre M. Lubert, le bracelet et le médaillon, qui m'étaient confiés.‘ Paris, ce 1er juillet 1822.

Marie Louise liess Marchand durch den Grafen Neipperg ein Geschenk zukommen, gleichzeitig aber den kaiserlichen Botschafter in Paris ersuchen, ‚es auf alle mögliche Weise hintanzuhalten, dass irgendeiner der Testamentsvollstrecker nach Parma sich begebe, wo seine Anwesenheit tausend Unannehmlichkeiten zur Folge haben würde.‘ Neipperg an den Fürsten Metternich. Parma, 20. September 1822. St.-A.

[2] Lettre de M. le comte de Bertrand à S. E. M. le baron de Vincent. Paris, ce 10 octobre 1822.

Am 17. October endlich erschienen die Genannten bei dem Botschafter und händigten ihm eine getreue Abschrift des Testamentes mit der Bitte ein, dass die österreichische Regierung in Ansehung der Legatare eine günstige Entscheidung treffen möge.[1]

Sie theilten Vincent zugleich auch jene Codicille mit, welche Napoleon dem Grafen Montholon dictirt hatte. Sie betrafen Antomarchi, Vignali, Madame Lätitia, die Fürstin Pauline Borghese, die Gräfinnen Bertrand und Montholon und den Cardinal Fesch.[2]

Metternich befand sich auf dem Fürstencongresse von Verona,[3] als er diese erfreuliche Nachricht erhielt. Aber er bedauerte es, dass Baron Vincent die Acten nicht durch ein Mitglied der Botschaft nach Verona geschickt hatte, und forderte ihn auf, ihm dieselben umgehend zukommen zu lassen.[4]

‚J'ai reçu la lettre que V. E. nous a fait l'honneur d'écrire au comte de Montholon, à M. Marchand et à moi. Je suis convenu avec ces Messieurs que je repondrais en leur nom et au mien que conformément à la demande que vous nous avez adressée et dont vous avez donné connaissance au ministère, nous remettons sous peu de jours dans les mains de V. E. des copies en règle des testaments et codicils de feu l'empereur Napoléon.'

[1] ‚D'après l'explication que V. E. nous a fait l'honneur de nous adresser le 29 septembre dernier, nous Lui envoyons le paquet ci-joint, contenant 1° la collection des testaments et codiciles de feu l'empereur Napoléon signés et certifiés par nous exécuteurs testamentaires soussignés, 2° une copie figurée du testament et des cinq codiciles enregîtrés à Londres, contresignés des deux notaires qui les ont reçus en dépôt . . . Comme chargés des intérêts de tous les légataires, nous prions V. E. de ne pas se refuser à solliciter en leur faveur une décision aussi prompte qu'elle est nécessaire à la plupart d'entre eux. Nous osons croire ce sentiment conforme à la dignité et à la munificence de l'empereur votre maître et de S. M. la duchesse de Parme.' Marchand, Bertrand, Montholon an Vincent. Paris, 17. October 1822. St.-A.

[2] Anhang 28.

[3] Um die Mitte October waren hier die Kaiser von Oesterreich und Russland, die Könige von Preussen, Neapel und Sardinien nebst anderen italienischen Fürsten, und die gefeiertsten Diplomaten erschienen, um die Beschlüsse von Laibach in Erfüllung zu bringen. Das Princip der Legitimität, welches in diesen beiden Congressen so recht zum Ausdruck gelangte, vermochte aber nicht, auf lange sich zu behaupten; Griechenland wurde doch der Freiheit für würdig erkannt, und auch Spanien erhob sich von Neuem unter dem Banner der Cortes.

[4] Anhang 29.

XV. Capitel.

Metternich unterbreitet dem Kaiser das Testament. — Dieser verlangt Aufschluss über den Artikel, welcher die italienische Civilliste betrifft. — Metternich überschickt das Testament dem Vicepräsidenten der obersten Justizhofstelle und fordert ihn auf, darüber sein Gutachten zu erstatten. — Vortrag des Vicepräsidenten an den Staatskanzler. — Metternich unterbreitet dieses Gutachten dem Kaiser und fordert ihn zur Verzichtleistung auf.

Am 7. November legte Metternich dem Kaiser das Testament mit dem Bemerken vor, dass er es seinerzeit mit den in Wien zurückgebliebenen Acten vergleichen und sodann einen Bericht darüber erstatten werde. Gleichzeitig ersuchte er den Kaiser, ‚es dem Wunsche der Testamentsvollstrecker gemäss geheim zu halten‘.[1]

Den Tag darauf stellte Kaiser Franz dem Fürsten Metternich das Testament wieder zurück und forderte ihn auf, ihm besonders in Ansehung jenes Paragraphen, welcher die Ansprüche Napoleons auf die Civilliste des vormaligen Königreiches Italien zum Gegenstande habe, sobald als möglich einen Vortrag zu erstatten, ‚damit ich wisse‘, schloss er seine eigenhändige Resulution, ‚was ich in dieser Hinsicht nach dem strengsten Rechte zu thun schuldig sei‘.[2]

In der zweiten Hälfte des November übermittelte Czar Alexander von Russland dem Kaiser Franz eine Denkschrift, welche der Schwiegervater Montholon's, Marquis v. Semonville, verfasst und dem General Pozzo di Borgo mit dem Ersuchen überreicht hatte, sie dem Kaiser Alexander zukommen zu

---

[1] ‚. . . Indem ich E. M. die Acten in der Anlage gehorsamst überreiche, erlaube ich mir nur zu bemerken, dass ich sie hier unmöglich mit den früher erhaltenen Acten vergleichen konnte, weil letztere in Wien zurückgeblieben sind. Ich behalte mir aber vor, nicht nur diese Vergleichung auf das Genaueste vornehmen zu lassen, sondern auch E. M. einen umfassenden Vortrag über diese wichtige Erbschaftsangelegenheit gehorsamst zu erstatten. Indessen muss ich E. M. ehrfurchtsvoll bitten, den Inhalt dieser Acten, dem Wunsche der Testamentsexecutoren gemäss, geheim zu halten und mir selbe nach davon genommener Einsicht zur Verfassung meines Vortrages allergnädigst zurückzustellen.‘

[2] ‚Die Anlagen folgen hiemit wieder zurück, und erwarte ich sobald als möglich von Ihnen den Vortrag, was in dieser Sache zu verfügen sei, insbesondere in Ansehung des 4. Punktes des §. III des Testamentes, welcher eigentlich mich betrifft . . .‘

lassen.[1] Aus diesem Schriftstücke ging mit Deutlichkeit hervor, welche Rücksichten in Ansehung der französischen Regierung und welche Privatabsichten für die Testamentsvollstrecker bestimmend waren, einen Theil der letztwilligen Verordnungen Napoleons bei dem Gerichtshofe des Erzbischofs von Canterbury in London zu hinterlegen, und welchen Werth sie darauf legten, dass die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt das Testament anerkenne. Kaiser Franz ermangelte nicht, seinem Verbündeten gegenüber sich erkenntlich zu zeigen, weshalb er den Fürsten Metternich beauftragte, ihm das Testament Napoleons vollinhaltlich bekanntzugeben. Am 30. November verfügte Metternich sich zu Kaiser Alexander und überreichte ihm eine Abschrift des Testamentes mit folgenden Worten: ‚Die Betrachtungen, welche beim Lesen dieses letzten Manifestes Napoleon Bonaparte's entstehen, werden der Weisheit und den tief religiösen Anschauungen E. M. nicht entgehen. Ein altes Sprichwort sagt: man stirbt so, wie man gelebt hat. Der letzte Wille des Gefangenen von St. Helena ist ein neuer Beweis für die Richtigkeit dieses alten Satzes. Auch er ist gestorben, so wie er gelebt hat. Gott möge ihm die ewige Ruhe geben.'[2]

Nach Wien zurückgekehrt, überschickte Fürst Metternich am 9. Jänner dem Vicepräsidenten der obersten Justizhofstelle, Freiherrn v. Gärtner, diejenigen Vorträge und diplomatischen Correspondenzen, welche auf die Verlassenschaft Napoleons sich bezogen, und forderte ihn auf, darüber sein Gutachten vom juridischen Standpunkte aus abzugeben. Diesen Acten lag auch das Memoire des Marquis v. Semonville bei. Fürst Metternich lenkte die Aufmerksamkeit Gärtner's umsomehr auf diese Denkschrift, als der Kaiser die Frage aufgeworfen hatte, ob es nicht nothwendig erscheine, von der französischen Regierung die Beschlagnahme des Depots zu erwirken. ‚Durch erwähnten Vor-

---

[1] Anhang 30.

[2] S. A. le chancelier de cour et d'état à S. M. l'empereur Aléxandre. Novembre 1822.

‚M. le prince de Metternich,' heisst es darin, ‚ayant préféré de remettre de la main à la main à S. M. l'empereur Aléxandre les copies légalisées du testament et des codiciles de Napoléon Bonaparte, il n'a point été fait usage de la présente minute, qui est à déposer aux actes relatifs à cet objet, comme faisant foi, que les dites copies ont été remises par M. le prince de Metternich à l'empereur de Russie le jour d'hier 30 novembre 1822 à Vérone.'

gang,' führte der Staatskanzler aus, ,verschwindet die Besorgniss, dass dieser Fond der Masse entzogen werden könnte, während andererseits ein diesfälliger Schritt bei der französischen Regierung dem künftigen Entschlusse der Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt in Ansehung des Testamentes auf gewisse Art vorgreifen würde.'

Nach reiflicher Ueberlegung drängten sich dem Fürsten Metternich vier Fragen auf, mit deren Beantwortung er Gärtner beauftragte. Die ersten zwei betrafen das Verlangen der Testamentsvollstrecker, dass die Herzogin von Parma und Kaiser Franz die letztwilligen Verordnungen Napoleons bestätigen sollten, und ferner die Erwägung, ob es für die Herzogin und ihren Sohn nicht vortheilhafter wäre, auf die Erbschaft zu verzichten. Ohne das Gutachten Gärtner's irgendwie beeinflussen zu wollen, setzte er diesem dieselben Ansichten auseinander, welche er bereits in dem Schreiben an Neipperg vom 13. Juni und in seinem Vortrage an den Kaiser vom 15. Juli zum Ausdruck gebracht hatte. Die dritte Frage lautete folgendermassen: ,In der Voraussetzung, dass ein Beschluss dahin gefasst würde, im Namen des Herzogs von Reichstadt einen Verzichtleistungsact in der Art auszustellen, dass sich von jeder Theilnahme sowohl an den Activen als an den Passiven der Verlassenschaft losgesagt werde, wäre es nicht dennoch den Gefühlen kindlicher Liebe, sowie den Eingebungen der Religion und der Naturgesetze gemäss, dass gedachter Prinz das Vermächtniss jener Effecten nicht ausschlage, welche seinem Vater grösstentheils zum persönlichen Gebrauche gedient haben und deren Uebergabe seinerzeit von den im Testamente eigens hiezu bestimmten Personen zu geschehen hat?'

Mit Rücksicht darauf, dass die Andenken, welche Napoleon Bonaparte seinem Sohne vermacht hatte, meist Gegenstände waren, die mehr einen Affectionswerth besassen,[1] neigte Metternich zu der Ansicht hin, dass der Herzog von Reichstadt ihre Annahme nicht verweigern sollte, ,da es gewissermassen als eine Verleugnung seines Vaters und als eine freiwillige Beschimpfung seines Andenkens ausgelegt werden könnte'.

---

[1] Napoleon Bonaparte selbst bezeichnete sie als geringfügig, indem er Folgendes niederschrieb: ,Je désire que ce faible legs soit cher à mon fils, comme lui retraçant le souvenir d'un père, dont l'univers l'entretiendra.' Testament.

‚Es muss übrigens noch bemerkt werden,' schrieb er an Gärtner, ‚dass dieser Prinz, wenn ihm erwähnte Andenken und Effecten nach erreichtem 16. Jahre werden überbracht werden, sich in dem Falle befinden wird, die Depositäre wegen der gehabten Sorge für ihre Aufbewahrung mittelst angemessener Geschenke zu belohnen; man wird sonach nicht sagen können, weder dass er dieselben ganz umsonst empfangen habe, noch dass dadurch der Masse der Legate ein Unrecht geschehen sei.'

Die vierte Frage endlich betraf die Bestimmungen Napoleons rücksichtlich seiner Privatdomäne, d. i. jenen Paragraphen des Testamentes, welcher die besondere Aufmerksamkeit des Kaisers erregt hatte. Indem Fürst Metternich auf die Bestimmungen der Convention von Fontainebleau hinwies, gemäss deren Napoleon Bonaparte allen Souveränetätsrechten über Frankreich, Italien und die übrigen von ihm beherrschten Länder entsagt hatte, ohne sich das vorzubehalten, was er unter seiner Privatdomäne verstand,[1] folgerte er daraus, dass ‚Napoleon Bonaparte in seinem Testamente über etwas verfügt habe, was nicht sein Eigenthum gewesen sei'. Der Code Napoléon erkläre aber eine derartige Verfügung für null und nichtig.[2]

Weiters theilte Metternich dem Freiherrn v. Gärtner sowohl das Schreiben des Herzogs von Leuchtenberg an den Kaiser vom 30. März 1822, welches sich auf die Ansprüche des Prinzen auf die Civilliste des ehemaligen Königreiches Italien bezog, als auch die kaiserliche Resolution mit, wonach Jener mit seinem Begehren an die Mailänder Commission verwiesen werden sollte. ‚Nach dieser a. h. Entschliessung,' bemerkte Metternich, ‚glaube ich aber den Herzog von Leuchtenberg erst dann, und zwar mittelst einer ostensiblen Depesche an den Gesandten in München — da eine directe Correspondenz mit gedachtem Herzog darüber nicht angemessen scheint — verbescheiden zu sollen, wenn S. M. als Vormund Allerhöchstihres Enkels einen definitiven Entschluss in Ansehung des Testamentes Napoleons ergriffen haben werden, indem Prinz Eugen sonst seine Weigerung, die von ihm verlangten zwei Millionen zu entrichten, voreilig gegen die Testamentsexecu-

---

[1] Art. 1 und 9.

[2] §. 1021.

toren und Legatare erklären und selbe einzig auf den hiesigen Hof schieben würde.‘

Als Gärtner seines Auftrages sich entledigt und dem Staatskanzler am 24. Jänner sein Gutachten vorgelegt hatte,[1] unterbreitete es Metternich am 11. Februar dem Kaiser. Wenn auch die Ansichten Gärtner's im Wesentlichen mit jener des Fürsten übereinstimmten, so bedingten sie doch einige Aenderungen in den Renunciationsacten, welche dem Kaiser am 15. Juli 1822 vorgelegt worden waren. Im Gegensatze zu den Testamentsvollstreckern, welche behaupteten, dass der Nachlass und somit auch das Testament Napoleons nach den französischen Gesetzen behandelt und beurtheilt werden müssten, wonach dem Sohne die Hälfte des väterlichen Vermögens nach Abzug der darauf haftenden Lasten gebühre, war Gärtner folgender Meinung: Napolen Bonaparte hätte seine letztwilligen Verordnungen nach den auf der Insel St. Helena geltenden englischen Gesetzen verfassen sollen, denn er habe in Folge der Abdankung von Fontainebleau aufgehört, Franzose zu sein. Dagegen wendete Metternich ein, dass die Erklärung des Wiener Congresses vom 13. März 1815, Napoleon Bonaparte ausser dem Schutze der Gesetze zu betrachten, mehr in staatsrechtlicher Hinsicht gelte und noch immer die Frage offen halte, ob er nicht doch seine privatrechtlichen Verhältnisse nach den Gesetzen seines letzten ordentlichen Domicils, nämlich Elba's, wo der Code Napoléon in Kraft bestehe, habe regeln und darnach sein Testament machen können. Gegen die Anschauung Gärtner's führte Metternich noch an, dass die englische Regierung Napoleon nie als Kaiser anerkannt, mit ihm stets als dem ersten Consul der französischen Republik unterhandelt und nach seiner Anhaltung ihn nur als einen General und kriegsgefangenen Franzosen angesehen habe, dessen Bewachung ihr von den übrigen verbündeten Mächten anvertraut worden sei. In Ansehung der Herzogin von Parma und ihres Sohnes dürfe es jedoch keinem Zweifel unterliegen, dass dieser nicht als französischer Unterthan und jene nicht als die Witwe eines Franzosen zu betrachten seien. Im Uebrigen erheische es das Interesse der französischen Regierung, die Erbschaftsangelegenheit nicht vor fremden Gerichten anhängig

---

[1] Anhang 31.

machen und verhandeln zu lassen. So lange aber nicht mit Bestimmtheit vorausgesetzt werden könne, dass dem Herzoge von Reichstadt irgendein Vortheil erwachse, wenn man auf die Erbschaft Anspruch erhebe und der Vollziehung des Testamentes beistimme, so lange sei es als überflüssig zu erachten, über die von Gärtner aufgeworfene Frage eine Entscheidung zu treffen. Nochmals legte Metternich dem Kaiser nahe, ohne Verzug den Beschluss zu fassen, dass den Testamentsvollstreckern in rechtlicher Form eröffnet werde, der Herzog von Reichstadt leiste auf seine allfälligen Erbrechte Verzicht. Abgesehen von allen anderen Beweggründen, welche für einen solchen Antrag sprächen, handle es sich auch ,um die Würde des Kaiserhauses selbst, mit welcher es nicht verträglich scheine, sich vor den französischen Gerichten in Streitigkeiten einzulassen oder anderweitige Schritte bei dem französischen Gouvernement mit so zweifelhafter Aussicht auf einen aus dem Nachlasse zu ziehenden Vortheil zu machen'.

Er unterbreitete dem Kaiser die Renunciationsacte, welche nach den Ausführungen Gärtner's derart abgefasst waren, dass sie nichts enthielten, was auf eine Anerkennung der französischen Gesetze in Betreff der Entscheidungen über das Testament und die Erbrechte des Herzogs von Reichstadt hätte schliessen lassen können. Die Verzichtleistung wurde ausdrücklich auf jenes Vermögen beschränkt, welches im Testamente und in den Codicillen angegeben war, wogegen der Erbe sich das Recht in Ansehung jenes vorbehielt, welches ausserdem noch vorhanden sein könnte.

Aber erst am 13. September, also nach Ablauf von sieben Monaten, resolvirte Kaiser Franz diesen Vortrag Metternich's.[1]

[1] Kaiser Franz erklärte, dass das Erbrecht des Herzogs von Reichstadt, an welchem nicht zu zweifeln wäre, nur dann in Wirksamkeit treten könnte, wenn Napoleon Bonaparte ein disponibles eigenes Vermögen hinterlassen und darüber rechtsgiltig verfügt hätte. Nachdem Napoleon von Geburt ein Franzose gewesen sei und sein letzter Wille in Frankreich liegende Capitalien beträfe, so stehe es der französischen Regierung zu, jene zwei Fragen in Erwägung zu ziehen, und sie möge von Baron Vincent aufgefordert werden, hierüber eine Erklärung abzugeben. Gehe aus derselben hervor, dass Napoleon Bonaparte in der That ein disponibles Vermögen hinterlassen und rechtsgiltige Verfügungen getroffen habe, dann solle Vincent der französischen Regierung mittheilen, dass er, der Kaiser, als Grossvater und natürlicher Vormund des Herzogs von

XVI. Capitel.

Das Gut San Martino. — Vortrag Metternich's an den Kaiser über die Ansprüche Reichstadt's auf dieses Gut. — Er ersucht den Kaiser, einen baldigen Entschluss zu fassen. — Der Kaiser zögert damit. — Die französische Regierung hofft, dass die Vormundschaft Reichstadt's auf die Erbschaft Verzicht leisten werde. — Metternich ersucht den Kaiser in einem neuerlichen Vortrage um eine baldige Entscheidung. — Einverständniss zwischen der französischen Regierung und den Legataren, welche ihre Angelegenheit einem Schiedsrichtercomité übertragen haben. — Der Spruch der Schiedsrichter, wonach die Hälfte des Lafitte'schen Depots dem Herzoge von Reichstadt überlassen bleibt. — Neuerlicher Vortrag Metternich's. — Resolution des Kaisers, wonach die französische Regierung zu einer bestimmten Aeusserung veranlasst werden möge.

Inzwischen hatten die Ansprüche, welche die Familie Bonaparte und insbesondere die Fürstin Pauline Borghese auf San Martino erhoben, dem Staatskanzler Gelegenheit geboten,

---

Reichstadt gestatte, ‚dass alle in den abschriftlich vorliegenden letzten Willenserklärungen enthaltenen Dispositionen, insoweit nicht fremde Rechte dadurch verletzt würden oder insoweit deren Vollzug möglich sei, jedoch ohne dem Herzog von Reichstadt die mindeste Last oder Verbindlichkeit für jetzt oder für die Zukunft aufzuladen und ohne dessen Mitwirkung auf irgendeine Art in Anspruch zu nehmen, in Erfüllung gebracht werden, dass der Herzog von Reichstadt sogar aus Ehrfurcht für die väterliche Willensmeinung, soferne das bisher bekannte Vermögen Bonaparte's zur Erfüllung des letzten Willens nicht zureichen sollte, auch die ihm angeblich bestimmten Andenken mit Ausnahme einer einzigen, sonst werthlosen Kleinigkeit der sonstigen väterlichen Willensmeinung zum Opfer bringen wolle, dagegen aber die Geltendmachung seines Erbrechtes auf alles anderweitige, ihm noch nicht bekannte oder nach Erfüllung der letzten Willensmeinung des Bonaparte erübrigende Vermögen desselben sich ausdrücklich und feierlich vorbehalte‘.

Von Marie Louise hingegen verlangte Kaiser Franz, dass sie in Betreff der Hinterlassenschaft Napoleons und des Erbrechtes ihres Sohnes sich in gleicher Weise äussern solle, aber er überliesse es ‚lediglich ihrem Gewissen‘, rücksichtlich der zwei Millionen diejenige Entscheidung zu treffen, ‚welche ihr die gehörige zu sein scheine‘. Weiters ertheilte der Kaiser seine Zustimmung, dass die Erklärung der Herzogin von Parma durch den Botschafter in Paris übergeben werde, nur insoweit, ‚als er jede wechselseitige Berufung in den beiderseitigen Erklärungen sorgfältigst vermieden wissen wollte‘. Schönbrunn, 13. September 1823.

Die kaiserliche Resolution selbst lautet wie folgt:

‚Ueber diesen Vortrag finde Ich Ihnen Folgendes zu erwidern:

‚Sie werden Meinem Gesandten am Pariser Hofe auftragen, da, wo es nöthig ist, zu erklären, dass, da das Erbrecht Meines Enkels auf

den Kaiser zu einer Entscheidung zu drängen. Die Angelegenheit, um die es sich handelte, war folgende: Zur Zeit seines Aufenthaltes auf Elba hatte Napoleon Bonaparte die auf dieser Insel liegende Besitzung San Martino an sich gebracht. Als Elba in Gemässheit der Beschlüsse des Wiener Congresses unter die Oberherrschaft des Grossherzogthums Toscana gestellt wurde, liess dieses San Martino durch eine eigene Verwaltung ganz abgesondert von den anderen Krongütern administriren. So lange Napoleon noch am Leben war, wollte

---

die Verlassenschaft seines Vaters, insofern eine hinterblieben ist, unbezweifelt ist, dieses Erbrecht aber erst in jenem Falle in Wirksamkeit treten kann, wenn derselbe ein disponibles eigenes Vermögen hinterlassen und darüber auf eine giltige Art letztwillig disponirt hat, beides aber zu beurtheilen der französischen Regierung zusteht, weil derselbe seiner Geburt nach ein Franzose war und seine vorliegenden letztwilligen Dispositionen meistens Effecten und Capitalien betreffen, die in Frankreich sich befinden, daher vorerst von der französischen Regierung erklärt werden müsse, dass ein disponibles Vermögen vorhanden und die hierwegen vorliegenden letztwilligen Anordnungen rechtsgiltig seien.

‚Sollte die Erklärung von der französischen Regierung erfolgen, dass ein disponibles Vermögen vorhanden und die gedachten Anordnungen rechtsgiltig seien, so hat Mein Gesandter in Frankreich ferners folgende Erklärung abzugeben, dass Ich als Grossvater und natürlicher Vormund des Herzogs von Reichstadt unabgesehen davon, dass das Testament sammt den mehreren Codicillen Bonaparte's Mir nicht in Urschrift vorgelegt wurde, noch Ich auch überzeugt worden bin, dass keine weiteren testamentarischen Anordnungen Bonaparte's mehr bestehen, ferners, dass der Sohn in denen Ihnen abschriftlich vorgelegten letzten Willenserklärungen ganz übergangen sei, auch in denselben Dispositionen enthalten seien, welche fremdes Eigenthum betreffen dürften, gestatte, dass alle in den abschriftlich vorliegenden letzten Willenserklärungen enthaltenen Dispositionen, insoweit nicht fremde Rechte dadurch verletzt werden oder insoweit deren Vollzug möglich ist, jedoch ohne dem Herzoge von Reichstadt hiedurch die mindeste Last oder Verbindlichkeit für jetzt oder für die Zukunft aufzuladen und ohne dessen Mitwirkung auf irgendeine Art in Anspruch zu nehmen, in Erfüllung gebracht werden, dass der Herzog von Reichstadt sogar aus Ehrfurcht für die väterliche Willensmeinung jenenfalls, wenn das bisher bekannte Vermögen Bonaparte's zur Erfüllung desselben letzten Willens nicht zureichen sollte, auch die ihm angeblich bestimmten Andenken mit Ausnahme einer einzigen, sonst werthlosen Kleinigkeit der sonstigen väterlichen Willensmeinung zum Opfer bringen wolle, dagegen aber die Geltendmachung seines Erbrechtes auf alles anderweitige, ihm noch nicht bekannte oder nach Erfüllung der letzten Willensmeinung des Bonaparte erübrigende Vermögen desselben sich ausdrücklich und feierlich vorbehalte.

Marie Louise keinen Schritt bei der toscanischen Regierung unternehmen, um die Ansprüche des Herzogs von Reichstadt auf dieses Besitzthum seines Vaters sicherzustellen. Als sie jedoch nach dem Tode Napoleons in Erfahrung brachte, dass die Familie desselben und namentlich Prinzessin Pauline das Gut unter dem Vorwande, sie hätten die Gelder zu seinem Ankaufe vorgestreckt, reclamirten, sah sie sich veranlasst, von der grossherzoglichen Regierung zu verlangen, dass man San Martino in keine anderen Hände als in die des Herzogs von Reichstadt übergehen lasse.[1]

‚Auch werden Sie Meinem Gesandten in Paris auftragen, in Ansehung derjenigen letztwilligen Dispositionen Bonaparte's, welche das domaine privé des Königreiches Italien betreffen, abzuwarten und anzuzeigen, was die französische Regierung über die Giltigkeit der Bonaparte'schen letztwilligen, nun vorliegenden Anordnungen überhaupt beschliessen werde.

‚Endlich werden Sie Meiner Frau Tochter anzeigen, was Ich durch Meinen Gesandten in Paris in Betreff des Napoleonischen Verlasses und des Erbrechtes erklären lasse, dass Ich zwar wünsche, dass sie in Hinsicht des Erbrechtes des Herzogs von Reichstadt und der Ansicht über die letztwilligen Anordnungen des Bonaparte, welche vorliegen, gleiche Sprache mit Mir führe, in Hinsicht der zwei Millionen aber, welche sie in Fontainebleau empfangen und worüber Bonaparte testirt haben soll, es lediglich ihrem Gewissen überlasse, diejenige Erklärung, welche ihr die gehörige zu sein scheint, abzugeben. Schliesslich finde Ich Ihnen zu bemerken, dass Ich zwar gestatte, dass die Erklärung Meiner Frau Tochter gleichfalls durch Meinen Gesandten in Paris übergeben werde, dass Ich aber jede wechselseitige Berufung in Unseren beiderseitigen Erklärungen sorgfältig vermieden wissen will.

‚Schönbrunn, 13. September 1823. Franz m. p.'

[1] ‚S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme est instruite depuis longtemps que le défunt exempereur Napoléon avait fait l'acquisition dans l'île d'Elbe, dans le temps, qu'il en était le souverain, et avec ses propres fonds de la propriété de San Martino. Durant la vie et la captivité de l'empereur, S. M. Mme l'archiduchesse n'a point cru convenable de faire requérir le gouvernement Toscan, sous la souveraineté duquel se trouve maintenant l'île d'Elbe, de lui fournir des details sur la nature de cette propriété. Les circonstances ayant changé, S. M. croyait qu'il est de son devoir de mère et de tutrice naturelle de son fils, de ne rien négliger pour obtenir des renseignements exacts sur l'objet en question et surtout pour empêcher que l'influence étrangère ou les menées de la famille Bonaparte ne dénaturent les droits bien positifs que son fils S. A. S. le duc de Reichstadt doit nécessairement avoir sur cette partie de la succession de son père. S. M. Mme l'archiduchesse, pleine de confiance dans les preuves d'attachement que vous avez donné en toute

Da Fürst Metternich es nicht für rathsam erachtete, dass Marie Louise in eine unmittelbare Interessenverhandlung mit der Familie Bonaparte trete, und es vorzog, Zeit zu gewinnen, so beschränkte er sich lediglich darauf, die toscanische Regierung einzuladen, das Gut San Martino nur demjenigen zu überlassen, dessen Recht darauf gesetzlich erwiesen und anerkannt sein würde. [1]

In solchem Zustande verblieb die Sache bis 1823. In diesem Jahre wendete sich die Fürstin Borghese abermals mit dem Ersuchen an die toscanische Regierung, die Gerichtshöfe mögen in Betreff ihrer Ansprüche auf San Martino einen Wahrspruch fällen. Im Auftrage des Grossherzogs, welcher sich dadurch zur Entscheidung gedrängt sah, richtete Graf Bombelles am 29. April 1823 ein Schreiben an den Fürsten Metternich und ersuchte diesen, ihm die Ansicht des Kaisers mitzutheilen.[2]

---

occasion à son auguste personne, et dans le zèle avec lequel vous soignez ses intérêts, m'autorise à vous charger de la commission délicate de faire toutes les démarches nécessaires et d'office près du gouvernement Toscan pour soutenir ses justes droits et empêcher que la possession de San Martino ne passe en d'autres mains qu'en celles de son vrai propriétaire le duc de Reichstadt.

D'après les informations positives qui nous sont parvenues, le gouvernement Toscan fait administrer cette possession, depuis qu'il a occupé l'île d'Elbe, d'une manière particulière et séparée des autres biens de la couronne par le ministre de l'intérieur Mr Neri Corsini.' Neipperg an Bombelles. Florence, ce 26 septembre 1821.

[1] ,M. le comte de Neipperg m'a communiqué l'office, qu'il a eu l'honneur de vous adresser le 26 septembre par ordre de S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise, pour vous inviter à soutenir auprès du gouvernement Toscan les droits de M. le duc de Reichstadt à la possession de San Martino, propriété acquise dans l'île d'Elbe par feu l'ex-empereur Napoléon, et pour empêcher que cette possession ne tombe en d'autres mains que celles de son fils, son héritier naturel. J'ai cru devoir répondre à cette ouverture de M. le comte de Neipperg par la dépêche dont vous trouverez ci-joint une copie; je me suis appliqué à y relever plusieurs motifs, qui doivent nous faire désirer dans l'intérêt de Mme l'archiduchesse, qu'elle ne se presse pas de se mettre en avant dans cette affaire délicate.' Metternich an Bombelles. Vienne, le 14 octobre 1821.

[2] ,M. le chevalier de Fossombroni m'a fait hier la communication confidentielle que Mme la princesse Pauline Borghèse vient de renouveler les instances qu'elle a faites déjà à plusieurs reprises pour que les tribunaux Toscans veuillent bien prononcer en dernier appel sur les prétentions que cette princesse tâche depuis longtemps de faire valoir sur le bien de San Martino situé dans l'île d'Elbe.

In dem Vortrage, welchen der Staatskanzler am 15. Mai hierüber dem Kaiser erstattete, äusserte er sich folgendermassen: ‚Die Entscheidung der Frage, ob das Gut San Martino für den Herzog von Reichstadt reclamirt werden soll, oder ob es vorzuziehen sei, diesen Anspruch ganz fahren zu lassen, hängt von dem a. h. Beschlusse ab, welchen E. M. über meinen Vortrag vom 11. Februar 1823 in Betreff des letzten Willens Napoleons zu fassen geruhen werden. Denn sollten E. M., nachdem Allerhöchstdieselben die auf Napoleon's Verlassenschaft haftenden beträchtlichen Lasten und Schulden als Vormund des Herzogs von Reichstadt berücksichtigt haben, es in Ihrer Weisheit dem Interesse I. M. der Frau Erzherzogin und jenem des Herzogs von Reichstadt räthlicher erachten, auf die Erbschaftsansprüche förmlich Verzicht zu leisten, dann hätte auch der Herzog von Reichstadt, der nur als Erbe Rechte geltend machen kann, gar keinen Rechtsgrund, für sich das Eigenthum von San Martino zu reclamiren.‘

Aber auch diesen Vortrag resolvirte Franz I. am 13. September, und zwar nichts weniger als im Sinne Metternich's.[1]

Fürst Metternich wurde durch die so lange Verzögerung der kaiserlichen Entschliessungen umsomehr in eine peinliche

‚M. de Fossombroni a ajouté que d'après le désir exprimé dans le temps par la mission de S. M. l'empereur et roi à Florence (désir motivé par les ordres que V. A. voulut bien me communiquer en date du 14 octobre 1821) les tribunaux avaient été invités à ne point se hâter de prendre une décision quelconque dans cette affaire. La note verbale ci-jointe, qui m'a été remise par le ministère Toscan, fera voir à V. A. l'impossibilité dans laquelle se trouve Mgr. le grand-duc d'arrêter plus longtemps l'action des tribunaux, et je vous supplie, mon prince, de vouloir bien me dicter la réponse que j'ai à faire à cet égard.‘ Bombelles an Metternich. Florence, 29 avril 1823.

[1] Die kaiserliche Resolution lautet wie folgt: ‚Da Ich dem Erbrechte Meines Enkels, des Herzogs von Reichstadt, auf die Verlassenschaft seines Vaters zu entsagen Mich nicht befugt halte, so werden Sie dasselbe auch auf das Dominium San Martino geltend machen, übrigens aber Meinem Herrn Bruder, dem Grossherzoge, bedeuten, dass Ich ihm überlasse, in Ansehung der Ansprüche, welche von anderen Seiten auf das gedachte Dominium gemacht werden, den dortigen Landesgesetzen ihren freien Lauf zu lassen, bis zu der gerichtlichen Austragung dieser Ansprüche aber, welche mir anzuzeigen ist, die gerichtliche Verwaltung dieses Dominiums ansuchen, was Sie auch Meiner Frau Tochter, der Herzogin von Parma, und Meinem Gesandten in Paris eröffnen werden.‘ 13. September 1823. St.-A.

Lage versetzt, als inzwischen nicht nur die Grafen Bertrand und Montholon, sondern selbst der französische Minister des Aeussern, Graf Chateaubriand, sich mit dem Ersuchen an den Botschafter gewendet hatten, dass der Kaiser eine baldige Entscheidung treffen möge. Wie Baron Vincent am 26. Mai nach Wien berichtete, schienen sie vorauszusetzen, dass der Kaiser sich zu einer Verzichtleistung auf die bei Lafitte deponirten Summen entschliessen würde.[1]

Gedrängt durch die Vorstellungen der Legatare, welche den Besitz ihrer Vermächtnisse ungeduldig verlangten, hatten die Testamentsvollstrecker, und zwar wie aus einer Note Chateaubriand's an den Botschafter vom 26. Mai deutlich erhellte, im Einverständnisse mit der französischen Regierung den schiedsrichterlichen Weg eingeschlagen. Dass das Ministerium, welches nur auf solche Weise jeder öffentlichen Austragung des Streites vorbeugen konnte,[2] seine Hand mit im Spiele hatte, lag um so näher, als Chateaubriand den Botschafter ausdrücklich ersuchte, seinen Hof zu einer rascheren Entschliessung zu veranlassen.

Dieser Umstand bekräftigte den Fürsten Metternich umsomehr in seiner Ansicht, dass es am vortheilhaftesten sei, auf die Erbschaft zu verzichten. Er hielt es für unausweichlich, den Grafen Bertrand und Montholon eine Antwort zu geben. ‚Wird keine ertheilt,‘ setzte er dem Kaiser in einem Vortrage vom 15. Juni auseinander, ‚so werden vielleicht die Testamentsexecutoren und Legatare dieses Stillschweigen des Erben und der Vormundschaft als eine stillschweigende Verzichtleistung

---

[1] Anhang 32.

[2] Wie Baron Vincent vorläufig berichtete, war man übereingekommen, die Vertheilung der disponiblen Hälfte zu verfügen und sich eines jeden Spruches in Betreff der zweiten zu enthalten, auf welche kraft der französischen Gesetze der Herzog von Reichstadt Anspruch hatte. Nachdem die vorhandenen Summen nicht ausreichten, um alle Legatare zu befriedigen, und Graf Bertrand, wie er ausdrücklich erklärte, sich nicht auf Kosten der Uebrigen bereichern wollte, so verzichtete er auf jeden Vortheil, welcher für ihn aus einem möglichen Zuwachs hervorgehen konnte. Diese Verzichtleistung bezog sich auf jene Bestimmungen des Testamentes, welche einerseits die im dritten Codicille genannten Legatare von jeder Antheilnahme an dem bei Lafitte befindlichen Depot ausschlossen und andererseits alle den Schicksalsgefährten Napoleons auf St. Helena vermachten Legate als Belohnungen anführten, welche ohne jeden Abzug zur Vertheilung gelangen sollten.

darzustellen trachten, und es gelingt ihnen vielleicht, die Vertheilung der bei Lafitte depositirten zweiten Hälfte der Capitalien gegen Leistung einer Caution für eventuelle Reclamationen zu erwirken.‘

Da Antomarchi in einem Schreiben an Baron Vincent vom 25. April um die Erlaubniss gebeten hatte, sich nach Wien begeben zu dürfen um hier sowohl ein Werk über die Anatomie des menschlichen Körpers verlegen zu lassen, als auch eine Entscheidung in Betreff seiner Pension zu erwirken,[1] berief Fürst Metternich sich auch auf diesen Umstand, um den Kaiser zu ersuchen, ‚seinen Vortrag vom 11. Februar in Anbetracht aller entwickelten Gründe bald zu erledigen‘.

Nicht früher als am 13. September resolvirte Kaiser Franz auch diesen Vortrag des Staatskanzlers.[2]

Ein Bericht Vincent's vom 18. Juli enthielt eine ausführliche Darstellung des Uebereinkommens, welches die Testamentsvollstrecker und die Schiedsrichter in Ansehung der Verlassenschaft getroffen hatten.[3]

Darnach war von Seite Montholon's, Bertrand's, Marchand's einerseits und den Legataren andererseits die Fällung des Wahrspruches drei Personen, und zwar den Herzogen von Bassano und Vicenza, sowie dem Grafen Daru übertragen worden. Am 16. Mai hatten diese sich darüber ausgesprochen, wie das Te-

---

[1] Antomarchi an Baron Vincent:

‚Paris, ce 25 avril 1823, Rue de tivoli N° 32.

Excellence,

J'ai l'honneur de vous adresser une demande pour obtenir l'autorisation d'aller à Vienne à l'objet d'avoir l'honneur de sousmettre à S. M. l'empereur ma position; les services que j'ai rendus au feu l'empereur Napoléon dans ses derniers moments, les extraordinaires dépenses que je suis obligé de faire pour la publication de mon ouvrage sur l'anatomie de l'homme, et enfin pour humilier à S. M. la demande pour obtenir une décision en ma faveur pour la pension de six mille francs que feu l'empereur en mourant demanda à son auguste épouse de payer à son médecin pour les services qu'il avait eu occasion de lui rendre.

Je prie V. E. d'accueillir favorablement ma demande, et avec profond respect j'ai l'honneur d'être . . .‘

[2] ‚Erledigt sich durch Meine Entschliessung über Ihren Vortrag vom 11. Februar und werden Sie Antomarchi's Hieherreise nicht gestatten.‘ Schönbrunn, 13. September 1823.

[3] Anhang 33.

stament zu vollziehen sei. Sie bezeichneten jene Legatare, welche sie für besonders berechtigt hielten, aus den bei Lafitte hinterlegten Geldern bezahlt zu werden. Aber die Hälfte des activen Vermögens stellten sie der Verfügung des Herzogs von Reichstadt anheim und sicherten den Legataren von St. Helena die vollständige Bezahlung ihrer Legate nur für den Fall zu, als der Erbe sich bestimmt finden würde, seinem Antheile zu entsagen, damit der Wille seines Vaters in Erfüllung gebracht und dessen Verbindlichkeiten Genüge geleistet werden könnte.

Weiters erklärten sie, dass die Legatare des dritten Codicilles keinen Anspruch auf die erste Vertheilung des Lafitteschen Depots hätten. Diesem Spruche widersetzten sich jene, gegen die er gerichtet war. So äusserte die Herzogin von Istrien, Witwe des Marschalls Bessières, in einem Schreiben an Metternich vom 4. Juli in ihrem und im Namen Aller, welche Napoleon Bonaparte im dritten Codicille bedacht hatte, den Wunsch, dass, falls der Kaiser das Testament anerkennen und in dessen Vollziehung willigen sollte, er gleichzeitig auch erklären möge, dass sie sämmtlich an der Vertheilung der Lafitte'schen Gelder theilzunehmen hätten.[1]

Indem Fürst Metternich am 6. August dem Kaiser Vincent's Bericht sammt den Beilagen und den Brief der Marschallin Bessières unterbreitete, ergriff er die Gelegenheit, ihn abermals zu einer Entscheidung zu drängen. ‚Ich fühle mich

---

[1] ‚Je me flatte que S. M. l'empereur, dont les bienfaits seuls soutiennent le nom honorable qu'il a daigné distinguer, sera mon protecteur contre une injustice si révoltante, et refusera de lui donner le sceau de son autorité. Tous les intéressés au testament de Napoléon doivent désirer que S. M. daigne en permettre l'exécution, mais ce généreux consentement priveroit le fils du maréchal Bassières du précieux témoignage qu'il a reçu de l'affection du testateur pour l'honorable mémoire de son père, si S. M. I. ne daignait pas en même temps statuer que les légataires du 3ème codicile participeront à la distribution des fonds Lafitte, de même que ceux du testament et du 4e codicile; c'est le seul moyen que mon fils ait d'obtenir la justice que les tribunaux français sont dans l'impuissance de lui rendre. Je mets toute ma confiance dans l'auguste souverain protecteur de la veuve et de l'orphelin; je me repose sur la justice de ma cause; et aussi, excellent prince, sur cette bienveillance à laquelle vous m'avez accoutumé durant mon séjour à Vienne.' Die Herzogin von Istrien an Metternich. Paris, le 4 juillet 1823.

verpflichtet,' begründete er seinen Vortrag, ,hier ehrfurchtsvoll zu bemerken, dass der Schritt, welchen die Herzogin Bessières gemacht hat, ein Beweis und ein Vorbote aller Reclamationen ist, welchen die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt ausgesetzt bleiben wird, wenn beschlossen werden sollte, sich in diese Erbschaftsabhandlung einzulassen. Eben dieser Schritt, wie auch die näheren Umstände des schiedsrichterlichen Spruches vom 16. Mai beweisen ferner, dass so lange I. M. die Herzogin von Parma in Betreff der von ihr durch das zweite Codicill vom 24. April 1821 geforderten zwei Millionen Franken ihre Erklärung nicht abgegeben haben wird, die Testamentsexecutoren fortfahren werden, besagte zwei Millionen unter den Activen der Nachlassenschaft aufzuführen, und dass sie sich berufen werden, alle unbefriedigten Legatare an I. M. die Herzogin zu weisen. Und wenn sodann ein Theil der Legatare von den Testamentsexecutoren keine Befriedigung erhielte, so würde er am Ende noch die Schuld auf I. M. die Frau Herzogin wälzen, weil sie sich zu spät erklärt und sowohl die Testamentsvollzieher als die Vermächtnissnehmer in der Ungewissheit über ihre Beschlüsse gelassen hätte.'

Zur grösseren Bekräftigung seiner Anschauung unterbreitete Metternich dem Kaiser ein Schreiben Sebastianis[1] vom 1. Juli, worin Antomarchi dem Wohlwollen des Fürsten empfohlen wurde. Aus diesem Briefe ging hervor, dass Antomarchi nicht nur auf seine Pension, sondern auch auf eine Summe von 100.000 Francs Anspruch erhob, welche ihm die Testamentsvollstrecker zugesagt hatten.[2]

Von der Herzogin von Parma darum angegangen, ihr in Bälde eine Entscheidung rücksichtlich des Gutes San Martino zukommen zu lassen,[3] glaubte Fürst Metternich es nicht verab-

---

[1] Sebastiani war Deputirter von Corsica.

[2] Anhang 34.

[3] ,S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme désirant connaître l'avis de V. A. relativement à la possession de San Martino, située dans l'île d'Elbe, sur laquelle se sont élevées des doutes auquel des héritiers de feu l'ex-empereur Napoléon elle doit un jour appartenir, et dont j'ai eu l'honneur de faire mention à V. A. dans mon rapport en date du 2e du mois de mai dernier, j'ose, mon prince, vous rappeler encore une fois respectueusement cette affaire. S. M. Mme l'archiduchesse n'y ajoute aucun autre prix, excepté celui de tranquilliser sa conscience à cet égard,

säumen zu dürfen, den Kaiser auch an diese Angelegenheit zu erinnern.[1]

Als Kaiser Franz, welcher nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschlusse gekommen war, auf die Verlassenschaft nicht Verzicht zu leisten,[2] auch diesen Vortrag am 13. September resolvirte,[3] überschickte er Metternich die vorangegangenen sammt den Entschliessungen, welche darauf Bezug hatten.

Gemäss dieser sollte Baron Vincent beauftragt werden, vor Allem die französische Regierung zu einer bestimmten Aeusserung aufzufordern, was Napoleon Bonaparte an verfügbarem Vermögen hinterlassen habe, und ob seinen letztwilligen Anordnungen gesetzliche Giltigkeit beigelegt werden könne; erst dann, wenn sie sich über den einen und anderen bejahend ausgesprochen hätte, sollte Vincent seine Erklärung, wie der Kaiser sie vorgezeichnet, abgeben.

---

comme sur toutes les autres dispositions testamentaires de son défunt époux, qu'elle a placées sous la protection de S. M. l'empereur son auguste père.' Neipperg an Metternich. Baden, 30. Juli 1823.

[1] ‚Bei dieser Gelegenheit fühle ich mich verpflichtet, E. M. auch meinen Vortrag vom 15. Mai in Betreff des zur Nachlassenschaft gehörigen Prädiums San Martino auf der Insel Elba ins Gedächtniss ehrerbietigst zurückzurufen, da die Frage, ob die Ansprüche des Herzogs von Reichstadt auf diese Besitzung geltend gemacht werden sollen oder nicht, von E. M. Entscheidung der Hauptfrage abhängt. Aus dem anliegenden Schreiben des Grafen v. Neipperg geruhen Allerhöchstdieselben sich zu überzeugen, dass I. M. die Frau Erzherzogin zur Beruhigung ihres Gewissens eine Entscheidung über diesen Punkt wünsche, welche jedoch erst nach Schlussfassung über die allgemeine Frage, von welcher dieser Punkt nur ein Corrolarium ist, erfolgen kann.'

[2] Kaiser Franz, welcher im September 1823 mit seiner Tochter sich in Wels befand, hatte mit dieser eingehende Besprechungen über die Erbschaftsangelegenheit gepflogen, in Betreff derer Graf Neipperg am 3. September Folgendes an Metternich schrieb: ‚S. M. l'empereur, après plusieurs entretiens qu'il eut à ce sujet avec son auguste fille, me fit venir hier dans son cabinet, et me déclara qu'après des mûres refléxions il croyait qu'il serait préférable d'accepter le testament cum beneficio legis et inventarii, que d'y renoncer, comme c'était le projet de V. A. et l'intention de Madame l'archiduchesse. V. A. sent quelle terrible conséquence pourrait avoir une résolution de cette nature . . .'

[3] ‚Erledigt sich durch Meine Entschliessung über Ihre Vorträge vom 11. Hornung und 15. Mai 1823, wonach Sie auch die Marschallin Bessières bescheiden werden.' Schönbrunn, 13. September 1823.

XVII. Capitel.

Weisung an Baron Vincent. — Depesche nach Parma. — Note Chateaubriand's an Vincent. — Die französische Regierung spricht dem Herzoge von Reichstadt das Recht ab, in Frankreich eine Erbschaft anzutreten, und gestattet den Legataren, sich untereinander abzufinden. — Vortrag Metternich's; er fordert den Kaiser auf, der französischen Regierung gegenüber keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen. — Seine Vorschläge in Betreff des Gutes San Martino. — Kaiser Franz genehmigt die Ausführungen Metternich's, will aber nicht in förmlicher Weise auf die Erbschaft Verzicht leisten. — Er weist Metternich an, Erkundigungen darüber einzuziehen, ob Napoleon nicht in Belgien, England oder Nordamerika irgendwelches Vermögen angelegt habe. — Depeschen nach Paris, London, Florenz, Philadelphia und Parma.

Indem Fürst Metternich am 17. September den Botschafter in Paris von dieser kaiserlichen Entschliessung in Kenntniss setzte, bedeutete er ihm, dass es zweckmässiger wäre, sich in unmittelbare Verbindung mit Chateaubriand selbst zu setzen, als durch die Vermittlung der Testamentsvollstrecker aufgeklärt zu werden. Weiters wurde ihm für den Fall, als Bertrand und Montholon sich neuerdings an ihn wenden sollten, gestattet, ihnen die erhaltene Depesche mitzutheilen, da ihr Inhalt nur beweise, dass die Verzögerung keineswegs der österreichischen Regierung, sondern vielmehr ihnen zugeschrieben werden müsste, nachdem sie nicht gleich von allem Anfang an in überzeugender Weise vorgegangen seien.[1]

Aus dem Verhalten, welches sowohl der Wiener Hof, als auch die Herzogin von Parma in Ansehung des Testamentes Napoleons seit dem Jahre 1821 beobachtet hatten, ging das deutliche Bestreben hervor, strenge zu unterscheiden zwischen der politischen Seite der Angelegenheit und den civilrechtlichen

[1] ‚S. E. le ministre des affaires étrangères s'étant adressé directement à vous, M. l'ambassadeur, par sa lettre du 20 mai dernier, je crois aussi plus convenable, que vous vous mettrez directement en rapport à cet égard avec le ministre du roi plutôt que de provoquer les éclaircissements par l'intermédiaire de MM. les exécuteurs testamentaires. Rien n'empêche du reste, que dans le cas où ils reproduiraient leurs instances personnelles près de V. E., Elle leur donne lecture de la présente dépêche. Son contenu leur prouvera, que les retards que l'affaire éprouve, ne doivent pas nous être imputés, et qu'ils proviennent de ce que leurs premières démarches n'étaient pas suffisamment légitimées.' Metternich an Vincent. 17. September 1828. St.-A.

Ansprüchen des Herzogs von Reichstadt, und beides nicht zu verquicken. Jetzt, wo das Testament in allen seinen Bestimmungen vorlag, hielt Metternich um so eifriger an der Anschauung fest, dass es in jedem Falle Sache der französischen Regierung sei, über die von allen politischen Erwägungen losgeschälte Frage eine Entscheidung zu treffen, sei es nun, dass die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt die letztwilligen Verfügungen Napoleons bestätige, oder dass man dieselben annulliren oder eine Unterscheidung zwischen ihren giltigen Bestimmungen und jenen machen sollte, welche nicht anerkannt werden dürften.

Indem Fürst Metternich dem Botschafter in Paris diese Bemerkungen in einer zweiten Depesche vom selben Tage mittheilte,[1] erklärte er ihm, dass die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt immer Gefahr laufen werde, die Interessen eines Minderjährigen aufs Spiel zu setzen, so lange die Angelegenheit einer gesetzlichen Grundlage entbehre.[2]

Metternich führte noch andere Beweggründe an, welche seiner Ansicht nach die französische Regierung veranlassen konnten, die Sache allen Ernstes in die Hand zu nehmen. ‚Je mehr das Testament des Gefangenen von St. Helena,‘ schrieb er nach Paris, ‚sich als ein Aufruf an die Leidenschaften zeigt, je mehr es darauf berechnet ist, den Franzosen die Restauration missliebig zu machen, umsomehr ist es für das königliche Ministerium von Wichtigkeit, die Absichten, welche dem letzten Willen des Gefangenen von St. Helena zu Grunde liegen, zu vereiteln und den schädlichen Eindruck dadurch auszugleichen, indem es alle jene schadlos hält, welche aus rein persönlichen Rücksichten diesem Proteste gegen die bestehende Ordnung zustimmen könnten.‘

Bereits in Verona hatte Metternich Gelegenheit gefunden, diese Anschauungen dem Herzoge von Montmorency gegenüber zu äussern, weshalb er kein Bedenken trug, dass Baron Vincent dem Grafen Chateaubriand die an ihn gerichtete zweite Depesche vorweise. Auch forderte er ihn auf, Dr. Antomarchi die Pässe nach Wien zu verweigern.

---

[1] Anhang 35.

[2] Hiebei bemerkte er Folgendes: ‚En vous parlant des intérêts du mineur, il s'entend que je ne touche que ceux que le duc a de commun avec tout héritier ab intestato; ce sont les seuls que nous lui reconnaissons.‘

Zugleich mit der Depesche an Vincent schickte Fürst Metternich ein Schreiben an den Grafen Neipperg ab, in welchem er ihm die diplomatische Correspondenz, die in der Zwischenzeit über die Testamentsangelegenheit geführt worden war, sammt den betreffenden kaiserlichen Resolutionen mittheilte.[1] ‚Sie werden so gut sein,' schloss er seine Depesche, ‚I. M. der Frau Erzherzogin diese verschiedenen Actenstücke mit der Bitte zu unterbreiten, sie im Sinne der Entscheidungen erwägen zu wollen, mit deren Ausführung der Kaiser mich beauftragt hat.'

Der Weisung des Staatskanzlers entsprechend, richtete Vincent am 2. October 1823 eine Note an den Minister des Aeussern, worin er ihn um die gewünschten Aufklärungen ersuchte.[2] Graf Chateaubriand nahm aber dieses officielle Schreiben des Botschafters nicht in der Weise auf, wie man nach seinem Briefe vom 20. Mai hätte vermuthen können. Er entgegnete Vincent, dass er überzeugt gewesen sei, dass der Wiener Hof schon längst auf jede Forderung Verzicht geleistet habe. Indem Chateaubriand vorgab, von der Meinung des königlichen Conseils nicht genügend unterrichtet zu sein, versprach er, dieselbe einzuholen und den Botschafter ehestens von den gefassten Beschlüssen in Kenntniss zu setzen.[3]

---

[1] ‚Me trouvant chargé par les ordres de S. M. I. de porter à la connaissance de S. M. Mme la duchesse de Parme les déterminations auxquelles son auguste père s'est arrêté à l'égard des démarches des exécuteurs testamentaires, je ne veux pas différer de vous transmettre, monsieur le comte, ces différentes informations déstinées d'être mises sous les yeux de Mme l'archiduchesse.' Metternich an Neipperg. 17. September 1823.

[2] ‚. . . Conformément à ce que V. A. m'a prescrit par Ses dépêches No 2 et 3 en date du 17 septembre dernier, j'ai adressé à M. le vicomte de Chateaubriand au sujet du testament de Napoléon Bonaparte, la lettre et la note, dont j'ai l'honneur de joindre ici une copie. Je n'ai pas reçu jusqu'ici de réponse de la part de ce ministre . . .' Vincent an Metternich. Paris, le 14 octobre 1823.

[3] ‚. . . Il me parut que M. de Chateaubriand n'était pas assez instruit des déterminations du conseil sur cet objet pour me répondre avec quelque précision; mais il m'a paru qu'il était persuadé que notre cour avait renoncé à toute réclamation à cet égard. Il ajouta qu'il désirait que je lui remisse une note sur l'objet dont je venais de l'entretenir, et qu'il me ferait connaître ce que le conseil aurait déterminé sur cette affaire.' Ibid. Jedoch bereits am 18. Jänner hatte der Ministerrath die Erklärung abgegeben, dass die französische Regierung keinen Anstand dagegen er-

Am 14. October 1823 theilte Vincent dem Fürsten Metternich diese Antwort des Ministers mit. Da aber Graf Chateaubriand noch immer mit der gewünschten Antwort zögerte, sah Metternich sich veranlasst, dem Freiherrn von Vincent in einer Depesche vom 18. März 1824 eine Betreibung der Angelegenheit aufzutragen.[1] Nachdem dieses Schreiben auch dem französischen Ministerium vorgelegt werden sollte,[2] fertigte er gleichzeitig ein zweites an Vincent ab, in welchem er sich folgendermassen äusserte: ‚Wir erachten es um so nothwendiger, dass wir von Seite der französischen Regierung eine bestimmte Erklärung erhalten, welche die Vormundschaft des Prinzen in die Lage setzt, sich für die Annahme oder die Ausschlagung der Erbschaft zu entscheiden, als sonst leicht der Fall eintreten könnte, dass man ohne eine solche alle Vereinbarungen der Testamentsvollstrecker und Schiedsrichter in Betreff der Hinterlassenschaft für null und nichtig befinden und verwerfen würde. Die französische Regierung, welche mit aller Rücksicht vorgehen will, die jedoch auch wir zu beobachten beflissen sind, hat das löbliche Bestreben, die Regelung der Erbschaftsangelegenheit in der Weise zu vermitteln, dass sie alle Legatare gleichmässig befriedige und den Scandal einer öffentlichen Gerichtsverhandlung vermeide. Sie möge aber dabei auch die Vormundschaft berücksichtigen, welche sich keineswegs von den allgemein geltenden Grundsätzen frei machen darf, die zum Schutze der Eigenthumsrechte eines Minderjährigen aufgestellt sind. Diese Bemerkungen können Sie ohne-

---

hebe, die Gläubiger Napoleons aus den bei Lafitte deponirten Geldern bezahlt zu machen. Erst aus einem Memoire, welches ihm Graf Montholon im April 1825 überschickte, erfuhr Metternich von diesem Beschlusse.

[1] ‚M. le comte de Chateaubriand vous avait prévenu verbalement, qu'il devait consulter le conseil sur cet objet avant de vous faire passer une réponse, mais votre correspondance, M. l'ambassadeur, ne m'ayant depuis lors fourni aucune trace de cette affaire, les ordres de S. M. I. me font un devoir de vous la rappeler et de vous inviter à faire une démarche itérative auprès du ministère des affaires étrangères.‘ Metternich an Vincent. 18. März 1824.

[2] ‚En rappelant à M. le comte de Chateaubriand la promesse qu'il vous avait faite de vous faire connaître à cet égard les résolutions du conseil, auquel il voulait en référer, il ne pourra qu'être utile que vous lui remettiez une copie de la dépêche qui précède la présente.‘ Réservée. Metternich an Vincent. 18. März 1824.

weiters sowohl dem französischen Ministerium, als auch den Testamentsvollstreckern zu verstehen geben.'

In zwei Berichten vom 8. und 27. April zeigte Vincent dem Fürsten Metternich an, dass er zwar die officielle Antwort der französischen Regierung unverzüglich erwarte, jedoch nach den vorläufigen Aeusserungen Chateaubriand's vermuthe, dieser werde sich darin auf die von ganz Europa gegen Napoleon Bonaparte verhängte Achtserklärung berufen, um dem Herzoge von Reichstadt jedes Recht auf den Nachlass und dem Verstorbenen selbst die Befugniss einer letztwilligen Verordnung abzusprechen. [1]

Eine Note Chateaubriand's vom 30. April rechtfertigte in der That die Voraussetzung Vincent's. Dieser schickte sie, ohne sie vorher beantwortet zu haben, am 8. Mai an den Staatskanzler. [2]

In nicht misszuverstehender Weise kennzeichnete sie die Stellung der französischen Regierung zu der Verlassenschaftsfrage, indem sie Ludwig XVIII. das Recht zusprach, Alles, was Napoleon der Usurpator erworben, als sein Eigenthum zu fordern; er wäre berechtigt gewesen, sich mit Ausschliessung der Legatare und des Erben aller in Frankreich deponirten Gelder zu bemächtigen, welche zu der Verlassenschaft Napoleons gehörten. Wenn der König dieses Recht nicht ausgeübt und gestattet habe, dass die Legatare untereinander sich vergleichen sollten, so sei er nur von der Absicht geleitet worden, dem Aergernisse einer öffentlichen Gerichtsverhandlung über Fragen auszuweichen, welche die Vorgänge der Usurpation so

---

[1] ‚. . . il m'a paru que le gouvernement Français cherchera à établir que la position de Napoléon Bonaparte, comme ayant encouru le ban de l'Europe, interdit à ses héritiers toute espèce de réclamation à son héritage et à lui même toute faculté d'en disposer, mais je ne veux pas garantir toute fois que cette opinion soit bien réellement celle du gouvernement.' Vincent an Metternich. Paris, le 8 avril 1824.

‚Le ministère Français ne m'ayant pas fourni jusqu'ici les éclaircissements que, dans l'affaire du testament de Bonaparte, j'avais été chargé de lui demander, je n'ai cessé de rappeler cet objet à M. de Chateaubriand, soit verbalement, soit par écrit. Ce n'est que depuis peu de jours que je sais qu'on est occupé à son ministère à me procurer les explications demandées par la tutelle de Mgr. le duc de Reichstadt . . .' Vincent an Metternich. Paris, le 27 avril 1824.

[2] Anhang 36.

nahe berührten. Wenn die französische Regierung das von den Testamentsvollstreckern an die Vormundschaft des Herzogs von Reichstadt gerichtete Ersuchen um Verzichtleistung auf den väterlichen Erbtheil unterstützt habe, so sei dieses in der Voraussicht geschehen, der Wiener Hof werde die Verzichtleistung als eine blosse Formsache ansehen. Bei näherer Prüfung habe sich aber die französische Regierung überzeugt, dass der Herzog von Reichstadt auf Grund des Amnestiegesetzes vom 12. Jänner 1816[1] von der Erbschaft ausgeschlossen sei. Der Anspruch, welchen ihm der Code Napoléon in Betreff der Hälfte des väterlichen Nachlasses einräume, sei null und nichtig und also die Verzichtleistung durchaus überflüssig.

Indem Chateaubriand dem Baron Vincent dieses als die Meinung des Conseils eröffnete, sprach er sich aber nicht darüber aus, was die französische Regierung eigentlich in Betreff der den Legataren und dem Herzoge von Reichstadt vorbehaltenen Antheile an dem Nachlasse Napoleons zu verfügen gedenke. Nicht mit Unrecht machte Vincent in seinem Berichte, welchem die Note Chateaubriand's beilag, den Staatskanzler darauf aufmerksam, dass das französische Ministerium mit sich selbst in Widerspruch gerathen sei, indem es die früher so dringlichst angesuchte Verzichtleistung nunmehr als eine blosse Formsache darstelle.

Am 7. September 1824 unterbreitete Fürst Metternich dem Kaiser die letzten Berichte Vincent's und die ihnen vorausgegangenen Weisungen. Den Umstand, dass Chateaubriand sich nicht weiter über die Absichten seiner Regierung erklärt, und auch die Testamentsvollstrecker keinen Schritt mehr bei dem Botschafter unternommen hatten, glaubte Metternich nur

---

[1] Eine Broschüre, betitelt: ‚Loi relative à l'amnestie du 12 janvier 1816 suivie de l'appel nominal fait dans la séance permanente de la convention nationale des 16 et 17 janvier 1793' lag der Note Chateaubriand's bei. Der Paragraph IV, auf welchen sich dieser beruft, lautet folgendermassen: ‚Les ascendants et descendants de Napoléon Bonaparte, ses oncles et ses tantes, ses neveux et ses nièces, ses frères, leurs femmes et leurs descendants, ses sœurs et leurs maris, sont exclus du royaume à perpétuité et sont tenus d'en sortir dans le délai d'un mois, sous la peine portée par l'article 91 du code pénal. Ils ne pourront y jouir d'aucun droit civil, y posséder aucun bien, titres, pensions, à eux accordés à titre gratuit; et ils seront tenus de vendre, dans le délai de six mois, les biens de toute nature qu'ils possédaient à titre onéreux.'

dahin auslegen zu dürfen, ‚als die französische Regierung es den Legataren fortan gestatten werde, sich untereinander auszugleichen‘. Indem er ferner annahm, dass die französische Regierung eine Rechtfertigung ihres Verhaltens in jenen Bestimmungen des Code Napoléon zu finden glaube, in welchen es dem Monarchen vorbehalten sei, über das Vermögen eines Verurtheilten zu verfügen,[1] bemerkte er Folgendes: ‚Es ist nicht zu zweifeln, dass das französische Ministerium diesen Umstand benützen werde, um einen ausgedehnteren Einfluss auf die Verlassenschaftsangelegenheit Napoleons zu nehmen, und man kann es sich auch nicht verhehlen, dass es durch das dermalen angenommene System mehr im eigenen Interesse handle, indem die Legatare nun dasjenige, was sie von den in Frankreich deponirten Geldern Bonaparte's erhalten werden, als durch die Gnade des Königs empfangen ansehen müssen, während sie es sonst einer Wirkung des Verzichtes des Erben und somit dessen Grossmuth zugeschrieben hätten.‘

Nochmals gab Fürst Metternich sein Gutachten dahin ab, dass der Kaiser keine weiteren Schritte unternehmen möge. ‚Insoferne sich nicht,‘ gab er ihm zu erwägen, ‚noch neue die Lage des Geschäftes ändernde Umstände oder Thatsachen offenbaren sollten, wäre es für das Ansehen E. M. compromittirend und für die Interessen des Herzogs von Reichstadt ganz ohne Nutzen, über diesen Gegenstand eine erfolglose Verhandlung mit der französischen Regierung fortzusetzen.‘

Kaiser Franz erklärte sich mit den Ausführungen Metternich's einverstanden. Indem er aber hinsichtlich des in Frankreich befindlichen Vermögens Napoleons das gelten liess, was die Regierung Ludwigs XVIII. dem kaiserlichen Botschafter eröffnet hatte, trug er dem Staatskanzler auf, jedes von Seite Frankreichs oder der Testamentsvollstrecker gestellte Ansinnen, dass die Vormundschaft auf die Hinterlassenschaft Verzicht leiste, mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Weiters befahl er ihm, Erkundigungen darüber einzuziehen, ob Napoleon Bonaparte nicht auch in England, Belgien oder in Nordamerika irgendwelches Vermögen deponirt habe, da er entschlossen sei, die Rechte seines Enkels auf ein solches geltend zu machen.[2]

---

[1] §. 25 und §. 33 des Code Napoléon.

[2] ‚Da der französische Hof in seiner Note vom 30. April 1824 die Behauptung aufstellet, dass Napoleon Bonaparte bei seinem Todesfalle kein Ver-

Ein weiterer Gegenstand des Vortrages betraf San Martino. Indem Metternich auf das Codicill verwies, worin der ausdrückliche Wunsch Napoleons ausgesprochen war, dass die Fürstin Borghese in den Besitz dieses Gutes trete,[1] machte er den Kaiser darauf aufmerksam, ‚dass der Herzog von Reichstadt demzufolge diese Villa nicht anders zu revindiciren suchen könnte, als indem er sich gegen den förmlich ausgesprochenen Willen seines Vaters erklärte'.

Für den Fall, als der Kaiser sich auch dafür entscheiden und es dem Prinzen gelingen sollte, in Toscana als Erbe Napoleons anerkannt zu werden, beantragte der Staatskanzler, welcher eine Verzichtleistung vorgezogen hätte, eine Erbserklärung von Seite der Vormundschaft nur cum beneficio inventarii.[2]

---

mögen in Frankreich mehr rechtmässig besitzen konnte und er somit über das in Frankreich befindliche Vermögen giltig nicht disponiren konnte, so haben Sie jede von Mir namens Meines Enkels, des Herzogs von Reichstadt, sei es nun von der französischen Regierung oder den Testamentsexecutoren gefordert werdende Erklärung, wodurch ein Verzicht auf die väterliche Erbschaft geleistet oder die Erbrechte desselben nur im Mindesten beanständet oder verletzet werden könnten, aufs bestimmteste hindan zu weisen. Uebrigens werden Sie Meinem Gesandten am englischen Hofe und am niederländischen Hofe und Meinen Generalconsul bei den nordamerikanischen Staaten auftragen, falls sich noch ein dem Napoleon Bonaparte gehöriges Vermögen in diesen Staaten entdecken sollte, die Erbrechte des Herzogs von Reichstadt unverzüglich zu verwahren.' Wien, 1. Februar 1825.

[1] Vergl. Anhang 28.

[2] ‚Wenn es dem Herrn Herzog von Reichstadt gelänge, in Toscana wegen der Villa San Martino die Eigenschaft eines Erben Napoleons wirklich geltend zu machen, so ist mit Grund zu besorgen, dass er nicht blos die etwa auf dieser Realität haftenden Schulden übernehmen müsste, sondern dass er als anerkannter Erbe in Toscana, wenngleich in Frankreich von der Erbschaft ausgeschlossen, wegen eines vielleicht geringfügigen Objectes den Behelligungen der Legatare und Pensionisten Napoleons und aller Jener, welche Forderungen an ihn zu haben glauben, ausgesetzt bliebe. Diese Betrachtungen scheinen mir wichtig genug, um die unmassgebliche Meinung darauf zu gründen, dass insoferne E. M. es wegen der in der Sache eintretenden Bedenken und Unzukömmlichkeiten nicht etwa gerathener finden sollten, auch von dieser Erbsreclamation abzusehen, es dennoch vor Einleitung irgendeines Schrittes nothwendig sein dürfte, genauere Erkundigungen über den eigentlichen Werth dieser Realität und über die etwa darauf haftenden Passiven einzuziehen, um darnach ermessen zu können, ob das Object es auch lohnen würde, sich den mit dessen Revindicirung verbundenen Schwierigkeiten auszusetzen, und dass

Kaiser Franz verwies auf seine Entschliessung vom 13. September 1823 und erklärte sich nur insoweit damit einverstanden, dass der Herzog von Reichstadt die Erbschaft unter dem von Metternich vorgeschlagenen Vorbehalte antrete, als Napoleon Bonaparte über dieses Gut weder anderweitig giltig verfügt, noch solche Bestimmungen getroffen habe, welche es zum Schaden des Erben belasteten. Darüber müsste aber die grossherzogliche Regierung entscheiden, und ihrem Schiedsspruche hätte sich alsdann der Herzog von Reichstadt zu unterwerfen. Indem Franz I. am 1. Februar 1825 den Staatskanzler von dieser seiner Entschliessung in Kenntniss setzte, trug er ihm gleichzeitig auf, auch die Herzogin davon zu benachrichtigen.[1]

Der Weisung des Kaisers entsprechend, welcher in seiner strengen Gerechtigkeitsliebe sich nicht im Namen seines Enkels der Ansprüche desselben auf den Nachlass Napoleons begeben wollte, ging Metternich nunmehr daran, die Depeschen an die Vertreter des österreichischen Hofes in Paris, London, Parma, Florenz, Brüssel und Philadelphia abzufertigen.

Die erste war an Baron Vincent gerichtet und forderte diesen auf, jeden Schritt auf das Sorgfältigste zu vermeiden, welcher die französische Regierung oder die Testamentsvollstrecker zu der Annahme berechtigen könnte, dass der Herzog von Reichstadt auf die Erbschaft Verzicht leiste. Um jedem Missverständnisse vorzubeugen, wies er den Botschafter an,

---

es in jedem Falle zweckmässig scheine, auch diesen Theil des Nachlasses Napoleons nur cum beneficio legis et inventarii anzusprechen, um das Interesse des Herrn Herzogs von Reichstadt keiner Gefährdung auszusetzen.‘ Vortrag ddo. 7. September 1824. St.-A.

[1] ‚Was die unter der toscanischen Regierung befindliche Domäne San Martino betrifft, so ist hierwegen Meine Entschliessung vom 13. September 1823 genau in Vollzug zu setzen und Mir von dem Erfolge die Anzeige zu erstatten. ‚Jedoch will Ich, dass sich namens des Herzogs von Reichstadt nur cum beneficio legis et inventarii zu der in Toscana befindlichen Erbschaft des Napoleon Bonaparte und daher auch zu dem Dominium San Martino erbserklärt werde, und wenn ein gesetzlich und giltig erklärter letzter Wille Napoleons mit diesem Dominio eine andere Disposition getroffen hat oder die Erbschaft durch andere giltige Dispositionen Bonaparte's anderweitig erschöpft sein sollte, über welche alle Punkte lediglich der toscanischen Regierung die Entscheidung zusteht, Mein Enkel sich dieser Entscheidung zu fügen habe. Von dieser Meiner Entschliessung werden Sie der Frau Herzogin von Parma Majestät umständlich Nachricht geben.‘ Wien, den 1. Februar 1825.

dem einen oder anderen Mandatar Napoleons zu eröffnen, dass er ausdrücklichen Befehl habe, keine wie immer geartete Erklärung abzugeben, welche die Erbrechte des Prinzen nur im Geringsten gefährden würde. Da Metternich viel daran gelegen war, die eigentliche Veranlassung zu kennen, weshalb die französische Regierung in der letzten Zeit ein anderes Verhalten als früher zur Schau trug, forderte er Vincent auf, auch dieses in Erfahrung zu bringen und die Testamentsvollstrecker auszuforschen, ob es nicht etwa auf eine Verabredung zwischen dem Ministerium und den Legataren zurückzuführen sei.[1]

---

[1] ‚D'après cette résolution souveraine vous reconnaissez, M. l'ambassadeur, que nous devons nous abstenir soigneusement de toute réponse ou démarche qui fût susceptible d'être interprêtée comme un acte de renonciation de S. A. S. le Duc de Reichstadt ou de la tutelle de ce prince à ses droits à la succession de son père. . . . Il ne sera toute fois pas sans utilité, s'il se présente à V. E. une occasion naturelle de parler à l'un ou à l'autre des trois exécuteurs de les prévenir verbalement, que vous avez reçu l'ordre de vous abstenir de tout acte de renonciation ou d'autre déclaration qui pût préjudicier aux droits de l'héritier naturel. . . . Vous aurez peut-être l'occasion d'apprendre d'eux si la variation de conduite qui s'est manifestée en dernier lieu dans le ministère français relativement à l'affaire du testament, n'a pas été concertée entre les personnes intéressées à l'accomplissement des legs et le gouvernement.‘ 10. Februar 1825. St.-A.

Obwohl Metternich es als sicher voraussetzte, dass den Testamentsvollstreckern die Note Chateaubriand's vom 30. April mitgetheilt ward und es deshalb für unwahrscheinlich hielt, dass sie sich neuerdings mit dem Ersuchen an den Botschafter wenden würden, dass die Herzogin von Parma das Testament anerkennen möge, so glaubte er doch, für den Fall, als dies geschehen sollte, die Vorsicht nicht ausser Acht lassen zu dürfen, Vincent auf die gelegentlich seines Verkehres mit den Testamentsvollstreckern zu beobachtenden Förmlichkeiten aufmerksam zu machen. Deshalb trug er ihm auf, jede an ihn, ob mündlich oder schriftlich gestellte Anfrage in der gleichen Weise zu erwidern: ‚Comme depuis assez longtemps les exécuteurs testamentaires ont cessé de renouveler leurs instances pour que S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise de Parme donnât son acquiescement à l'exécution des dispositions de dernière volonté de Bonaparte, il y a d'autant moins lieu de croire qu'ils reviennent à la charge, qu'il n'est guère douteux qu'ils auront été instruits dans le temps de la teneur de la réponse du gouvernement français du 30 avril 1824. Si cependant une telle demande était réproduite par MM. les exécuteurs testamentaires ou de toute autre part, V. E. ne pourrait se dispenser d'y répondre dans le sens prescrit par le passage de la résolution ci-dessous transcrit. Il s'entend que dans cette hypothèse V. E. reglerait aussi du côté de la forme, sa réponse sur la

Weiters theilte er ihm die kaiserliche Entschliessung in Betreff des Gutes San Martino mit.[1]

Diese Angelegenheit war Gegenstand einer Depesche, welche Metternich am 17. Februar 1825 an den Gesandten in Florenz richtete. Er legte seinem Schreiben den Entwurf einer Note bei, welche Graf Bombelles ergänzen und der grossherzoglichen Regierung vorlegen sollte.[2]

Den Ministern in Brüssel, London, und dem Generalconsul in New-York hingegen trug Metternich am 27. Februar auf, Erkundigungen darüber einzuziehen, ob ausser dem in dem Testamente und in den Codicillen angegebenen Vermögen noch ein anderes vorhanden sei, über welches Napoleon Bonaparte im Augenblicke seines Todes habe verfügen können. In diesem Falle hätten sie ohne Verzug bei den massgebenden Behörden die erforderlichen Schritte einzuleiten, um es für den Herzog von Reichstadt sicherzustellen.[3]

---

demande qui Lui serait adressée, c'est à dire qu'elle Se bornerait à une explication verbale chaque fois que la question Lui en serait faite verbalement, et que si elle Lui était adressée par écrit, Elle y répondrait de même. Cette précaution serait nécessaire pour que le silence sur une pareille interpellation pour écrit ne puisse être interprêté contre les intérêts du mineur.' Ibidem.

[1] ‚Entr'autres notions que vous y puiserez M. l'ambassadeur, vous y reconnaîtrez de quelle manière la tutelle de S. A. S. le duc de Reichstadt entend que l'on fasse valoir les droits de ce prince sur le domaine de San Martino, que Napoléon Bonaparte avait acquis à titre particulier dans l'île d'Elbe.' Ibidem.

[2] ‚Dans cet état de choses je dois vous inviter, M. le comte, à donner suite à la résolution de S. M. l'empereur en ce qu'elle concerne les parties de l'héritage de Napoléon Bonaparte situées en Toscane, et je pense que nous ne pouvons mieux remplier les intentions de S. M. I. qu'en motivant nos démarches près le gouvernement grand-ducal sur les principes mêmes auxquels la tutelle de S. A. S. le duc de Reichstadt a appuyé ses décisions. C'est dans ce sens que pourrait être rédigé l'office à présenter à la cour de Florence dans lequel il serait bon de faire entrer les motifs indiqués dans le projet ci-joint que vous voudrez bien du reste adapter à l'état actuel des choses et modifier suivant les incidents qui peuvent être survenus depuis votre dernier rapport en date du 29 avril 1823.' 17. Februar 1825. St.-A.

[3] ‚S. M. l'empereur comme aïeul maternel et tuteur de S. A. S. le duc de Reichstadt m'a chargé de donner une instruction savoir, que dans le cas où l'on découvrît qu'il y eût en Angleterre, aux Pays-Bas ou aux États Unis des biens particuliers, des capitaux appartenants à l'héritage de Napoléon Bonaparte, les missions respectives auraient à faire sans retard

An demselben Tage gab Fürst Metternich dem Grafen Neipperg ausführliche Mittheilungen von dem bisherigen Verlaufe der Testamentsangelegenheit und sendete ihm in Abschrift alle Actenstücke, welche sich auf dieselbe bezogen. Indem er ihn aufforderte, seine Depesche der Herzogin von Parma vorzulegen, richtete er auch an ihn die Mahnung, Alles zu vermeiden, was als eine Verzichtleistung des Herzogs von Reichstadt auf die Verlassenschaft seines Vaters ausgelegt werden könnte.[1]

Als Marie Louise die Note Chateaubriand's vom 30. April 1824 gelesen hatte, war sie nichts weniger als ungehalten darüber, dass die französische Regierung ihrem Sohne jedes Recht absprach, das in Frankreich liegende Vermögen seines Vaters zu erben. Sie glaubte, dass die Testamentsangelegenheit nun endgiltig abgeschlossen sei und es den Vollstreckern anheimgestellt bleiben sollte, sich mit den Legataren abzufinden. Sie ermangelte nicht, dem Fürsten Metternich ihre Befriedigung darüber zu erkennen zu geben.[2]

---

les démarches requises près les autorités compétentes pour assurer au moyen de séquestre ou d'autres actes conservatoires les réclamations que la tutelle du duc de Reichstadt fera ensuite valoir sur les dits biens particuliers ou capitaux, en fondant cette demande sur ce que le droit du duc de Reichstadt de succéder à de tels biens ne peut être mis en doute et que S. M. l'empereur en sa qualité de tuteur ne se reconnait pas le pouvoir de renoncer aux droits appartenant à titre particulier à son petit-fils.' An Esterhazy, Mier und Lederer. Wien, 27. Februar 1825. St.-A.

[1] ,Après avoir rendu un compte exact à S. M. Mme l'archiduchesse de l'état actuel de cette affaire, il ne me reste qu'à la terminer par une observation générale savoir, qu'il résulte de l'ensemble des résolutions auxquelles S. M. l'empereur s'est arrêté, qu'il est dans ses intentions que l'on s'abstienne soigneusement de toute réponse ou démarche qui fut susceptible d'être interprêtée comme présupposant un acte de renonciation de Mgr. le Duc de Reichstadt à l'héritage particulier de son père. Je ne puis qu'inviter V. E. à mettre ces diverses notions sous les yeux de Mme la duchesse de Parme.' 27. Februar 1825. St.-A.

[2] ,. . . S. M. Mme l'archiduchesse a également remarqué avec plaisir dans la dépêche de V. A. que le gouvernement Français avait déclaré formellement que Mgr. le duc de Reichstadt ne pouvait d'après la loi du 12 janvier 1816 être admis d'aucune manière à exercer les droits d'héritier en France. Elle croit que de cette manière l'affaire vient d'être terminée de soi-même, et que les exécuteurs testamentaires seront seuls chargés du partage des sommes qui se trouvent en France. . . .' Neipperg an Metternich. Parme, le 10 avril 1826.

XVIII. Capitel.

Montholon's Denkschrift über das Testament Napoleons. — Er fordert die Vormundschaft Reichstadt's auf, in förmlicher Weise auf die Erbschaft Verzicht zu leisten. — Depesche an Vincent. — Die Fürstin Pauline Borghese vermacht Reichstadt das Gut San Martino. — Vortrag Metternich's. — Der Kaiser verlangt zu wissen, ob San Martino der Fürstin oder Napoleon Bonaparte gehört habe. — Depesche nach Florenz. — Die toscanischen Gerichte erklären, dass die Fürstin Borghese über das Gut nicht habe verfügen können, da es als Eigenthum Napoleons zu betrachten sei. — Vortrag Metternich's. — Resolution des Kaisers, die nöthigen Schritte einzuleiten, damit San Martino für den Herzog von Reichstadt in Besitz genommen werde.

Am 5. April sendete Montholon eine Denkschrift an den Staatskanzler, welche in ausführlicher Weise die Schritte besprach, welche von Seite der Testamentsvollstrecker sowohl in Frankreich, als auch in England unternommen worden waren, um den letzten Willen Napoleons zu erfüllen. Erst aus ihr vermochte Metternich zu ersehen, dass das französische Ministerium dem Wiener Hofe gegenüber in nichts weniger als loyaler Weise vorgegangen war.

Mit Hinweis darauf, dass König Ludwig XVIII. am 21. Juni 1824 seine Zustimmung dazu gegeben hatte, dass die bei Lafitte hinterlegten Gelder dem Grafen Montholon ausgefolgt werden sollten, damit dieser seinem Auftrage Genüge leiste, wogegen Lafitte des Depots sich nicht begeben wollte, bevor der Erbe sich nicht erklärt, richtete Montholon das Ersuchen an den Fürsten Metternich, der Kaiser möge als Vormund des Herzogs von Reichstadt auf die Erbschaft Verzicht leisten und ihn oder die Gläubiger Napoleons ermächtigen, die festgesetzten Legate auszubezahlen.[1]

Da Metternich nichts darauf erwiderte, wurde er von Montholon am 3. Juni neuerdings gebeten, ‚im Interesse des Herzogs von Reichstadt die Aufmerksamkeit des Kaisers auf diese Angelegenheit zu lenken'.

Dieses abermalige Einschreiten Montholon's bewog den Staatskanzler, den Freiherrn von Vincent allen Ernstes aufzu-

---

[1] Die Höhe derselben belief sich auf 786.816·64 Francs, so dass noch ein reines Vermögen im Betrage von 2,461.683 Francs zurückblieb, dessen eine Hälfte nach dem Ausspruche der Schiedsrichter für den Herzog von Reichstadt zurückbehalten werden sollte. Anhang 37.

fordern, die Testamentsvollstrecker nicht länger in Unkenntniss darüber zu lassen, dass der Kaiser sich nicht für berechtigt halte, im Namen des Herzogs von Reichstadt auf die Erbschaft Verzicht zu leisten.[1]

Als Montholon diese Entschliessung mitgetheilt wurde, erbat er sich eine Abschrift derselben; Baron Vincent glaubte, ihm dieselbe nicht vorenthalten zu dürfen, und liess sie zu diesem Zwecke in einem Sinne anfertigen, dass daraus für den Wiener Hof keine wie immer geartete Verpflichtung hervorgehen konnte.[2]

Inzwischen war die Lieblingsschwester Napoleons, die Fürstin Pauline Borghese, in der Villa Strozzino bei Florenz am 9. Juni 1825 gestorben, nachdem sie in ihrem Testamente, mit dessen Vollstreckung der Cardinal Rivarola zu Rom betraut war, auch den Herzog von Reichstadt bedacht hatte. Sie hinterliess demselben ausser einigen Mobilien und Angedenken, die sie durch den letzten Willen Napoleons erworben, auch das

---

[1] ‚Des démarches faites par les exécuteurs testamentaires de Napoléon Bonaparte, dans le cours du mois d'avril dernier, prouvent que les personnes chargées de l'exécution du testament de Longwood et de ses codiciles se flattoient encore à cette époque que S. M. l'empereur et roi comme tuteur naturel et légal de S. A. S. le duc de Reichstadt renonceroit aux droits que ce prince pourrait faire valoir sur les fonds appartenants à la succession, et que par suite de cette renonciation S. M. I. autoriserait M. Lafitte, détenteur d'une partie de ces fonds, à en effectuer le payement et même le garantirait contre toute revendication possible.

Cette persuasion erronée où paraissent être les exécuteurs testamentaires, doit nous faire un devoir, M. le baron, de ne pas les laisser dans l'ignorance d'une résolution tout à fait opposée que S. M. a prise après avoir entendu les conseils de la tutelle. Il me suffira de rappeler à ce sujet à V. E. la communication du texte de la résolution que j'ai eu l'ordre de S. M. de Lui transmettre dans les premiers mois de cette année. Si dans cet intervalle V. E. n'avait pas fait part à MM. les exécuteurs testamentaires de la détermination à laquelle la tutelle s'est arrêtée, je devrais d'autant plus L'inviter à remplir à cet égard les instructions de S. M. I. qu'Elle m'a enjoint en même temps de faire conster de l'accomplissement du dispositif de la dite résolution. . . .‘ Metternich an Vincent. Milan, le 26 juin 1825.

[2] ‚Ce dernier (Montholon) ayant toutefois exprimé le désir de posséder une simple copie, afin de pouvoir rendre aux co-intéressés un compte exact des termes dans lesquelles est conçue la résolution Impériale, j'ai cru pouvoir consentir à lui en laisser une dans les formes les plus confidentielles et les moins authentiques.‘ Paris, 11. Juli 1825. St.-A.

Landgut San Martino. In einem Schreiben vom 27. Juli machte Fürst Borghese dem Grafen Bombelles die vorläufige Anzeige von dieser Verfügung und behielt sich eine vollständige Mittheilung vor, bis die Aufnahme der Verlassenschaft seiner Gemahlin beendigt sein würde.[1]

Der Stellvertreter des Cardinals, Josef Ugolini, wendete sich an den kaiserlichen Geschäftsträger in Rom, Baron Genotte, und ersuchte diesen, ihn über die Absichten der Vormundschaft in Betreff des Legates zu belehren.[2]

Von Seite der Familie Bonaparte stand dem jungen Prinzen jetzt nichts mehr im Wege, die Erbschaft anzutreten, und es bedurfte blos eines Uebereinkommens mit der grossherzoglichen Regierung, welche San Martino abgesondert von den anderen Krongütern verwaltete. Indem Fürst Metternich am 20. October 1825 dem Kaiser hierüber einen Vortrag erstattete, erklärte er ihm, ,dass die toscanische Regierung durch den Gesandten in Florenz eingeladen werden müsste, die Villa San Martino demjenigen auszuantworten, der ernannt werden würde, um sie im Namen des Herzogs in Besitz zu nehmen und demselben gleichzeitig auch die während der interimistischen Verwaltung des Sequesters erhobenen Früchte zu verabfolgen'. Gleichzeitig beantragte er, diese Erbschaft nur unter der Rechtswohlthat des Inventars anzutreten.

Kaiser Franz wollte jedoch noch keine bestimmte Entscheidung über diese Frage treffen, bevor nicht die grossherzogliche Regierung sich geäussert, ob San Martino als ein Theil der Hinterlassenschaft Napoleons oder als rechtmässiges Eigenthum der Prinzessin Borghese, über welches sie habe verfügen können, zu betrachten sei. In dem einen Falle solle das Gut für den Herzog von Reichstadt sub beneficio inventarii in Besitz genommen, in dem anderen hingegen der Gesandte in

---

[1] Anhang 38.

[2] ,J'ai l'honneur de mettre sous les yeux de V. A. un billet que je viens de recevoir de Mgr. Ugolini en sa qualité de substitut exécuteur testamentaire de feue la princesse Pauline Borghese.

En communiquant le texte de l'article du testament de cette princesse qui a relation aux legs qu'elle a faits à S. A. S. le duc de Reichstadt, il demande d'être instruit pour sa direction, des intentions des curateurs de ce sérénissime prince à l'égard de ces legs. . . .' Genotte an Metternich. Rome, le 21 août 1825.

Florenz beauftragt werden, es als Legat der Fürstin Borghese von der toscanischen Regierung zu beanspruchen.[1]

In Betreff der Andenken, welche Pauline Borghese ihrem Neffen vermacht hatte, erinnerte Metternich den Kaiser an seine frühere Erklärung, ‚dass der Herzog dergleichen Mobiliargegenstände unter dem Titel eines Andenkens an seinen Vater annehmen dürfe'.[2]

Dagegen erhob Kaiser Franz keinen Anstand, und er verlangte blos, dass ihm diese Vermächtnisse vorerst vorgelegt werden sollten.[3]

Am 14. März 1826 theilte Fürst Metternich dem Gesandten in Florenz diese Entschliessungen des Kaisers mit und beauftragte ihn, bei der grossherzoglichen Regierung die gewünschten Erkundigungen einzuziehen.[4] Auf das Einschreiten

---

[1] ‚Meine Entschliessungen vom 13. September 1823 und 1. Februar 1825 haben Ihnen schon Meine Willensmeinung rücksichtlich der Villa und Besitzung San Martino auf der Insel Elba eröffnet. Da es nun nicht gleichgiltig ist, ob diese Villa und Besitzung von der hierzu competenten toscanischen Regierung als ein Theil der Hinterlassenschaft Bonaparte's oder als ein Eigenthum der nun gleichmässig verstorbenen Prinzessin Borghese anerkannt wurde oder werden wird, weil Letzteres dem Herzog von Reichstadt als ein reines Legat verbleiben könnte, so haben Sie vorerst durch Meine Gesandtschaft in Florenz dahin zu wirken, dass die toscanische Regierung nach Mass Meiner obigen Entschliessungen die Frage, wem diese Villa und Besitzung, unabgesehen von dem Legate der Fürstin Borghese zur Zeit des Absterbens derselben gehört oder zu gehören habe, entscheide, um, im Falle das Erbrecht Meines Herrn Enkels auf diese väterliche Verlassenschaft auch rücksichtlich dieser Villa und Besitzung als überwiegend anerkannt würde, durch die geschehene Legirung dieser Ansprüche von Seite der Fürstin von Borghese alle Anstände noch mehr zu beseitigen, oder im Falle, dass die toscanische Regierung diese Villa und Besitzung als ein Eigenthum der Fürstin Borghese erkläre oder erklärt haben sollte, namens des Herzogs von Reichstadt diese Villa und Besitzung als ein Legat der Fürstin Borghese bei der toscanischen Regierung anzusprechen.' Wien, 18. Jänner 1826.

[2] Vortrag an den Kaiser vom 20. October 1825. St.-A.

[3] ‚Die Annahme der von der Fürstin Borghese dem Herrn Herzog von Reichstadt legirten Nippes unterliegt übrigens keinem Anstande und sind Mir dieselben, sobald sie Meinen Gesandten in Rom und Florenz behändigt sein werden, vorzulegen.' Wien, 18. Jänner 1826.

[4] ‚. . . Vous vous convaincrez, M. le comte, par le texte de la nouvelle résolution (celle du 18 janvier de cette année) que, malgré que cette même possession de San Martino se trouve maintenant léguée au duc de Reichstadt par la princesse Pauline Borghese, S. M. I. persiste néan-

Bombelles' betraute der toscanische Minister des Aeussern, Graf Fossombroni, den obersten Gerichtshof mit der Aufgabe, diese Rechtsfrage zu untersuchen und darüber sein Gutachten abzugeben. Dasselbe lautete, dass das Gut San Martino ein Eigenthum Napoleons gewesen und von der Prinzessin Borghese unberechtigter Weise dem Herzoge von Reichstadt vermacht worden sei, welcher es somit in seiner Eigenschaft als Erbe seines Vaters, immerhin aber mit der Rechtswohlthat des Inventars in Besitz nehmen könne.[1]

---

moins dans l'opinion que les autorités Toscanes doivent être invitées, par une démarche de votre part, à décider la question à qui appartenait ou devait appartenir la dite propriété de San Martino au moment du décès de la princesse Pauline? Si les autorités de Toscane adjugent ce domaine au duc de Reichstadt et déclarent que la réclamation qu'en avait faite la princesse Pauline était dépourvue de fondement, dès lors S. A. S. devrait être mise en possession à titre d'héritier bénéficiaire de son père. Si, au contraire, les autorités Toscanes reconnaissent que la princesse Pauline avait réclamé à juste titre la propriété de San Martino, il en résulterait que la testatrice en aurait validement disposé, et vous auriez alors, M. le comte, à demander au nom de la tutelle du duc de Reichstadt que le gouvernement Toscan lui en fasse suivre la possession à titre de legs particulier de la princesse Borghese.

Si la tutelle insiste, comme vous voyez, M. le comte, sur la décision de cette question préalable, c'est qu'il n'est nullement indifférent que Mgr. le duc possède cette réalité comme faisant partie de l'héritage délaissé par son père en Toscane, ou comme une propriété ayant appartenu à la princesse de Borghèse, attendu que, dans ce dernier supposé, elle passerait à Mgr. le duc à titre de legs pur et simple et avec exécution de toute charge.

La seconde partie de la résolution du 18 janvier est relative au souvenir consistant en bijoux et nippes de peu de valeur que la princesse Pauline a légué au duc de Reichstadt. On ne doit faire aucune difficulté de les accepter et dès que les objets auront été délivrés aux missions de Rome et de Florence, ils seront envoyés ici pour être mis à la disposition de la tutelle. Vous aurez soin d'accompagner l'envoi que vous ferez de ces objets, d'une copie du reçu que vous aurez délivré, au nom de la tutelle, aux personnes chargées de l'exécution testamentaire.

Vous voudrez bien, M. le comte, m'instruire de vos démarches et de leurs résultats afin que je puisse faire conster de l'exécution des ordres de S. M.' Metternich an Bombelles. Vienne, le 14 mars 1826.

[1] ,Come i mentovati dubbi indicavano, et come gli scritti legali del lodato avvocato regio dimostrano, siccome sopra è stato brevemente compilato, anche alla consulta è di presente manifesto, che la pertinenza della tenuta di San Martino e suoi annessi, quanto è bastantemente giustificata a favore di Napoleone Bonaparte e del di lui figlio erede beneficiato,

In einer Note vom 22. Jänner 1827 theilte Fossombroni dem kaiserlichen Gesandten diese Entscheidung mit, wobei er bemerkte, dass die Domänenverwaltung des Grossherzogs bereit sei, über ihr Gebahren Rechnung zu legen. Von dem Ertrage der Einkünfte würden blos die Verwaltungskosten und jene Summen in Abzug gebracht werden, welche nöthig wären, um die von Napoleon Bonaparte, als dem vormaligen Besitzer San Martinos, contrahirten Schulden zu tilgen.[1]

Es bedurfte nunmehr blos der Ernennung eines Commissärs, welcher das Gut im Namen des Prinzen in Empfang zu nehmen und mit der grossherzoglichen Güterverwaltung abzuschliessen

---

altrettanto era, ed è esclusa dai diritti e dalla persona della fù principessa Borghese, ciò posto alla stessa consulta comparisce chiarissima l'inutilità del legato, che la mentovata principessa fece di detta tenuta al figlio di Napoleone, la quale d'altronde non ebbe in animo di legare la cosa aliena. Data poi l'inutilità di detto legato, ne potendosi dubitare, che sussistente, giusto e più ampio e più utile sia il titolo di erede beneficiato da continuarsi a spiegare dal figlio di Napoleone, crede similmente la consulta, che un tal titolo sia quello che meriti di essere legalmente ritenuto dal rammentato duca di Reichstadt. Finalmente siccome lo stato di Toscana concorda di non aver diritti sulla proprietà di detta tenuta, la consulta crede pur anco di giustizia la consegna della medesima tenuta al veneratissimo rappresentante legale del prelodato erede, salvi quei rendimenti di conti, formalità e cautele di natura dell'atto. Rapporto dell I. e R. consulta.' Beilage eines Berichtes Bombelles', ddo. Florenz, 25. Jänner 1827. St.-A.

[1] ,. . . La suprême consulte après avoir entendu le dit avocat de la couronne a reconnu que la propriété du domaine de San Martino appartenait à Napoléon, que le legs de la dite terre fait par la princesse Pauline Borghese en faveur du duc de Reichstadt est tout à fait inutile, et que par conséquent ce n'est que sous le titre d'héritier (sub beneficio legis et inventarii) de son père que le duc de Reichstadt, et pour intérêt de celui-ci S. M. l'empereur d'Autriche, son auguste tuteur, peut procéder à la prise de possession du domaine de San Martino, avec les clauses et conditions inhérentes à la nature de l'acte dont il s'agit. S. A. I. et R. a approuvé l'avis prononcé par la suprême consulte, et c'est en exécution de ses ordres souverains que le soussigné a l'honneur de remettre à S. E. M. le comte de Bombelles une copie du rapport fait à cet égard par le dicastère susénoncé, à l'effet que S. M. I. et R. A. puisse donner les ordres nécessaires pour la réception de la remise qui doit lui être faite de la terre de San Martino. Le domaine du grand-duché qui a jusqu'ici administré la dite possession, est disposé à rendre compte de sa gestion, ainsi que des arrérages, bien entendu que du montant des revenus de la dite terre on devra déduire les frais d'administration et le payement des dettes déjà faites par Napoléon, ancien

hatte. In einem Vortrage vom 9. Februar 1827 bat Fürst Metternich den Kaiser, die hierzu geeignete Persönlichkeit bezeichnen und ernennen zu wollen.[1]

Gleichzeitig legte er ihm ein Schreiben Neipperg's vom 10. April 1826 vor, aus welchem der Wunsch Marie Louisens erhellte, wegen des Verkaufes von San Martino mit der toscanischen Regierung in Unterhandlung zu treten.

Dagegen sprach Metternich die Bemerkung aus, ‚dass man in die Veräusserung eines einem Minderjährigen zugehörigen Gutes nur dann einzugehen pflege, wenn der wohl nachzuweisende Fall einer Nothwendigkeit oder eines augenscheinlichen Vortheiles eintrete'.[2]

Kaiser Franz überliess es dem Staatskanzler, einen Commissär zu bestimmen, welcher mit der Regelung der Uebernahme betraut werden sollte.[3] In Betreff des Verkaufes von San Martino resolvirte er jedoch Folgendes: ‚Sie werden Meinem Gesandten am toscanischen Hofe den Auftrag ertheilen, dass

propriétaire de San Martino. . . .' Fossombroni an Bombelles. Florence, le 22 janvier 1827.

[1] ‚Da es sich nunmehr darum handelt, die besagte Villa namens des Herzogs von Reichstadt in Besitz zu nehmen und bei dieser Gelegenheit die förmliche Erklärung abzugeben, dass derselbe sich zu den von seinem Vater als Privateigenthum hinterlassenen Gütern und Rechten nur cum beneficio legis et inventarii erbserkläre, so sehe ich mich in dem Falle, E. M. zu bitten, den Uebernahmscommissär gnädigst benennen zu wollen den Allerhöchstdieselben sowohl zu dem besagten Unternehmungsgeschäfte, als auch zu der mit der grossherzoglich toscanischen Domänenadministration zu pflegenden Liquidirung der Activ- und Passivarreragen dieser Villa für geeignet finden dürften.' Vortrag an den Kaiser, 9. Februar 1827. St.-A.

[2] ‚Mme l'archiduchesse serait d'avis, quand le gouvernement Toscan aura prononcé sur cette affaire, qu'on lui offrît d'acheter le dit domaine de S. M., qui de toute manière pourrait lui convenir mieux qu'à son auguste fils, vu que son entretien lui serait trop onéreux.' Neipperg an Metternich. Parma, 10. April 1826. St.-A.

[3] ‚Der Inhalt dieses Vortrages dient Mir zur Wissenschaft, und werden Sie nunmehr Sorge tragen, dass namens des Herzogs von Reichstadt sich zu dieser Intestaterbschaft seines Vaters bei der competenten toscanischen Behörde cum beneficio legis et inventarii erbserklärt, die gehörige Liquidirung mit der toscanischen Domänenadministration gepflogen und die Ausfolgung der ganzen reinen, Meinem Enkel gebührenden Erbschaft bewirkt werde, zu welchem Ende Sie die Bestellung eines hiezu vollkommen geeigneten und verlässlichen Commissärs besorgen werden.' Persenbeug, 3. September 1827.

wenn diese Villa vortheilhaft, sei es an die toscanische Regierung oder an wen Andern veräussert werden könne, er sogleich zu berichten habe, ob und wie dieses am vortheilhaftesten für meinen Enkel stattfinden könne, oder ob die Beibehaltung der Besitzung ihm mehr Nutzen bringe.‘

XIX. Capitel.

Marchand's Absicht, sich nach Wien zu begeben, um Reichstadt die ihm von seinem Vater vermachten Andenken zu übergeben. — Weisung Metternich's an Apponyi, diese Reise zu verhindern. — Schreiben Marchand's an den Herzog von Reichstadt. — Er behält die Andenken zurück. — San Martino. — Tod des Herzogs von Reichstadt. — Der Besuch des Herrn v. Prokesch bei der Mutter Napoleons. — Betrübniss des Kaisers über den Tod seines Enkels. — Marie Louise. — Antomarchi. — Marie Louise verzichtet in förmlicher Weise auf den Napoleonischen Nachlass.

Inzwischen waren die Bemühungen der in London, Brüssel und Philadelphia beglaubigten Vertreter des österreichischen Hofes erfolglos geblieben, über das Vorhandensein noch unbekannter Capitalien Napoleon Bonaparte's etwas in Erfahrung zu bringen.[1] So beschränkte sich das, was der Herzog von Reichstadt zu erhalten hatte, blos auf die wenigen Andenken, welche ihm beim Eintritte seiner Volljährigkeit übergeben werden sollten. Als nun die französischen Journale im März 1827 die Nachricht brachten, dass Marchand sich zu diesem Zwecke bald nach Wien begeben werde, wies Fürst Metternich den Botschafter in Paris[2] an, die Reise Marchand's hintanzuhalten. Er möge zugleich den Testamentsvollstreckern bedeuten, dass er bevollmächtigt sei, jene Vermächtnisse zu übernehmen, und dass er sie in dem Zustande, in welchem er sie empfangen, nach Wien überschicken werde.[3] Diesen Antrag wies Marchand

---

[1] ‚Toutefois les investigations que nous avons recommandées aux représentants de notre cour, doivent n'avoir amené aucune découverte, puisqu'il ne nous a été rien relaté à cet égard.‘ Metternich an Neipperg. Wien, 23. Februar 1827. St.-A. Die verschiedenen Nachrichten, welche Bombelles und Tito Manzi hinterbracht wurden, dass Napoleon Bonaparte ansehnliche Summen in Livorno und in Paris deponirt haben sollte, scheinen nichts weniger als auf Wahrheit beruht zu haben, wie man aus dem Ausbleiben jedes weiteren Berichtes hierüber mit Recht vermuthen kann. Vgl. Anhang 39.

[2] Als Nachfolger Vincents war im Jahre 1826 Graf Anton Apponyi nach Paris ernannt worden.

[3] ‚. . . Maintenant, M. l'ambassadeur, que vous devez vous considérer comme appelé à servir à cet égard d'intermédiaire, ainsi que l'était ci-

jedoch zurück und verharrte auf seinem Entschlusse, die Legate dem Prinzen persönlich zu überreichen. Diese Absicht erhellte aus einem Schreiben, welches er am 18. März 1832 aus Strassburg an den Herzog von Reichstadt richtete.[1] Das Verhalten Marchand's erregte nunmehr in Metternich den Verdacht, dass es ihm gar nicht darum zu thun sei, seines Auftrages sich zu entledigen, und er das Verbot nach Wien zu kommen nur zum Vorwande nehme, um desto sicherer in dem Besitze der ihm anvertrauten Gegenstände zu verbleiben. In einem Schreiben vom 14. April 1832 wies er den Grafen Apponyi nochmals an, von Marchand die Verabfolgung des Vermächtnisses zu verlangen, und ihm im Weigerungsfalle zu bedeuten, dass es schwer sei, an die Redlichkeit seiner Absichten zu glauben.[2]

---

devant M. le baron de Vincent, je dois avoir l'honneur de vous prévenir que l'intention de S. M. l'empereur est de ne pas autoriser la venue ici du Sieur Marchand ni d'autre des exécuteurs testamentaires pour remettre lui-même les objets confiés à sa garde; qu'en conséquence vous vous refuserez, M. l'ambassadeur, à lui accorder des passeports à cet effet ou a mûnir de votre visa ceux qui vous seroient présentés avec destination pour l'Autriche; que S. M. l'empereur voulant néanmoins donner aux exécuteurs testamentaires de même qu'aux personnes du service de l'ex-empereur les facilités convenables pour qu'ils pussent s'acquitter de la remise des objets confiés à leurs soins, vous aurez, M. l'ambassadeur, à leur faire connaître, lorsqu'ils se présenteront à l'ambassade, que vous êtes autorisé par la cour Impériale à recevoir tels objets des mains des personnes qui auraient qualité pour vous les remettre; à vous charger envers elles de les transmettre dans l'état où ils vous seront remis, et à vous engager à leur faire ensuite parvenir des actes de reçu et de la remise des legs certifiés par la signature de Mgr. le duc de Reichstadt. V.-E. voudra bien prévenir verbalement M. le ministre des affaires étrangères de l'impossibilité où Elle se trouve de viser de semblables passeports pour Vienne et l'informer en même temps de ce qu'Elle est autorisée à accorder des facilités afin d'éviter de donner lieu à des plaintes. . . .' Metternich an Apponyi. Vienne, le 21 mai 1827.

[1] Anhang 40.

[2] ‚Comme les motifs qui nous ont fait juger convenable de ne point faciliter l'exécution de ce projet du Sieur Marchand, lorsqu'il s'en est agi la première fois, subsistent également aujourd'hui; c'est intention de S. M., M. l'ambassadeur, que vous fassiez connaître au dit Sieur Marchand, lequel d'après sa lettre susdite, se trouve actuellement à Strasbourg, Hôtel de la 5e division militaire chez le général Bruyer, que la haute tutelle de M. le duc de Reichstadt ne trouve pas qu'il y ait lieu à rien changer à la détermination, qui lui a été notifiée en 1829 par V. E., qu'en conséquence la haute tutelle susdite ne peut que lui faire renou-

Der von dem Fürsten Metternich gehegte Verdacht schien um so gerechtfertigter zu sein, als die Testamentsvollstrecker bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesen hatten, dass ihnen nichts ferner liege, als die Interessen des Herzogs von Reichstadt zu wahren. Denn durch sie war das französische Ministerium veranlasst worden, sich bei dem Wiener Hofe dafür zu verwenden, dass der Kaiser im Namen des Prinzen auf die Hälfte des Lafitte'schen Depots Verzicht leiste, und sie waren es, welche dasselbe Ministerium aufgefordert hatten, zu erklären, dass der Sohn Napoleons in Gemässheit des Gesetzes vom 12. Jänner 1816 unfähig sei, die in Frankreich gelegenen Güter seines Vaters zu erben. Ja sie hatten die französische Regierung zu der Entscheidung verleitet, dass Napoleon Bonaparte nicht als Franzose, sondern als Engländer gestorben sei, und man daher über die bei Lafitte hinterlegten Gelder nach englischen Gesetzen verfügen dürfe, welche dem Sohne aus der Verlassenschaft des Vaters keinen Pflichttheil vorbehielten.[1]

Sowie Marchand keine Anstalten traf, dem Prinzen durch Vermittlung der kaiserlichen Botschaft in Paris die wenigen Gegenstände zu überschicken, welche ihn an seinen Vater erinnern sollten, so wurden auch die langwierigen Unterhandlungen über den Verkauf des Gutes San Martino zu keinem Abschlusse gebracht. Der Advocat Lamporecchi, welchen Graf Bombelles mit der Regelung dieser Angelegenheit betraut hatte, richtete zwar zu wiederholten Malen das Ersuchen an die österreichische Regierung, eine endgiltige Entscheidung zu treffen und seine Anträge hinsichtlich der Deckung einiger zum Activstande der Verlassenschaft gehörigen Forderungen zu genehmigen, aber Kaiser Franz zögerte noch immer damit, einen Beschluss zu fassen.[2] So starb der König von Rom, ohne aus dem Vermächtnisse seines Vaters mehr als ein Porträt erhalten zu haben, welches diesen in Lebensgrösse darstellte

veler la proposition de remettre entre les mains de l'ambassade le dépôt qui lui a été confié, proposition qu'il sentira lui-même ne pouvoir décliner de nouveau sans autoriser les soupçons qu'il serait difficile dans ce cas de ne pas élever sur la sincérité de sa disposition à s'acquitter de la commission dont il est chargé par les actes de dernière volonté de l'ex-empereur Napoléon.' An Apponyi, 14. April 1832. St.-A.

[1] Dies brachte die österreichische Regierung erst später in Erfahrung.

[2] Anhang 41.

und ihm von Kaiser Franz persönlich übergeben wurde.[1] Ein tragisches Geschick hat es gewollt, dass der bereits dem Tode geweihte Prinz nicht einmal in den Besitz jener Andenken kommen sollte, welche Lätitia, die so schwer geprüfte Mutter Napoleons, für ihren Enkel bestimmt und Herrn von Prokesch übergeben hatte. Auf der Heimkehr nach Wien traf diesen die unerwartete Nachricht, dass der Herzog am 22. Juli um 5 Uhr Früh im Schlosse zu Schönbrunn verschieden sei. An demselben Tage und an demselben Orte war auch elf Jahre früher dem damals zehnjährigen Prinzen der Tod seines Vaters mitgetheilt worden.[2]

'Das Testament meines Vaters,' hatte Reichstadt sich eines Tages vernehmen lassen, 'ist die oberste Vorschrift für meine ganze Handlungsweise.'[3]

Doch er war verdammt dazu, sein Leben thatenlos zu beschliessen. Krankheit und Dankbarkeit zugleich hielten ihn ab, dem Rufe seiner Partei zu folgen und das kaiserliche Frankreich wieder aufzurichten. Aber so lange er lebte, so lange die Anhänger Napoleons auf ihn als denjenigen wiesen, welcher bestimmt schien, sie zu führen, so lange fürchteten Metternich und mit ihm die Vertreter des Legitimitätsprincipes, dass eines Tages sein Ehrgeiz denn doch über jedes Bedenken den Sieg davontragen und ihn verleiten werde, das langgeschmähte Banner seines Vaters wieder zu Ehren zu bringen. Wohl im Hinblick auf solche Verquickungen schrieb Kaiser Franz, wel-

---

[1] Vortrag des Fürsten Metternich an Kaiser Franz:

'Wien, den 9. April 1831.

Allergnädigster Herr!

Der k. k. Botschafter zu Florenz frägt mittelst des gehorsamst anverwahrten Berichtes an, was mit dem unter den Verlassenschaftsgegenständen Napoleons auf der Insel Elba befindlich gewesenen Porträt desselben in Lebensgrösse zu geschehen habe, welches ihm (Grafen Saurau) ehestens von der toscanischen Regierung für S. D. den Herrn Herzog von Reichstadt übergeben werden wird, ob nämlich besagtes Gemälde hieher geschickt werden soll, und zwar in seiner dermaligen Form oder aufgerollt?'

— — — — — — — — — — — — — — — — —

Resolution des Kaisers: Dieses Mir bereits zugekommene Porträt werde Ich Meinem Enkel übergeben.

Wien, den 4. December 1831. Franz.

[2] Prokesch, 75.

[3] Montbel, 250.

cher den Verlust, der ihn getroffen, aufs Schmerzlichste empfand, am 26. Juli 1832 Folgendes an den Fürsten Metternich: ‚Der Tod meines Enkels war für ihn ein Glück bei seinem Leiden und vielleicht auch für meine Kinder und die Welt; mir wird er abgehen.‘[1]

Das Erbrecht des Herzogs von Reichstadt ging nunmehr auf die Herzogin von Parma über. Da bisher weder Kaiser Franz noch Marie Louise sich entschlossen hatten, in förmlicher Weise auf die Hinterlassenschaft Napoleons Verzicht zu leisten, so blieben sie Beide nicht davon verschont, dass verschiedene Legatare immer wieder mit Forderungen an sie herantraten. Antomarchi war es insbesondere, welcher seine alten Ansprüche geltend zu machen suchte und hiebei auf die noch bei Lafitte befindliche Hälfte des Depots verwies.[2] In einem Schreiben vom 14. September 1832 ersuchte Baron Marschall den Fürsten Metternich, sich sowohl über diese Angelegenheit, als über jene des Gutes San Martino äussern zu wollen.[3] Kaiser Franz überliess es jedoch dem alleinigen Ermessen seiner Tochter, eine Entscheidung zu treffen, was Metternich nicht ermangelte, am 13. October 1832 nach Parma zu berichten.[4] Der Versicherung Antomarchi's, dass das für den verstorbenen Prinzen bestimmte Depot noch bei Lafitte sich befinde, glaubte der Staatskanzler, abgesehen von der Erklärung Chateaubriand's vom 30. Mai 1824, schon deshalb keinen Glauben beimessen zu dürfen, weil die Testamentsvollstrecker mit Zustimmung der französischen

---

[1] Resolution des Kaisers auf einen Vortrag Metternich's vom 26. Juli 1832. St.-A.

[2] Anhang 42.

[3] ‚En suppliant V. A. de vouloir bien me donner Ses instructions sur le mode de terminer cette question, je prends la liberté de statuer les principaux points qui me sembleraient devoir être pris en considération, si la première renonciation a été faite ou non de la mère et du fils, ou seulement pour la première, en quel cas un nouvel acte de cette nature deviendrait nécessaire en suite des droits acquis par le décès du second; en quelle relation se trouverait cette question avec celle de San Martino dans l'île d'Elbe, et si dans le cas qu'une seconde renonciation devrait avoir lieu pour la partie de la succession se trouvant dans les mains du banquier Lafitte, celle de San Martino devrait suivre la même ligne, ou bien celle adoptée à Vienne pour les effets du prince.‘ Baron Marschall an den Fürsten Metternich. Sala, le 14 septembre 1832. St.-A.

[4] Anhang 43. Die betreffenden Vorträge Metternich's an Kaiser Franz sind nicht vorhanden.

Regierung an die englischen Gerichte sich gewendet und diese erklärt hatten, dass der Erblasser nach Gutdünken über sein Vermögen habe verfügen können und sein Sohn auf keinen Pflichttheil Anspruch erheben dürfe. Er hob hervor, dass für den Fall, als das Depot in der That zur Hälfte noch vorhanden wäre und die Herzogin von Parma es verlangen wollte, sich diese denselben Schwierigkeiten gegenübergestellt sehen würde, als wie sie in Betreff des Testamentes gleich zu Anfang bestanden hätten. Diese Anschauung Metternich's war schon im Hinblicke auf das Gesetz vom 10. April 1832 gerechtfertigt, welches, Carl X. und seine Familie in Acht und Bann erklärend, zwar den vierten Artikel des Gesetzes vom 12. Jänner 1816 aufgehoben, aber nichtsdestoweniger die Bestimmungen aufrecht erhalten hatte, welche die Napoleoniden betrafen.[1] Er überliess es Marschall, sich über den wahren Sachverhalt zu erkundigen, um darnach Antomarchi zu bescheiden, wogegen er ihn aufforderte, die Herzogin von Parma zu veranlassen, dass sie ihre Rechte auf San Martino endlich zur Geltung bringen möge.[2]

Die Hälfte des Depots befand sich in der That, und zwar hypothekarisch sichergestellt, bei Lafitte, aber Marie Louise hegte nicht die geringste Absicht, sie zu beanspruchen. Als in Vertretung des Marquis de Maison, französischen Botschafters am Wiener Hofe, der Botschaftssecretär, Graf Ste Aulaire, am 8. Juni 1833 eine Note an den Fürsten Metternich richtete, in welcher er genauen Bericht über die Sachlage erstattete und welche er mit dem Ersuchen schloss, dass die Herzogin von Parma ihren Erbrechten auf die Verlassenschaft Napoleons entsagen möge,[3] zögerte Marie Louise keinen Augenblick, diesem Wunsche Folge zu leisten.[4]

Nach langwierigen Verhandlungen über die Form der Verzichtleistung erfolgte eine solche erst am 12. Mai 1837, und da sie alle Theile gleich befriedigte, war diese Angelegenheit somit endgiltig erledigt.[5]

In Betreff des Gutes San Martino hatte die toscanische Regierung verfügt, dass der Herzogin von Parma nur der

---

[1] Vgl. Hamel, Louis Philippe, I, 270.
[2] Anhang 43.
[3] Anhang 44.
[4] Anhang 45.
[5] Anhang 46.

lebenslängliche Nutzgenuss gebühre. Doch wollte Marie Louise auch diesem entsagen, weshalb sie den Grafen Revizky[1] ersuchte, die grossherzogliche Regierung davon mit dem Bemerken in Kenntniss zu setzen, dass San Martino demjenigen abgetreten werde, welcher es nach dem Gesetze beanspruchen dürfe.[2] Nun machte Fürst Montfort seine Erbrechte auf dieses Gut geltend, und der Process, der darüber entstand, währte noch lange nach dem Tode Marie Louisens fort.

---

[1] Seit 1836 bevollmächtigter Minister in Florenz; sein unmittelbarer Vorgänger war Graf Senfft-Pilsach.

[2] ‚Der Herr Obersthofmeister I. M. der Frau Erzherzogin Herzogin von Parma hat mir die mit dem hohen Rescripte vom 10. December v. J. angekündigte Absicht I. M. eröffnet, Ihr Besitzthum San Martino auf der Insel Elba schon dermalen ganz aufzugeben, von welchem ihr nach dem Tode des Herrn Herzogs von Reichstadt nur der lebenslängliche Fruchtgenuss gebührt.

Es wurde mir aufgetragen, von dieser Absicht die grossherzogliche Regierung mit dem Beisatze in Kenntniss zu setzen, es würde der Wunsch I. M. sein, dass die Tribunale angewiesen werden, über die gegründeten Ansprüche zu entscheiden, welche sich auf das Eigenthum von San Martino erheben werden, nachdem I. M. diesem Besitzthum entsagt haben würde, und dass die Tribunale diejenigen, die das Recht dazu haben, auch in den Besitz einführen.‘ Graf von Revizky an den Fürsten Metternich. Florenz, den 21. November 1837. St.-A.

BEILAGEN.

I.

Sir Hudson Lowe to Lord Bathurst.

St. Helena, 14th mai 1821.

Mylord. In the first days after general Bonapartes death, I was too much occupied in the various local arrangements to which the event gave rise, and too solicitous that your Lordship should receive the earliest possible information of the event, to enter into many details, upon which I shall now have the honor to communicate. I have already had occasion to refer to the letter which count Montholon addressed to me, announcing general Bonapartes death.

He took the earliest opportunity afterwards to press me for a reply and availed himself at the same time of the authority which, he said had been delegated to him by general Bonaparte, to make known to me what he said was one of his dying requests; this request was, that his heart should be sent to his wife, the archduchess Maria Louisa. I acquainted count Montholon, that my orders were to inter the body on this island and that I could not be said to do so, if I suffered any part of it to be taken away from hence.

This proposal was made to me before the opening of the body and count Montholon acquainted me at the same time, that general Bonaparte, having thought it probable that the disease under which he had been suffering was the same as that of which his father had died, viz. a cancer or scirrhus of the pylorus, had been desirous, his body should be opened as a means to discover if any remedy could be found to preserve his son from the same disease. We had no further conversation at the moment respecting the heart; count Montholon only expressing his desire I would consider his application to me and give him an answer upon it.

When the body was opened, professor Antomarchi, who was the principal operator, wished to keep the heart and the diseased part of the stomach separate from the body, an objection was made to this on the part of the medical gentlemen on account of their having received no directions from me on the subject. Count Montholon then came forward in a very earnest manner to Sir Thomas Reade, who was in the room

during the dissection, to beg the heart might be left out until the matter was referred to me, and to this proposal Sir Th. Reade, with whom I had some previous conversation in anticipation of what might occur, asserted. Having reflected upon the tenor of count Montholon's letter to me, and the use of the Imperial title in it, I felt I could not with propriety, either acknowledge or reply to it, but as it embraced subjects upon which he and the other followers of general Bonaparte might naturally expect to be made acquainted with my determination, I saw no reason that should prevent me from writing a letter to him, which should inform him, as from myself upon all the points in question.

I therefore adressed a letter to the count of which copy is inclosed, and at the same time told him what my determination was with respect to the heart, that I could not suffer it to be removed from the island, but that it might be put up separately, preserved in any way he pleased in a vase and placed in the same coffin with the rest of the body. This attention I considered to be due to the illustrious personnage to whom count Montholon had acquainted me, it was the desire of general Bonaparte his heart should be given, thinking it equally an act of due attention to her not do yield to count Montholon's desire of conveying the heart at once to her, uninformed as I naturally must be in what light after so long a cessation of any relation together, whether of a public or domestic nature, such request might be received.

The heart which had been preserved in spirits of wine was consequently put into a small silver vase, the stomach in another, and both placed in the coffin with the body.

Mr. Rutledge assistant surgeon of the 20th regiment was the person who soldered up the vases in which the heart and stomach were placed, and saw them put into the coffin, the undertakers being also present. The body was deposited in the plain uniform of a French colonel of chasseurs.

The coffin, at the particular desire of count Montholon was constructed as follows:

1. A plain coffin lined with tin.
2. A lead coffin.
3. A mahagony coffin.

Count Montholon wished to have the words: ‚Napoleon né à Ajaccio 15 Août 1769, mort à Ste-Hélène 5 Mai 1821', inscribed on it. I wished the word Bonaparte to be inserted after Napoleon, to this count Montholon objected, and therefore no inscription whatever was placed on it.

On the day after the funeral I waited on count Montholon, to be informed of the testamentary dispositions, general Bonaparte had made, being as I had before understood from him not a will, but a codicil to his will. He immediately assented to show it to me, but said it was necessary count Bertrand, Signor Vignali and Mr. Marchand should be present, he went consequently to call them, Lieut. colonel Sir Th. Reade being about to follow me and them into count Montholon's apartment, the count told me he had been particularly enjoined not to show the will to any person but myself; I insisted however upon Sir Th. Reade's accompanying me and being present when the will was opened.

Upon going into count Montholon's room, he presented the paper containing the will to me, it was only one sheet of paper with five seals on it, viz. those of general Bonaparte himself, count Bertrand, count Montholon, Signor Vignali and Mr. Marchand folded up precisely as in the copy inclosed.

After perusing the contents I returned it back to count Montholon, and told him I could not decide upon its validity in a legal point of view, but that if I withheld my decision upon it, it would not be with any intention to oppose its execution.

It would be necessary however I should see the effects general Bonaparte had left, before I could decide in what degree it might be requisite for me to affix my own seal to them, prior to their removal from the island, or to any final disposition of them taking place.

On the following day, the 10th of may I again proceeded to Longwood accompanied by major Gorrequer to see the effects, which general Bonaparte had left, the whole had been laid out in his apartments.

There was his wardrobe principally consisting of old clothes according to inventary *A*.

His plate and porcelaine as per inventary *B*; an additional inventary of his plate, in possession of count Bertrand *C*.

Three small mahagony boxes with each five seals upon them, containing the articles specified in inventaries N° 1—3, which count Montholon informed me it had been the request of general Bonaparte, might be delivered to his son on his attaining the 16th year.

These boxes he particularly objected to open from respect as se said to the dying request of the person to whom they had belonged. I did not press him to open them on this first occasion.

Amongst the few articles of value which lay open on the tables was a snuff box of wrought gold, with a cameo of large size representing a goat with a faun riding upon it nibling at some grapes on a vine stalk,

and another also of wrought gold with an N. roughly engraved or rather cut in apparently with the point of a knife on the cover of it.

The first of these boxes had been presented to general Bonaparte by the Pape Pius the VII[th] at the peace of Tolentino in consideration of some favorable modifications which general Bonaparte had admitted, on the treaty with His Holyness on that occasion.

I had looked on these boxes, in the first instance without opening them, but walking about the room shortly afterwards I took up that with the cameo upon it, to admire the beauty of the workmanship and at the same time opening the lid of it, I observed at the bottom a small card, cut exactly of the same size as the inside of the box with the following words upon it, written in general Bonaparte's own hand ‚l'empereur Napoleon à Lady Holland témoignage de satisfaction et d'estime'. On the back of the card was written in another hand ‚donnée par le Pape Pie VII à Tolentino 1797'. Count Montholon and Monsieur Marchand observing my surprise at reading the card, said they had no idea of there having been such a card within the box, but count Montholon added immediately he had been charged by general Bonaparte to present that box to Lady Holland.

On opening the other box I found it half filled with snuff — it was the last box general Bonaparte had in use. Count Montholon told me he had been charged to present it to D[r] Arnott, and that the N. on the top of it had been cut by general Bonaparte himself.

Count Montholon told me afterwards he had been charged also to present to D[r] Arnott ‚une somme d'argent'. Having asked count Montholon if general Bonaparte had not left many papers, he said very few that might be considered as his own that he had some dictées of general Bonaparte, but he regarded them now as belonging to himself. Count Bertrand who was present observed he had some also in his possesion of the same kind. Having begged count Montholon he would show me in the first instance those which he considered to belong to general Bonaparte himself, he went into his room and brought out a bundle with him, they were principally notes on the concordat, a rough copy of the letters from the Cape of Good Hope published as a reply to the book of Mr. Warden — answer to the manuscript of S[t] Helena —, and various loose papers which it would have required a immense time from the indistinctness in which many of them were written, simply in pencil, to have deciphered, the heads and subjects of none of them appeared to relate to any object of paramount interest, and upon asking count Montholon whether nothing more existed, he said that I might consider all papers of any kind of consequence, as having been already transmitted in one way or

other to Europe. He added: vous en avez même vu de publiés referring to the 9th book of the Memoirs. They had advertised, they said, the publication of the 7th, 8th and 9th book, but they had not appeared, these had been sent to Mr. O'Meara, but not for publication, he had published what he did without any authority and they were all extremely angry with him for it. He, count Montholon, would compel Mr. O'Meara to surrender up to him the remainder of the manuscript he had in his possession. General Bonaparte, he said, had been extremely surprised and incensed at the publication of any part of these as well as of the account of the battle of Waterloo by general Gourgaud, who was desired to deliver the notes he was possessed of upon that subject previous to his departure from hence and though he had given up one copy he had retained or rather purloined the other, that this circumstance had irritated general Bonaparte against general Gourgaud more than any thing else in his conduct, and he had never forgiven it.

I asked count Montholon what had become of the first books of the memoirs; he said they had been sent home, but he did not mention to whom; he reiterated that every paper which might be considered of any consequence, had been sent to Europe a long time since; that general Bonaparte had dictated nothing of any interest since july or august last. Many of the articles belonging to general Bonaparte having been very much cumbered together at my first visit, I suggested to count Montholon that the whole of them might be opened and laid out in the different rooms which combining with the desire of several persons to have an opportunity of seeing anything curious and valuable among the effects, that had been left the following day was fixed upon for their being arranged in such manner, and count Montholon at the same time said he would cause the furniture of general Bonaparte's own apartments, which as I saw them were in a state of entire disorder (one of them had been converted into a chapel and the drapery had been just stripped off) to be arranged in precisely the same state as they had been during his life-time.

The next day every thing was prepared accordingly, and as an act of attention to the officers and principal inhabitants of the island, the house was thrown open to every person of a respectable class in regular turn to see it. The bedroom and dressingroom, being the most constantly occupied by general Bonaparte, were arranged exactly in the manner they had been during his life-time, the entire walls of both were covered with white muslin drapery, which it was his custom must be changed every fortnight. The rooms thus have a very neat and comfortable appearance. On the 12th instant I waited again upon count Montholon, to inform him

of my determination with respect to the three boxes which had been sealed up and also with regard to the papers in his possession as well as in count Bertrands. I told him it was absolutely necessary I should be enabled to say ‚j'ai tout vu‘. A minute of conversation I had on this occasion with count Montholon and count Bertrand accompanies. Every thing which I required to see was shewn to me. With respect to the will I had it not in intention either to admit or to dispute the validity, leaving it to the natural heirs, to litigate any points that might arise upon it.

The articles left by general Bonaparte are almost entirely the same he brought with him hither and which he was permitted by the British government to possess whilst here; the codicil referred alone to such objects as he possessed here. During his life-time I might have been authorised in preventing any disposition of them, which might have rendered them convertible to the means either of communication or escape, but after his death they appeared naturally to fall as an heir loom to his natural heirs or to those persons to whom he willed them. The validity of the testimony as to his hand-writing and signature of persons who have an interest in the requests, might certainly be disputed in a court of law; but the circumstances under which general Bonaparte died, are of a nature for which no exact analogy I believe can be found in any precedent which law book could afford. I forbear giving validity to his last testamentary disposition as I might do in the same way as at the death of any other person on this island by requiring the witnesses and the executors to appear before me and the council to swear to the authenticity of the papers presented and to admit the right of administering upon them, but at the same time I have not felt myself called upon to dispute the validity by any direct act of interference, on my part, satisfying myself simply with assertaining what the effects are and taking such step on public grounds alone. I nevertheless feel I am not without legal argument for refraining from any real dispute on the validity of the will or putting a bar to its execution, for upon reference to the only law book in my possession, that I thought likely to present any light on the subject, Domast's civil law, I find all the arguments are in favor of the legatees; it is therefore in some degree withholding an aid from them in not calling upon them, to swear to the validity of the will before me, and thus leaving it open to any further discussion, but the neutral course in such matter is that which has appeared to me on the whole the most advisable to pursue.

I have . . .

II.

Minute of what occured at Longwood on the 12th may 1821, at the examination of some of the property left by general Bonaparte.

The governor called on count Montholon accompanied by Sir Thomas Reade and major Gorrequer, and informed him he had come to Longwood for the purpose of speaking to him, relative to the examination of the effects of general Bonaparte, that it was necessary he should see every thing before it left the island, in order that he might be enabled to state to his government, that the articles corresponded generally with the inventaries, and that he might be enabled to send the effects home on board the same ship with the persons of Longwood instead of sending them sealed up to be examined there, that it might thus prevent many questions regarding them in England, and save much trouble and inconvenience to themselves, hereafter, as the government might at once be enabled to make its dispositions respecting the effects upon his report.

Count Montholon assented immediately to the examination of every thing except three small boxes, sealed up with general Bonaparte's own seal and the seals of four of his followers (viz. counts Bertrand and Montholon, abbé Vignali and le Sieur Marchand) saying: ‚Il n'y a aucune autre difficulté que pour ces trois boîtes', that he would prefer every other mode of proceeding in respect to them, than breaking the seals, ‚nous devons', he said, ‚respecter ces dernières volontés' that it would be placing them (the persons whose seals were affixed) in an unpleasant situation towards his son and the other members of his family.

The governor said: ‚Je méritерais d'être blâmé très hautement, si je me contentais d'examiner les articles de la moindre conséquence, et de laisser passer les choses les plus précieuses sans les voir.' The count here observed: ‚Oui, c'est bien, ce qu'il y a de plus précieux certainement', the governor resumed: ‚Ce serait me placer dans une position assez ridicule que de rester satisfait d'avoir vu une partie et point l'autre' that his object was by no means one of curiosity, but to be able to do his duty towards government, by informing it he had examined all the effects generally. It was not his intention to interfere with the disposition of the property mentioned in the will, nor would he consider whether he could legally do so or not, he had no desire to impede the last intentions of general Bonaparte in the disposal of that property. Even the regulations of the customhouse required that every thing imported or exported should be seen, and in his situation of governor he was not bound to dispense with the rule on this occasion. In England every box must be opened by officers of the

customs, nothing could be taken out of the ship, without that examination; after his seeing the contents of these boxes they might be again sealed up and his seal annexed to the other seals. His object and desire from the moment of general Bonaparte's death had been to proceed in every thing with all the accord in his power. Count Montholon bowed saying: ‚Oui certainement, vous l'avez fait en toutes choses.' The count then said it was necessary he should consult with the other persons whose seals (beside his own) were on the boxes, and consider whether they could accede to the governor's desire of having them opened, as they must act in unison on such a point. The governor remarked, he was desirous they should all act in concern in this affair. The count then expressed a wish, the governor should state his desire in writing, not thinking a verbal communication sufficient, to justify them towards the son and family of general Bonaparte. After conferring with the other persons concerned, he would let the governor know their opinion. The governor said he understood that count Bertrand and himself had several papers of general Bonaparte's dictation, these it would be necessary he should also see, so as to be informed of the general tenor of them. ‚Il faut', added the governor, ‚que je sois à même de pouvoir dire pour tout ce qu'il y a j'ai vu' to this count Montholon consented without difficulty or hesitation.

The governor inquired what steps were meant to be taken respecting the money advanced to the etablishment for which count Bertrand had given receipts. The count said, he would himself have the amount paid by Baring, it was he believed 60.000 francs. The moment he arrived at Paris he would take the necessary measures to have it repaid, at all events not above a month should pass after his arrival there without his sending authority to MM. Baring to pay it; the money so advanced was for their use in general, and he was equally responsible for its payment with count Bertrand, he made himself answerable it should be refunded.

Count Montholon then spoke respecting the books at Longwood, part of which he said belonged to the British government and part to general Bonaparte, that the general had given some, belonging to the government, to his wife (Madame Montholon) on her departure along with other books of his own, having taken them without selection or heeding to whom they belonged; that Mr. O'Meara had taken some away with him without their consent (or even leave to keep them in his room) part of which belonged to government.

The count handed over to me three lists, marked n° 1—2—3 which he said specified the whole of the articles contained in the three small boxes under seal. A list of general Bonaparte's wardrobe and plate, and

also an additional ane of the latter article, which he said had been brought by count Bertrand from France here unknown to any body and had remained hitherto, in possession of the count, that he had taken it away without mentioning it to any one, and that it was only after general Bonaparte's death he had told him (count Montholon) of it. The governor informed count Montholon that the Camel, storeship, was fixed upon, to take them all to Europe, that the admiral was giving the necessary directions to have every preparations made for their reception, that it was a very good and large ship, with comfortable accommodation, the captain a very respectable attentive person, who was extremly well spoken of by every passenger who sailed with him, there would be some troops embarked also on board her, but they would not be crowded or incommoded by them; he thought he could not say more in favour of the vessel, than that he would be happy if he could embark his family on board so good a one, on going home; count Montholon asked about what time she might be expected to sail, the governor mentioned the latter end of the ensuing week, to which the count replied ‚le plutôt tant mieux'.

The governor then left count Montholon who having gone to consult the other persons respecting the opening of the boxes, soon returned and informed the governor (who was waiting in the quarters of the orderly officer) that they had not objected to the breaking of the seals, that they said, as he was the person principally charged with the execution of the last wishes of general Bonaparte, so long as he himself opposed no difficulty, they would not. It was his business more than theirs, and they would be regulated by him. Count Montholon then expressed his readiness to have the seals of the three small boxes broken, immediately on receiving a letter from the governor expressive of his desire, to view the whole of the effects. The count then withdrew and the governor having written a letter[1] to him on the subject, I delivered it, when, after casting his eyes over it, he said he was ready to open the sealed boxes in the library.

---

[1] Sir! Longwood, 12th may.

It forming part of my instructions, not to suffer any article appartaining to Langwood to quit this island without examining the same, I think it proper to acquaint you that I can make no exception whatever to the general rule laid down for my guidance on this head, but have to desire that the whole of what is meant to be conveyed from hence may be exhibilited to me, I shall then have the honor of acquainting you as to any form in which it may be allowed to depart. I have the honour . . .

The governor then proceeded accompanied as before to the library where count Montholon and Bertrand and Sieur Marchand were assembled; count Montholon having said a few words in a low tone respecting the letter he had just received from the governor, and his having consented to open the boxes, count Bertrand and Marchand bowed and acquiesced; count Montholon then cut the ribbons by which the seals were connected and fastened on the box N° 1, and Marchand who held the keys opened it. I then produced the list N° 1 which had been delivered to me by count Montholon and the articles being read over and compared with what the boxes contained, they were found to correspond. The boxes N° 2—3 were opened and examined in the same manner as N° 1 and the contents were found to agree with the lists, they were immediately locked up successively as examined and the keys retained by Marchand. The governor then asked count Montholon whether they were not to be sealed again, as they were previous to their being opened. The count replied they would seal them up afterwards (general Bonaparte's seal being in their possession) it not being absolutely necessary, to do it immediately, viewing, their contents had been seen and compared with the lists. The governor then proceeded to count Montholon's apartments, where the count exhibited a quantity of papers in his possession, a great portion of which consisted of notes dictated by general Bonaparte on his campaigns; there were also several memoranda in his own hand-writing and directions from him in pencil on slips of paper to the count, to make researches on various publications, and collect materials to assist in preparing what he was then compiling. Amongst these papers was the account of the battle of Waterloo, written out fair, the rough draft of which had been taken away by general Gourgaud; the reply to the manuscript venu de Ste-Hélène already published; drafts of the letters from the cape etc. etc. Count Montholon said he had destroyed a great quantity of such kind of rough drafts as they had generally been written out fair and he would still destroy many more of these, they were be added kept by him as curiosities. The governor then took his leave, count Montholon having called me back to ask some questions about a sum of money with which Marchand wished to form a fund, for the purpose of securing a provision for a natural child of his on the island; the count afterwards mentioned he had been searching for a note dictated to him by general Bonaparte a considerable time back, which he expressed himself concerned at not being able to find ‚car c'était l'éloge du duc de Wellington' it was written in the highest terms of praise of the military conduct of the duke.

I then rejoined the governor who had gone with Sir Th. Reade to general Bertrand's house, were the count was laying open several portefolios of papers. The governor had already seen one containing cash accounts of the establishment of general Bonaparte at Longwood. Count Bertrand then shewed a great number of papers much of the same nature as those seen by the governor, at count Montholon's, viz. dictations of general Bonaparte rough drafts, and a great many notes in the generals own hand-writting. Among them was a translation by count Bertrand into French of part of Mr. Hobhauses publication, for general Bonaparte (he not being able to read English) which had however been suddenly abandoned as a work that gave only the opinions and views of one particular party. Also part of the duke of Marlboroughs life translated in like manner by count Bertrand, this had likewise abruptly been given up. A great many extracts from the annual register and various others to form skeletons (quadres) for the writings, general Bonaparte was engaged in. A collection of materials for a work in progress on the archdukes Charles campaigns, which when he saw that published by the archduke himself, count Bertrand stated he threw aside, saing ‚mais je n'ai écrit que des bêtises, ici je travaillais en supposant que l'ennemi avait 80 ou 100.000 hommes en campagne, et je trouve qu'il n'en avait environ que 50.000'. He had in this manner relinquished several works in contemplation, and others even begun in consequence of the want of books, from which he might have obtained the information which he found necessary, as a ground work to proceed upon, such for instance, as the strength of armes their exact position at particular periods etc. ‚Ceci l'avait beaucoup dégoûté de ses ouvrages parce qu'il n'avait que sa tête pour travailler et cela ne lui suffirait point.' A great many of the papers were on the Egyptian campaign; count Bertrand mentioned that he had particularly urged him to write on the Russian campaign and that in Saxony, as there was no individual sufficiently acquainted with his plans and objects during the latter campaign in particular to write a good account of them, no one but himself being able to explain his dispositions the multitude of combinations which were put in action, nor the object of many of them, he would not however undertake it but replied, they would speak for themselves. The most bulky parcel of papers which count Bertrand opened was he said, on the defensive operations of a division by fieldworks, and the depth of formation of troops; the French always formed their lines three deep, but as the near rank could not fire over the two others in its front, he most approuved the English method of forming two deep, only so long as you could not give effect to the fire of the third

rank; this point count Bertrand said had occupied his mind with a particular degree of interestedness, he would get up several times in the middle of the night to write notes upon it and he frequently sent billets to count Bertrand on the subject even at night; the whole of that parcel of papers had been prepared during the time he was busied with making his little garden; he there traced out all his plans of fieldworks on the ground, having them all (his followers) about him, and pointing out to them his ideas; he there described the mode in which he would give effect to the fire of a line drawn up in ranks even as far as ten deep, by placing the ranks on advantageous inclined positions and drowing them up with the men of lowest stature in the front rank and the tallest in the near. With his ranks of 8—10 deep he thought himself perfectly inabordable and he would hear of no objections to his plans, he would even propose where the ground did not offer a slope to make the men dig away a little of the earth where they were to stand, like steps which would give sufficient elevation to the near ranks to fire over these in front and this he would have done in a minute; when count Bertrand asked him for another minute he said no in war half a minute is too much to lose you would have the cavalry upon you and be cut in pieces; to prove the practibility of such depths of formation, in the little garden he would call out ‚Allons Noverraz viens ici, tu es le plus grand, plante-toi là et vous autres approchez‘, and having arranged them according to size on a declivity he went on; ‚et moi qui suis le plus petit, je serai au dernier rang puis il coucherait en joue avec un bâton par dessus nos têtes‘ exclaiming in triumph, ‚eh bien ne voyez pas que je tire par dessus la tête de Noverraz‘.

Count Bertrand said these papers were kept by him mostly from curiosity, there were however a number of interesting things among them, which he intended to put in order, they could be usefull to his sons. The greater proportion was his (the counts) having been obliged to collect materials and to go over a great deal of preparatory works (apparently in mathematiks and fortification) which he had at this time almost forgotten.

Amongst the papers were also the reply to the manuscript de S[te]-Hélène, notes on the work of Fleury de Chaboulon, originals of the letters published as from the cape of Good Hope, in answer to Mr. Wardens book, some sketches on the mode of framing a tableau of the revenues and ressources of the various branches of government.

Count Bertrand said that general Bonaparte had written little or nothing since july last and that generally all he had written up to august 1820 had been sent to Europe, that he had written much less here altogether then was supposed.

In the course of the conversation count Bertrand said that in the list of books they had requested Lady Holland to purchase for Longwood, some were inclused which would have been found to contain information on the subjects required by general Bonaparte to assist in his writings.

The governor said the books had been embarked from England about 18 months ago, but they hat not yet arrived here.

Signed: Gorrequer, major.

III.

Sir Hudson Lowe an B. Stürmer.

Ste-Hélène, ce 27 mai 1821.

Monsieur le baron!

Il n'existe plus — une maladie héréditaire, suivant l'opinion des personnes de sa famille, l'a conduit au tombeau le 5 de ce mois — un squirrhe et cancer à l'estomac près du pylore. En ouvrant le corps, avec le consentiment des personnes qui l'entouraient, on a découvert un ulcère près du pylore qui causait des adhésions au foie, et en ouvrant l'estomac, on a pu tracer le progrès de la maladie, l'intérieur de l'estomac presque en entier étant ‚a mass of cancerous disease or of schirrous portions advancing the cancer'. Son père est mort de cette maladie à l'âge de 36 ans. Elle l'aurait frappé sur le trône de la France, à la tête de ses armées, également comme ici, à l'heure fixée, comme on peut dire, par le destin, pour suivre sa propre façon de penser sur ce sujet. Ce n'est que depuis le 17 mars, qu'il a été confiné à sa chambre, mais on a remarqué un changement en lui depuis le mois de novembre passé — une pâleur plus qu'ordinaire, et une manière faible à marcher. Il prenait cependant de l'exercise, deux fois par jour généralement, dans une petite calèche, mais sa pâleur et sa faiblesse paraissaient toujours restées. On a offert le conseil des médecins Anglais, mais il n'a pas voulu en recevoir aucune visite jusqu'au 1er avril, le mois avant sa mort. C'est le professeur Antomarchi qui l'a soigné avant cette époque, et qui a continué même après jusqu'à son décès. C'est le professeur aussi qui a opéré à l'ouverture du corps en présence de presque tous les médecins de l'île. Le docteur Arnott du 20 Regt, homme très sage et d'expérience, est celui qui a été appelé à le voir au 1er avril et qui lui a continué ses soins jusqu'au dernier moment. Il lui a marqué sa reconnaissance en le léguant une tabatière d'or, la dernière dont il faisait usage lui-même, et sur laquelle il avait gravé de sa propre main la lettre *N*. Il lui a laissé aussi une somme d'argent (£ 500).

Le comte Montholon est devenu le principal dépositeur de ses dernières volontés; le comte Bertrand ne figure qu'en second. Il avait très fortement recommandé au comte Bertrand de faire tout son possible pour se concilier avec moi, sauf toujours son point d'honneur — on m'en a même averti. Il a fait des avances, et comme je n'ai pas de la rancune dans ma disposition (autant qu'une personne peut juger d'elle lui-même), je ne lui ai pas tourné le dos. Ce sont toujours cependant le prétensions ‚du grand maréchal' (et son amour propre blessé) plus que celles de ‚l'empereur' qui ont gâté les affaires originairement ici, et les recommandations que l'un a reçues sont une preuve que l'autre a commencé à voir clair à la fin. Il y avait un codicille de testament, par lequel tous ses effets ici furent laissés aux comtes Bertrand et Montholon et à Marchand. C'est Montholon qui est principal exécuteur — on ne connaît rien, on dit ne rien connaître du testament.

Le temps que vous avez passé ici m'a fait croire que ce peu de détails avaient quelque intérêt, et je ne fais pas des excuses en cette épître pour mon intrusion. Faites agréer mes compliments aussi ceux de Milady Lowe à Madame la baronne, et croyez-moi toujours Monsieur le baron avec une considération très distinguée votre très fidèle et très obéissant serviteur H. Lowe.

P. S. Bonaparte a deviné lui-même la cause de sa maladie, peu de temps avant sa mort. Il a désiré que son corps fût ouvert, afin comme il a été dit par Bertrand et Montholon, de découvrir s'il y aura quelque moyen de garantir son fils de la même maladie. Excusez mon griffonnage.

IV.

Projet de lettre de S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise, duchesse de Parme, à S. M. l'empereur.

Parme, le . . .[1]

D'après les informations que V. M. m'a fait donner dans le courant du mois de juillet dernier et d'après celles qui me sont parvenues depuis, il ne m'est plus permis de douter, que le Toutpuissant a disposé des jours de douleur de Napoléon mon époux. Les journaux avaient dévancé dans l'annonce de cette nouvelle les lettres que j'ai reçues de Vienne et de Paris; ils vont même plus loin, et présentent déjà plusieurs versions sur

[1] Dazu bemerkt: ‚Il serait désirable, que cette lettre fût datée des derniers jours du mois d'août.'

le lieu destiné à son sépulcre. Si depuis 1814 il ne m'a plus été donné de faire entendre ma voix dans les conjonctures qui ont décidé de son sort, je pense, qu'il en doit être de même encore aujourd'hui, et qu'en persévérant dans le silence, dont vos conseils et ma situation m'ont fait un double devoir, il ne me reste, qu'à renfermer en moi les sentiments que je dois naturellement éprouver. Toutefois, si après tant de vicissitudes j'avais un vœu à exprimer et pour moi, et à ce qu'il me semble, pour le duc de Reichstadt, ce serait, que les restes mortels de mon mari, du père de mon fils, fussent respectés. En déposant avec une confiance sans bornes ce vœu dans le cœur paternel de V. M., je Lui abandonne le soin de le faire connaître, si Elle le juge convenable ou nécessaire.

V.

Baron Neumann an den Fürsten Metternich.

Londres, le 21 août 1821.

Mon prince!

Lord Bathurst, chargé en l'absence de Lord Londonderry de recevoir les communications diplomatiques, me fit appeler, il y a deux jours, pour me lire un billet que lui avait écrit Lady Burghersh, et par lequel elle lui disait qu'elle avait été priée de la part de S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise, de s'informer si Bonaparte n'avait fait aucune disposition testamentaire en sa faveur ou en celle de son fils, et en général de lui faire connaître toutes les circonstances qui avaient accompagné ce décès. S. M. ajoute à cela qu'au moment où elle écrivait, elle n'avait encore reçu aucune communication à ce sujet de la part de notre gouvernement.

L'intimité dans laquelle Mme la duchesse de Parme semble être vis-à-vis de Lady Burghersh, a fait envisager sa démarche par Lord Bathurst comme naturelle, et il me dit qu'il n'avait aucune objection à faire parvenir à S. M., par le canal de Lady Burghersh, les mêmes communications qu'il nous avait faites, et de lui envoyer copie des mêmes pièces qu'il nous a remises alors. Lord Bathurst ajouta qu'il laisserait écouler huit ou dix jours avant de répondre à Lady Burghersh, afin de laisser le temps d'en informer V. A., et qu'elle sache de quelle manière Mme l'archiduchesse duchesse de Parme aura obtenu les renseignements qu'elle a demandés.

S. E. me dit qu'il y avait toujours le même mystère relativement à son testament, qu'il ne croyait pas que Bertrand, ni Montholon sachent

où et en quelles mains il était déposé, mais qu'en même temps il ne doutait pas que ce testament n'existât quelque part.

Veuillez — — — — — — — — — — — — — — — —

VI.

Graf Neipperg an den Fürsten Metternich.

Florence, le 1er octobre 1821.

Mon prince!

Le jeune comte de Dietrichstein, expédié de Vienne comme courrier mardi le 25 du mois de septembre, m'a remis les dépêches de V. A. en date du 24, avant-hier le 29 après avoir eu une grande diligence. Je n'ai pas manqué de les soumettre à la connaissance de S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme. Cette auguste princesse a été très peinée de voir, que V. A. ait pu supposer que ce serait un manque de confiance dans le zèle que vous avez toujours mis, mon prince, à soigner ses intérêts, qui aurait pu l'engager à s'adresser à Milady Burghersh pour avoir des informations sur la mort et les dernières dispositions de Napoléon. V. A. sait que S. M. a été instruite de cet événement par la gazette de Piémont, que le courrier de Vienne que vous m'avez expédié avec les détails et les pièces officielles venues de Londres, n'a pu être envoyé à Parme que quelque temps après; Mme l'archiduchesse ne recevant de nouvelles certaines et officielles d'aucun côté et mue par un sentiment d'inquiétude bien naturel dans un moment pareil et dans sa position, s'est adressée à Lady Burghersh (qui était arrivée peu de temps avant à Londres et qu'elle honore d'une amitié particulière), pour avoir des notions sur tout ce qui pouvait concerner un événement qui la touchait de si près. S. M. eut la bonté dans le temps de me faire part de cette démarche, et comme je remarquais que son esprit se montait extrêmement à cause du retard des communications de Vienne (qu'elle ne savait à quoi attribuer) et sur le manque total des nouvelles sur l'événement de la part des augustes personnes de sa famille et même de celles qui ont l'honneur de les entourer, je crus d'autant moins la dissuader de s'adresser à Lady Burghersh, vu que la chose n'avait aucun caractère officiel, et que S. M. priait simplement cette dame de lui faire part de tout ce qui pourrait venir à sa connaissance, sans la charger de s'adresser au ministère Anglais, comme elle le fit.

Lady Burghersh n'a effectivement rien fait d'autre et surtout aucune démarche au nom de S. M. Elle a écrit à cette souveraine que con-

naissant beaucoup Lord Bathurst, elle lui avait écrit un billet, pour lui demander des informations sur la mort de Napoléon et sur son testament. Ce ministre lui remit la copie en Anglais des mêmes pièces, que V. A. me fit passer, il y a quelque temps par Son courrier, et il y a huit jours, qu'elles nous sont parvenues ici par un courrier Anglais qui se rendait à Naples. Je me suis convaincu que Lord Burghersh n'a pas même été instruit de cette affaire par Milady, qui s'en est chargée elle-même. S. M. voyant que les papiers qu'elle lui envoyait ne contenaient rien de nouveau, avait déjà prié cette dame avant l'arrivée du comte de Dietrichstein de ne plus donner de suite à ces informations et à ses recherches.

Mon rapport ci-joint sur une seconde conversation que j'ai eue avec l'abbé Vignali, aumônier de Napoléon, retourné de l'île de S[te]-Hélène, prouvera à V. A., que le ministère Anglais aurait pu se procurer, s'il en avait eu l'intention, des données plus certaines tant sur le testament, que sur des fragments de mémoires laissés par le défunt. S. M. est persuadée et je partage respectueusement son opinion, que le vrai moment de savoir quelque chose de positif sur ces objets intéressants a été manqué. C'était avant le départ de S[te]-Hélène que Sir H. Lowe aurait pu refuser au général Bertrand et au comte de Montholon sa reconnaissance du codicille, s'ils ne donnaient pas des notions positives sur le testament et son contenu. En Angleterre on n'aura plus les mêmes droits de le leur demander, et s'ils rentrent en France (on assure qu'ils y sont arrivés), comme il y a toute probabilité, ils auront tous les moyens pour s'entendre avec la famille Bonaparte, comme il est hors de doute qu'ils l'ont déjà fait. Si la fortune que laisse le défunt est de quelque conséquence, il n'est sûrement pas dans l'intérêt général qu'elle reste dans la famille Bonaparte, qui ne peut qu'en faire un mauvais usage.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

VII.

Handschreiben des Kaisers an den Fürsten Metternich.

Wien, den 15. October 1821.

Lieber Fürst Metternich!

Sie werden bei Gelegenheit Ihrer gegenwärtigen Sendung sich möglichst angelegen sein lassen, von der englischen Regierung Gewissheit zu erlangen, ob vom weiland Napoleon Bonaparte ein Testament vorhanden sei oder nicht, und im ersten Falle dafür sorgen, selbes in glaubwürdiger Form zu erhalten, welches Sie mir dann zu unterlegen und dafür

zu sorgen haben, dass, wenn er allenfalls etwas Meiner Tochter oder Meinem Enkel vermacht hat, dieses sichergestellt und erhalten werde.

Franz.

VIII.

Fürst Metternich an den Fürsten Paul Esterházy.

Vienne, le 2e octobre 1821.

Mon prince!

En signant ma précédente dépêche N° 5 dans laquelle j'ai développé les motifs, qui devaient nous faire attacher une haute valeur à la connaissance des dispositions testamentaires de Napoléon Bonaparte, je me suis aperçu qu'il n'y était fait aucune mention de celui, qui réclame peut-être plus spécialement, que tout autre, notre attention et celle des cours alliées.

On ignore quelle est la fortune, que peut avoir laissée Napoléon; mais les bruits les plus invraisemblables se sont répandus sur cet objet en Europe depuis sa mort, et on croit généralement ou du moins on affecte de croire, que cette fortune est immense et se monte à 30 ou 40 millions de francs. Je suis très éloigné de partager cette opinion, et je suis même persuadé que la succession de Napoléon ne peut pas être considérable. La question au reste, s'il a laissé une grande fortune ou bien une fortune médiocre, n'en est pas moins très importante à éclaircir sous le point de vue politique. Car, dans le cas où contre toute vraisemblance il aurait effectivement laissé une grande fortune, dont l'administration se trouverait confiée aux dépositaires inconnus de ses dernières volontés, il ne pourrait assurément pas être indifférent pour les souverains alliés et pour le repos de l'Europe, de laisser la disposition de fonds aussi considérables à des individus dévoués à ce parti, qui pourraiènt en faire un usage pernicieux. Dans la seconde hypothèse, nommément si la succession de Napoléon n'est, comme je suis très porté à le croire, qu'un objet de quelques cent mille livres sterl. il est encore intéressant, que cela soit connu, parce qu'à l'existence supposée d'une grande fortune laissée par Napoléon, se rattachent une foule d'espérances coupables et de projets criminels. Sous ces deux rapports, de même que par les motifs développés dans ma précédente dépêche, il me paraît donc d'un haut intérêt politique, de ne négliger aucun moyen, qui puisse nous mettre à même d'acquérir à cet égard des données positives et exactes. Vous voudrez bien, mon prince, faire part de ces considérations au ministère Britannique, en

lui donnant connaissance de la présente dépêche. Nous nous flattons, qu'il les appréciera, et qu'il se pénétrera comme nous de la nécessité et de l'importance de vouer à cet objet l'attention la plus suivie.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — —

IX.

Fürst Metternich an den Fürsten Paul Esterházy.

Réservée. Vienne, le 2e octobre 1821.

Mon prince!

Je suis informé de très bonne source, qu'à la manière dont on s'exprime dans la maison de Lady Holland sur le testament de Napoléon Bonaparte, on ne peut pas douter de son existence. Il ne serait pas impossible, que Lord Holland eût été sous ce rapport dans la confidence du prisonnier de Ste-Hélène, et qu'il ne connût même la personne chargée de ce dépôt. Peut-être en poursuivant avec sagesse cette trace, parviendrait-on à découvrir quelque chose de positif. D'après nos notions, ce testament doit exister depuis deux ans au moins; car à peu près vers cette époque on nous a fait espérer de nous en faire connaître les dispositions, mais la personne qui s'en était chargée paraît avoir été retenue par la crainte de se compromettre vis-à-vis du parti. Si le testament existe depuis deux ans, il est vraisemblable, que pour le soustraire à la connaissance du gouvernement Anglais, Napoléon aura pris la précaution de l'envoyer en Europe et de le faire déposer entre les mains d'une personne dévouée à ses intérêts. Serait-ce Mr. de Las Cases ou le docteur O'Meara, qui auraient été chargés de cette commission? Il semblerait, que Sir Hudson Lowe, qui a exercé sur le prisonnier, qui lui a été confié, une surveillance sévère, pourrait fournir sur cet objet des indices utiles, et que le gouvernement Anglais devrait avoir des moyens d'en acquérir par les individus même de la suite de Napoléon, s'il veut s'en occuper sérieusement et avec intérêt. Si c'est Mr. de Las Cases, qui a été chargé de porter le testament en Europe, il est vraisemblable, qu'il l'aura déposé entre les mains de Mr. le prince Eugène, avec lequel il s'est placé dès son arrivée à Francfort, dans les rapports les plus intimes. Si c'est au contraire au docteur O'Meara que cette commission a été confiée, peut-être le testament se trouve-t-il encore en Angleterre. Dans tous les cas j'ai cru devoir vous faire part des différentes suppositions, qui se sont présentées sur cela à mon esprit, pour vous mettre à même,

mon prince, de les combiner avec les indices, que vous pourrez rassembler et pour vous faciliter ainsi vos recherches autant qu'il est en mon pouvoir.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

X.

Fürst Paul Esterházy an den Fürsten Metternich.

Londres, le 19 décembre 1821.

Mon prince!

Lord Bathurst n'étant revenu en ville qu'hier, je n'ai pu me concerter avec lui sur les recherches à faire relativement aux dispositions testamentaires de Napoléon Bonaparte, ne voulant rien entreprendre par moi-même et sans avoir consulté ce ministre. Je me suis cependant mis en rapport avec le ci-devant gouverneur de Ste-Hélène, Sir Hudson Lowe, et quoique les données qu'il a pu me fournir soient très insuffisantes, il y a mis néanmoins plus d'obligeance que je ne devais en attendre d'après la réputation que lui avaient donnée les rapports de Mr. de Stürmer d'être très peu communicatif, me promettant en même temps toute l'assistance qu'il serait en son pouvoir de me prêter. Il m'assura de la manière la plus positive que lui, ainsi que le gouvernement Britannique, ignoraient totalement où se trouvait le testament de Bonaparte, quand il avait été rédigé et de quelle manière et par qui il avait été apporté en Europe. Il a cependant des motifs de croire que c'est l'abbé Buonavita, qui avait quitté l'île de Ste-Hélène peu de temps avant la mort de Bonaparte, qui en avait été chargé. Ne s'étant point trouvé en relation avec Bertrand, il n'en a rien pu recueillir sur l'existence d'un testament; mais Montholon en a souvent parlé, ainsi que des sommes immenses dont le testateur y disposait. Lui-même évaluait son legs à cent mille livres sterl. Sir Hudson Lowe admet la possibilité que ce document ait été soustrait, peut-être contre les intentions de Bonaparte, et ce qui le confirme dans cette opinion, c'est la demande expresse de celui-ci que le codicille fut porté à sa connaissance. Lorsque après sa mort le gouverneur se rendit à Longwood, il crut y trouver un testament et non un codicille; mais on prétendit ignorer complètement qu'il en existait un qui, du reste, n'était point de son ressort, vu qu'il n'affectait point les propriétés du défunt dans l'île. On pourrait, me dit Sir Hudson Lowe, récuser la validité d'un pareil acte si, comme on n'en peut douter, il n'est point légalisé par les autorités locales.

Veuillez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

XI.

Baron Vincent an den Fürsten Metternich.

Paris, le 17 janvier 1822.

Mon prince!

Sous les dates du 4 et 27 décembre dernier j'ai fait mention vis-à-vis de V. A. de ce que j'avais appris des dernières dispositions de Bonaparte. J'avais eu des raisons de croire que notre ambassade à Londres avait eu des renseignements directs à cet égard.

Le testament dont on fait circuler différentes clauses en France, est une attaque contre le gouvernement actuel, et un moyen d'intéresser la vieille armée au nom de Napoléon.

Il ne paraît pas que l'on ait connaissance d'autres fonds en France que de ceux qui sont chez le banquier Lafitte, et dont il aurait été disposé en faveur de ceux qui ont accompagné Bonaparte à Ste-Hélène. On assure qu'il en existe entre les mains du prince Eugène pour un montant très considérable; il a été question d'un voyage du général Bertrand à Munich, mais j'ai appris depuis que c'était Gourgaud qui y avait été.

Il paraît que Napoléon n'a désigné d'autre legs en faveur de son fils que celui de son épée et d'une instruction que le général Bertrand aurait été chargé de lui remettre. Quand aux fonds qui sont ici chez Lafitte, et dont il a été disposé par le testament de Bonaparte, ce ne serait que par une action juridique que l'on pourrait attaquer la donation, si elle est contraire aux lois françaises, qui ne permettent pas de disposer au delà d'une certaine partie de l'héritage au désavantage des enfants.

Il est donc à considérer s'il convient de demander dans les voies judiciaires communication du testament, de le faire consulter par des jurisconsultes, de mettre opposition entre les mains du dépositaire des fonds et de commencer une instance, qui ne pourra avoir qu'un grand éclat, déplaire beaucoup au gouvernement, réveiller toute espèce de souvenirs et de combinaisons par l'évidence, où se trouvera notre cour dans cette affaire et celle qu'elle donnera au duc de Leuchtenberg.

Mr. de Sémonville, beau-père de Mr. de Montholon, a cherché à connaître si notre cour avait le projet de revendiquer les droits du duc de Reichstadt. Quant aux fonds qu'on dit être entre les mains du prince Eugène, il serait sans doute possible de s'en assurer et de traiter sur l'objet sans publicité et surtout sans l'intervention des tribunaux.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

XII.

Fürst Metternich an Baron Vincent.

Vienne, le 26 janvier 1822.

Monsieur le baron!

La dépêche que sous la date du 4 janvier j'ai eu l'honneur d'adresser à V. E. relativement aux fonds déposés à titre de propriété particulière par Napoléon Bonaparte chez le banquier Lafitte, s'est croisée avec le rapport de V. E. du 27 décembre dans lequel Elle m'a témoigné le désir de recevoir une autorisation directe de notre part, avant de se mettre en rapports d'affaires avec MM. de Bertrand et de Montholon pour les ouvertures que, par suite de la lettre de Londres le 16 août dernier, ils seraient dans le cas de faire à V. E. au sujet du testament de feu l'époux de Mme l'archiduchesse.

La dépêche qui précède la présente vous transmet, Mr. le baron, cette autorisation, dans laquelle je me suis borné à des termes ostensibles. Il est très probable qu'ils demanderont à en avoir communication, et comme vous ne pourriez convenablement vous y refuser, le mieux sera que vous vous munissiez à l'avance d'une copie simple que vous leur remettriez, s'ils en formaient la demande après que vous leur en auriez laissé prendre lecture. S'ils montraient de la disposition à s'expliquer sur le champ et à vous donner, par extrait, la communication qu'ils se proposaient de présenter personnellement à Mme l'archiduchesse, vous ne pourriez, dans ce cas, vous refuser à donner la copie de votre autorisation en échange de leur communication par écrit.

Comme le comte Bertrand a écrit en son seul nom et que seul il a signé la lettre, bien qu'il annonce que l'ex-empereur a désiré que lui ainsi que le comte Montholon se rendissent près de Mme l'archiduchesse, il serait préférable que V. E. commençât par voir ces Messieurs séparément et le comte Bertrand en premier. Cependant si celui-ci n'était pas à Paris, il conviendrait que V. E. entamât sa démarche près du comte de Montholon. Il semble que l'un et l'autre peuvent s'expliquer séparément, puisque dans l'annonce officielle de la mort de Bonaparte, l'un n'a pas fait difficulté d'écrire seul et de parler au nom de l'autre. Il est d'ailleurs de règle, lorsqu'il y a plusieurs exécuteurs testamentaires, que l'un à défaut de l'autre doit veiller à ce que les dispositions testamentaires soient remplies, parceque les exécuteurs testamentaires sont solidairement responsables. Peut-être même ne serait-il pas inutile, après que

V. E. aurait eu un entretien avec Mr. Bertrand ou avec Mr. Montholon, qu'Elle chargeât Mr. le baron de Binder ou une autre personne de l'ambassade de s'adresser verbalement au Sieur Marchand qui est aussi associé à l'accomplissement du testament, et de tâcher d'en tirer quelques éclaircissements. Il ne pourra qu'y avoir de l'avantage à comparer les renseignements que l'un et l'autre de ces exécuteurs testamentaires donneront de prime abord sur l'interpellation qui leur serait adressée. Il est d'ailleurs une circonstance qui le rend conseillable de les sonder séparément. Le comte Bertrand, avant comme après la chute de Bonaparte, a toujours joui d'une réputation plus honorable que le comte de Montholon; aussi celui-ci a-t-il été plus distingué dans les dernières dispositions de Bonaparte que le général Bertrand; on les voit même suivre une allure différente depuis leur retour en France. S'il faut en croire des insinuations répandues par des personnes de la clientèle des frères de Bonaparte, il semble que Montholon avait réussi dans les derniers temps à circonvenir le prisonnier de S[te]-Hélène et qu'il s'est emparé de tout; on le représente comme un intrigant initié à l'école de Talleyrand, de Sémonville et d'autres caméléons de la révolution. On a remarqué aussi à Paris que, depuis son retour, Montholon a déployé un luxe qu'on a trouvé ridicule, parcequ'on prétend qu'à son départ, il était criblé de dettes. Mais sans s'arrêter à des rumeurs qui n'ont peut-être leur source que dans le sentiment d'envie et de dépit de quelques autres Bonapartistes, il est permis d'admettre la conjecture d'une réticence et même d'un recèlement, soit de l'argent soit des papiers de la succession.

V. E. se rappellera d'avoir lu dans un rapport de Mr. le prince d'Esterhazy du 19 septembre que Sir Hudson Lowe a assuré de la manière la plus positive que lui ainsi que le gouvernement Britannique, ignoraient totalement où se trouvait le testament de Bonaparte, quand il avait été rédigé, et de quelle manière et par qui il avait été apporté en Europe; que lui (Sir Hudson Lowe) a cependant des motifs de croire que c'est l'abbé Buonavita, qui avait quitté l'île de S[te]-Hélène peu de temps avant la mort de Bonaparte qui en avait été chargé; que ne s'étant point trouvé en relation avec Bertrand, il n'en a rien pu recueillir sur l'existence d'un testament, mais que Montholon en a souvent parlé ainsi que de sommes immenses dont le testateur y disposait; que lui même (Montholon) évaluait son legs à cent mille livres sterlings; qu'enfin Sir Hudson Lowe admet la possibilité que ce document ait été soustrait, peut-être contre les intentions de Bonaparte, et ce qui le confirme dans cette opinion, c'est la demande expresse de celui-ci que le codicille fut porté à sa connaissance. Lorsque, après sa mort, le gouverneur se rendit à

Longwood, il crut y trouver un testament et non un codicille, mais on prétendit ignorer complètement qu'il en existait un.

Ce que Sir Hudson Lowe a dit dans les premiers jours de décembre à Mr. le prince d'Esterhazy est tout à fait en accord avec le rapport officiel que le gouverneur de Ste-Hélène adressa à Lord Bathurst le 14 mai 1821 (c'est-à-dire neuf jours après la mort de Bonaparte), et que le ministère Britannique ne fit aucune difficulté de communiquer à l'ambassadeur de la cour Impériale à Londres.

Dans le fait, les notions que fournit le témoignage de Sir Hudson Lowe sont les seules données dignes de foi que nous avons sur l'état de la succession de Bonaparte. Ce n'est donc, pour le moment, que sur ces notions que peuvent être motivées et entamées les recherches que notre cour est autorisée à faire, dans l'intérêt de Mme l'archiduchesse, pour constater et mettre à couvert les droits de propriété dévolus au duc de Reichstadt. Il importe de se tenir à cet égard à une base certaine et que l'on puisse avouer; car si l'on aventurait des démarches explicites sur des articles de gazettes et sur des simples rumeurs, on courrait le risque d'une mystification gratuite, et l'on aurait peut-être un jour à regretter de s'être engagé dans des discussions judiciaires pour rechercher des trésors imaginaires, et réclamer des dépôts d'argent dont l'existence ne serait pas même prouvée.

Désirant que V. E. se tienne à un semblable point de départ, je crois devoir mettre à la disposition l'extrait ci-joint de la dépêche de Sir Hudson Lowe à Lord Bathurst en date de Ste-Hélène, le 14 mai 1821. Je n'ai fait entrer dans cet extrait que les seuls passages qui établissent 1. qu'il existe un codicille du 16 avril dont la teneur est connue; que néanmoins le testament cité dans ce codicille n'a pas été découvert, lors de l'examen des papiers et effets délaissés par Bonaparte à Ste-Hélène; 2. la preuve du legs des tabatières dont Bonaparte a disposé en faveur de son fils; 3. que MM. les comtes Montholon et Bertrand et le Sieur Marchand sont les exécuteurs testamentaires de ses dernières dispositions.

Comme d'après les lois Françaises en matière de succession particulière, les exécuteurs testamentaires sont tenus, à l'expiration de l'année du décès du testateur, de rendre compte de leur gestion, le fondé de pouvoirs de Mme l'archiduchesse, tutrice naturelle de son fils, est parfaitement autorisé à entrer en ouvertures vis-à-vis des trois exécuteurs testamentaires ou de chacun d'eux en particulier sur les objets confiés à leur garde et nommément sur le legs destiné à Mgr. le duc de Reichstadt.

Ce ne serait qu'après que les dits exécuteurs testamentaires auraient fait connaître de quelle manière ils se proposent de s'acquitter de cette

obligation et après qu'ils auraient fait, d'eux-mêmes, les autres communications qui sont annoncées dans la lettre du comte de Bertrand, que V. E. serait dans le cas d'amener la conversation sur les autres valeurs qui font partie de la succession jacente et, en particulier, sur les sommes déposées chez Mr. Lafitte ou ailleurs. Ce serait également par manière de conversation que V. E. parlerait de l'existence du testament comme étant avouée par des témoins oculaires, revenus de Ste-Hélène, et qu'Elle pourrait donner à entendre que l'on regarde la chose comme d'autant plus indubitable que Mr. l'abbé Vignali, aumônier de Bonaparte, et Mr. Antomarchi ont eu connaissance de ce document.

Si les exécuteurs testamentaires paraissaient vouloir entremêler des communications de nature politique aux renseignements d'intérêt privé et particulier que vous êtes chargé de demander, vous n'hésiteriez pas, Mr. le baron, à déclarer que vous ne pourrez vous prêter à recevoir des communications politiques. Toutefois pour ne pas leur fournir de cette manière un prétexte de s'abstenir de toute ouverture, vous leur offririez l'expédient de vous charger de transmettre des lettres ou explications par écrit qu'ils vous confieraient, sans vous enquérir de leur teneur, mais qu'en même temps ils vous donnent sur les objets matériels de la succession les explications, qu'en leur qualité d'exécuteurs testamentaires ils ne peuvent refuser à la personne constituée de la part de l'héritier naturel et direct du défunt.

Nous pensons que dans le premier moment vos démarches ne devraient pas aller au delà de ces pourparlers et de ces explications, et ce ne sera qu'après en avoir connu le résultat que nous serions à même de nous décider s'il y a lieu ou pas à des démarches judiciaires, s'il y a lieu ou pas à s'adresser aux tribunaux pour les actes conservatoires qui pourraient être conseillables dans l'intérêt du duc de Reichstadt. Je dois donc attendre le résultat de vos premières démarches, Mr. le baron, avant d'aborder des directions de détail. Les notions que je viens de rappeler, me paraissent suffire pour guider ces premières démarches et pour régler votre langage en conséquence. Je ne puis que réitérer ici la remarque par laquelle j'ai terminé ma dépêche du 4 janvier, savoir que, malgré la réserve que nous entendons observer dans tout ce qui rentre dans la partie politique de cette question, il ne nous est pas permis de rien omettre de ce qui, dans l'intérêt du duc de Reichstadt, est du domaine des lois civiles et de la propriété particulière.

Telle est aussi la ligne de conduite que les résolutions de S. M. l'empereur nous prescrivent et que S. M. I. vient de rappeler encore dans les termes les plus précis d'une résolution portée sur un rapport du 6 de l'an.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

P. S. La présente dépêche était terminée, lorsque m'est arrivée celle de V. E. du 17 janvier par laquelle Elle nous fait connaître les nouvelles versions qui se répandaient dans Paris sur les dispositions testamentaires de Bonaparte et sur la nature des fonds qui devraient en provenir. Vous vous convaincrez, Mr. le baron, à la lecture de ma dépêche que j'ai pressenti également de mon côté les difficultés et les inconvéniens qui s'attacheraient nécessairement à des réclamations officielles, soit de la part de la cour Impériale, soit de celle de Mme la duchesse de Parme. C'est dans cette persuasion que nous avons limité les premières recherches à des démarches verbales et à rassembler des moyens de comparaison et de rapprochements et que nous nous sommes interdit, pour le moment, des démarches judiciaires. Le peu de lumières certaines que l'on ait sur les actes de la dernière volonté de Bonaparte, est renfermé dans le rapport officiel de Sir Hudson Lowe. Les données qu'il présente, tout insuffisantes qu'elles soient, sont néanmoins les seuls dignes de foi auxquelles on soit autorisé d'appuyer des démarches. En tout état de cause, la revendication que l'on serait dans le cas de faire, est nécessairement circonscrite à des objets, ayant nature de propriété particulière et d'intérêt privé. Ce ne sera d'ailleurs qu'à la suite de plus amples informations que l'on sera à même de se décider s'il y a lieu à entamer des démarches judiciaires. V. E. est priée de se tenir cette réserve présente, lorsqu'Elle sera dans le cas de répondre à quelque interpellation sur cet objet.

XIII.

Baron Vincent an den Fürsten Metternich.

Paris, le 11 février 1822.

Mon prince!

Depuis que j'ai reçu la dépêche que V. A. m'a fait l'honneur de m'adresser le 26 janvier dernier, laquelle doit me servir au besoin d'autorisation spéciale vis-à-vis de MM. les comtes de Bertrand et de Montholon dans ce qui concerne les dispositions testamentaires de N. Bonaparte à l'égard du fils de S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise, duchesse de Parme, j'ai eu une entrevue avec le docteur Antomarchi, lequel avait une lettre de la part de Mr. le comte de Neipperg à me remettre relativement à ce même objet.

Dans cette première entrevue je n'ai pas eu occasion d'approfondir la matière, mais j'en ai profité pour faire connaître à Mr. le comte Ber-

trand, par l'organe du docteur Antomarchi, que s'il désirait me faire des communications quelconques, je serais prêt à me rencontrer avec lui partout où cela lui conviendrait. Je n'ai pas eu de réponse jusqu'ici sur cette ouverture.

Je ne manquerai point, aussitôt que l'occasion s'en présentera, de faire usage des directions que V. A. a bien voulu me transmettre à ce sujet dans Ses différentes dépêches, et de Lui rendre un compte détaillé.

A cette occasion je dois fixer l'attention de V. A. sur un article du Journal des Débats d'aujourd'hui, par lequel Elle verra que l'instance est déjà commencée entre MM. de Bertrand et de Montholon contre Mr. Lafitte, et que celui-ci a déclaré ne pouvoir se dessaisir de la somme réclamée qu'en présence des tuteurs des héritiers de Bonaparte.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

Beilage: Journal des Débats. Lundi, 11 février 1822. . . . La première chambre du tribunal de première instance, présidée par Mr. Moreau, a fait appeler hier la cause entre M. Jacques Lafitte, banquier, et MM. les comtes de Montholon et Bertrand, porteurs de l'écrit particulier par lequel Napoléon Bonaparte a chargé M. Lafitte de payer entre leurs mains, six mois après son décès, la somme de cinq millions qui lui a été remise au mois de juillet 1815, à l'époque de son départ pour Ste-Hélène, Mr. Lafitte a déclaré, par ses conclusions, qu'il ne pouvait se dessaisir de la somme qu'en présence des tuteurs de l'héritier de Bonaparte, ou eux dûment appelés; mais en attendant il offre de verser les fonds à la caisse des consignations et dépôts.

Une difficulté non moins grave est relative à la réclamation des intérêts depuis cinq ans et demi, à raison de cinq pour cent. Mr. Lafitte assure qu'aucune stipulation n'a été faite à cet égard au moment de la remise des 5 millions, et que, les considérant comme un dépôt sacré, il n'en a fait aucune espèce d'emploi. Mr. Dupin était prêt à plaider pour les demandeurs; mais, attendu le grand nombre de causes déjà commencées qui surchargeaient la séance, l'affaire a été continuée à quinzaine (au samedi, 23 février). Mr. Persil est l'avocat de Mr. Lafitte.

XIV.

Copie d'une lettre de Lord Bathurst à S. A. Mr. le prince Esterházy en date du 26 janvier 1822.

Lord Bathurst has the honor to acknowledge the receipt of prince Esterhazy's note and begs to inform him that he has seen the king's proctor on the subject of Bonaparte's will. It appears that a proctor of

the name of Fox is in possession of the will; that he has had it for about a fortnight; that he has not yet taken any steps to prove it; that it is not an unusual thing for proctors to be in possession of wills for months together before they are proved in court, and are sometimes never proved; that there can be no way of obtaining a copy of the will from Mr. Fox, as it is lodged in his hands confidentially by the person who entrusted Mr. Fox with it; that Mr. Fox had not communicated to the king's proctor from what hands he had received the will, or any circumstances respecting it. The king's proctor will furnish Lord Bathurst with a copy of the will, the moment it is proved and give him any further information respecting it, in the event of any transpiring.

Lord Bathurst did not communicate to the king's proctor his reasons for making the inquiry, as there was not the last necessity for doing so.

XV.

A Mr. le rédacteur du Journal de Paris.

Paris, le 28 février 1822.

Monsieur!

L'ancienne maison de Perrégaux, Lafitte et Cie dont je suis liquidateur, a un compte à régler avec la succession de Napoléon Bonaparte.

Ce compte donne lieu à une contestation soumise au tribunal de la Seine et dont plusieurs journaux ont parlé d'une manière plus ou moins inexacte. Jusqu'ici j'ai gardé le silence, espérant que la publicité des débats judiciaires éclairerait suffisamment l'opinion publique. Mais aujourd'hui que le tribunal a ordonné que cette affaire serait plaidée à huis clos, je crois devoir en faire connaître le véritable objet.

En 1815 Napoléon Bonaparte, au moment de quitter Paris pour se rendre dans l'Amérique Septentrionale, fit verser dans la caisse de ma maison une somme de 4,220.000 fcs. qui au moyen d'autres valeurs en recouvrement devait être portée à 5 millions.

Ma maison lui remit en échange:

1° Une reconnaissance de 5 millions aux termes de laquelle cette somme était remboursable à vue.

2e Une lettre de crédit, également à vue, pour la même somme, sur des banquiers de Philadelphie.

Ainsi Napoléon Bonaparte avait deux titres pour disposer de cette somme à sa volonté, soit à Paris, soit à étranger. Les valeurs en recouvrement qui devaient compléter les 5 millions n'ont jamais été réali-

sées, et la somme de 4,220.000 fcs. seule remise à ma maison, a été réduite par divers payements partiels, faits sur ordre de Napoléon Bonaparte, à celle d'environ 3,149.000 fcs. dont ma maison reste débitrice envers sa succession.

On apprend par un extrait du testament olographe de Napoléon Bonaparte, déposé en Angleterre, qu'il a nommé des exécuteurs testamentaires.

C'est avec ce simple extrait, accompagné d'une lettre missive, signée par Napoléon Bonaparte, mais non écrite de sa main, que MM. les exécuteurs testamentaires se présentent à moi comme liquidateur de la maison Perrégaux, Lafitte et Cie. Ils demandent à régler le compte et à en toucher ce réliquat.

MM. les exécuteurs testamentaires connaissent ma disposition et même mon empressement à me libérer; ils sont d'accord aussi que je dois me refuser à tout payement qui n'opérerait pas ma pleine libération, mais ils soutiennent qu'ils ont la qualité pour me donner quittance valable; mes conseils pensent le contraire. Voilà le point qui nous divise.

On dit, pour moi, que la lettre missive, considérée comme mandat, est révoquée par le décès du mandant et qu'elle ne saurait valoir comme disposition à cause de mort puisqu'elle n'est pas revêtue des formalités voulues par la loi, que ce testament olographe, représenté par extrait, n'est pas exécutaire de plein droit entre un tiers débiteur de la succession, que je ne puis ni ne dois me constituer juge des questions de droit politique ou civil qui pourraient s'élever sur la validité de ce titre, que cette validité doit être reconnue par l'héritier légitime ou vérifiée contradictoirement avec lui, que dans notre droit il n'existe point de succession sans héritier ou représentant légal, qu'il est ou dans un parent au degré successible ou dans la veuve ou dans l'état, qu'enfin ce n'est pas à moi, mais à MM. les exécuteurs testamentaires à rechercher et à mettre en cause cet héritier légitime quel qu'il puisse être.

En un mot, d'après l'avis de mes conseils, je dis à MM. les exécuteurs testamentaires: Je suis prêt à payer, mais je veux payer valablement; je ne veux pas m'exposer à payer deux fois. Faites vérifier votre titre et votre qualité avec le contradicteur légitime, ou bien souffrez que je me libère par un versement à la caisse des consignations.

Tel est, si l'on peut appeler cela, un procès, celui qui existe entre MM. les exécuteurs testamentaires et l'ancienne société Perrégaux, Lafitte et Cie.

J'ai l'honneur d'être etc.

signé: J. Lafitte.

A Mr. le rédacteur de Constitutionnel.

Paris, le 2e mars 1822.

Monsieur!

Nous aurions attendu en silence la décision du tribunal si Mr. Lafitte n'avait pas jugé convenable à ses intérêts de s'adresser au public pour faire connaître, dit il, le véritable objet du procès.

La mémoire de Mr. Lafitte le sert mal lorsqu'il dit qu'en échange des sommes versées à sa caisse, la maison Perrégaux Lafitte a remis: 1° une reconnaissance remboursable à vue, 2° une lettre de crédit, également remboursable à vue.

La reconnaissance ne dit pas, remboursable à vue; elle dit: Nous tiendrons à la disposition . . .

La lettre de crédit adressée à des négociants Américains porte: ‚Vous vous rembourserez sur nous à deux ou trois mois de vue' et l'instruction jointe à cette lettre de crédit pour régler la manière dont on en usera porte également: ‚Ils pourront tirer sur nous à trois ou quatre mois de vue.'

Cette différence a son importance, surtout pour la question des intérêts, car un dépôt n'est pas remboursable à trois ou quatre mois de vue. Quant au fond du procès, le tribunal ayant cru devoir ordonner que l'affaire serait plaidée à huis clos, par respect pour cette décision nous ne croyons pas convenable de reproduire ici les questions agitées à l'audience; nous nous contenterons de dire que le résumé présenté par Mr. Lafitte des moyens qui ont été plaidés pour lui, est loin d'être complet, et que notamment il a fait plaider que ce testament était nul en la forme, parcequ'il était signé Napoléon au lieu d'être signé Bonaparte; au fonds parceque l'ordonnance du 6 mars 1815 ayant ordonné de lui courir sus, il en résultait que le testateur était frappé de mort civile . . .

Nous attendons avec confiance la décision de la justice.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — —

signe: Montholon.[1]

---

[1] Diese beiden Briefe verdanke ich der freundlichen Mittheilung des Herrn Legationssecretärs Cajetan Mérey von Kaposmère, welcher die Güte hatte, sie für mich in der Nationalbibliothek zu copiren.

XVI.

Copie d'une lettre écrite à S. M. l'impératrice par Mr. le baron de Meneval, le deux janvier 1815,

Parmi les objets qui intéressent le service de S. M., auxquels j'ai eu part, jusqu'au moment où j'ai cessé de remplir auprès de sa personne, la place de secrétaire de ses commandements, il en est un sur lequel je dois un compte particulier. J'oserai ajouter qu'il m'importe que S. M. soit parfaitement éclairée sur les faits contenus dans la note suivante.

Le 12 avril 1814, l'impératrice Marie Louise étant à Orléans, reçut par l'organe de Mr. le prince Paul Esterhazy et du prince Wenzel Liechtenstein, l'invitation de se rendre à Rambouillet, pour y recevoir S. M. l'empereur d'Autriche. Elle se décida à partir le soir du même jour. La situation où se trouvait alors l'impératrice, situation dont je n'ai pas besoin de rappeler les circonstances qui sont trop connues, rendait indispensable la précaution de faire mettre dans les voitures qui suivaient S. M. à Rambouillet, quelques sommes du trésor particulier de l'empereur Napoléon. La destinée du reste du trésor, déjà condamnée par un acte du gouvernement provisoire, devenait très incertaine après le départ de l'impératrice. Un sentiment de délicatesse lui inspirait de la répugnance à disposer de ce trésor; sur l'invitation réitérée qu'il importait qu'elle ne restât pas dénuée d'argent, S. M. consentit à ce qu'on s'entendit à cet égard avec Mr. Peyrusse, trésorier particulier de l'empereur Napoléon, qui se trouvait à Orléans. Mr. Peyrusse s'occupa, sans perdre un moment, de placer dans les voitures de suite de S. M. l'impératrice, différentes sommes dont le total s'éleva à frs. 2,933.600 et remit au général Caffarelli et à moi, une note de ces sommes, faite à la hâte. A l'arrivée de l'impératrice à Rambouillet notre premier soin fut de vérifier les sommes. Le général Caffarelli, le général Fouler, Mr. de S[t] Aignan, Mr. de Bausset et moi, nous nous réunions pour procéder à cette vérification. Il convenait qu'il en fut dressé un procès verbal en règle; mais personne ne voulut se reconnaître de mission pour le signer. On se contenta de dresser un simple bordereau de vérification. Mr. Bausset se chargea de tenir la plume. Ce bordereau est resté dans ses mains; il constate que la somme annoncée de frs. 2,933.600 a été trouvée intacte, suivant la note sommaire remise à Mr. le général Caffarelli et à moi, laquelle fut confirmée par l'état en règle que le trésorier m'envoya peu de jours après.

Pendant le séjour que S. M. l'impératrice fit au château furent prélevées sur les frs. 2,933.600 et portées à Fontainebleau, sur la demande qu'en fit l'empereur Napoléon, savoir:

Mir hiernach den gutächtlichen Vortrag erstatten oder durch den Finanzminister erstatten lassen.

Da Ich aus diesem Schreiben zugleich ersah, dass Napoleon ein Testament und ein Codicill hinterlassen habe, so werden Sie Sorge tragen, dass Ich in die genaue Kenntniss desselben komme, und daher Mir auch wo möglich eine authentische Abschrift dieser Urkunden verschaffen.

Franz.

XIX.

Fürst Metternich an Baron Vincent.

Vienne, le 24 avril 1822.

En suite du rapport que V. E. m'a fait l'honneur de m'adresser le 4 mars dernier, j'ai eu soin de transmettre à S. M. Mme la duchesse de Parme la lettre que MM. les comtes Bertrand et Montholon vous avaient prié, Mr. le baron, de faire parvenir à sa destination. Mme l'archiduchesse n'a pu que se borner à vous en accuser la réception ainsi qu'elle l'a fait par sa lettre du 29 mars. Il lui serait d'autant plus impossible de se mettre en relation directe avec MM. les exécuteurs testamentaires qu'indépendamment de la réserve que cette auguste princesse s'est préscrite dans ce qui pourrait se rattacher à ses anciens rapports avec la France, elle n'est pas dans le cas de pouvoir répondre à des communications dans lesquelles ces Messieurs continuent à invoquer le nom d'empereur, lorsqu'il est cependant de notorité que le titre Impérial que Napoléon Bonaparte s'était réservé dans la convention Fontainebleau est venu à cesser à son égard par l'infraction de la dite convention et par la déclaration du 13 mars 1815, laquelle a pris rang dans les transactions politiques qui tient tous les princes et états de l'Europe et par conséquent aussi Mme la duchesse de Parme. Cette considération est plus que suffisante pour que Mme la duchesse de Parme s'interdise tout échange direct de communication avec les dits exécuteurs testamentaires et pour qu'elle doive également à sa situation d'éviter de traiter directement avec eux, soit à Parme, soit ailleurs. V. E. trouve Se même instruite, directement de Parme, de la teneur des extraits partiels des dispositions testamentaires joints à la lettre de MM. de Bertrand et de Montholon. A tout événement j'ai l'honneur d'en mettre une copie exacte à la disposition de V. E.

Je ne puis mieux vous faire connaître, Mr. le baron, l'impression que la démarche des exécuteurs testamentaires a faite sur l'esprit de S. M. Mme l'archiduchesse, qu'en vous transmettant des copies des dépêches

du 26 et du 29 mars ainsi que du 2 avril que le comte de Neipperg m'a adressées à ce sujet.

Vous y remarquerez d'abord, Mr. le baron, que Mme la duchesse de Parme ayant toute confiance dans la loyauté et le zèle du Sieur Ballouhaye, intendant général de sa maison, lequel se trouve maintenant à Paris, elle désire que vous disposiez entièrement de ses services pour les recherches de détail que vous jugeriez nécessaire de faire. Vous y remarquerez également que les deux millions de francs remis à S. M. l'impératrice pendant son séjour à Orléans en 1814 ont été versés à la caisse de la maison de S. M. avant le traité de Fontainebleau et par conséquent à une époque où, placée sur le trône de France, elle était en droit de faire emploi de ces fonds pour l'entretien de sa maison et de sa suite, sans en devoir compte ni aux exécuteurs testamentaires ni à aucun autre particulier.

L'abdication de Fontainebleau a tracé à cet égard une ligne de démarcation entre le gouvernement Impérial et l'ère de la restauration en France. En vertu des clauses de cette abdication, acceptées par les cours d'Autriche, de Berlin et de Pétersbourg comme aussi par celle de Londres sur le point de la disposition des pays, S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise est devenue duchesse de Parme le jour où elle a cessé d'être impératrice des Français. Dans toutes les transactions publiques, la date du traité de Fontainebleau a formé une ligne de clôture. C'est pour ce motif que notre cour, se tenant à cette ligne de séparation, s'est abstenue de réclamer la dot de Mme l'archiduchesse. Par une même conséquence les deux millions versés avant l'abdication, ayant été duement employés à l'entretien et aux frais de déplacement de la maison de l'impératrice, cette somme n'était plus disponible, et il y a erreur dans la disposition du codicille qui assigne des libéralités sur ces deux millions. Il en résulte que cette assignation n'est à considérer que comme une sorte de recommandation. Il en est de même de la recommandation qui porte sur la dotation qui avait autrefois appartenu au comte Bertrand dans le territoire de Parme et qui est venu à cesser par l'article secret du traité de Paris du 30 mai 1814, ou bien enfin de la partie de ses dotations qui était assignée sur le mont de Milan laquelle a également perdu tout effet par l'annullation du traité de Fontainebleau. Il en résulte donc ultérieurement que, si même les dispositions testamentaires de Napoléon Bonaparte avaient été reconnues valides tout comme elles viennent d'être déclarées caduques, l'assignation sur les deux millions porterait autant sur une supposition erronée que la recommandation de la dotation dans les états de Parme et sur le mont de Milan.

Maintenant qu'il est bien avenu que le testament olographe a été déclaré nul par le tribunal de première instance de Paris; les propriétés particulières appartenant à Napoléon Bonaparte au 5 mai 1821 doivent être dévolues à son héritier naturel, en conformité des dispositions du code civil des Français qui règlent les successions ab intestat. Au nombre de ces propriétés particulières se trouve être incontestablement la somme qui formait dépôt entre les mains de Mr. de Lafitte et qui, à la suite du jugement du tribunal de première instance, doit avoir été judiciairement déposé dans l'intérêt de l'héritier appelé ab intestat.

V. E. Se convaincra par la dépêche datée de Parme le 26 mars que l'intention de S. M. l'archiduchesse, comme tutrice naturelle de Mgr. le duc de Reichstadt, son fils, est qu'ils soient faites les démarches et les diligences requises pour mettre à couvert les droits de ce prince, et notamment ceux qui lui sont dévolus à l'égard du dépôt ci-dessus mentionné. L'une des suites de l'annullation du testament sera que MM. les comtes de Bertrand et de Montholon ainsi que le Sieur Marchand ne seront peut-être plus reconnus comme exécuteurs testamentaires, mais dans ce cas ils seront toujours considérés comme mandataires jusqu'au moment du décès et ne peuvent se refuser à rendre compte de leur gestion. Et attendu qu'ils se sont déjà mis en cause, comme tels près le tribunal de première instance, il semble que c'est là qu'ils devraient être interpellés à produire la totalité des dispositions testamentaires comme servant de renseignements nécessaires sur la consistance de leur succession ouverte ab intestat. En leur fesant insinuer que l'on ne pourrait se dispenser de recevoir à cet effet à l'autorité du tribunal qui se trouve saisi de la connaissance de la réclamation du dépôt, on pourra peut-être les déterminer à s'acquitter enfin envers V. E. de l'entière communication des dispositions testamentaires que déjà dans le mois de février, ils avaient annoncé vouloir vous faire connaître, Mr. le baron, ce que jusqu'à présent néanmoins ils n'ont pas encore réalisé.

Je ne puis qu'abandonner au choix de V. E. le moyen qu'Elle jugera le plus convenable pour leur faire faire cette insinuation verbale. Il serait peut-être à propos d'y ajouter l'observation que, même dans la qualité d'exécuteurs testamentaires ils auraient l'obligation de rendre compte de leur gestion dans le terme d'une année après le décès du testateur. Si par cette insinuation, ou au moyen d'autres recherches pour lesquelles V. E. pourrait mettre en avant le Sieur Ballouhaye, Elle parvient à rassembler plus d'éclaircissements sur les motifs qui ont dicté le jugement du tribunal de première instance, nous saurons beaucoup de gré à V. E. des renseignements qu'Elle nous procurera. Il serait particulièrement à

désirer qu'Elle pût avoir connaissance au moyen de quelques gens de loi du résumé que les avocats des deux parties et le procureur général du roi auront mis sous les yeux du juge avant le prononcé.

En réunissant ces différentes données nous en serons mieux en situation d'établir les questions sur lesquelles on serait dans le cas de faire tenir une consultation de plusieurs jurisconsultes non seulement à Paris, mais ici à Vienne.

Celle qui serait tenue à Paris aurait pour objet d'éclaircir la question de fait et la manière dont elle est considérée en France, et de savoir quelles démarches il y aurait à faire dans l'intérêt particulier du duc de Reichstadt, en se réglant sur les lois Françaises de succession. La consultation ultérieure qui serait tenue à Vienne par des personnes attachées à l'ordre judiciaire aurait pour objet de fixer si et quelles démarches il y aurait à faire pour mettre à couvert les droits du fils de Mme la duchesse de Parme et pour remplir à l'égard de celui-ci les devoirs de la tutelle desquels S. M. l'empereur est chargé conjointement avec Mme l'archiduchesse Marie Louise.

Vous voyez, Mr. le baron, qu'il ne s'agit pas encore à présent de se porter à une demande judiciaire, mais seulement de se diriger dans les démarches d'information de manière à pouvoir faire usage des résultats si l'on est dans le cas d'en venir à un recours formel aux tribunaux.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

P. S. La présente dépêche était déjà expédiée lorsque le rapport de V. E. du 2 avril s. l. F. m'a instruit d'un entretien ultérieur qu'Elle a eu avec Mr. de Montholon. Je m'empresse de vous remercier, Mr. le baron, des nouvelles instances que vous avez faites pour obtenir la communication entière du testament. Je crois d'autant plus vous engager à insister sans relâche sur ce point qu'un ordre du cabinet de S. M. dont V. E. trouvera ci-joint une copie, nous recommande de ne rien négliger pour nous en procurer une entière connaissance. Mr. de Montholon ne doit pas avoir plus de difficulté de nous communiquer le tout qu'à Sir Hudson Lowe auquel il avait annoncé suivant le billet joint qu'il y était autorisé par le testateur.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

XX.

Fürst Metternich an den Fürsten Paul Esterházy.

Vienne, le 24 avril 1822.

Je n'ai pas manqué de transmettre à Mme l'archiduchesse, duchesse de Parme, les renseignements relatifs aux dispositions testamentaires de Napoléon Bonaparte, rappelés dans le rapport sub Litt. 1 du 27 février dernier, tels que V. A. a su se les procurer par l'intermédiaire de Mr. le comte George de Caraman et de Mr. de Seguier, consul général de France en Angleterre. Dans l'entretemps, Mme l'archiduchesse a reçu aussi de MM. de Montholon et de Bertrand une communication à peu près semblable, mais qui ne renferme également que des renseignements partiels.

D'autre part, Mr. le baron de Vincent a eu dans les derniers jours de mars un second entretien avec Mr. de Montholon, dans le récit duquel je crois devoir relever le passage suivant pour servir à l'information de V. A.[1]

Vous voudrez bien remarquer, mon prince, que Mr. de Montholon ne fait nulle difficulté d'affirmer que le testament a été montré en son entier au gouvernement Français et sans doute par lui Montholon, dépositaire connu des dernières volontés du testateur. Nous applaudissons volontiers à la sage réserve que le gouvernement Français a prescrite, en empêchant la divulgation de tout ce qui dans les dites dispositions testamentaires était de nature à alimenter l'esprit de parti, et qui en effet aura été probablement conçu dans ce but par le testateur ou par les personnes qui l'entouraient dans les temps voisins de sa mort. Mais le vœu de cette réserve ne doit pas aller jusqu'à laisser ignorer à Mme l'archiduchesse et aux tuteurs du duc de Reichstadt ce qu'il leur importe de connaître dans l'intérêt privé de ce prince. S'il y a eu toute raison de communiquer le testament en entier au gouvernement Français, parceque celui-ci était le juge le plus compétent des inconvéniens que pourrait entraîner une publicité indiscrète, il y a également des motifs de stricte justice, à part même ceux de convenances, pour qu'il soit aussi communiqué en entier tant à S. M. l'empereur notre auguste maître qu'à Mme la duchesse de Parme, attendu que si l'on ne connaît pas en entier toutes les dispositions que Napoléon a faites de ses propriétés particulières, les tuteurs du duc de Reichstadt sont dans l'impossibilité

[1] Vergl. Anmerkung 2 auf S. 63.

et de faire et d'omettre ce que pourrait exiger l'intérêt de ce prince; qu'ils sont enfin dans l'impossibilité de décider s'il y a lieu à accepter la succession et sous quelle condition? Si et à quel point il y a lieu à s'occuper des legs et à satisfaire à des dispositions isolées des codicilles?

Au surplus, si le testament a été montré en entier au gouvernement Français, il nous paraît que le gouvernement Britannique a aussi des droits à en reclamer la connaissance. Il y a même d'autant plus de droits, que le comte de Montholon, en donnant avis à Sir Hudson Lowe de la mort de Bonaparte, lui annonçait le 5 mai: ‚Il (Napoléon) m'a autorisé à vous communiquer, si vous le désirez, ses dernières volontés' et cependant malgré que Sir Hudson Lowe eut répondu au comte de Montholon le 7 mai 1821, ‚Je désire être instruit des dispositions testamentaires quelconques qu'il pourrait avoir faites', S. E. le gouverneur de S[te]-Hélène est néanmoins resté exclus de la participation du testament.

Nous ne doutons donc pas, que le gouvernement Britannique n'ait fait valoir à la suite le droit qu'avait réclamé à juste titre Sir Hudson Lowe. Nous voyons d'ailleurs par la dépêche de V. A. en date du 27 février dernier, que Lord Bathurst a promis à V. A. de Lui communiquer le testament même de Bonaparte, tel qu'il est déposé à Londres entre les mains d'un nommé Fox. D'après l'aveu fait par Mr. de Montholon que le gouvernement Français a eu communication du tout, nous sommes persuadés qu'il ne vous sera pas difficile, mon prince, d'obtenir de même une communication en entier, que le gouvernement Britannique a le droit et le moyen de réclamer.

Je dois prier V. A. d'autant plus instamment de revenir à la promesse que Lui a faite Lord Bathurst et, en général, de ne rien négliger pour compléter les renseignements dont il s'agit, que S. M. l'empereur par un billet de cabinet du 14 de ce mois, ci-annexé en copie, m'a ordonné de Lui procurer une expédition de ce document dans la forme la plus authentique qu'il sera possible d'obtenir.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — —

XXI.

Fürst Metternich an den Grafen Neipperg.

Vienne, le 3 mai 1822.

Monsieur le comte!

J'ai mis à profit les indications que j'ai trouvées dans la lettre de V. E. du 2 avril, à l'avantage du Sieur Ballouhey, intendant général de

la maison de Mme la duchesse de Parme, pour mettre ses services à la disposition de S. E. Mr. le baron de Vincent à Paris.

Désirant tenir V. E. au courant de nos démarches j'ai l'honneur de Lui transmettre à l'effet d'en rendre compte à S. M. Mme l'archiduchesse:

1° la copie d'une dépêche à Mr. l'ambassadeur de la cour Impériale à Paris, en date du 24 avril.

2° la copie d'une dépêche à S. A. Mr. le prince d'Esterházy, ambassadeur à la cour de Londres également sous la date du 24 avril.

3° la copie d'un rapport de Mr. le baron de Vincent, daté de Paris le 2e avril.

Il résulte de ce rapport que les fondés de pouvoirs de Napoléon Bonaparte sont convenus avec la maison Lafitte, que les fonds confiés à celle-ci y resteraient encore déposés pendant cinq ans, avec un intérêt de 4%, ce qui annonce l'intention de remettre la disposition du dépôt à l'époque où le testament sera légalement communiqué à Mgr. le duc de Reichstadt. Cet arrangement provisoire nous paraît n'avoir rien de contraire aux intérêts éventuels de la succession non plus qu'aux actes conservatoires que l'on pourrait être dans le cas de faire près des tribunaux, une fois que l'on aurait des motifs suffisans pour se déclarer sur la pétition de hérédité et pour se prononcer s'il y a lieu ou à accepter purement et simplement la succession, ce qui emporterait l'obligation de faire faire à toutes les charges, ou à ne l'accepter que sous bénéfice d'inventaire, ce qui préserverait du risque de se soumettre à plus de charges que les legs ou la partie de succession exigible à réclamer pour le prince n'auraient de valeur, ou enfin à répudier la succession pour ne pas être dans la nécessité d'entrer dans une liquidation judiciaire des valeurs de la succession d'une part, et du rapport des sommes (de deux millions) assignées sur Mme la duchesse de Parme, d'autre part.

La prorogation du dépôt entre les mains de Lafitte fait cesser au moins l'appréhension que V. E. m'a témoignée par Sa lettre du 19 mars, savoir que le gouvernement Français ne voulût confisquer les quatre ou cinq millions de francs qui constituent ce dépôt. Je n'ai jamais partagé, je l'avoue, cette inquiétude. L'indépendance des tribunaux Français et la sûreté des dépôts sont assez respectées en France pour que l'on n'ait pas à craindre une disposition arbitraire de ce genre; et d'ailleurs le contrôle que fournissent l'esprit de parti et les débats de chambres ne laisseraient pas commettre impunément un pareil abus d'autorité. Au surplus, les valeurs actives de la succession pour autant qu'on peut les estimer par conjecture, ne formeront jamais qu'un objet de peu de con-

sidération pour le gouvernement Français. La seule chose qui a droit à son attention, et à très juste titre, c'est la partie politique ou révolutionnaire que peuvent renfermer les dispositions posthumes du prisonnier de Ste-Hélène; et c'est le motif qui vraisemblablement aura fait désirer au ministère du roi que le testament ne fut connu que par extraits et que l'on ne déférât aux tribunaux que la connaissance des dispositions d'intérêt privé et des objets purement pécuniaires.

Nous ne pouvons du reste nous dissimuler que ce n'est que par la voie judiciaire que la tutelle du prince pourrait exercer la réclamation de ses droits, lorsqu'il sera une fois démontré qu'il y aurait plus d'avantages que d'inconvéniens à les mettre en avant. Il ne s'agit ici que des propriétés particulières qui appartenaient à Napoléon au moment de son décès. Elles doivent suivre la destination que sa volonté leur a assignée ou, si sa volonté n'est pas exprimée dans les formes requises, la destination que la prévoyance des lois a fixée. Mais en supposant que le testament soit définitivement annulé, en supposant que les libéralités soient restreintes à la moitié, ce qui est le cas lorsqu'il n'y a qu'un enfant, les personnes auxquelles Napoléon a fait donation des sommes à titre de rémunération de leurs services et de récompense de dévouement qu'elles lui ont marqué en l'accompagnant elles et leurs familles pendant les cinq années de sa rélégation, ne manqueront pas de revendiquer ces sommes à titre de donation entre vifs, à titre de salaires etc., et l'on ne peut se cacher que les tribunaux auront plus ou moins d'égard à la volonté du défunt, lors même que la forme ne serait pas reconnue comme valable pour un testament; l'on ne peut se dissimuler que le juge sera porté à titre d'équité d'arbitrer quelque chose en faveur des légataires et que ceux-ci ne s'en remettront pas à ce que les tuteurs du prince trouveraient bon de leur adjuger. Aussi voyons-nous que les exécuteurs testamentaires et les autres personnes qui sont gratifiées ou rémunérées dans les codicilles de Ste-Hélène, ont déjà adopté le système de se faire considérer comme légataires ou donataires à titre onéreux.

Dans cette même supposition de réclamations par voies judiciaires, il faut aussi s'attendre qu'en formant la demande d'une prétention active, telle que serait par exemple celle du dépôt Lafitte, on prend en même temps l'engagement d'entrer dans la discussion des prétentions passives, et celles-ci pourraient bien réduire le produit net à une valeur d'assez peu de considération. Toutefois, dans l'état actuel des choses nous continuerons à soutenir, ainsi que V. E. S'en convaincra par l'annexe sub A que Mme la duchesse de Parme n'a de compte à rendre à personne des fonds que l'impératrice des Français a eus à sa disposition.

J'ai établi ci-dessus que ce ne serait qu'en voie judiciaire que les intérêts pécuniaires de la succession pourraient être revendiqués, parcequ'on peut à peu près regarder comme certain qu'il n'y aurait pas lieu à s'arranger à l'amiable avec les fondés de pouvoirs de Napoléon et que les bienséances ne permettraient même pas d'entrer avec eux dans des transactions directes, lesquelles laisseraient la porte ouverte à une foule de répétitions interminables de la part des légataires et donataires que le testament a eu en vue.

Si l'on se décide à entamer des voies judiciaires, aussi longtemps qu'on n'éprouverait pas un déni de justice, on ne serait pas reçu à se plaindre auprès du gouvernement. En matière d'intérêt privé, le roi, les princes de sa maison et le fisc doivent se soumettre à la décision des tribunaux. Il en serait donc de même de la réclamation intentée au nom de Mgr. le duc. Les droits qu'on aurait à faire valoir en France pour ce prince, sous le rapport de ses intérêts particuliers, doivent trouver et trouveront la garantie qu'assurent indistinctement les lois civiles en matière de propriété particulière. Il en serait tout autrement de ce qui pourrait impliquer des droits politiques; le gouvernement du roi de France n'en reconnaît et ne peut en reconnaître aucuns de cette nature à S. A. I. le duc de Reichstadt. S. M. T. Ch^{ne} date son règne du jour du décès de Louis XVII. C'est sur ce principe, suivant toute vraisemblance, que la partie de dispositions testamentaires qui implique des intérêts politiques, aura été écartée de la communication soumise aux tribunaux; et c'est aussi, par cette même considération, qu'il n'est guère possible, ni convenable que notre cour intervienne, en voies diplomatiques, près le ministère de Louis XVIII pour faire valoir des droits de succession dont la complication a déjà appelé l'attention de l'autorité royale dans la réclamation du dépôt de Lafitte.

Je crois devoir vous faire la remarque de cet obstacle, en réponse à la proposition que vous avez bien voulu me faire, Mr. le comte, dans votre dépêche du 26 mars sub N° 760.

Devant donc nous maintenir exclusivement sur la ligne des droits particuliers de succession, et ne pouvant jamais perdre de vue que notre marche doit être compassée sur ce que l'on peut avancer et soutenir devant les tribunaux, nous nous sommes appliqués à rassembler le plus de données qu'il sera possible de découvrir soit à Paris soit à Londres, afin de pouvoir poser les questions d'une manière qu'on puisse avouer et qui ne nous expose pas gratuitement à des démarches inconsidérées. Une fois que nous serons munis de renseignements suffisans, le plus prudent sera de faire tenir une première consultation juridique à Paris et ensuite de la soumettre à un examen ultérieur à Vienne. Telle nous paraît être

la marche à suivre afin de pouvoir d'une part faire tout ce que la conservation des droits d'un mineur exige et, de l'autre, éviter d'engager la tutelle dans des démarches inutiles et par là même inconvenantes.

Il n'échappera pas à V. E. que c'est à ce but que j'ai soigneusement ramené mes instructions du 24 de ce mois à Mr. le prince d'Esterházy et à Mr. le baron de Vincent qui forment les annexes sub A et B.

Je crois devoir également donner part à V. E., sub D, d'une lettre du duc de Leuchtenberg ainsi que de l'ordre du cabinet de S. M. I. qui l'accompagne. Vous reconnaîtrez, Mr. le comte, que les exécuteurs testamentaires exercent contre le prince Eugène une répétition semblable à celle qu'ils ont annoncée à S. M. Mme l'archiduchesse. L'une de ces répétitions sera vraisemblablement aussi vaine que l'autre.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

Désignation et classification				Legs	sommes léguées	sommes à payer	Fonds		
Legs à titre onéreux	Testament	Cte de Montholon	2,000.000	3,500.000	3.500.000	3,500.000	a) Lafitte & Cie	3,948.500	3,948.500
		Cte Bertrand	500.000						
		Mr. Marchand	400.000						
		„ St. Denis	100.000						
		„ Noveraz	100.000						
		„ Pieron	100.000				b) Prince Eugène Déposé en arg. 1,080.000 demandé par codicille 2,000.000	3,080.000	3,080.000
		„ Archambault	50.000						
		„ Courzot	25.000						
		„ Chandellier	25.000						
		Abbé Vignali	100.000						
		Cte Las Cases	100.000						
Legs réductibles à moitié, conformément aux dispositions du code civil	Testament	20 legs à 100,000	2,000.000	2,000.000	6,060.000	3,030.000	Liste civile Diamans particuliers . 500.000 Traités de l'île d'Elbe 300.000	800.000	
	Codicille sur le prince Eugène	Cte Bertrand	300.000	1,650.000					
		Cte Montholon	200.000						
		Cte Las Cases	200.000						
		trois legs de 100.000	300.000						
		douze legs de 50.000	600.000				A S. M. l'impératrice remis à Orléans 2,000.000	2,000.000	
		cinq legs de 10.000	50.000						
	Codicille sur S. M. l'Impératrice	Cte Bertrand	300.000	1,500.000					
		Cte Montholon	200.000						
		Cte Las Cases	200.000						
		six legs de 100.000	600.000				a) No. les 6,000.000 portés au testament comme étant entre les mains de J. Lafitte & Cie se composaient dans la pensée de l'Empereur Napoléon de F. 4,220.000 versés, 1,080.000 Pce Eugène et des intérêts qui au terme de la loi MM. J. Lafitte & Cie ne doivent pas.		
		quatre legs de 25.000	100.000						
		Mr. Planat	40.000						
		trois legs de 20.000	60.000						
	3e codicille	duc de Istrie	300.000	800.000					
		Desse de Friaul	200.000						
		trois legs de 100.000	300.000						
	4e codicille	Ve ou fils de Muiron	100.000	110.000					
		Cantillon	10.000						
Legs caducs	Testament prince Eugène	Ge Chartrand mort.	100.000	450.000	450.000		b) No. le prince Eugène n'a point encore remis le compte des sommes qui lui restent entre les mains sur le 1,080.000 F. qu'il devait verser à MM. Lafitte & Cie.		
		„ „	50.000						
	4e codicille	trois legs de 100.000 héritier inconnu	300.000						
Legs politiques	S. M. et prince Eugène		800.000	800.000	800.000				
					10,810.000	6,530.000		9,828.500	7,028.500

XXIII. — Domaine privé de l'empereur Napoléon.

Section I. Economies faites sur la liste civile, en capital et intérêts, depuis le 1er Vendémiaire an 13, jusqu'au 1er avril 1814.

Années	Revenus	Dépenses	Economies		
			Economies annuelles	Produit en intérêts	Total
An 13	27,505 901·07	13,452.143	14,053.758·07	8 ans 3 mois 5,816.694·27	19,870.452·34
14—1806	27,790.549·51	19,338.275	8,452.274·51	7 ans 3 mois 3,063.949·47	11,516.223·98
1807	27,579.573·08	16,936.657	10,642.916·08	6 ans 3 mois 3,328.886·25	13,971.802·33
1808	27,850.987·51	19,654.448	8,196.539·51	5 ans 3 mois 2,151.589·51	10,348.129·02
1809	27,652.587·95	20,151.690	7,500.897·95	4 ans 3 mois 1,593.936·56	9,094.834·51
1810	28,159.049·—	21,950.025	6,209.024·—	3 ans 3 mois 1,108.966·40	7,317.990·40
1811	28,586.912·92	21,462.963	7,123.949·92	2 ans 3 mois 810.144·86	7,934.094·78
1812	26,686.170·46	21,626.922	5,059.248·46	1 an 3 mois 316.200·52	5,375.448·98
1813	27,210.225·40	18,855.319	8,354.906·40	3 mois 104.436·34	8,459.342·74
1814	6,750.000·—	3,500.000	3,250.000·—	—	3,250.000·—

Total des Economies de la liste civile, en capital et intérêts, au 1er avril 1814	97,138.319·08
Intérêts alloués par le Code Napoléon à tout propriétaire d'un capital illégalement détenu par un tiers saisi: cinq années à cinq pour cent	24,284.579·77
Total au 5 mai 1821, jour du décès de l'empereur	121,422.898·85
Section II. Propriétés foncières.	
L'empereur Napoléon a acquis plusieurs domaines; il en a successivement disposé, à l'exception de trois fermes dites le petit parc de Versailles. Elles ont coûté quinze cent mille francs. Elles font aujourd'hui partie du domaine Royale de Versailles, ci	1,500.000·—
Revenu des dites fermes, depuis avril 1814	Mémoire.
Section III. Mobilier.	
Mobilier des palais de France	20,238.439·—
Dito des palais de Piémont, Toscane, Rome, Belgique et Hollande	Mémoire.

Récapitulation.

Section I. Economies de la liste civile	121,422.898·85
„ II. Propriétés foncières	1,500.000·—
„ III. Mobilier	20,238.439·—
Total général du domaine privé de l'empereur Napoléon, au jour de son décès	143,161.337·85

XXIV.

Die Testamentsvollstrecker Napoleons an den Fürsten Metternich.

Paris, le 12 mai 1822.

Prince!

Nous adressons à l'impératrice Marie Louise une supplique à l'effet de Lui demander Sa sanction comme épouse et comme tutrice de Son fils aux dernières dispositions de l'empereur Napoléon. Nous prions V. A. de faire parvenir cette lettre dont nous avons l'honneur de joindre ici une copie.

V. A. voudra-t-Elle bien porter quelqu'attention à cette affaire et donner à l'assentiment de l'impératrice la forme qui Lui paraîtra tout à la fois la plus digne de cette grande princesse et la plus convenable soit pour la libération du banquier, soit pour la sécuration des légataires.

Ce que nous avons dit à S. M. nous ne le répéterons pas à V. A., persuadés que nous sommes, qu'Elle trouvera dans la dignité de la maison d'Autriche, comme l'impératrice trouvera dans son cœur toute raison pour faciliter et assurer l'exécution des dernières volontés d'un grand prince.

Nous espérons également que l'impératrice daignera étendre Sa munificence aux légataires désignés dans le codicille qui La concerne plus spécialement. Il en est qui sans ce dernier souvenir de l'empereur seraient réduits à une existence bien pénible.

Nous avons l'honneur d'être — — — — — — — — — — —

Die Testamentsvollstrecker an die Kaiserin Marie Louise.

Paris, le 12 mai 1822.

Madame!

Les exécuteurs testamentaires soussignés de l'empereur Napoléon ont eu l'honneur d'adresser les dernières dispositions de ce grand prince à V. M. son auguste veuve.

Ils recourent à Elle aujourd'hui pour La supplier de vouloir bien en Sa qualité d'épouse survivante et de tutrice donner Son approbation et Sa sanction aux volontés testamentaires de l'illustre défunt.

D'après le code civil des lois Françaises un père ne peut disposer que de la moitié de ses biens, lorsqu'en mourant il laisse un fils; mais ces lois qui régissent les particuliers ne furent point applicables au sou-

verain dont les domaines étaient gouvernés par des lois spéciales. Ce n'est pas à la veuve et au fils de l'empereur Napoléon qu'il est nécessaire de dire que pour avoir perdu son trône, il n'était pas cependant devenu un simple particulier. Il y a dans la pourpre et dans l'onction sainte et sacrée des caractères qui ne s'effacent jamais.

V. M. pensera sans doute comme feu l'empereur son époux, qu'après avoir commandé à l'univers et disposé de tant de trésors, ce n'était pas un héritage de quelques millions qui fût bien précieux pour son fils; l'honneur d'appartenir à la maison d'Autriche ne pouvait lui laisser aucune inquiétude sur le sort de ce prince.

Ils doivent aussi supplier V. M. d'observer que les sommes que feu l'empereur a léguées excèdent de beaucoup celles qui se trouvent disponibles, accusé qu'Elle pourra en juger par la note ci-jointe.

V. M. est également suppliée de faire connaître aux soussignés Ses intentions relativement aux légataires compris dans le codicille qui Lui est particulièrement adressé. Il sera doublement honorable pour eux de devoir tout à la fois au souvenir de l'empereur et à la munificence spéciale de V. M. un don précieux pour tous et pour quelques-uns bien nécessaire.

Beilage. Note sur les fonds de la succession de l'empereur Napoléon, qui se trouvent chez Mr. Lafitte, banquier de Paris.

Sur les 5,300.000 frs. que l'empereur supposait exister chez Mr. Lafitte et rapporter un intérêt de cinq pour cent Mr. Lafitte n'a reçu que . . . . 4,220.000 frs.
Il devait être versé entre ses mains . . . . . . 1,080.000 „
Ce qui aurait porté ces fonds à . . . . 5,300.000 frs.

Mais la somme de 1,080,000 frs. n'a point été versée; nous n'en avons pas encore les comptes et tout nous porte à croire qu'il ne rentrera rien sur cette somme.

Sur celle de . . . . 4,220.000 frs.
Mr. Lafitte a dépensé conformément aux ordres de l'empereur 871.500 frs., savoir:

Mandat au profit du général L'Allemand	20.000.— frs.
Mandat de Gillis son valet de chambre	3.000.— „
Mandat du comte Montholon .	76.500.— „
Mandat de la comtesse Montholon	144.000.— „

Mandat de Mr. Wm Balcombe .	72.000. — frs.	
Pension de Mme Ratery femme de son secrétaire	9.500. — „	
Pension de la comtesse Montholon	30.000. — „	
Remboursement au comte Las Cases	100.000. — „	
Remboursement au comte Bertrand	415.464.60 „	
Frais de voyage en Angleterre .	1.035.40 „	
Somme pareille . . .	871.500. — frs.	
A la disposition des exécuteurs testamentaires pour les dépenses de la succession	100.000. — „	
Total à déduire des fonds remis à Mr. Lafitte	971.500. — frs.	971.500 frs.
Les fonds disponibles sont de		3,248.500 frs.

Mr. Lafitte a prétendu et en cela l'opinion des hommes de loi lui a été favorable que par la nature de son contrat, il ne devait pas d'intérêts. En conséquence, en vertu du mandat spécial que nous avait donné l'empereur à cet effet, nous avons arrêté le compte de Mr. Lafitte et la somme restante entre ses mains à celle de 3,248.500 frs., non compris celle de 100.000 frs. à la disposition des exécuteurs testamentaires, et nous avons reconnu qu'il ne devait pas d'intérêts.

D'un autre côté, Mr. Lafitte a déclaré qu'ayant été dans le cas d'employer souvent une partie de ces fonds, il en était résulté des bénéfices pour sa maison et qu'il croyait de la loyauté et de la justice d'y faire participer les légataires pour une somme qu'il a arbitrée à sept cent mille francs. En conséquence il a été convenu qu'il bonifierait les légataires de la dite somme de 700.000 frs.

Il faut observer que sur la somme restant chez Mr. Lafitte de	3,248.500 frs.
les dettes de la succession et les frais exigeront au moins 148.500 frs., outre les 100.000 frs. mis à la disposition des exécuteurs testamentaires à	148.500 „
Ce qui réduira la somme disponible à	3,100.000 frs.
En y ajoutant pour bonifications d'intérêts	700.000 „
Les fonds disponibles chez Mr. Lafitte seront . . .	3,800.000 frs.

Paris, ce 12 mai 1822.

Signé: Bertrand, Montholon et Marchand

XXV.

Fürst Metternich an den Grafen Neipperg.

Vienne, ce 13 juin 1822.

Monsieur le comte!

Votre Excellence a été prévenue par ma dépêche du 3 mai dernier des instructions que j'avais envoyées le 24 avril à Mr. le prince d'Esterházy à Londres et à Mr. le baron de Vincent à Paris pour compléter le plus qu'il serait possible par leurs soins, les renseignements relatifs aux dispositions testamentaires de Napoléon Bonaparte, afin de pouvoir décider, en pleine connaissance de cause, ainsi que c'est requis lorsqu'il s'agit de l'intérêt d'un mineur, s'il y a lieu à accepter ou à renoncer à la succession que Mr. le duc de Reichstadt serait en droit de recueillir comme étant son seul héritier.

Je ne veux pas différer de faire parvenir sous les yeux de Mme la duchesse de Parme les réponses que je viens de recevoir sous les dates respectives du 18 A du 15 mai, et dont Votre Excellence trouvera ci-inclus des copies sub N° 1° 2° A 3°.

Il résulte du rapport de Mr. le prince d'Esterházy, que le document qui renferme les dispositions testamentaires de Bonaparte n'a été commis à la garde du Sieur Fox que comme un dépôt de confiance dont le dépositaire est uniquement et exclusivement responsable envers celui qui le lui a confié, de sorte qu'il est tenu à en garder le secret envers tout autre; qu'au surplus le ministère Britannique n'a la faculté ni par la voie des tribunaux ni par voie d'autorité d'obliger le dépositaire à lui en donner connaissance; que ce n'est donc qu'avec l'autorisation des exécuteurs testamentaires qu'on pourra obtenir cette participation. Il suit de la, que les exécuteurs testamentaires devront être ou forcés à cette communication par des démarches judiciaires, dans le cas où l'on interviendrait, au nom du duc de Reichstadt, dans la poursuite du procès à Paris, ou engagés à s'acquitter volontairement de la dite communication, par le prix qu'ils attacheraient à éviter des contestations judiciaires de la part des tuteurs de l'héritier, ou bien à obtenir l'assentiment de la Cour Impériale à leurs vues. Il suit enfin de la réponse de Mr. le prince Esterházy que ce serait en vain que l'on ferait des instances ultérieures en Angleterre pour se procurer plus de lumières sur la totalité des dispositions de dernière volonté de Bonaparte, et que désormais c'est à Paris que nous devrons concentrer nos démarches.

Je passe aux deux rapports de Mr. le baron de Vincent du 15 mai ci-annexés en copies sub N° 2° A 3°:

Mr. l'ambassadeur observe dans la pièce sub N° 2° que, dans le cas de poursuite juridique, la réclamation en faveur du duc de Reichstadt ne pourrait porter que sur la moitié des fonds déposés chez Mr. Lafitte, ce qui confirme entièrement l'opinion que j'ai cru devoir énoncer à cet égard. Il observe en outre que, si l'on était dans le cas d'en venir à une poursuite juridique et de faire consulter préalablement sur cet objet, il serait convenable d'en prévenir le ministère du roi, et c'est ce qui a toujours été dans nos intentions, mais avant de nous partir à cette démarche, il faut préalablement connaître tout le testament, attendu que ce n'est que sur la connaissance du tout que la tutelle peut se décider sur la question an, savoir s'il y a lieu à faire la réclamation?

Par le rapport, dont copie sub N° 3°, Mr. le baron de Vincent me transmet une lettre des trois exécuteurs testamentaires en date du 12 mai, avec copie de celle qu'ils adressent à S. M. Mme l'archiduchesse Marie Louise, et celle-ci présente deux demandes de leur part. Ils recourent en premier à Mme l'archiduchesse ‚pour la supplier de vouloir bien en sa qualité d'épouse survivante et de tutrice donner son approbation et sa sanction aux volontés testamentaires de l'illustre défunt'.

A l'appui de cette demande, les exécuteurs testamentaires disent, ‚que Mme l'archiduchesse pensera sans doute, que ce n'était pas un héritage de quelques millions qui fût bien précieux pour son fils; l'honneur d'appartenir à la maison d'Autriche ne pouvait lui laisser aucune inquiétude sur le sort de ce prince'.

Les exécuteurs testamentaires représentent de plus, que les legs excèdent de beaucoup les fonds disponibles.

La seconde demande qu'ils forment est, de supplier Mme l'archiduchesse de leur faire connaître ses intentions relativement aux légataires compris dans le codicille qui lui est particulièrement adressé (ce qui se rapporte tant à la prétendue redevance de deux millions sur les fonds remis en or à S. M. à Orléans, qu'aux dotations situées dans l'état de Parme). ‚Il sera,' ajoutent les exécuteurs testamentaires, ‚doublement honorable pour ces légataires et donataires, de devoir tout à la fois au souvenir de Napoléon et à la munificence spéciale de Mme l'archiduchesse un don précieux pour tous et pour quelques-uns bien nécessaire.'

La première demande exige de ma part les observations suivantes qui fourniront en même temps la réponse à la seconde demande et je dois inviter V. E. à les soumettre à S. M. Mme l'archiduchesse.

Doit-on recueillir la moitié de la succession, en se prévalant des lois françaises qui ne permettent à un père que de disposer de la moitié de ses biens, lorsqu'en mourant il laisse un fils? ou doit-on dans l'intérêt du duc de Reichstadt et de Mme l'archiduchesse, donner acte de renonciation à cette succession? Voilà toute la question.

Si l'on se décidait à réclamer la succession, on ne pourrait le faire que sous bénéfice d'inventaire, puisqu'il est avoué par les exécuteurs testamentaires et prouvé par les communications qu'ils ont faites à Mme l'archiduchesse, que les sommes que Napoléon a léguées excèdent de beaucoup celles qui se trouvent disponibles.

Si, au contraire, il est conseillable, dans l'intérêt bien entendu du duc de Reichstadt, de ne pas se porter pour l'héritier universel et de ne pas demander la réduction des libéralités, il faut que la renonciation tant au nom de Mme la duchesse de Parme, qu'en celui de S. M. l'Empereur comme tuteur de son petit-fils, soit articulée de manière à s'interdire toute participation à l'actif comme au passif de la succession et, surtout, de manière à exclure bien positivement la reconnaissance du codicille adressé à S. M. Mme la duchesse de Parme, par lequel elle est invitée à payer deux millions de francs aux légataires, ainsi qu'à faire jouir quelques-uns d'entr'eux de dotations dans l'État de Parme et même dans d'autres parties de l'Italie.

Dans ce cas de renonciation il ne peut nullement s'agir pour Mme la duchesse de Parme (ainsi que les exécuteurs testamentaires lui en adressent la demande), de donner en qualité de tutrice son approbation et sa sanction aux volontés testamentaires du défunt. Donner une pareille sanction et approbation ce serait de la part de Mme l'archiduchesse prendre sur elle les effets de l'exécution testamentaire; en devenir responsable; s'exposer elle, et à la suite son fils, le duc de Reichstadt, à des réclamations interminables de la part des légataires, leurs veuves, leurs enfants et leurs héritiers; s'exposer en un mot à des réclamations d'autant plus inévitables que, suivant l'aveu des exécuteurs testamentaires, les sommes que Napoléon a léguées excèdent de beaucoup celles qui se trouvent disponibles. Le but des exécuteurs testamentaires en priant Mme l'archiduchesse de donner son approbation aux volontés testamentaires du défunt est, de se placer derrière le nom de S. M. Mme la duchesse de Parme, d'abord pour être payés eux et les autres personnes qui ont partagé la captivité de Napoléon, de la totalité de leurs legs et d'en être payés incessamment sur les fonds liquides de la succession, savoir ceux déposés chez Lafitte; et en second lieu pour rejeter l'odieux de la rédaction des autres légataires sur la prétendue volonté et sanction de

Mme l'archiduchesse. On ne peut se méprendre sur cette intention des exécuteurs testamentaires lorsqu'on prend connaissance d'une lettre particulière que le marquis de Semonville, beau-père du comte de Montholon, a adressée sous cette même date du 12 mai à une personne à laquelle il a cherché à faire goûter l'idée de faire intervenir la sanction de Mme la duchesse de Parme. Il paraît donc démontré que de tous les partis à prendre par Mme l'archiduchesse, le plus mauvais serait de donner son approbation aux dispositions testamentaires, attendu que cette détermination ne conduirait qu'à des inconvénients et à des sacrifices gratuits, sans offrir en échange le moindre avantage pour le duc de Reichstadt, puisqu'il est prouvé que le passif excède de beaucoup l'actif de la succession. En voilà assez pour établir que, si l'on se décide à renoncer à la succession, Mme l'archiduchesse doit soigneusement s'abstenir de corroborer par sa sanction les volontés testamentaires du défunt.

L'on ne peut, d'un autre côté, se dissimuler que, si l'on adoptait la première partie de l'alternative et que l'on se décidait à réclamer la succession, fût-ce même sous la clause du bénéfice d'inventaire, l'on rencontrerait en grande partie les mêmes inconvénients. Il n'y a en effet, dans cette succession guères d'autre recouvrement utile et liquide que la moitié du fonds déposé chez Mr. Lafitte. Ce fonds étant porté en compte par les exécuteurs testamentaires à 3,948.500 frs., la moitié qui serait réclamée par Mr. le duc de Reichstadt serait de 1,974.250 frs. et par conséquence ne s'éleverait pas à la somme de huit cent mille florins de Vienne que nous avions de prime abord admise par calcul approximatif. Mais précisément en réclamant cette moitié du dépôt de Lafitte, ce qui ne pourrait se faire que par voie judiciaire, on doit s'attendre à rencontrer l'opposition des exécuteurs testamentaires et autres légataires à titre onéreux, lesquels comme serviteurs de Napoléon et comme ayant partagé son exil à Ste-Hélène prétendent que leurs legs ne sont pas sujets à réduction. Si le juge de Paris leur alloue cette prétention, le duc de Reichstadt ne recueillerait aucun avantage de sa réclamation juridique et aurait encouru en pure perte les plaintes de cette cohorte de légataires et de leurs adhérents. Si, dans la meilleure supposition, le juge réduit de moitié les legs à titre onéreux comme ceux à titre simple, il arrivera que Mr. le duc de Reichstadt pour une somme de quelques centaines de mille florins qui serait encore diminuée par les droits prélevés sur les successions, et que peut être même on ne laisserait pas suivre avant sa majorité, sera perpétuellement en lutte aux recours de la foule des légataires auxquels les exécuteurs testamentaires ne manqueront pas d'inculquer que c'est par l'opposition du duc de Reichstadt aux volontés suprêmes de son père

qu'eux, légataires et clients dévoués à Bonaparte, se trouvent déchus de ses bienfaits. Il en serait autrement dans le cas de renonciation de la part de Mme la duchesse de Parme et du duc de Reichstadt, parceque dans cette hypothèse il n'y a pas de doute que l'un ou l'autre des légataires ne provoquât près du tribunal de Paris la nomination d'un curateur à la succession vacante. De ce moment, ce serait entre le curateur judiciaire, comme représentant la généralité des légataires d'une part et les exécuteurs testamentaires de l'autre que la répartition de la succession serait contradictoirement discutée et réglée, de manière que ceux qui ne seraient pas contents de leurs lots, ne pourraient imputer leur mécompte, ni à Mme l'archiduchesse ni à Mr. le duc de Reichstadt.

Il est donc permis de supposer que pour ne pas entrer en lice avec tant d'intérêts personnels et avec des gens portés à l'exaspération, Mme la duchesse de Parme ne sera pas plus disposée à réclamer juridiquement la succession sous bénéfice d'inventaire, qu'Elle ne doit l'être à recouvrir de son approbation les libéralités ordonnées par le défunt.

Si par tous ces motifs, Mme l'archiduchesse se décidait pour la renonciation à la succession, la marche la plus convenable me paraîtrait être la suivante:

1° S. M. la duchesse de Parme exprimait dans un acte contresigné par l'un de ses ministres:

Qu'ayant reçu la communication du testament et des codicilles renfermant les volontés testamentaires de feu Son époux, tels qu'ils ont été remis par les exécuteurs testamentaires au baron de Vincent, ambassadeur de la Cour Impériale près S. M. T. Ch^ne^, et tels qu'ils se trouvent annexés à la lettre du 12 mai 1822; qu'ayant été invitée par la dite lettre à donner, en qualité d'épouse survivante et de tutrice du duc de Reichstadt, Son fils, Son approbation et Sa sanction aux volontés testamentaires ci-dessus rappelées; qu'ayant été en même temps invitée à faire connaître aux dits exécuteurs testamentaires Ses intentions relativement aux légataires, compris dans le codicille qui Lui est particulièrement adressé,

Sa Majesté déclarerait:

Que, n'ayant mis d'autres bornes aux sacrifices auxquels Elle a souscrit lors du traité de Fontainebleau du 11 avril 1814 que celles qui Lui ont été tracées au nom de l'intérêt général et de Son dévouement respectueux aux volontés de S. M. l'empereur Son auguste père, Elle ne saurait Se trouver aucunement appelée ni à discuter ni à régler l'exécution des dernières dispositions de feu Son époux et qu'au contraire

les mêmes considérations qui ont motivé Ses déterminations et Son acquiescement aux renonciations stipulées par le traité de Fontainebleau du 11 avril 1814, et ensuite par celui de Paris du 10 juin 1817, Lui font désirer de s'abstenir de toute intervention dans l'exécution testamentaire; qu'en conséquence Elle n'hésite pas à donner en tant que cela peut La concerner, acte de renonciation aux droits de succession résultant des lois civiles françaises, déclarant de S'en remettre pour tous Ses droits ainsi que pour ceux qui compètent à Son bien-aimé fils, le duc de Reichstadt, à ce que S. M. l'empereur d'Autriche, Son auguste père, et respectivement aïeul du duc de Reichstadt trouvera bon de faire, à quel effet le présent acte doit tenir lieu, pour S. M. I. et R. A. de pouvoirs les plus étendus. Que quant à la notification qui Lui a été donnée par les dits exécuteurs testamentaires du codicille en date de Longwood le 24 avril 1821 portant assignation de plusieurs legs pour une somme de deux millions de francs provenant de fonds qui, en avril 1814 Lui avaient été remis en or, à Blois, Elle déclare que de tout ce qu'Elle a fait et géré dans l'exercise du pouvoir en France, Elle n'entend nullement en Sa qualité de Souverain de Parme devoir en rendre compte à qui que ce soit; qu'en qualité de duchesse de Parme, Elle ne reconnaît aucune redevance des fonds qu'Elle a touchés comme Impératrice, lesquels fonds ont d'ailleurs été employés aux frais de déplacement et de voyage nommément de celui de Rambouillet à Vienne avec toute Sa suite; ainsi qu'à l'entretien de Sa cour jusqu'à ce qu'Elle est entrée en jouissance des revenus de l'état de Parme; qu'il est d'ailleurs notoire qu'Elle n'a jamais rien réclamé ni reçu du chef des pensions et indemnités pécuniaires dont il avait été question lors des transactions de Fontainebleau en 1814; que, pour ce qui est des dotations ci-devant établies dans le duché de Parme et sur le mont Napoléon de Milan, desquelles il est fait mention dans ce même codicille du 24 avril 1821, Elle peut d'autant moins accueillir la demande du rétablissement des dites dotations et de l'acquittement des arrérages qui y sont relatifs, qu'il est de notoriété que toutes les dotations situées hors du territoire français ont été annulées par l'article V[e] séparé et secret du traité de Paris du 30 mai 1814. Et que n'étant qu'usufruitière dans les duchés de Parme, Plaisance et Guastalle, Elle doit regarder comme interdit de rétablir sur Ses sujets de l'état de Parme des charges abrogées par les transactions générales; qu'en conséquence et par une suite naturelle de la renonciation ci-dessus mentionnée, Elle déclare de ne pouvoir concourir en aucune manière à l'exécution testamentaire du codicille du 24 avril 1821 et de ne pas reconnaître les charges et obligations qui y sont assignées sur Ses états et Ses finances.

Qu'enfin Elle s'en remet à la sagesse et à la sollicitude de S. M. l'empereur Son auguste père de faire valoir la présente déclaration partout où besoin sera.

Fait à Parme etc. etc.

2° S. M. l'empereur comme aïeul maternel de S. A. S. le duc de Reichstadt, Son petit fils et comme autorisé, tant en vertu de la tutelle qui Lui a été déférée par S. M. Mme la duchesse de Parme que par suite de la déclaration de renonciation de Sa dite Majesté ci-jointe (celle cidessus mentionnée) donnerait acte: que Sa dite M. I. et R. A. au nom de S. A. S. le duc de Reichstadt, Son petit fils déclare que le duc de Reichstadt, se renfermant dans le sentiment de piété filiale, se bornera à accepter les souvenirs et effets mobiliers qui, suivant l'affirmation donnée par les exécuteurs testamentaires à Sir Hudson Lowe, gouverneur de Ste-Hélène, ont été désignés par feu son père pour lui être remis; lesquels effets mobiliers, après la vérification qui en fut faite le 12 mai 1821 à Longwood sur trois bordereaux indicatifs des dits effets, furent replacés dans trois boîtes en acajou et remis à la garde des dits exécuteurs testamentaires.

Que se bornant à cette qualité de légataire particulier le duc de Reichstadt déclare de ne vouloir se prévaloir ni de l'article 913 ni d'autres dispositions du code civil de France et qu'il n'entend ni demander à son profit la réduction des libéralités et des actes de dernière volonté de feu son père, ni intervenir en manière quelconque à l'exécution testamentaire, ni par conséquent être tenu des dettes et charges de la succession; qu'en conséquence il donne acte de renonciation entière à la succession dont il s'agit, se conformant à tous égards à l'acte délivré par S. M. Mme la duchesse de Parme, sa très honorée mère, lequel acte de renonciation sera également remis à MM. les exécuteurs testamentaires en réponse à leur communication, avec autorisation de faire valoir la présente déclaration partout où besoin sera.

Fait à Vienne le . . . etc. etc.

3° En même temps que Mr. le baron de Vincent serait requis par une dépêche, tenant lieu de pouvoirs, de remettre à MM. les exécuteurs testamentaires les deux actes de renonciation ci-dessus mentionnés sub N° 1° et 2°, il serait invité à donner préalablement connaissance de nos démarches au ministre des affaires étrangères de S. M. T. Chne, et à mettre à sa disposition des copies de tous actes et documents qui auraient lieu de notre part au sujet de la dite succession. Lorsque l'affaire en serait venue à ce point, il n'y aurait non plus la moindre difficulté que Mr.

l'ambassadeur s'expliquât ouvertement vis-à-vis de MM. ses collègues sur le parti qu'aurait adopté notre cour.

Toutefois avant de donner cours à des actes de renonciation, il est un préalable qui doit être indispensablement rempli. Il faut, avant tout avoir acquis de la part des exécuteurs testamentaires la connaissance de toutes les dispositions de dernière volonté de Napoléon Bonaparte. Sans cette connaissance du tout, la renonciation portant en partie sur des articles inconnus, serait de sa nature un acte conditionnel et éventuel, et il ne peut convenir à personne qu'il soit tel.

Il en résulte que notre première démarche (après toutefois que S. M. Mme la duchesse de Parme aura fait connaître ses intentions à la suite de la présente communication) doit être d'inviter, par l'intermédiaire de S. E. le baron de Vincent, MM. les exécuteurs testamentaires à compléter la communication des dispositions de dernière volonté de Napoléon Bonaparte. Mr. l'ambassadeur serait en même temps autorisé à prévenir les dits exécuteurs testamentaires que, du moment qu'ils auront satisfait à ce préalable et qu'ils auront affirmé en forme probante que la communication est intégrale et sans nulle réserve, la tutelle de S. A. S. le duc de Reichstadt leur fera parvenir sans le moindre retard ses déterminations définitives.

Telles sont les observations que je crois devoir soumettre à Mme la duchesse de Parme sur l'ensemble des communications et des demandes qui font l'objet de la lettre de MM. les exécuteurs testamentaires en date de Paris le 12 mai dernier. Il me reste à attendre ce que Mme l'archiduchesse voudra bien me faire connaître pour me diriger en conséquent dans mes réponses à Mr. le baron de Vincent.

La présente dépêche était terminée lorsque m'a été remise la lettre du 31 mai que d'ordre de Mme l'archiduchesse duchesse de Parme, vous m'avez fait l'honneur, Mr. le comte, de m'adresser sur mes informations préliminaires du 19 mai. Quoique je puisse déjà pressentir en grande partie les intentions auxquelles S. M. Mme l'archiduchesse s'arrêtera à l'égard de la nouvelle communication, je n'en dois pas moins, maintenant que l'affaire a pris une marche plus officielle, supplier Mme la duchesse de Parme de prendre en considération les demandes formelles de MM. les exécuteurs testamentaires. Il m'importe d'autant plus d'être instruit de ses déterminations que je serai dans le cas de m'en appuyer pour prendre à cet égard les ordres de S. M. l'empereur.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

XXVI.

Graf Bertrand an die Kaiserin Marie Louise.

Paris, 16 mai 1822.

Madame!

Le plus illustre des captifs dont l'histoire puisse jamais faire mention, le génie immortel qui joignit à la gloire d'imposer silence à l'Europe, pendant un quart de siècle, la gloire plus douce à sa grande âme de Vous être donné pour époux, exprima dans les derniers jours de Sa vie le désir que sa dépouille mortelle fut transportée dans un coin de la France; ses exécuteurs testamentaires avant de quitter Londres adressèrent au roi Georges IV une requête à l'effet d'obtenir l'accomplissement de ce vœu de feu l'empereur Napoléon. Ils ont adressé la même prière à S. M. Très Chrétienne.

Madame, V. M. jugera dans Sa piété et dans Sa sagesse, s'il Lui convient d'appuyer du poids de Son intercession, ce désir de l'époux que la providence Vous ôta, mais que la providence Vous avait donné.

Je suis avec respect — — — — — — — — — — — — — —

Ad XXVI.

Graf Bertrand an die Kaiserin Marie Louise.

Paris, 18 mai 1822.

Madame!

Votre Majesté me permettra-t-elle de mettre à Ses pieds une réclamation qui intéresse toute ma jeune famille.

Par le traité de Fontainebleau les dotations du mont Napoléon furent conservées, maintenues et garanties et le duché de Parme passa sous les lois de V. M. Cet évènement ne pouvait faire évanouir la confiance que j'avais en mes droits sur le mont Napoléon et dans un duché qui devenait le Vôtre.

Par des arrangements politiques ultérieurs, cette principauté doit un jour retourner à la maison d'Espagne. Si V. M. en conséquence de cette clause ne croyait pas pouvoir me mettre en possession des terres qui composent ma dotation dans Votre duché de Parme, j'ose espérer que du moins Elle m'en conservera la jouissance, ou m'en donnera l'équivalent et voudra bien m'en faire payer l'arriéré qui de 1814 jusques et compris 1821 forme pour huit années une somme de 200.000 frs. J'ai l'honneur

de joindre ici copie de l'acte qui compose ma dotation de 25.000 frs. de rente dans votre duché de Parme.

Puis-je espérer aussi que V. M. daignera s'intéresser à mes droits dans le Milanais et les appuyer auprès de l'empereur d'Autriche Son père, afin qu'il me conserve ma dotation de 10.000 frs. de rente sur le mont Napoléon.

V. M. ne trouvera pas extraordinaire qu'avec une famille nombreuse et une fortune réduite, je vienne réclamer Sa bienveillance, confiant dans les bontés dont V. M. nous honorait, ma femme et moi, dans des temps plus prospères, et enhardi par le vœu exprimé par l'empereur.[1]

Quelle que soit la décision de Votre cabinet, je Vous prie, Madame, Vous qui avez daigné étendre Votre intérêt jusque sur mes jeunes enfants, d'être persuadée que trop de souvenirs me rattachent à V. M. pour que je puisse jamais perdre de vue les sentiments de respect, d'attachement et de reconnaissance, avec lesquels je ne cesserai d'être — — — —

XXVII.

Fürst Metternich an Baron Vincent.

Réservée. Vienne, le 12 août 1822.

Je crois devoir pour l'information particulière de V. E. La munir du texte même de la résolution que S. M. a prise le 19 juillet sur mes rapports du 20 juin et du 15 juillet au sujet du testament de Napoléon Bonaparte. Vous y reconnaîtrez, Mr. le baron, que S. M. I. nous recommande en termes très exprès de ne rien négliger pour assurer les droits de propriété qui pourraient être dévolus au duc de Reichstadt et pour les préserver de toute dilapidation.

Il ne vous échappera pas que la dépêche qui précède la présente, a été rédigée de manière à pouvoir être mise sous les yeux du gouvernement Français aussi bien que sous ceux de MM. les exécuteurs testamentaires. Lorsque ceux-ci se seront convaincus que la tutelle est bien décidée à exiger la communication intégrale de l'ensemble des dispositions de dernière volonté de Napoléon Bonaparte, il est permis d'espérer qu'ils dé-

[1] „Je recommande à l'impératrice de faire restituer au comte Bertrand les 30.000 frs. de rente qu'il possède dans le duché de Parme et sur le monte Napoleone de Milan, ainsi que les arrérages échus.

Codicille du 24 avril 1821, Art. 1.

Signé: Napoléon.

féreront à la demande que vous leur adresserez, plutôt que de nous mettre dans le cas de recourir à la voie judiciaire et de nous rendre intervenans au nom de la tutelle dans le procès qui a déjà été agité entre eux et la maison Lafitte. On n'entrevoit d'ailleurs pas sous quel motif ils pourraient se refuser à une communication régulière et complète, lorsqu'ils avouent eux-mêmes que le testament a été montré en entier au gouvernement Français. Il est d'un principe général et il est consacré comme tel dans le code civil de France, que les tuteurs ne peuvent ni accepter ni répudier une succession sans l'autorisation du conseil de famille et par conséquent, sans une délibération motivée. Or comment serait-il possible d'autoriser la répudiation, l'acceptation ou l'approbation d'actes testamentaires dont une partie des dispositions connues pourraient être essentiellement modifiées par celles dont on ignore la nature et le contenu?

V. E. est priée de faire valoir ces considérations tant à l'égard des exécuteurs testamentaires que vis-à-vis du ministère de S. M. T. Chne; Vous inviterez à cet effet les exécuteurs testamentaires à venir prendre connaissance de la dépêche ostensible. Vous y ajouterez que du moment que les exécuteurs du testament auront satisfait à ce préalable et qu'ils auront affirmé et fourni la preuve en forme probante, que la communication est intégrale et sans nulle réserve, la tutelle de S. A. S. le duc de Reichstadt sera à même de prendre une détermination définitive.

Il importe d'autant plus de leur tenir à cet égard un langage clair et positif, que d'après la marche oblique arbitraire, pleine de réserve et d'irrégularités qu'ils ont tenue jusqu'à présent, on a tout lieu de croire que dans chacune de leurs démarches ils ne sont guidés que par le désir de faire prévaloir leur intérêt particulier et de s'approprier pour eux et pour les autres personnes qui ont accompagné le prisonnier de Ste-Hélène dans le lieu de son exil, les fonds les plus liquides de la succession et d'en frustrer soit l'héritier naturel, soit les autres légataires desquels ils veulent se séparer.

V. E. aura déjà été à même de prendre une opinion défavorable de MM. les exécuteurs du testament d'après les tergiversations dont ils ont usé envers Elle, d'après l'affectation de mystère dont ils ont cherché à couvrir leurs démarches, d'après la tentative qu'ils ont faite de s'emparer du dépôt de Lafitte, et le parti auquel ils se sont ensuite décidés de pactiser de leur propre autorité avec le dépositaire, et enfin d'après les communications tardives incomplètes auxquelles ils ne se sont portés qu'après avoir laissé écouler plusieurs mois, puisque leur démarche envers Mme la duchesse de Parme n'est que du 12 mai 1822, tandis que le testateur était déjà décédé depuis le 5 mai 1821.

S'il pouvait vous rester le moindre doute, Mr. le baron, sur les vues toutes d'intérêt particulier de MM. les exécuteurs et sur les intentions arbitraires et exclusives qu'ils veulent apporter à l'exécution des dispositions testamentaires, il suffira Mr. le baron, que vous preniez connaissance d'une lettre que Mr. le marquis de Semonville, beau-père du comte de Montholon, a écrite à ce sujet au conseiller aulique de Floret le 12 mai, le même jour où les exécuteurs testamentaires adressaient à Mme la duchesse de Parme une communication tronquée et dénuée de toute forme propre à faire foi. J'ai l'honneur de joindre ici cette ouverture confidentielle du marquis de Semonville que vous voudrez bien me restituer, après avoir pris lecture de cette pièce insidieuse. Muni des données que renferme cette lettre, vous pourrez aborder, avec plus de connaissance de leurs arrière-pensées, la discussion verbale à laquelle vous inviterez MM. les exécuteurs testamentaires; et vous pourrez tirer plus d'avantage de la crainte qu'ils ont de devoir entrer en lutte avec tous les légataires et intéressés auxquels ils voudraient opposer le nom de Mme l'archiduchesse en se retranchant derrière sa prétendue volonté. V. E. verra par le dernier point de la résolution souveraine que S. M. I. a ordonné qu'il lui soit soumis un travail sur la question s'il serait utile ou nécessaire pour l'assurance des droits éventuels de succession du duc de Reichstadt, d'obtenir du gouvernement Français une mesure par laquelle la somme déposée chez le banquier Lafitte fût mise à l'abri de toute atteinte et placée virtuellement sous sequestre. Vous pourriez prendre occasion de la communication que vous serez dans le cas de faire de ma dépêche ostensible à Mr. le vicomte de Montmorency, pour toucher préliminairement cette question et tâcher d'apprendre quelle serait à cet égard l'opinion de ce ministre. Je me réserve toutefois de prévenir sur cet objet, dans une autre expédition. Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

XXVIII.

Outre les pièces copiées d'autre part, il existe une pièce non signée, dont le commencement a été écrit par feu l'empereur Napoléon et dont le reste a été écrit sous sa dictée par le général Montholon. Nous ne faisons mention que pour mémoire de cette pièce qui est encore à Londres. Nous n'en avons pas de copie, mais elle porte en substance les dispositions ci-après:

Cet acte intitulé 8ème codicille porte la date du 28 avril 1821.

Par l'article 1er écrit de la main de l'empereur Napoléon, il recommande à son auguste épouse Mr. Antomarchi son chirurgien, lui demande de l'attacher à sa maison et de lui accorder une pension de 6000 frs.

Par l'article 2e également écrit de la main de feu l'empereur il recommande à son auguste épouse l'abbé Vignali, lui demande de l'attacher à sa maison comme aumônier jusqu'à la majorité du prince leur fils, époque à laquelle il exprime le désir que l'abbé Vignali passe au service de ce prince, comme aumônier.

Attesté et certifié avoir lu les deux premiers articles mentionnés ci-contre écrits de la main du testateur.

Paris, 17 octobre 1822.

Signé: Bertrand, Montholon, Marchand.

L'article 3 dicté au général Montholon, donne à Mme mère de S. M. différens biens en Corse de peu de valeur, dans la supposition que par acte de son règne S. M. n'en aurait pas disposé.

L'article 4 également dicté au général Montholon, exprime le désir que la princesse Pauline rentre dans la possession de la ville St. Martin à l'île d'Elbe.

Par l'article 5 feu l'empereur Napoléon donne à la comtesse Bertrand et à la comtesse de Montholon, la moitié d'un cabaret de porcelaine de Sèvres, dont l'autre moitié reste au prince son fils, conformément aux dispositions du § IV de l'état A joint au testament.

L'article 6 donne au cardinal Fesch quelques biens en Corse de peu de valeur, dont le partage était encore à faire, à ce que pensait S. M.

Paris, ce 17 octobre 1822.

Signé: Montholon.

XXIX.

Fürst Metternich an Baron Vincent.

Vérone, le 22 octobre 1822.

Monsieur l'ambassadeur!

L'intéressante expédition de Mr. le comte de Brunetti que V. E. m'a transmise par Son rapport Nr. 46 en date du 17 de ce mois m'est parvenue ce matin, et vous avez prévenu mes intentions Mr. le baron en me l'envoyant par courrier; mais j'ai vivement regretté, qu'au lieu de me la transmettre par le courrier Espagnol qui avait été expédié de Madrid, et dont l'arrivée à Vérone, au milieu des souverains et de leurs cabinets, ne pouvait manquer de fixer tous les yeux de l'Europe sur l'Autriche, V. E. n'ait pas confié cette course de préférence à un des employés de l'ambassade ou à Son adjutant. Mr. le comte de Buol et Mr. le comte de Merveldt

sont trop peu occupés dans ce moment, où toutes les affaires se concentrent ici, pour que V. E. ne puisse pas Se passer de l'un ou de l'autre pendant quelques semaines, et c'est d'ailleurs fournir à ces jeunes gens une occasion favorable de faire un voyage utile et d'augmenter le cercle de leurs connaissances. Je vous engage donc à les employer l'un et l'autre pendant la durée de la réunion de Vérone à ce genre de service, et à m'expédier nommément l'un de ces deux Messieurs avec la collection complète des actes renfermant les dernières volontés de Napoléon Bonaparte, que vous m'annoncez vous avoir été remises par MM. Bertrand, Montholon et Marchand. Soit que je sois dans le cas d'en faire usage ici ou non, V. E. sentira que je doive mettre du prix à prendre connaissance d'actes aussi importants. Mr. le baron de Binder et Mr. le comte de Merveldt ayant l'un et l'autre une voiture de la cour à leur disposition, elles peuvent servir pour ceux des employés de l'ambassade que V. E. sera dans le cas de m'expédier en courrier. A l'exception de LL. MM. les rois de Sardaigne et de Naples qui ne sont attendus ici qu'à la fin du mois, tous les souverains invités à prendre part à la réunion de Vérone s'y trouvent réunis avec leurs cabinets depuis le 16 de ce mois, et les grandes affaires qui doivent s'y traiter ont commencé depuis quelques jours sous des auspices favorables.

Je — — — — — — — — — — — — — — — — — —

XXX.

Mémoire remis par Mr. de Sémonville au général Pozzo di Borgo, pour être soumis par lui à l'empereur Aléxandre.

26. August 1822.

S'il est vrai que le plus grand évènement de l'histoire moderne soit l'élévation et la chute de Napoléon, les souverains qui, pour rendre la paix au monde, l'ont condamné à un exil éternel, penseront, sans doute, que ses mânes exerceront encore pendant une génération une influence notable sur le repos de l'Europe. C'est dans cette prévoyance qu'ils tiennent éloignés ses restes mortels. Mais cette précaution serait vaine si elle était isolée. Il est d'autres objets moins matériels, plus propres encore à agiter longtemps les esprits, et par conséquent de nature à mériter l'attention des souverains.

Napoléon mort, objet de l'idolâtrie intéressée des uns et des outrages déhontés des autres, occupe encore toutes les pensées. Tous les traits de cette tragédie sont présens à la mémoire des peuples. Ils se souviennent

également et du jour où un ostracisme d'un genre nouveau lui fut signifié, et de la promesse solennelle prononcée par l'Angleterre, au nom des puissances, que ses volontés dernières seraient respectées.

Quinze mois se sont écoulés, aucune n'a reçu son exécution.

On ne parle point de cette partie de ses volontés dans laquelle Napoléon, croyant encore porter la couronne, a prétendu léguer à des provinces, à des villes, à des corps militaires des sommes énormes que l'abdication de Fontainebleau avait ravies à son pouvoir. Quel que soit l'emploi qui a pu en être fait postérieurement, Napoléon n'a point le droit d'en connaître. Il ne peut s'être fait illusion sur cette vérité. Aussi ses exécuteurs ont-ils, dans leur prudence, considéré cette partie de son testament plutôt comme un appel à des passions vengeresses que comme des dispositions réelles. Ils ont soigneusement séparé les unes des autres et regardé comme leur premier devoir, en revoyant le sol de la patrie, de faire hommage au duc de Richelieu d'une confiance qu'il méritait si bien.

MM. de Montholon et Bertrand lui ont remis le testament et ont pris dans ses mains l'engagement de concilier leurs religieuses obligations avec un respect profond pour le gouvernement du roi et la tranquillité publique.

La retraite de ce ministre et, plus tard, sa mort déplorable, ont consterné les légataires sans rien changer à leurs résolutions. Des personnes, animées par des sentiments contraires aux leurs, ayant déterminé Mr. Lafitte à contester la remise du dépôt, Mr. de Montholon, d'après l'invitation du duc, est reparti pour l'Angleterre, afin d'y déposer le testament à la cour de Canterbury, dans la vue de pouvoir n'en communiquer aux tribunaux de France que des extraits dépouillés de considérations politiques.

Ce plan a été suivi sous le ministère présent, avec une véritable abstination de la part des exécuteurs; car le tribunal qui ne doit connaître que ses formes et la lettre de la loi, en repoussant toutes les allégations de Mr. Lafitte, a cependant déclaré les exécuteurs non recevables jusqu'à la production de l'acte intégral; au moment où ils venaient de déclarer à la barre que, le tribunal leur en donna-t-il l'ordre, leur délicatesse leur défendrait de l'exécuter.

Elle a été, si non récompensée, du moins sentie enfin par Mr. Lafitte.

Mieux conseillé, il a souscrit, le même jour, la transaction qu'on lui avait offerte à diverses reprises avant la plaidoierie.

Les exécuteurs ont arrêté son compte, les fonds restent dans ses mains jusqu'à ce que le gouvernement Français et l'héritier naturel consentent à sa libération; il acquitte les intérêts.

Ces intérêts, à quatre pour cent, sont employés à procurer quelques secours à des légataires nécessiteux, particulièrement à de pauvres serviteurs de S[te]-Hélène.

Le gouvernement Français a fait jusqu'à présent ce qui était en son pouvoir pour la sécurité de Mr. Lafitte. Indépendamment des assurances répétées qu'il a reçues du ministre des finances, le procureur du roi n'a pris aucune conclusion en faveur du domaine. Il y a plus; le domaine lui-même, après le jugement, a perçu sur Mr. de Montholon les droits résultants des sommes déposées pour compte des légataires chez Mr. Lafitte. Cette perception, très onéreuse pour les exécuteurs testamentaires, est la renonciation la plus formelle que puisse faire le domaine à toute prétension.

L'exécution testamentaire dépend donc uniquement aujourd'hui de l'adhésion de l'héritier naturel, en d'autres termes de la cour de Vienne.

Les exécuteurs ont réclamé son intervention officiellement par le ministère de Mr. Vincent, confidentiellement par l'intermédiaire de Mr. de Floret, ami de l'un d'entr'eux. L'ambassadeur a reçu leurs communications avec les formes polies qui le caractérisent; il a promis de les transmettre à sa cour, et déclare n'avoir encore aucune instruction. Mr. de Floret, dans une dépêche particulière, annonce qu'on attend les déterminations de l'archiduchesse Marie Louise, et paraît persuadé que cette princesse donnera dans cette circonstance des preuves nouvelles du haut désintéressement dont elle a offert l'exemple à l'univers dans les dernières années. Il semble ne point douter qu'elle ne laisse un libre cours aux volontés de l'illustre défunt, conformément à la loi et à l'équité. Cependant le temps s'écoule sans qu'il soit possible aux exécuteurs de mesurer le terme de leur attente.

Sans appui sur leur terre natale, ils se refusent à recevoir l'auxiliaire des ennemis du gouvernement, les convenances leur défendent d'invoquer l'autorité du roi, et ils voient périr dans leurs mains, malgré leur zèle et leur prudence, la mission sacrée dont ils sont investis. L'histoire leur demandera compte de leurs démarches, et dès aujourd'hui les nombreux légataires, dans leur juste impatience, les accusent d'une timidité pusillanime.

Une grande responsabilité pèse sur eux; rien ne peut les y soustraire. Vainement ils diraient à l'Europe: les volontés du citoyen obscur, dont la tombe est protégée par la loi, reposent sous la garde des magistrats; nos efforts n'ont pu défendre le malheur le plus illustre qui ait effrayé le monde. Quels moyens les exécuteurs ont-ils de retirer des mains d'un banquier Français un dépôt de confiance qui devait être remis à la

première requisition? De celles de l'archiduchesse Marie Louise, deux millions prêtés sur billet au jour de la déchéance et réclamés sur le lit de mort? De celles du prince Eugène, deux autres millions redemandés au nom de l'honneur et de la reconnaissance au fils adoptif qui en a reçu vingt de la générosité? etc. etc. Faut-il enfin que, dans leur déplorable isolement, les exécuteurs testamentaires renoncent à la réserve qu'ils se sont imposée que, cédant aux instances des légataires désespérés de tels délais, ils appellent à leur secours la puissance devant laquelle l'Europe s'effraye avec raison, et que Napoléon, mort, demandant quelques dépouilles pour les partager entre des serviteurs fidèles et d'anciens compagnons d'armes, inquiète les cabinets et trouble peut-être la France par des révélations livrées aux presses de Conquet? Ce tort si grave, si étranger aux intentions des exécuteurs, s'il devait jamais se réaliser, ne pourrait leur être imputé; ils n'en redoutent pas moins les apparences et les effets. Dans l'espoir de les prévenir, ils se sont demandés s'il serait indigne du personnage le plus auguste de couvrir de sa haute protection les compagnons d'infortune d'un homme qui, par tant de hauts faits, s'était élevé à l'honneur d'être son allié, plus tard, malheureusement, son ennemi; si, enfin, les exécuteurs testamentaires de Napoléon vaincu, désarmé et encore enchaîné après sa mort, suppliant devant le trône d'Alexandre, étaient un spectacle au-dessous de sa magnanimité? Ils attendent et osent même espérer ses décisions suprêmes. La piété d'Achille pour l'infortune a illustré son nom autant que ses exploits.

XXXI.

Der Vicepräsident der Obersten Justizhofstelle, Freiherr von Gärtner, an den Fürsten Metternich.

Wien, am 24. Januar 1823.

Durchlauchtiger Fürst!

Durch hohes Rescript vom 9. Jänner l. J. haben E. D. mir die im Anschlusse gehorsamst zurückfolgenden Acten mitgetheilt und mir aufgetragen, Hochdenenselben mein in juridischer Hinsicht motivirtes Gutachten über die von Napoleon Bonaparte hinterlassenen letztwilligen Anordnungen überhaupt und über vier diesen Gegenstand besonders betreffende Fragen vorzulegen.

Das Ausserordentliche der Lage, in welcher sich der Testator auf der Insel St. Helena befand, macht es sehr schwierig, einen festen

Anhaltspunkt zu einer streng rechtlichen Prüfung dieses Gegenstandes zu finden.

Napoleon Bonaparte hat an mehreren Stellen seines letzten Willens verdeckt zu erkennen gegeben, dass er bis an sein Lebensende nicht aufhöre, sich und seinen Herrn Sohn für Franzosen zu halten. Die Testamentsexecutoren scheinen hierüber keinen Zweifel zu hegen. Die Folge dieser Voraussetzung würde sein, dass die Giltigkeit der letztwilligen Verfügungen und das Successionsrecht des natürlichen Erben nach französischen Gesetzen zu beurtheilen wären, und dass, wenn hierüber Schwierigkeiten entstünden, nur die französischen Gerichte competent wären. Ich darf mir nicht anmassen, E. D. auf die bei der Frage: ob Napoleon Bonaparte bei seinem Ableben annoch Franzose war? vielleicht eintretenden politischen Rücksichten aufmerksam zu machen. Eben so wenig habe ich zu untersuchen, ob es nicht rathsam sein dürfte, diese Frage in den Verhandlungen mit anderen Höfen oder mit den Testamentsexecutoren möglichst zu umgehen. Da ich aber aufgefordert bin, E. D. meine Ansichten aus dem juridischen Gesichtspunkte über den ganzen Successionsfall zu eröffnen, so kann ich meines Orts in gegenwärtiger Aeusserung nicht unterlassen, mich über erwähnte Frage auszusprechen, indem sie auf die Beurtheilung der Sache den wesentlichsten Einfluss hat.

Napoleon Bonaparte war ein geborner Franzose, weil zur Zeit seiner Geburt Corsica bereits ein Bestandtheil von Frankreich war. Er war daher von Geburt französischer Unterthan, oder um mich des jetzt mehr üblichen, aber doch gleichbedeutenden Ausdruckes zu bedienen, französischer Staatsbürger, Citoyen. Dass er diese Eigenschaft in dem Augenblicke verloren hat, wo er sich die französische Kaiserkrone aufsetzte, lässt sich um deswillen nicht bezweifeln, weil Niemand zugleich Souverän und Unterthan desselben Staates sein kann.

Durch die Renunciationsacte, welche Napoleon Bonaparte am 11. April 1814 zu Fontainebleau ausstellte, und durch den ersten Artikel des an demselben Tage zu Paris geschlossenen Tractats hat er seine Souveränetätsrechte über Frankreich und Italien mit einziger Ausnahme der Insel Elba gänzlich aufgegeben. Elba wurde durch den dritten Artikel erwähnten Tractats ein abgesondertes Fürstenthum, welches er lebenslänglich mit voller Souveränetät besitzen sollte. In dem neunten Artikel verzichtete er überdies auf alles Eigenthum, was er in Frankreich als domaine extraordinaire oder als domaine privé besass.

Nach den Grundsätzen des Natur- und Völkerrechts ist es meines Erachtens klar, dass Napoleon Bonaparte, der früher schon aufgehört hatte, französischer Bürger zu sein, und nun die Souveränetät über Frank-

reich aufgab, dadurch für Frankreich ein Fremder wurde. Er trat gegen Frankreich in die Verhältnisse, in welchen jeder andere europäische Souverän gegen Frankreich steht.

Das nämliche Resultat ergibt sich, wenn man die Sache nach dem Code Napoléon selbst beurtheilen will. In dem § 17 dieses Gesetzbuches heisst es:

‚La qualité de Français se perdra 1° par la naturalisation acquise en pays étranger; 2° par l'acceptation non autorisée par le gouvernement de fonctions publiques conférées par un gouvernement étranger; 3° par l'affiliation à toute corporation qui exigera des distinctions de naissance; 4° enfin par tout établissement fait en pays étranger sans esprit de retour.'

Es lässt sich nicht widerstreiten, dass Elba durch den Tractat vom 11. April 1814 für Frankreich ein fremdes Land geworden ist, und dass Napoleon Bonaparte, indem er Souverän dieser von ihm selbst zu seinem beständigen künftigen Aufenthalt gewählten Insel auf Lebenszeit wurde, ein établissement en pays étranger sans esprit de retour erhielt. Mithin hat er selbst nach den Vorschriften des Code Napoléon die Eigenschaft eines Franzosen verloren.

Der tractatwidrige Versuch, welchen Napoleon Bonaparte im Jahre 1815 machte, um den französischen Thron neuerdings zu besteigen, konnte ihm die verlorne Eigenschaft eines Franzosen nicht wiedergeben und überhaupt an seinen persönlichen Rechtsverhältnissen gegen Frankreich nichts ändern. Auch hierüber enthält der Code Napoléon eine klare Bestimmung im § 18, welcher sagt:

‚Le Français qui aura perdu sa qualité de Français pourra toujours la recouvrer en rentrant en France avec l'autorisation du gouvernement et en déclarant qu'il veut s'y fixer et qu'il renonce à toute distinction contraire à la loi Française.'

Im § 20 wird noch hinzugefügt, dass Diejenigen, welche nach dem § 18 das Bürgerrecht wieder erlangen wollen, vorerst die dort vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen und sich desselben ausserdem nicht zu erfreuen haben. Je offenbarer es ist, dass Napoleon Bonaparte im Jahre 1815 ohne Autorisation der französischen Regierung, ja sogar sehr gegen ihren Willen, nach Frankreich kam, und dass er hiebei nicht auf jede dem französischen Gesetze zuwiderlaufende Distinction verzichtet, vielmehr die Regierung zu stürzen gesucht hat, um so weniger kann angenommen werden, dass er, der, wo nicht im Jahre 1814, doch wenigstens im Jahre 1815 nach den oben allegirten Gesetzstellen aufgehört hatte, Franzose zu sein, es durch seine Rückkehr nach Frankreich im

Jahre 1815 und durch seinen damaligen kurzen Aufenthalt in diesem Lande wieder geworden wäre.

Dass die folgenden Begebenheiten, wodurch Napoleon Bonaparte Staatsgefangener der grossen verbündeten Mächte wurde, ihm das französische Bürgerrecht nicht verschaffen konnten, versteht sich wohl von selbst. Meines Wissens hat auch die königl. französische Regierung nie zu erkennen gegeben, dass sie ihn als französischen Unterthan betrachte, und sie hätte dieses nicht thun können, ohne sich mit ihren obenerwähnten Gesetzen in Widerspruch zu setzen.

Unser Zeitalter kennt einige Beispiele von Regenten, die sich zwar von der Regierung zurückgezogen, aber keinem Staate als Unterthanen unterworfen haben. Ohnerachtet Napoleon Bonaparte die Souveränetät von Elba nicht freiwillig aufgegeben hat, so kam er doch mit ebenerwähnten Regenten gewissermassen in eine ähnliche Lage, weil er auch aufhörte, Souverän zu sein, ohne doch auf irgend eine Art Unterthan eines andern Souveräns zu werden. Aber der Umstand, dass er im englischen Gebiete lebte, verpflichtete ihn, sich nach den englischen Gesetzen zu richten, weil Jeder, der in einem fremden Staate lebt (mit Ausnahme der diplomatischen Personen), für die Dauer seines Aufenthaltes den Landesgesetzen unterworfen ist. Von der juridischen Seite betrachtet, glaube ich demnach meine unvorgreifliche Meinung dahin devotest aussprechen zu sollen, dass Napoleon Bonaparte zur Zeit der Errichtung seines letzten Willens und zur Zeit seines Todes kein französischer Unterthan war, mithin weder I. M. die Frau Erzherzogin Marie Louise als Witwe eines Franzosen, noch der Herr Herzog von Reichstadt als Franzose betrachtet werden können.

Irre ich in diesen Voraussetzungen nicht, so glaube ich hieraus die doppelte Schlussfolge ziehen zu dürfen, nämlich:

1. Dass die Giltigkeit der letztwilligen Anordnungen Napoleon Bonaparte's und die Successionsrechte seines Herrn Sohnes nicht nach französischen Gesetzen zu beurtheilen sind, und

2. dass die französischen Gerichte in denen die Verlassenschaft betreffenden und etwa zur gerichtlichen Verhandlung gelangenden Angelegenheiten der Regel nach, und wo kein besonderer Grund für ihre Gerichtsbarkeit eintritt, nicht als competent betrachtet werden können.

Soviel den ersten Punkt, nämlich die Anwendbarkeit der französischen Gesetze, betrifft, so scheint mir an sich klar, dass, nachdem weder der Testator, noch sein natürlicher Erbe als Franzosen betrachtet werden können, nachdem das Testament weder in Frankreich errichtet, noch deponirt worden ist, nachdem sich der Sterbefall nicht in Frankreich

ereignet hat, nachdem keine zu der Masse gehörigen Realitäten in Frankreich liegen, und nachdem sich von der Masse weiter nichts als eine blos persönliche Forderung des Erblassers an das Handlungshaus Lafitte in Frankreich befindet, kein Grund erübriget, aus welchem behauptet werden könnte, dass die Giltigkeit des Testaments und seiner Codicillen und das Successionsrecht des natürlichen Erben nach den Gesetzen Frankreichs zu beurtheilen seien, für welches Erblasser, Erben und Erbschaft gleich fremd sind. Der Umstand, dass Lafitte dem Verstorbenen und nun der Masse eine bedeutende Summe schuldet, kann an dieser rechtlichen Ansicht nichts ändern und hat keinen anderen Erfolg, als dass die Rechte und Verbindlichkeiten zwischen der Masse und Lafitte nach französischen Gesetzen bemessen werden müssen. Nie aber kann aus dem Zufalle, dass ein Fremder eine persönliche Forderung an einen französischen Handelsmann besitzt, der Schluss gezogen werden, dass die Bestimmungen des französischen Gesetzes auf den letzten Willen dieses Fremden und auf die Erbrechte in sein ganzes Vermögen oder auch nur in das französische Activum anwendbar seien.

Anders würde sich die Sache verhalten, wenn Napoleon Bonaparte bei seinem Ableben Realitäten in Frankreich besessen hätte, welches aber nicht der Fall ist, weil er seine sämmtlichen Domänen bereits durch den Tractat vom 11. April 1814 der französischen Krone abgetreten hatte.

Nach meiner geringen Einsicht lässt sich nicht wohl etwas Anderes annehmen, als dass blos die englischen, auf St. Helena eingeführten Gesetze auf die letztwilligen Anordnungen Napoleon Bonaparte's und die Erbrechte in seinen Nachlass anwendbar seien, weil nicht nur die letztwilligen Anordnungen in Helena errichtet sind und jedes Geschäft nach den Gesetzen des Ortes, wo es eingegangen wurde, zu beurtheilen ist, sondern auch Napoleon Bonaparte selbst, wie ich oben bemerkte, während seines Aufenthaltes in englischem Gebiete den englischen Gesetzen unterstand.

Aus den eben angeführten Gründen, welche nach meiner geringen Einsicht beweisen, dass auf die ganze Sache nicht die französischen, sondern nur die englischen Gesetze anwendbar sind, ergibt sich, wie mir scheint, ebenso richtig, dass, woferne gerichtliche Entscheidungen über die Giltigkeit und Wirksamkeit der letztwilligen Dispositionen oder über die Successionsrechte des natürlichen Erben nothwendig werden sollten, nicht die französischen, sondern die englischen Tribunale competente Richter sein würden. Nach der allgemeinen Regel dürfen die Jurisdictionsgrenzen nicht über die Landesgrenzen ausgedehnt werden, und es kann daher keiner Gerichtsbehörde zustehen, sich in Erbschaftssachen eines

ausser ihrem Gerichtssprengel verstorbenen und in demselben nicht ansässigen Fremden für competent zu erklären. Doch können besondere Gründe eintreten, wodurch die französischen Tribunale competent werden, über einzelne auf den von Napoleon Bonaparte hinterbliebenen Nachlass bezugnehmende Rechtssachen zu entscheiden. Die Forderung der Masse an Lafitte hat bereits Anlass zu einem Processe gegeben, in welchem das Tribunal erster Instanz zu Paris vollkommen competent war, weil der in Paris domicilirende Lafitte in dieser Sache der Beklagte gewesen ist. Es wäre ferner möglich, dass Legatare oder andere Gläubiger der Masse, um für ihre Forderungen Sicherheit oder ein Pfandrecht zu erlangen, auf die bei Lafitte liegenden Summen Beschlag oder Arrest nachsuchten. Dadurch würde die Jurisdiction der Pariser Tribunale abermals insoweit gegründet werden, dass sie zu erkennen hätten, ob der Beschlag oder Arrest zu bewilligen und ob die Ansprüche besagter Reclamanten, insoweit sie die bei Lafitte liegenden Summen nicht übersteigen, liquid seien.

Weiter, als sich die Jurisdiction der französischen Tribunale durch dergleichen specielle Titel begründen lässt, steht sie ihnen nach meiner geringen Einsicht nicht zu. Nur kann ich hier nicht unbemerkt lassen, dass der Code Napoléon den französischen Tribunalen eine viel ausgedehntere Jurisdiction einräumt. Der bekannte § 14 dieses Gesetzbuches sagt nämlich: ‚L'étranger, même non résidant en France, pourra être cité devant les tribunaux Français pour l'exécution des obligations par lui contractées en France avec un Français; il pourra être traduit devant les tribunaux de France pour les obligations par lui contractées en pays étranger envers des Français.' Durch diese Verfügung ist die allgemeine Rechtsregel, dass der Kläger dem Gerichtsstande des Beklagten zu folgen hat, umgestossen und das Recht aller souveränen Staaten, ihre Unterthanen nicht vor fremde Gerichte ziehen zu lassen, verletzt. Meines Ermessens kann keine Regierung, ohne ihrer Würde zu vergeben und das Interesse ihrer Unterthanen zu opfern, besagte Disposition als giltig anerkennen, wie sie dann selbst zu den Zeiten der französischen Uebermacht, wenigstens von österreichischer Seite, nie anerkannt worden ist. Wenn sich daher auch aus dem allegirten § 14 des Code Napoléon folgern liesse, dass jeder Franzose, der aus irgend einem Grunde gegen die Masse oder Erben Napoleon Bonaparte's eine Klage anbringen will, sie bei irgend einem ihm beliebigen französischen Gerichte anbringen könne: so glaube ich doch, dass nach richtigen Rechtsgrundsätzen die Jurisdiction der französischen Gerichte sich oben bemerkter Massen auf die Fälle beschränken müsse, wo ein besonderer

Titel zu ihrer Begründung vorhanden ist, z. B. wenn ein Franzose als Schuldner der Masse belangt oder wenn auf das in Frankreich befindliche Activum der Masse Arrest gelegt wird.

Nach diesen blos allgemeinen juridischen Bemerkungen, welche mir jedoch dazu nöthig schienen, um einen festen Anhaltspunkt bei Beurtheilung der Sache von der rechtlichen Seite zu erhalten, wende ich mich zur Beantwortung der mir von E. D. vorgelegten Fragen, wovon die erste dahin geht, ob es räthlich sei, dass I. M. die Frau Erzherzogin Herzogin von Parma als überlebende Gattin und S. M. der Kaiser als Vormund des Herrn Herzogs von Reichstadt den letztwilligen Anordnungen Napoleon Bonaparte's ihre Beistimmung und Bestätigung ertheilen, wie die Herren Bertrand, Montholon und Marchand in dem an die Frau Erzherzogin am 12. Mai 1822 gerichteten Schreiben ausdrücklich angesucht haben.

Die Testamentsexecutoren haben in ihrem Schreiben vom 12. Mai 1822 die Frau Erzherzogin als überlebende Gemahlin und Vormünderin ersucht: ‚de vouloir bien donner son approbation et sa sanction aux volontés testamentaires de l'illustre défunt'. Nach dem Code Napoléon ist nur die Mutter Vormünderin. Hieraus erklärt sich, warum die Testamentsexecutoren sich nur an die Frau Erzherzogin wendeten, ohne den nämlichen Schritt bei S. M. dem Kaiser zu thun.

Sie konnten von ihr nicht eine Erklärung verlangen, ob Höchstdieselbe namens ihres Herrn Sohnes die Erbschaft annehme, weil Napoleon Bonaparte denselben nicht zum Erben eingesetzt, sondern nur mit Legaten bedacht hat. Sie wollten, wie es scheint, nur versichert sein, ob die Frau Erzherzogin namens ihres Herrn Sohnes das Testament nicht anzugreifen oder in welcher Art sie dessen Erbsansprüche geltend zu machen gesonnen sei.

Aus diesem Grunde wählten die Executoren den unpassenden Ausdruck: ‚de donner son approbation et sa sanction'.

Hiezu können, wie E. D. mir bereits bemerklich zu machen geruhten, I. M. die Frau Erzherzogin Herzogin von Parma sich auf keine Art berufen fühlen. Es scheint demnach nur darauf anzukommen, ob und in welcher Art versucht werden könnte, dem Herrn Herzoge von Reichstadt einen Theil der väterlichen Verlassenschaft zu verschaffen, oder ob (welches E. D. zum Gegenstande der zweiten mir vorgelegten Frage gemacht haben) dem Interesse des Herrn Herzogs von Reichstadt und der Frau Erzherzogin Herzogin von Parma nicht mehr entsprechen würde, auf die Erbschaft ganz zu verzichten.

Hiebei entsteht vorerst die Frage, wie hoch sich das von Napoleon Bonaparte hinterlassene Vermögen belaufe? Der bekannte Theil desselben besteht aus dem auf St. Helena gewesenen Mobiliare und baarem Geld, einigen hie und da deponirten Gegenständen und der bei Lafitte deponirten Summe. Ausserdem will noch das, was der Testator in seinem Testamente als sein Eigenthum angesprochen hat, hinzugerechnet werden, nämlich eine Forderung von zwei Millionen Franken an die Frau Erzherzogin Herzogin von Parma eine gleich grosse Forderung an den Herzog von Leuchtenberg und endlich das Domaine privé des Verstorbenen in Frankreich und Italien. Soviel den Anspruch an die Frau Erzherzogin Herzogin von Parma anlangt, so kann ich aus den mir gnädigst mitgetheilten Actenstücken nicht mit Gewissheit entnehmen, woher die Höchstderselben vor ihrer Abreise aus Frankreich bezahlte Summe von etwas über 2,000.000 Franken genommen worden ist. Waren es Staatsgelder, so hat Napoleon Bonaparte nicht das mindeste Recht, sie als einen Theil seines Vermögens zu betrachten und darüber zu disponiren. Höchstens könnte die jetzige französische Regierung sie reclamiren, wogegen es aber der Frau Erzherzogin Herzogin von Parma nicht schwer sein dürfte, sich zu vertheidigen, indem sie von Frankreich jedenfalls den ihrem hohen Stande gemässen Unterhalt bis zur Besitznahme ihres neuen Etablissements ansprechen, und äussersten Falls mit der überwiegenden Gegenforderung für die ihr jährlich zugesagte, aber nie bezahlte Summe von einer Million Franken compensiren kann. Wenn hingegen die im April 1814 der Frau Erzherzogin Herzogin von Parma bezahlten zwei Millionen Franken aus dem Privatvermögen Napoleon Bonaparte's herrührten (was mir jedoch sehr unwahrscheinlich dünkt), so wird die Frau Erzherzogin sich von dem Rückersatz derselben nicht blos durch andere etwaige Gegenforderungen, sondern auch dadurch losmachen können, dass ihr Gemahl verpflichtet war, die ihr nicht aus der Staatscasse zugeflossenen Mittel zum Unterhalte ihres Hofstaates und zur Bestreitung der Reisekosten zu verschaffen. Jedenfalls muss dieses angebliche Activum der Masse als sehr zweifelhaft angesehen werden, und es würde dem Interesse des Herrn Herzogs von Reichstadt wohl keineswegs zusagen, wenn solches für die Masse hereingebracht und dadurch den Legatarien wenigstens zum grossen Theil zugewendet, zugleich aber dem Vermögen seiner Frau Mutter entzogen würde. Bei der bekannten schlechten Beschaffenheit der französischen Tribunale dürfte es jedoch besonders wünschenswerth sein, diesen Gegenstand nicht zu ihrer Entscheidung gelangen zu lassen, und wenn von den Testamentsexecutoren Miene gemacht werden sollte, die Sache bei einem französischen Tribunale anzubringen, so würde es viel-

leicht an der Zeit sein, die oben von mir gegen die Competenz derselben angeführten Gründe geltend zu machen. Es versteht sich hiebei von selbst, dass, wenn den Testamentsexecutoren die Möglichkeit benommen wird, die Frau Erzherzogin Herzogin von Parma unter dem Vorwande, dass sie die Witwe eines Franzosen sei, und mit Beziehung auf den obenerwähnten § 14 des Code Napoléon vor französische Tribunale zu ziehen, ihnen keine Wahl übrig bleibt, als entweder den Anspruch ganz fallen zu lassen oder die Frau Erzherzogin als Souveränin von Parma vor ihren eigenen Gerichten zu belangen.

Soviel die 2,000.000 Franken betrifft, welche der Herzog von Leuchtenberg der Masse oder eigentlich mehreren Legatarien zahlen soll, so hängen die dessfallsigen letztwilligen Dispositionen nicht wohl zusammen. In dem Absatz III des Testaments erklärt Napoleon Bonaparte sein Domaine privé für sein ihm durch kein Gesetz entzogenes Eigenthum und schätzt es auf 200 Millionen Franken. Er rechnet darunter ausdrücklich: ‚1° le portefeuille contenant les économies faites sur ma liste civile; 2° le produit de ce portefeuille; 3° etc. etc.; 4° la liquidation de mes maisons du royaume d'Italie, tels qu'argent, argenterie, bijoux, meubles, écuries', und disponirt über das Ganze dieses Domaine privé, indem er die Hälfte den Soldaten und Officieren der alten französischen Armee und die zweite Hälfte den Städten und Dörfern im Elsass, Lothringen u. s. w. zuwendet. Dennoch wird im fünften Codicill neuerdings über zwei Millionen ‚sur la liquidation de ma liste civile d'Italie tels qu'argent, bijoux, argenterie, linge, meubles, écurie, dont le vice-roi était dépositaire et qui m'appartiennent', und zwar für andere Legatare mit dem Beisatze disponirt: ‚J'espère que sans s'autoriser d'aucune raison, mon fils Eugène Napoléon les acquittera fidèlement. Il ne peut oublier les 40 millions que je lui ai donnés soit en Italie soit par le partage de la succession de sa mère.' Man kann diese zweifache Disposition nicht wohl anders verstehen, als dass von denen im dritten Absatz der Armee und einigen Städten und Dörfern zugedachten 200 Millionen ein Betrag von 2 Millionen für die im fünften Codicill benannten Legatare abgezogen werden solle, und dass der Herzog von Leuchtenberg, ohnerachtet er aufgehört hatte, Depositär der zur italienischen Civilliste gehörigen Gelder, Activen oder wie immer gearteten Gegenstände zu sein, doch die letztgedachten 2 Millionen bezahlen solle, und zwar nöthigenfalls aus eigenen Mitteln, weil er früher 40 Millionen von Napoleon Bonaparte erhalten habe. Der Herzog von Leuchtenberg hat hievon Veranlassung genommen, in einem unter dem 30. März v. J. an S. M. den Kaiser gerichteten Schreiben um Bezahlung des Guthabens zu bitten, welches er aus der über die italienische Civil-

liste mit den k. k. Commissarien gepflogenen Abrechnung zu haben behauptet, und er macht die Bezahlung der 2 Millionen an die im fünften Codicill genannten Legatare gewissermassen von der Bezahlung erwähnten Guthabens abhängig. Ob die Testamentsexecutoren diese Einwendung werden gelten lassen, oder ob sie den Herzog von Leuchtenberg vielleicht im gerichtlichen Wege zur Zahlung zu vermögen suchen, wo sie ihn belangen werden und welchen Ausgang der Process haben wird, alles Dieses steht noch zu erwarten. Immer aber scheint es mir nicht sehr wahrscheinlich, dass die von dem Herzoge von Leuchtenberg zu zahlenden 2 Millionen eingebracht werden.

Das Domaine privé endlich, welches Napoleon Bonaparte in seinem Testamente auf 200 Millionen anschlägt und zu seinem disponiblen Vermögen rechnet, war nach meiner innigsten Ueberzeugung, und wie auch von den Testamentsexecutoren anerkannt zu werden scheint, zur Zeit seines Ablebens nicht mehr sein Eigenthum. Ueber die französischen Domänen entscheidet schon der Tractat vom 11. April 1814 in dem oben von mir angeführten 9. Artikel wortdeutlich dahin, dass das Eigenthum, welches Napoleon Bonaparte in Frankreich als Domaine extraordinaire oder als Domaine privé besass, der französischen Krone bleiben solle.

Von den Domänen und überhaupt von dem Eigenthum, welches Napoleon in Italien und in den unter seiner Regierung mit Frankreich vereinigt gewesenen, aber durch den Pariser Frieden wieder davon getrennten Ländern besass, wird in dem besagten Tractat nicht so deutlich wie in Ansehung seines Eigenthums in Frankreich gesagt, dass es an die Regierungen, welchen diese Länder zufallen würden, übergehen solle; und gerade hieraus könnte man schliessen, dass Napoleon Bonaparte vermöge des Tractats vom 11. April 1814 sein ausser Frankreich befindliches Eigenthum behalten habe. Mehrere Stellen dieses Tractats deuten jedoch an, dass dieses die Absicht der Paciscenten nicht war.

Dahin gehört die Stelle im 3. Artikel, wo eine jährliche Rente von 2 Millionen für Napoleon Bonaparte ausgeworfen wird, welches nicht nöthig gewesen und gewiss nicht geschehen wäre, wenn man die Absicht gehabt hätte, ihm die grossen Besitzungen zu lassen, welche er sich früher zugeeignet hatte.

Im 6. Artikel wird bestimmt, dass in den Ländern, auf welche Napoleon Bonaparte verzichtete, für ihn und seine Familie von den Domänen so viel ausgeschieden werden solle, dass mit Hinzuschlagung von Inscriptionen auf das grosse Buch von Frankreich eine reine jährliche Rente von $2^1/_2$ Millionen Franken entstehe, deren Vertheilung unter die Glieder der Familie hiernächst in demselben Artikel mit dem Beisatze geschieht, dass

dieselben ausserdem alles wie immer geartete bewegliche und unbewegliche Eigenthum, was sie besassen, behalten sollten. Wenn das Nämliche auch für Napoleon hätte gelten sollen, was für die Glieder seiner Familie bestimmt wurde, so hätte er hier wohl ebenso wie sie genannt werden müssen. Da man aber für ihn eine Rente auswarf, ohne ihm nebenher sein übriges Eigenthum zu reserviren, für seine Angehörigen aber eine Rente auswarf und ihnen nebenbei noch ihr Eigenthum reservirte, so ist es mir ganz klar, dass die nicht zu der für die Bonapartistische Familie bestimmten Rente ausgeschiedenen Domänen aufhören sollten, das Eigenthum Napoleon Bonaparte's zu sein. Auch haben die Regierungen, an welche die vorher von Napoleon Bonaparte regierten Länder gelangten, sich ohne Ausnahme sein dort befindliches Eigenthum zugeeignet, und es ist mir nicht bekannt, dass Napoleon Bonaparte, während er auf der Insel Elba war, dagegen reclamirt hätte. Wollte man aber dennoch annehmen, dass der Tractat vom 11. April 1814 dem Napoleon Bonaparte sein Eigenthum, insofern es sich in den Ländern ausser dem eigentlichen Frankreich befand, vorbehalten habe, so bleibt doch der allein schon entscheidende Umstand übrig, dass Napoleon Bonaparte, indem er durch den im Jahre 1815 versuchten Einfall in Frankreich besagten Tractat brach, sich aller ihm durch denselben vorbehaltenen Rechte verlustig machte, und dass dieses durch die sogleich von den verbündeten Mächten erfolgte Erklärung auch öffentlich ausgesprochen wurde. Hätte also auch Napoleon Bonaparte, während er zu Elba war, noch irgend ein Recht auf sein früheres, in den abgetretenen Ländern befindlich gewesenes Eigenthum gehabt, so hat er es doch offenbar verloren, und es ist demnach in meinen Augen unwidersprechlich, dass das Domaine privé, worüber er disponiren wollte, nicht zu seinem Vermögen oder jetzigen Nachlass gezählt werden kann.

Allem diesem zufolge besteht das bekannte, von Napoleon Bonaparte hinterlassene Vermögen blos in dem zu St. Helena befindlich gewesenen Mobiliare und baarem Gelde, einigen bei Privatpersonen angeblich verwahrten Gegenständen, dem bei Lafitte liegenden Fonds und den Forderungen an die Frau Erzherzogin, Herzogin von Parma, und den Herzog von Leuchtenberg, wovon erstere meines Bedünkens ungegründet und letztere höchst zweifelhaft ist. Einige andere, in den letztwilligen Anordnungen erwähnte Ansprüche, z. B. wegen Diamanten und Wechsel, an die französische Regierung sind zu offenbar ungegründet und uneinbringlich, als dass sie eine besondere Würdigung verdienten.

Ich ersehe jedoch aus dem Berichte der k. k. Botschaft zu London vom 5. Februar 1822, dass das englische Ministerium vermuthet, Napoleon

Bonaparte habe den bedeutendsten Theil seines Vermögens nach Amerika geschickt. Unstreitig sind die englischen Minister von jeher in der Lage gewesen, hierüber am besten Erkundigungen einzuziehen. Nach meiner geringen Einsicht widerstreitet dieser Vermuthung nur der einzige Umstand, dass in den nun von den Testamentsexecutoren hervorgegebenen Abschriften der letztwilligen Anordnungen keine Spur hievon vorkommt, und es doch kaum glaublich ist, dass Napoleon Bonaparte über den grössten Theil seines Vermögens nichts verfügt haben sollte. Ich erlaube mir jedoch, E. D. darauf aufmerksam zu machen, dass die Testamentsexecutoren zwar von dem Herrn Baron von Vincent aufgefordert worden sind, die letztwilligen Dispositionen vollständig hervorzugeben, dass sie aber bei der hierauf erfolgten Uebergabe der nun vorliegenden Abschriften sich keineswegs darüber bestimmt geäussert haben, ob nicht noch andere letztwillige Anordnungen vorhanden sind. Es ist daher der Fall möglich, dass noch andere Anordnungen existiren, in welchen über die amerikanischen Fonds disponirt wird, und dass diese Anordnungen sich gar nicht im Besitze der drei bekannten Testamentsexecutoren, sondern vielleicht im Besitze dessen, welchem die Fonds anvertraut sind, befinden. Schon das zweite Codicill beweiset, dass das erste nur verfasst war, um die englische Regierung zu täuschen. Haben sich die Testamentsexecutoren zu dieser Täuschung gebrauchen lassen, so glaube ich ihnen nicht Unrecht zu thun, indem ich sie fähig halte, dass sie auch mit den dem Freiherrn von Vincent mitgetheilten Abschriften eine zweite Täuschung unternommen haben. Meines unmassgeblichen Dafürhaltens ist demnach der Fall immer noch als möglich anzunehmen, dass die Verlassenschaft Napoleon Bonaparte's viel bedeutender ist, als sie bis jetzt zu sein scheint, und ich wage daher meine Ueberzeugung dahin auszusprechen, dass bei den jetzt zu unternehmenden Schritten die Möglichkeit dieses Falles nicht ausser Acht zu lassen sein dürfte.

Könnten die testamentarischen Dispositionen Napoleon Bonaparte's als ungiltig umgestossen werden, so würde der Herr Herzog von Reichstadt als natürlicher Erbe den ganzen Nachlass, er mag bestehen, worin er will, in Anspruch nehmen.

Ob dieses möglich sein würde, vermag ich mit Bestimmtheit nicht zu entscheiden.

Ein Testament kann entweder wegen Mangels an den zur Giltigkeit erforderlichen gesetzlichen Förmlichkeiten oder wegen seines Inhalts angegriffen werden.

Wenn die Förmlichkeiten der von Napoleon Bonaparte verfassten letztwilligen Anordnungen nach französischen Gesetzen zu beurtheilen

wären, so würde sich kaum etwas dagegen einwenden lassen, weil sie durchaus eigenhändig ge- und unterschrieben sein sollen und von drei Zeugen gefertigt sind. Nur bei denen Anordnungen, durch welche gerade diesen Zeugen Vermächtnisse zugewendet sind, liessen sich vielleicht einige, wiewohl nicht ganz gegründete Einwendungen machen. Indessen sind diese Anordnungen, wie ich oben gezeigt zu haben glaube, nicht nach französischen, sondern nach den englischen, mir ganz unbekannten Gesetzen zu beurtheilen. Vermuthlich wird aber auch nach englischen Gesetzen das von einem Gefangenen verfasste Testament weniger Förmlichkeiten erfordern und giltig sein, sobald es von dem Testator eigenhändig ge- und unterschrieben ist. Mit Bestimmtheit könnte sich hierüber nur ein englischer Rechtsgelehrter aussprechen.

Soviel den Inhalt der Anordnungen betrifft, so ist nach französischen, sowie nach englischen und andern Gesetzen so viel klar, dass diejenigen Dispositionen, wodurch über fremdes Eigenthum disponirt wird, wirkungslos sind. Man kann nicht einmal, wie solches nach römischem Rechte gewissermassen der Fall wäre, behaupten, dass der Erbe verpflichtet sei, dem Legatar die legirte fremde Sache zu verschaffen, weil in dem ganzen letzten Willen kein Erbe eingesetzt ist. Wenn aber auch alle Dispositionen, wodurch Napoleon Bonaparte über Gegenstände, die ihm nicht gehörten, verfügt hat, als nicht geschrieben betrachtet werden, so entsteht hieraus doch noch kein Vortheil für dessen Herrn Sohn, weil denn doch die übrigen Dispositionen, wodurch Napoleon Bonaparte über sein eigenthümliches Vermögen verfügte, bei Kraft bleiben.

Wichtiger wäre die Einwendung gegen den Inhalt des Testaments, dass Napoleon Bonaparte seinen einzigen Sohn darin weder zum Erben eingesetzt, noch ex justa causa enterbt hat. Nach römischen Gesetzen wird dadurch das Testament nichtig. Das französische gibt dem Sohne nur das Recht, seinen Pflichttheil, nämlich die Hälfte des reinen Nachlasses, zu begehren, welcher den übrigen, von dem Testator bedachten Personen pro rata abgezogen wird. Was die englischen Gesetze hierwegen verfügen, ist mir unbekannt. Sollten sie aber auch dem natürlichen Erben eben die Rechte geben, wie die französischen, so sind doch nach meiner geringen Einsicht überwiegende Gründe vorhanden, die vorliegenden testamentarischen Anordnungen in Ansehung des jetzt bekannten Theiles der Verlassenschaft nicht anzufechten. E. D. haben dieselben bereits in dem unter dem 9. Jänner l. J. an mich erlassenen Rescript aufgeführt, und ich glaube nur noch folgende Bemerkungen beifügen zu sollen:

a) Da sämmtliche letztwilligen Dispositionen, wie sie gegenwärtig vorliegen, hauptsächlich darauf berechnet sind, der Welt einen Beweis

von der Grossmuth und Dankbarkeit zu geben, womit Napoleon Bonaparte sich seiner treuen Diener noch bei seinem Lebensende erinnerte, so würde ein Process, wodurch diesen Leuten ein Theil ihrer Belohnungen entzogen werden wollte, zu manchem schiefen Urtheile Anlass geben und Erinnerungen wecken, die vielleicht besser unberührt gelassen werden.

b) Ein solcher Process würde nebenher mit grossen Unannehmlichkeiten verknüpft sein, indem er, wenigstens nach meiner geringen Einsicht, nicht vor die französischen Gerichte gebracht werden dürfte. Immer würden die Testamentsexecutoren, welche zugleich als Legatarien ein sehr bedeutendes eigenes Interesse haben, Alles aufbieten, um die Sache vor die französischen Tribunale zu ziehen und insbesondere die Frau Erzherzogin, Herzogin von Parma, wegen der Forderung von zwei Millionen Franken in Frankreich zu belangen. Man würde sich dadurch in die unangenehme Nothwendigkeit verwickelt sehen, die oben berührten, zum Theil sehr delikaten Fragen über Napoleon Bonaparte's persönliche Verhältnisse öffentlich vor Gericht zu discutiren.

c) Höchst wahrscheinlicher Weise oder beinahe gewiss würde der Vortheil, den der Herr Herzog von Reichstadt dagegen erreichen dürfte, sehr unbedeutend sein.

Ich will nicht erwähnen, dass die Testamentsexecutoren kein Mittel, deren sie sehr viele haben, unversucht lassen würden, diesen Vortheil zu schmälern und die Execution zu vereiteln. Jedenfalls würde der Werth der dem Herrn Herzog von Reichstadt legirten Objecte, und zwar in keinem geringeren Anschlage, in seinen Pflichttheil eingerechnet werden. Mithin würde der Gewinn aus dem Processe nur in dem bestehen, was er ausserdem noch bekäme. Mehrere Legate scheinen wirklich remuneratorisch und von der Art zu sein, dass sie die Natur von Erbschaftsschulden annehmen. Ueberdies sind noch andere Lasten, z. B. Funeralien, Liedlohn aus der Masse zu bestreiten. Endlich ist mir auch nicht unwahrscheinlich, dass Napoleon Bonaparte, besonders während seines letzten Aufenthalts in Frankreich, mehrere persönliche Verbindlichkeiten eingegangen haben dürfte, und dass also, wenn der Theilung seines Nachlasses einige Oeffentlichkeit gegeben wird, sich noch mehrere Gläubiger finden dürften, welche den etwaigen Erbtheil des Herrn Herzogs von Reichstadt in Anspruch nähmen.

Allem diesem zufolge glaube ich nach meiner geringen Einsicht die mir von E. D. vorgelegte erste und zweite Frage dahin devotest beantworten zu sollen, dass es auf keine Art rathsam oder von erwünschtem Erfolg sein würde, namens des Herrn Herzogs von Reichstadt von

dem jetzt bekannten Nachlasse Napoleon Bonaparte's mehr als die ihm ohnehin zugedachten Legate in Anspruch zu nehmen.

Ueber die dritte Frage: ob die von Napoleon Bonaparte dem Herrn Herzoge von Reichstadt zugedachten Legate anzunehmen seien? glaube ich lediglich den von E. D. bereits für die bejahende Beantwortung angeführten, vollkommen überzeugenden Motiven devotest beistimmen zu sollen.

Die vierte mir von E. D. vorgelegte Frage betrifft die in dem dritten Absatze des Testaments sub 4° vorkommende Stelle, in welcher Napoleon Bonaparte unter das der französischen Armee und mehreren Städten und Dörfern zugedachte Legat seines Domaine privé auch die Liquidation de ses maisons du royaume d'Italie setzt. Ich habe bereits oben die Gründe angeführt, aus welchen nach meiner vollsten Ueberzeugung Alles, was Napoleon Bonaparte als Domaine privé in Italien besass, schon vermöge des Tractats vom 11. April 1814 aufgehört hat, sein Eigenthum zu sein und in das Eigenthum der österreichischen Regierung und respective der übrigen Regierungen, an welche die vormaligen Besitzungen Napoleon Bonaparte's in Italien gelangten, übergegangen ist, und ich habe überdies bemerkt, dass, wenn hieran auch wirklich noch ein Zweifel möglich wäre, doch soviel gewiss sei, dass Napoleon Bonaparte durch den Bruch des Tractats vom 11. April 1814 und vermöge der hierauf erfolgten öffentlichen Erklärung der verbündeten Mächte alle ihm durch den erwähnten Tractat vorbehaltenen Rechte verloren hat. Ich erlaube mir daher devotest, mich in dieser Rücksicht auf das oben Gesagte zu beziehen, woraus sich, wie ich mir schmeichle, überzeugend ergibt, dass S. k. k. Majestät sich mit voller Beruhigung als den rechtmässigen und von jedem gegründeten Anspruch gesicherten Besitzer des A. H. denenselben zugefallenen Theils von dem Eigenthum, welches Napoleon Bonaparte ehemals in Italien besass, betrachten kann.

E. D. haben geruht, mir die Entwürfe zweier Erklärungen mitzutheilen, von welchen nunmehr eine von der Frau Erzherzogin, Herzogin von Parma, und die andere von S. k. k. Majestät in Bezug auf den ganzen Nachlass auszustellen wäre.

Der Zweck dieser Erklärungen ist, durch die Verzichtleistung auf den Erbtheil, welcher für den Herzog von Reichstadt angesprochen werden könnte, aus allen den Unannehmlichkeiten zu scheiden, welche mit gerichtlicher Verfolgung besagten Anspruchs verbunden wären, zugleich aber die Frau Erzherzogin, Herzogin von Parma, gegen die Prätensionen zu sichern, welche theils von dem Erblasser, theils von den Testamentsexecutoren an Höchstdieselbe gemacht worden sind.

Ich muss lediglich dem hohen Ermessen E. D. devotest anheimstellen, ob diese Erklärungen nicht nach den oben von mir aufgestellten unzielsetzlichen Ansichten in der Beziehung einigermassen modifizirt werden dürften, dass darin nicht die Anwendbarkeit der französischen Gesetze und die Competenz der französischen Gerichte ausdrücklich anerkannt und auch nicht unbestimmt auf die ganze Verlassenschaft, sondern nur auf den disponiblen Theil derselben, welcher gegenwärtig bekannt ist, verzichtet würde.

Geruhen — — — — — — — — — — — — — — — —

XXXII.

Baron Vincent an den Fürsten Metternich.

Paris, ce 26 mai 1823.

Mon Prince!

J'ai l'honneur de transmettre à V. A. l'original d'une lettre que m'a adressée Mr. le vicomte de Chateaubriand touchant le testament de Bonaparte, ainsi qu'une copie de la réponse que j'y ai faite. Je vous prie, mon prince, de vouloir bien me faire connaître vos intentions à cet égard.

Je joins également une lettre que m'a adressée depuis Mr. de Bertrand et par laquelle il me communique la déclaration qu'il a faite et déposée chez un notaire d'ici, moyennant laquelle il renonce à tout accroissement de legs qui pourrait résulter en sa faveur de la succession de Ste-Hélène.

Mr. de Montholon ayant de son côté écrit à Mr. le chevalier Karcher, ce dernier a bien voulu me laisser prendre copie de sa lettre que V. A. trouvera ci-annexée. J'attendrai sur l'ensemble de ces communications les directions qu'Elle voudra bien m'adresser.

Agréez — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Beilagen:

Chateaubriand an Baron Vincent.

Paris, le 20 mai 1823.

Monsieur le baron!

L'affaire du testament de Bonaparte étant arrangée entre les divers légataires, je vous serais infiniment obligé d'écrire à Mr. le prince de Metternich afin qu'il renonce selon l'intention de la maison d'Autriche,

aux sommes déposées dans la succession de Bonaparte, sommes indiquées dans le testament. La renonciation doit être faite entre les mains du gouvernement Français par l'intervention du ministère des affaires étrangères.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — — —

Baron Vincent an Chateaubriand.

Paris, ce 20 mai 1823.

Monsieur le vicomte!

Je viens de recevoir la lettre, en date de ce jour, que V. E. m'a fait l'honneur de m'écrire au sujet du testament de Bonaparte.

Je m'empresserai de faire part à Mr. le prince de Metternich de la lettre de V. E.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — — —

Graf Bertrand an Baron Vincent.

Paris, le 22 mai 1823.

Monsieur le baron!

Je pense que vous recevrez bientôt, si vous ne l'avez reçu une expédition de la sentence arbitrale du seizième jour de ce mois, sur la succession de Ste-Hélène.

Voici les motifs d'une déclaration dont je prends la liberté d'envoyer copie à V. E.

Dans mon opinion, si le testateur avait voulu affecter le payement des legs du 3e codicille sur un fonds spécial, il l'aurait dit clairement, ainsi qu'il l'a dit dans les 2e, 5e et 6e codicilles. Mais, j'ai la conviction qu'il a exprimé l'opinion contraire; et lors même que le chiffre sur lequel on a élevé des doutes existerait dans l'original, tel qu'on le voit dans les copies figurées, envoyées de Londres, cette circonstance ne suffirait pas, à mon avis, pour altérer le sens de cette disposition. Enfin le testateur m'ayant fait l'honneur de me dire à moi-même, que la somme de 5,300.000 francs, déposés par lui en 1815 et les intérêts de cette somme calculés à cinq pour cent, devaient suffire, déduction faite des dépenses qu'il avait ordonnées et qu'il récapitula, pour couvrir la totalité de ses legs qui s'élevait à 6 millions et quelques cent mille francs, j'ai cru devoir à ses dernières volontés cette marque de mon respect. Je suis loin

de craindre les dons de la munificence des potentats, et ma lettre à l'impératrice Marie Louise vous en serait au besoin une preuve, Mr. le baron. Mais je crois ne devoir pas accepter de quelques-uns de mes co-légataires des dons aux dépens de quelques autres; c'est ce qui m'a déterminé à remettre une déclaration précise chez le notaire dépositaire de la sentence.

L'accueil aimable que j'ai reçu de vous, Mr. le baron, me fait espérer que vous aggréerez favorablement ce nouvel envoi et que vous voudrez bien saisir l'occasion, si elle se présente, de solliciter une décision un peu prompte.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — — — — —

Déclaration faite à l'occasion de la sentence arbitrale relative à la succession de Ste-Hélène.

Après avoir pris lecture de la sentence arbitrale du seize de ce mois, je déclare que je renonce à tout accroissement de legs qui pourrait résulter en ma faveur:

Premièrement, de l'article trois qui exclut les légataires du 3e codicille de la participation aux fonds en dépôt chez Mr. Lafitte.

Secondement, de l'article quatre qui considère comme rémunérations et par conséquent comme payables dans leur intégralité les legs assignés aux personnes qui ont partagé la captivité de Longwood.

Paris, ce 20 mai 1823.

Le comte Bertrand.

Copie d'une lettre de Mr. de Montholon à Mr. le chevalier de Karcher.

Paris, ce 16 mai 1823.

Le jugement arbitral a décidé de toutes les questions relatives au testament et codicilles, en élaguant toutes celles qui pouvaient se rattacher directement ou indirectement à la politique. Une renonciation pure et simple à la possession des fonds, dépendant de la succession, et entre les mains de Mr. Lafitte terminerait tout. Il suffirait donc que Mr. de Vincent écrivît à Mr. de Chateaubriand dans ce sens.

Le code Français réservant impérieusement dans toute succession la part de l'héritier, qui est de moitié, quand le testateur ne laisse qu'un fils, les arbitres n'ont point ordonné le partage de cette part réservée. La part disponible ils en ont ordonné le partage au marc le franc, conformément à la loi et sans avoir égard aux droits que pourraient avoir à être

payés intégralement les légataires de Ste-Hélène; mais pénétrés cependant de toute l'étendue de ce droit que nous avions à une préférence sur les autres légataires ils se sont supposés investis des pouvoirs de l'héritier et ont dit: ‚que néanmoins prenant en considération les motifs de la réclamation élevée par le plus grand nombre des légataires de Ste-Hélène, et ce pour le seul cas où la munificence de l'héritier le porterait à délaisser aux légataires, sa portion héréditaire, pour l'accomplissement des intentions du testateur et l'acquittement de ses obligations, la distribution de la dite portion héréditaire sera faite de manière à compléter le payement intégral des legs de Ste-Hélène.

XXXIII.

Baron Vincent an den Fürsten Metternich.

Paris, le 18 juillet 1823.

Mon prince!

Les exécuteurs testamentaires de Napoléon Bonaparte, informés que Mme la maréchale Bessières, duchesse d'Istrie, a fait parvenir directement à Vienne un mémoire relatif au legs qui lui revient de la succession de Bonaparte, m'ont fait parvenir la consultation ci-annexée, ainsi qu'une copie du jugement arbitral prononcé sur le partage à faire entre les légataires de Napoléon Bonaparte, avec invitation de les faire également parvenir l'une et l'autre à ma cour, afin de Lui fournir tous les documents nécessaires dans l'affaire de cette succession.

Elle voudra bien Se rappeler à cette occasion la lettre que m'a adressée sur cet objet Mr. le vicomte de Chateaubriand, et que j'ai eu l'honneur de Lui transmettre dans le temps.

J'ai en conséquence l'honneur de Lui adresser les deux pièces susindiquées que V. A. trouvera jointes sous ce pli.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — —

Extraits du jugement arbitral porté à Paris le 16 Mai 1823 par les arbitres et amiables compositeurs nommés par le compromis fait entre les légataires de Napoléon Bonaparte le 26 avril 1822.

Passages de ce jugement arbitral desquels la connaissance intéresse plus particulièrement la tutelle de S. A. S. le duc de Reichstadt:

L'actif et le passif de la succession ayant été reconnus comme cidessus, nous avons passé à la solution des questions suivantes:

Première question. Les droits de l'héritier de Napoléon Bonaparte doivent-ils être réservés et les légataires ne peuvent-ils exercer leurs droits que sur la portion disponible?

En ce qui touche la première question, attendu qu'aux termes de l'article neuf cent treize du code civil, le testateur qui a laissé un enfant légitime à son décès ne peut donner que la moitié de ses biens, déduction et prélèvement faits de ses dettes; que dans l'espèce le testateur a laissé un enfant légitime, d'où il suit, qu'il n'a pu donner que la moitié de ses biens.

Deuxième question. Les sept cent mille francs provenant des fruits produits par les fonds déposés chez Mr. Lafitte doivent-ils être distraits de la masse de l'actif de la succession et venir en accroissement de la portion disponible en faveur des légataires?

En ce qui touche la deuxième question, attendu qu'il est constant qu'en droit et par la nature du contrat intervenu entre le testateur et Mr. Lafitte, celui-ci ne devait aucun intérêt pour la somme de trois millions deux cent quarante huit mille cinq cents francs existant entre ses mains; que néanmoins il a déclaré que si ces fonds ont été souvent improductifs, il en a quelquefois employé dans ses affaires et qu'il consent dans la seule vue de favoriser les légataires, ayant des droits sur le capital, à les faire participer à titre particulier et en remplacement d'intérêts, aux fruits produits par les dits fonds, lesquels il a arbitré à la somme de sept cent mille francs, qu'en conséquence la dite somme est la propriété privée des légataires et n'appartient point à la masse de la succession.

Quatrième question. Ceux des légataires de Ste-Hélène qui réclament le payement intégral de leur legs ont-ils droit à ce privilège?

En ce qui touche la quatrième question, attendu que si le mémoire par lequel on a demandé par privilège le payement des legs faits aux légataires de Ste-Hélène, semblaient concerner tous les dits légataires, il résulte des explications données par MM. les comtes Bertrand et de Las Cases qu'ils n'entendent prendre aucune part à cette demande ,et par MM. de Montholon et Marchand que ce privilège n'est proclamé par eux que dans le cas où la portion héréditaire deviendrait disponible'.

,Attendu que, quoique les arbitres n'ayant reçu aucun pouvoir d'héritier, cependant il peut leur être permis de prévoir le cas où la munificence de l'héritier le porterait à abandonner sa portion héréditaire pour concourir autant qu'il est en lui à l'accomplissement des intentions manifestées par le testateur et à l'acquittement de ses obligations.'

Attendu que les légataires qui ont suivi le testateur dans son exil, qui ont abandonné leur famille, leur état et leur patrie pour partager sa captivité, et qui n'avaient mis aucune borne à la durée et à l'étendue de leurs sacrifices, se trouvent dans une condition particulière et ont des titres à une faveur spéciale.

Qu'ayant, en effet, été placés en premier ordre dans les dispositions faites par le testateur, il est permis de penser que, s'il n'avait cru n'avoir à sa disposition que les sommes qu'il destinait aux légataires de Ste-Hélène, il aurait borné là ses libéralités.

Qu'il résulte, de plus, de termes dont s'est servi le testateur dans l'expression de ses dernières volontés que les legs faits par lui à M. le comte de Montholon, n'étaient pas seulement à titre de libéralité, mais aussi à titre d'indemnité des pertes que son séjour à Ste-Hélène avait occasionnées.

Nous arbitres et amiables compositeurs susdits en vertu des pouvoirs sus-énoncés disons et ordonnons:

Premièrement, que la moitié de l'actif composant la succession de Napoléon Bonaparte sera réservée et tenue à la disposition du fils unique du testateur.

Secondement, que les sept cent mille francs provenant des fruits produits par les fonds existant chez Mr. Lafitte à titre de dépôt seront portés en accroissement de la partie disponible.

Quatrièmement, que les dispositions du testateur excédant la portion disponible, la réduction des legs sera faite conformément à l'article 926 du code civil au marc le franc entre tous les légataires sans aucune distinction.

Que néanmoins prenant en considération les motifs de la réclamation élevée par le plus grand nombre des légataires de Ste-Hélène, et ce pour le seul cas où la munificence de l'héritier le porterait à délaisser aux légataires sa portion héréditaire pour l'accomplissement des intentions du testateur et l'acquittement de ses obligations, la distribution de la dite portion sera faite (sauf la retenue proportionnelle au payement des dettes) de manière à compléter le payement intégral des legs des dits légataires de Ste-Hélène, et le surplus sera réparti au marc le franc entre les autres légataires du testament et du quatrième codicille dans la proportion de leur legs.

Statuons, en conséquence des décisions ci-dessus, premièrement que les fonds sur lesquels sont affectés les legs distribués par chacun des actes qui forment l'ensemble des dispositions du testateur étant des fonds

spéciaux, les légataires sur chaque fond spécial n'ont aucun recours sur les autres fonds en cas d'insuffisance ou à défaut du leur.

Le présent jugement, signé en double minute, sera déposé au greffe du tribunal de première instance séant à Paris, pour mettre les parties en mesure de requerir l'ordonnance d'homologation et chez Mr. Bertrand, notaire de la succession, afin que MM. les légataires puissent en prendre communication.

Fait à Paris en la demeure de Mr. le duc de Bassano, l'un de nous, le seize mai mil huit cent vingt trois, signé comte Daru, le duc de Bassano, et Caulaincourt, duc de Vicence.

XXXIV.

Horace Sebastiani an den Fürsten Metternich.

Paris, le 1er juillet 1823.

Mon prince!

Mr. le docteur Antomarchi, recommandable par ses talents et par son caractère, celui qui a donné à Ste-Hélène les derniers soins à l'empereur Napoléon, m'a prié de faire parvenir à V. A. ses justes réclamations et de solliciter Sa puissante intervention. L'empereur Napoléon, satisfait du dévouement et de la conduite de Mr. le docteur Antomachi, a voulu lui en témoigner sa gratitude, en priant l'impératrice Marie Louise de lui faire une pension viagère de 6000 francs, et en ordonnant verbalement à ses exécuteurs testamentaires, qui en ont fait une déclaration écrite, de lui payer une somme de 100.000 francs. L'empereur Napoléon n'a pas compris le docteur Antomarchi dans son testament, parce que les lois Françaises annullent tous les legs faits par le testateur en faveur de leurs médecins. Jusqu'ici le docteur Antomarchi n'a joui d'aucun de ces bienfaits, et sa position est devenue d'autant plus difficile et pénible que comptant sur cette double ressource, il a entrepris de publier ses ouvrages sur l'anatomie de l'homme, commencés depuis longtemps, et dont plusieurs livraisons ont déjà paru.

L'impératrice Marie Louise avait annoncé par l'organe de Mr. le comte de Neipperg et par celui de Mr. le baron de Vincent, qu'elle accorderait à Mr. le docteur Antomarchi la pension viagère de 6000 francs qui lui serait payée, aussitôt que toutes les dernières dispositions de Napoléon lui seraient connues et que l'empereur François aurait accordé son avènement; il y a déjà deux ans que cette gracieuse promesse a été faite, mais Mr. le docteur Antomarchi n'a encore rien touché. Relativement aux

100.000 francs qui devaient être payés au docteur sur la succession, les légataires ont plus qu'absorbé la portion disponible par le testateur, et Mr. Antomarchi ne peut être remboursé que sur celle que les lois accordent à S. A. S. Mgr. le duc de Reichstadt. C'est pour obtenir cette double faveur que Mr. le docteur Antomarchi a placé sa dernière espérance dans la justice et l'humanité de V. A. Il pense que par Sa puissante intercession, il pourra jouir de la pension que l'impératrice Marie Louise lui a accordée, et que les dépositaires de la succession de l'empereur Napoléon seront autorisés à rembourser sur la portion échue à S. A. S. le duc de Reichstadt la somme de 100.000 francs qui lui a été accordée. Jamais demande ne fut plus juste et ne mérita davantage l'intérêt de V. A. qui seule peut assurer le sort d'un homme d'un très grand mérite et le succès d'un ouvrage qui doit puissamment contribuer au perfectionnement des sciences anatomiques en Europe. Sa continuation dépend de la décision qui sera portée de cette affaire. Député de la Corse, j'ai dû plaider la cause de Mr. Antomarchi qui y est né et qui a des titres incontestables à l'estime et à la bienveillance de V. A. J'ai saisi aussi avec empressement l'occasion d'offrir à V. A. l'hommage de mon admiration pour la haute carrière politique qu'Elle a parcourue et qu'Elle parcourra longtemps encore; j'espère qu'Elle agréera mon respect.

XXXV.

Fürst Metternich an Baron Vincent.

Réservée. Vienne, le 17 septembre 1823.

Monsieur le baron!

La dépêche qui précède se borne à indiquer les termes sur lesquels doivent porter les éclaircissements préalables désirés par S. M. l'empereur. Je crois bien faire d'ajouter ici pour V. E. quelques réflexions dont Elle pourra faire usage dans Son entretien avec S. E. le vicomte de Chateaubriand.

Dans toutes les démarches qui depuis plus de deux années ont eu lieu soit ici, soit à Parme, au sujet de la succession du prisonnier de Ste-Hélène, vous vous rappellerez, Monsieur l'ambassadeur, que nous avons constamment tenu pour principe d'écarter soigneusement de cette affaire, toute reminiscence ou considération d'intérêt politique et de nous renfermer dans la recherche des droits de propriété et d'intérêt privé qui du chef de cette succession pouvaient compéter au duc de Reichstadt,

Cette affaire, ainsi dégagée de toute considération politique, se réduisait uniquement à une question de législation ou de jurisprudence Française. Soit que l'on veuille de la part de la tutelle acquiescer au testament, soit que l'on veuille s'abstenir de prendre connaissance de son dispositif, il semble que, dans l'un et l'autre cas, c'est au gouvernement Français et à lui seul qu'il appartient de fournir les bases auxquelles puisse s'appuyer l'une ou l'autre de ces déterminations. S'agit-il, en effet, pour la cour Impériale et pour la tutelle du duc de Reichstadt, de donner, ainsi que le demandent les exécuteurs testamentaires, l'approbation et la sanction de la tutelle aux volontés testamentaires des actes de Longwood, c'est le gouvernement Français et non la cour Impériale qui a qualité et juridiction pour décider s'il y a une succession, s'il y a des biens de libre disposition et si la manière dont le testateur en a disposé est valide et conforme aux lois.

S'agit-il, au contraire, de déclarer la nullité de ces actes de dernière volonté et de les regarder comme non avenus, les cours de Vienne et de Parme se trouvent également sans compétence et sans autorité, et c'est encore au gouvernement Français à décider la question préalable. S'agit-il enfin de faire une distinction entre ce que les lois civiles de la France peuvent avoir permis de statuer parmi les dispositions testamentaires de Longwood et ce que, sur d'autres points des dites dispositions, le droit public de la France rendait impossible ou illicite, c'est encore aux organes supérieurs des civiles et du droit public de la France à promener cette distinction, et à tracer la ligne de démarcation entre les dispositions valables et celles qui peuvent être frappées de réprobation et de nullité.

Si d'un autre côté l'on se rappelle que dans les premiers temps qui ont suivi l'ouverture de la succession de Longwood, tout ce qui se rapporte soit à cette hérédité, soit aux actes de dernière volonté, a été enveloppé de mystères; si l'on se rappelle qu'ensuite il n'a été donné à ce sujet que des notions fragmentaires et dénuées de toute authenticité; que plus tard, les communications plus étendues qui ont été accordées sur les représentations réitérées de la tutelle, ont encore laissé à désirer plusieurs éclaircissements et l'observation de formalités ordinaires telles que l'affirmation qu'il n'existe pas d'autres dispositions que celles qui ont été communiquées; si l'on fait ces divers rapprochements, il n'y a pas lieu d'être surpris que les gens de loi qui ont été entendus de la part de la tutelle du duc de Reichstadt se trouvent arrêtés par de différents doutes, et qu'ils aient reconnu la nécessité d'une manifestation d'opinion et d'une communication d'actes de notoriété de la part du gouvernement Français.

On ne peut, en effet, se dissimuler qu'à défaut de connaître une base entièrement légale, tant sur l'existence d'une succession que sur la réalité des objets dont elle se compose, la tutelle courrait le risque de compromettre les intérêts du mineur, soit par une renonciation, soit par une acceptation de la portion héréditaire. En vous parlant des intérêts du mineur, il s'entend que je ne touche que ceux que le duc a de commun avec tout héritier *ab intestato;* ce sont les seuls que nous lui reconnaissons.

Ces considérations, et je pourrais en ajouter beaucoup d'autres, sont trop évidentes pour que le ministère Français ne reconnaisse pas convenable de venir par une juste initiative au secours des motifs d'hésitation et de perplexité de la tutelle, lesquels sont bien naturels, lorsqu'il s'agit des intérêts d'un mineur.

Plus d'un expédient, nous semble-t-il, se trouvait à la portée du gouvernement Français. Plus le testament du prisonnier de Ste-Hélène se présentait comme un appel aux passions, plus il était calculé à désaffectionner les Français à la restauration, plus il importait, semble-t-il, au ministère du roi de déjouer les intentions des dernières paroles du prisonnier de Ste-Hélène, et d'en neutraliser les mauvais effets en désintéressant ceux que des vues personnelles pouvaient rallier à ce système de protestation contre l'ordre actuel des choses. Il ne paraît pas qu'il fut bien difficile de les désintéresser en se mettant à la tête de la liquidation de la succession et en faisant quelques sacrifices pécuniaires pour imposer silence à l'intérêt individuel. D'après ces considérations il nous semble que tout doit engager le gouvernement Français à s'emparer de cette affaire, et à ne pas laisser subsister des incertitudes qui placent les autres dans l'impossibilité de se prononcer en pleine connaissance de cause et avec la sécurité d'une base légale.

En liant la présente explication à celles que j'ai eues à Vérone avec MM. de Montmorency et de Chateaubriand, le dernier de ces ministres devra me comprendre et trouver dans la réponse qu'il reçoit aujourd'hui, une preuve nouvelle de la haute connexion de la politique de l'empereur, notre auguste maître, ainsi que du scrupule avec lequel S. M. I. traite les questions de droit.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — —

XXXVI.

Baron Vincent an den Fürsten Metternich.

Paris, le 8 mai 1824.

Mon prince!

Par mon expédition du 27 du mois dernier, j'eus l'honneur d'informer V. A. que je m'attendais à recevoir incessamment de la part du ministère Français les éclaircissements qu'en suite de Sa dépêche du 18 mars de cette année, j'avais été chargé de lui demander dans l'affaire du testament de Bonaparte. En effet, j'ai reçu le 6 de ce mois, sous la date du 30 avril, la réponse ci-jointe de Mr. le vicomte de Chateaubriand à mon dernier office du 26 mars.

V. A. relèvera par la lecture de cette pièce qu'elle se partage en deux parties, dont la première est politique et la seconde juridique.

Je sais, en effet, que cette réponse, avant que de m'être transmise, a été communiquée à Mr. le garde des sceaux, aussi est-il visible que les trois premiers paragraphes sont l'ouvrage du département des affaires étrangères, et que le quatrième est sorti des bureaux du ministre de la justice.

Au premier aperçu j'avais pensé qu'on pourrait attaquer avec avantage le raisonnement que fait le ministre dans le second paragraphe, où il veut faire envisager comme une simple formalité la renonciation qu'il nous demande, puisque, si tel était le cas, il pouvait s'en passer, tandis qu'il est présumable, au contraire que, puisqu'il l'avait sollicitée, il l'avait envisagée différemment en premier lieu du moins.

Cependant la loi du 12 janvier 1816, sur laquelle est fondé le raisonnement du ministère, et dont j'ai l'honneur de joindre ici un exemplaire, m'a paru de nature à ne pas devoir répliquer à la note de Mr. de Chateaubriand, et à me borner à la porter à la connaissance de V. A.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — — —

Beilage:

Chateaubriand an Vincent.

Paris, le 30 avril 1824.

Monsieur le baron!

J'ai reçu, avec la lettre que V. E. m'a fait l'honneur de m'adresser le 26 du mois dernier, copie de la dépêche qu'Elle avait reçue de Mr. le prince de Metternich, relativement au testament de Bonaparte.

Je dois commencer par vous rappeler, Mr. le baron, que, d'après les dispositions qu'avait montrées votre cour, le gouvernement du roi avait pensé qu'elle était dans l'intention de regarder et de faire, comme une simple formalité, et sans qu'il fût nécessaire d'entrer en explications, la renonciation que les exécuteurs testamentaires et quelques légataires de Bonaparte avaient eu l'idée de réclamer. Il semblait convenable, en effet, et la cour de Vienne partage sans doute cette opinion, d'éviter l'espèce de scandale qui pouvait résulter d'une discussion ouverte sur des questions qui tiennent aux ressorts les plus délicats de l'ordre social, sur les droits de la légitimité, sur les faits de l'usurpation et les tristes conséquences qu'ils ont entraînées. Frappé de cette considération, le roi, qui n'a point hésité à y faire le sacrifice des sommes qu'il était en droit de revendiquer, ne m'aurait point autorisé à demander la renonciation, s'il n'eût dû croire que, comme chose convenue et de pure forme, elle serait immédiatement envoyée.

Votre cour, Mr. le baron, n'ayant pas cru pouvoir terminer si simplement cette affaire, le gouvernement du roi doit replacer, sous son véritable jour, la question de l'héritage de Bonaparte.

La loi du 12 janvier 1816 porte qu'aucun ascendant ou descendant de Bonaparte, aucun de ses parents, ne pourra jouir en France d'aucun droit civil.

Cette disposition formelle annulle tout intérêt qui, à titre d'hérédité, se rattacherait à sa succession. Aucune personne, tenant à lui par les liens du sang, ne peut ni posséder ni hériter en France.

Un argument si péremptoire et dont je m'interdirai de tirer la conséquence, tranche nettement la question et ne permet pas qu'il puisse s'élever un doute sur le sort de la succession. Il rend superflue toute renonciation à des droits qui, en France, se trouvent frappés de nullité. Il détruit le motif des questions que la cour de Vienne avait dû poser, dans l'hypothèse que cette renonciation dût se faire.

Je pourrais ajouter que Bonaparte, à l'époque où il a fait son testament, ne pouvait être regardé comme jouissant d'aucun droit civil. Frappé par des actes qui le mettaient hors de la loi commune, déchu de tout droit civil et social, par la déclaration unanime de l'Europe, au moment où il s'échappait de l'île d'Elbe, il n'avait plus les qualités qu'exige la loi pour disposer de ses biens, en supposant qu'il pût en posséder de légitimes. Et cette supposition tomberait, si je parlais du droit incontestable qui, au moment de la restauration, a mis en la possession du roi de France les biens de toute nature que l'usurpateur avait pu acquérir, à quelque titre que ce fût.

Mais le développement de ces principes n'est point ici nécessaire. La simple application de la loi que j'ai citée exclut irrévocablement tout droit d'hérédité dans la succession de Bonaparte, et je suis persuadé que la cour de Vienne n'hésitera point à le reconnaître.

Je prie V. E. de vouloir bien lui faire part de cette communication, et d'agréer l'assurance de la très haute considération, avec laquelle —

XXXVII.

Mémoire sur la succession de l'empereur Napoléon.

5 avril 1825.

Etat de la législation en France et en Angleterre sur les testaments.

La loi Française pose des limites aux dispositions testamentaires; elle réserve une légitime aux enfants du testateur; elle ne reconnaît des dispositions légales que celles manifestées par des testaments olographes ou reçus par des notaires. Les exécuteurs testamentaires n'ont de pouvoir qu'en présence de l'héritier qui, seul, est saisi de droit de tous les biens de la succession.

La loi Anglaise ne connaît d'autre règle à une succession que la volonté du testateur; elle ne réserve aucune légitime aux héritiers du sang; l'exécuteur testamentaire représente seul le testateur; il est saisi de tous les biens de la succession et responsable, même par corps, des dettes et obligations du testateur dont la dernière volonté n'a besoin, pour être légale, d'aucune des formes prescrites par la loi Française; il suffit qu'elle soit exprimée par un écrit signé du testateur.

Dispositions de l'empereur Napoléon.

L'empereur Napoléon a laissé plusieurs actes de dernière volonté: un testament et sept codicilles olographes, un huitième codicille non signé, une instruction pour l'exécution de son testament, une lettre à Mr. Lafitte, dépositaire des trois millions; enfin une lettre à Mr. de la Bouillerie, ancien trésorier de ses domaines. Par ces deux lettres il donne au comte de Montholon le pouvoir de recevoir les fonds qu'il demande à ces dépositaires.

L'empereur Napoléon, en écrivant à Mr. Lafitte, avait eu pour but d'éluder la question de la validité de son testament; il prévoyait que la

raison d'état pourrait, soit à Paris, soit à Vienne, dominer la succession, et c'est dans cette pensée que, le 25 avril, il remit au comte de Montholon les reconnaissances de la maison Lafitte, ainsi que la lettre mandat, par laquelle il lui donne pouvoir de toucher ces fonds.

Procédures qui ont eu lieu. 1ère époque.

Les circonstances ne permettaient pas de faire usage de la lettre adressée à Mr. de la Bouillerie.

Quant à la lettre adressée à Mr. Lafitte, le comte de Montholon, à son retour de Ste-Hélène, la lui a présentée, ainsi que les reconnaissances de la maison Perrégaux-Lafitte, dont il a requis le payement.

Sur le refus de Mr. Lafitte et sur sa déclaration, qu'il ne payerait qu'en vertu d'un jugement, la question s'est élevée de savoir, si ce jugement serait poursuivi en France ou en Angleterre. La considération de l'intérêt de Mgr. le duc de Reichstadt a déterminé, par les motifs qui seront développés ci-après, à suivre l'instance par devant le tribunal de Paris.

Mr. de Montholon s'est présenté comme porteur du mandat de l'empereur et des reconnaissances de la maison Perrégaux-Lafitte, et comme exécuteur testamentaire en vertu du testament dont il a produit un extrait contenant toutes les dispositions pécuniaires qui forment l'ensemble du testament, sauf les dispositions politiques. Mr. Lafitte, pour soutenir son refus de payement, a fait plaider les motifs suivants:

1° La lettre de l'empereur est un mandat, et tout mandat est annulé de fait et de droit par le décès du mandat.

2° Cette lettre ne pourrait former un titre valable, que si elle était considérée comme acte de dernière volonté; mais un acte de dernière volonté doit être écrit en entier de la main du testateur, et la lettre revêtue de sa signature est écrite d'une main étrangère, elle ne forme donc un titre valable sous aucun rapport.

3° Des dispositions testamentaires revêtues des formes voulues par la loi, pour les testaments olographes, et investissant le comte de Montholon et ses co-exécuteurs testamentaires de l'exécution des volontés du testateur et de la saisie de ses biens, ont été communiquées à Mr. Lafitte; mais il est sans qualité aux termes de la loi pour en contester ou en reconnaître la légalité. Cette reconnaissance n'appartient qu'à l'héritier du sang qui n'est pas mis en cause et qui est cependant le seul contradicteur légal que puisse avoir M. Lafitte.

4° Dans le cas où le testament serait inattaquable dans la forme par la loi, et ne serait pas contesté dans ses dispositions par l'héritier, il

pourrait être annulé sous le rapport de la capacité des personnes. Le testateur avait été frappé de mort civile, par l'ordonnance royale du 6 mars 1815, et l'héritier avait été privé des droits civils, par la loi du 12 janvier 1816: morts civilement tous les deux, ils ne pouvaient, l'un disposer, l'autre recueillir.

5° Par l'effet nécessaire de ces incapacités, le domaine serait investi de la propriété de l'universalité des biens du testateur, à titre de déshérence ou de succession vacante.

6° Indépendamment des considérations légales exposées ci-dessus, la réclamation, tant du testateur que de ses exécuteurs testamentaires, pourrait être contestée à raison de l'origine des fonds réclamés. Rien ne garantit qu'ils ne seront pas revendiqués par le roi, comme provenant de la liste civile pendant les 100 jours.

7° Enfin, par ces motifs Mr. Lafitte ne pourrait se dessaisir des fonds dont il est dépositaire, sans s'exposer à la triple revendication de l'héritier, du domaine et de la liste civile. Mais s'il ne peut, dans l'état des choses, rien délivrer aux exécuteurs testamentaires, jusqu'à ce qu'ils lui procurent, de tous les ayant droit, quels qu'ils puissent être, une décharge légale, il est prêt à les déposer à la caisse des consignations.

Le procureur du roi, adoptant tous les motifs présentés par Mr. Lafitte, conclut spécialement à ce que la mort civile du père et du fils fut reconnue.

Un jugement rendu le 12 mars 1822, évitant de statuer sur la question de la mort civile, a déclaré nulle et de nul effet, la lettre de l'empereur Napoléon portant mandat et rejeté, quant à présent, les demandes fondées sur le testament, attendu que cet acte n'était pas produit dans son entier.

Procédures qui ont eu lieu. 2ème époque.

D'après ce jugement, le comte de Montholon aurait dû se croire autorisé à présenter le testament dans son entier, pour renouveler son instance; mais il n'a pas tardé à être informé de la résolution prise extrajudiciairement par le gouvernement de s'y opposer et d'interdire toute procédure qui pourrait être faite en conséquence de l'ouverture de la succession en France.

La voie des tribunaux étant ainsi fermée, on a recouru à celle d'un jugement arbitral entre tous les légataires intéressés à l'exécution du testament. Ce jugement a statué sur la liquidation de l'actif et du passif

de la succession[1] et sur les droits tant des légataires que de l'héritier du sang.

Ce jugement pour être exécutaire, tant en faveur de l'héritier et des légataires que des créanciers, avait besoin de l'homologation du président du tribunal de 1ère instance. Le procureur du roi est intervenu, par ordre du gouvernement, et s'est opposé à l'homologation.

Suspension des procédures; démarches administratives. 3ème époque.

Le comte de Montholon aurait pu appeler du jugement du tribunal de 1ère instance à la cour royale, ou s'adresser à la même cour contre le déni de justice résultant du refus de prendre en considération la demande en homologation du jugement arbitral; mais la question de la mort civile du duc de Reichstadt ayant été plaidée par l'avocat de Mr. Lafitte, relevée et soutenue avec force, on peut même dire avec violence, par le procureur du roi, cette question se serait inévitablement trouvée soumise à la cour supérieure. Les dispositions étaient telles qu'on devait prévoir qu'elle serait jugée affirmativement; c'était l'opinion des conseils du comte de Montholon. Ils pensaient qu'un jugement qui prononcerait la mort civile du duc de Reichstadt, proscrirait à jamais et de toute la puissance de la chose jugée, tenue irrévocable par nos lois, toute instance judiciaire à former dans l'intérêt de l'héritier sur les biens dépendant de la succession; que cette succession se trouvant alors par le fait, et vraisemblablement par les dispositions de l'arrêt, déclarée vacante, faute d'héritier habiles à succéder, serait de droit dévolue au domaine à titre de déshérence; que, par une conséquence inévitable, le comte de Montholon, non seulement débouté de toute action sur les fonds déposés chez Mr. Lafitte, serait immédiatement poursuivi comme détenteur d'objets appartenant au domaine et contraint à se dessaisir au moment même de tous les effets mobiliers confiés à son honneur et destinés au duc de Reichstadt. Il résultait de là pour le comte de Montholon un devoir qui l'empêchait de continuer par appel ses instances devant les tribunaux; mais l'obligation lui restait de chercher à parvenir par d'autres voies à l'exécution des volontés du testateur.

[1] L'actif disponible a été reconnu par le jugement arbitral être de 3,248.500 frs., et le passif de 786.816·64 frs., ce qui donne un actif libre de 2,461.683 frs. dont la moitié réservée à la disposition de l'héritier du sang, serait de 1,230.841 frs.; de laquelle somme il convient de déduire les droits de succession, ceux résultant des procédures judiciaires, et enfin les intérêts des dettes jusqu'au jour du payement: ensemble environ 400.000 frs.

Mr. Lafitte, à qui le jugement de 1ère instance avait donné acte de son offre de dépôt, consentait à ne pas s'en prévaloir et à garder les fonds, jusqu'au moment où le comte de Montholon serait parvenu à le garantir contre toute revendication à exercer, soit par le gouvernement Français, soit par l'héritier.

La revendication du gouvernement Français pouvait avoir lieu à deux titres: 1° à titre de fonds sortis de la liste civile des 100 jours; cette revendication aurait été exercée par le roi; 2° à titre de succession non réclamée, l'héritier ne s'étant pas présenté; cette revendication aurait été exercée par le domaine.

Le comte de Montholon a recouru, d'abord à l'héritier, par l'intermédiaire de Mr. l'ambassadeur d'Autriche; ensuite au gouvernement Français au roi et au domaine.

Le président du conseil de ministres a rendu le 18 janvier 1823 la décision suivante: ‚Le président du conseil déclare, que le gouvernement Français ne mettra jamais d'obstacle à ce que les créanciers légitimes de Napoléon Bonaparte soient payés sur les fonds qui ont appartenu à ce dernier, et qui sont entre les mains du Sr Jacq. Lafitte.‘

Le roi a signé le 21 juin 1824 la décision suivante: ‚Sa Majesté renonçant à tous les droits que, seule, Elle aurait pu faire valoir sur les fonds déposés par Napoléon Bonaparte, chez la maison Perrégaux, Lafitte et compagnie, autorise tout payement des dits fonds, soit aux créanciers de Napoléon Bonaparte, soit au comte de Montholon, pour l'acquit des reconnaissances dont il est porteur.‘

En même temps le procureur du roi, à l'occasion de la demande d'un créancier qu'on avait fait intervenir, a provoqué l'intervention du domaine qui, se trouvant ainsi dans le cas de s'expliquer, a reconnu, de l'avis de son conseil et de l'autorité du ministre des finances, que, dans l'état des choses, la succession n'ayant pas été légalement ouverte en France et déclarée vacante, il ne jugeait pas devoir intervenir.

Ainsi Mr. Lafitte pouvait, dans cette situation, se dessaisir des fonds réclamés, sans que ni la liste civile ni le domaine pussent, dans aucun temps, exercer un recours à sa charge.

Mais l'héritier n'avait pas parlé; son licence laissait entier l'un des motifs de la résistance de Mr. Lafitte.

Procédure en Angleterre. 4e époque.

La législation Anglaise qui repousse l'héritier, lorsqu'il y a dispositions et exécuteur testamentaire, offrait une voie pour contraindre Mr. Lafitte et lui procurer par jugement une libération légale.

Mr. Lafitte s'y est prêté. Une signification de comparaître à Londres lui a été faite d'accord avec lui. Il s'est adressé par lettre, le 13 avril 1824 à Mr. le garde de sceaux, pour obtenir la permission de comparaître en Angleterre et d'obtempérer aux condamnations qui y seraient prononcées contre lui; il en a reçu le 20 avril la déclaration écrite, que le conseil du roi avait décidé, que la maison Lafitte était autorisée à se dessaisir des fonds à elle confiés par Napoléon Bonaparte, soit pour obéir aux jugements Anglais que pourrait obtenir contre elle l'exécuteur testamentaire de Napoléon Bonaparte, soit même pour prévenir les condamnations.

La cour suprême de Canterbury, à la requête du comte Montholon, a reconnu la validité des actes testamentaires de l'empereur, y compris les lettres-mandats adressées à MM. Lafitte et La Bouillerie qui, aux termes de la loi Anglaise, sont considérées comme codicilles, elle en a reçu le dépôt et ordonné l'exécution. La cour du banc du roi a prononcé, le 12 février 1825, son jugement dans l'instance entamée contre Mr. Lafitte, et l'a condamné à remettre au comte de Montholon le montant du dépôt. Cet arrêt a été signifié le 5 mars dernier à Mr. Lafitte, avec sommation de comparaître sous huitaine devant le tribunal de 1ère instance de Paris, pour se voir condamner à en exécuter les dispositions.

Il n'y a pas de doute, que le jugement d'exéquatur ne soit accordé, puisqu'il est la conséquence du système qui a été adopté par le conseil du roi et qui tend à constater que la succession de l'empereur Napoléon n'est point une succession Française.

Mr. le prince de Metternich est arrivé sur ces entrefaites, et le comte de Montholon, en lui rendant compte de la situation des choses, croit devoir lui soumettre une seule observation.

Lorsque le jugement à intervenir aura été rendu, soit qu'il se borne à reconnaître que la succession est légalement ouverte en Angleterre et régie par la loi Anglaise, soit qu'il aille, ce que ne manquera pas de requérir le ministère public, jusqu'à établir que l'empereur Napoléon et ses héritiers, étant sous l'empire de l'ordonnance du 6 mars 1815 et de la loi du 12 janvier 1816, sont morts civilement, le duc de Reichstadt sera à jamais reconnu par l'effet de ce jugement, incapable d'exercer aucune action en France, pour le recouvrement des biens dépendant de la succession de l'empereur.

Le seul moyen d'éviter ce résultat qu'on peut regarder comme certain, serait de renoncer à poursuivre en France l'exécution du jugement rendu en Angleterre; mais le comte de Montholon, chargé par l'empereur Napoléon de l'accomplissement de ses volontés, mettrait vaine-

ment en oubli, les intérêts privés que sa mission lui commande de défendre; un seul des légataires, un seul des créanciers s'emparant du jugement du banc du roi, pourrait le contraindre à comparaître devant les tribunaux Français et obtenir, à son défaut, le jugement qu'il s'agit de prévenir.

Il faudrait donc désintéresser les légataires et les créanciers. Les premiers sont nombreux; la plupart éprouvent des besoins pressants, et le caractère turbulent de plusieurs d'entr'eux ne permet d'en espérer ni résignation ni modération. Déjà fatigués d'une longue attente, ils se croient au moment d'être payés de leurs legs, et toute voie qui ne tendrait pas à leur en procurer le prompt payement, irait contre le but qu'on se propose.

Ainsi le point de la difficulté serait encore ce qu'il était dès les premiers moments: garantir Mr. Lafitte contre toute revendication possible. Une partie de la garantie qu'il a le droit d'exiger, résulte déjà de la déclaration du roi et des décisions ministérielles. Etant à l'abri, par ces actes, de tout recours de la part des autorités Françaises, il aura atteint son objet, s'il obtient la garantie beaucoup plus nécessaire, beaucoup plus efficace, beaucoup plus importante de l'héritier du sang. Si S. M. l'empereur d'Autriche, agissant comme chef de la famille Impériale et comme tuteur suprême du duc de Reichstadt, ou si le duc de Reichstadt sous l'autorité de son grand-père, renonce à tout droit sur les fonds en litige et autorise le détenteur de ces fonds à en effectuer le payement, Mr. Lafitte aura alors pour lui la législation politique et le droit commun; la législation politique en ce qu'il aura payé avec l'autorisation du roi et du gouvernement Français; le droit commun, en ce qu'il aura payé avec l'autorisation de l'héritier ayant seul un droit légal, puisque devant l'héritier disparaît tout droit collatéral. Il aura pour lui la législation Anglaise, en ce qu'il aura payé entre les mains de l'exécuteur testamentaire revêtu en Angleterre de tous les droits du testateur.

Les légataires seront satisfaits, puisque l'exécuteur testamentaire mis en possession des fonds, en disposera conformément au jugement arbitral que, d'un commun accord, les légataires ont adopté comme transaction entr'eux.

Quant aux créanciers surtout, dont les oppositions ont été formées postérieurement au jugement arbitral, ils ne peuvent être payés, selon la loi Française, que sur l'autorisation de l'héritier, les pouvoirs de l'exécuteur testamentaire étant périmés en France dans le délai d'un an et un jour (selon la loi Anglaise, ces pouvoirs durent toute la vie et sont même transmissibles par succession); l'exécuteur testamentaire aurait donc, d'après la loi Anglaise, le droit d'ordonner le payement des créan-

ciers Français; mais pour que ce payement eût lieu en France, il faudrait que le jugement du banc du roi y fût rendu exécutoire. On retomberait ainsi dans la difficulté dont on a voulu sortir. Il convient donc encore dans ce cas, que l'héritier manifeste sa volonté, en autorisant lui-même le payement des créanciers opposans, pour le montant déterminé de leurs créances.

Sera-t-il permis au comte de Montholon de soumettre à Mr. le prince de Metternich, comme conclusion de ce mémoire, un projet de rédaction de la décision à rendre par S. M. l'empereur d'Autriche, qu'il considère comme la plus propre à lever et à prévenir toute difficulté? Elle est calquée sur la décision royale du 11 juin 1824:

,S. M. l'empereur et roi, agissant comme chef de la famille Impériale et comme tuteur naturel et légal du duc de Reichstadt, renonçant à tous les droits qu'il aurait pu faire valoir sur les fonds déposés par l'empereur Napoléon dans la maison Perrégaux, Lafitte et C[ie], autorise tout payement des dits fonds, soit au comte de Montholon, pour l'acquit des reconnaissances dont il est porteur, soit aux créanciers du déposant, savoir:

Au comte Bertrand . .	2.855·67	balance de compte.
„ „ Montholon . .	17.171·60	dito.
„ duc de Bassano .	10.000	payement d'un bon de l'empereur.
	511.700	arrêté de compte pour remboursement des payements faits, par ordre de l'empereur au jeune Walewsky.
Héritiers Chartran . .	6.000	bon de l'empereur.
G[e] Piré	12.000	„
Ramolino	12.000	„
Poggi	12.000	„
Duchesse de S[t]-Leu . .	80.000	prix d'un collier de diamants.
Créanciers Bron. . . .	37.570·91	condamnation judiciaire.
Capitaine Danais Bessoy .	30.000	fret d'un bâtiment.
Huxmann & Wilson . .	4.800	avances à S[te]-Hélène.
Peyrusse, trésorier . .	1.895·15	balance de caisse.
Coursot, maître d'hôtel .	1.700	gages.
Planat	2.454	frais de voyage.
Barry, médecin . . .	12.508·34	appointements.
G[al] Gourgaud	18.000	arrérages de pension.
Santini, huissier . . .	5.510·97	gages.
Rousseau, argentier . .	2.100	„

Archambault, piqueur	.	1.750	gages
Chandelier, cuisinier	.	1.500	„
Peyrusset „	.	900	„
Lepage „	.	2.400	„

Le tout, en capital et intérêts à la date du payement des dites dettes, s'élèvent ensemble, en capital, à la somme de sept cent quatre-vingt-six mille huit cent seize francs, soixante quatre centimes.'

Paris, ce 5 avril 1825.

Signé: le général comte de Montholon.

XXXVIII.

Fürst Camille Borghese an den Grafen Bombelles.

Florence, 27 juillet 1825.

Monsieur le comte!

Étant un des exécuteurs testamentaires de la princesse, mon épouse, je crois de mon devoir de vous informer que dans son testament se trouve un article qui regarde le prince de Reichstadt. J'aurais beaucoup d'obligation à V. E. si Elle avait la bonté d'en prévenir S. A. le prince de Metternich, afin qu'il en instruisit l'empereur, tuteur de S. A. le prince de Reichstadt.

Ceci n'est qu'une simple communication de l'article du testament, puisque l'inventaire n'est pas encore terminé; dès qu'il le sera, je m'empresserai d'en informer V. E.

Je — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Beilage:

Articolo estratto dal testamento della principessa Paolina Borghese, nata Bonaparte, fatto il di 9 giugno 1825 in villa Strozzi fuori di Porta S. Gallo nella città di Firenze.

Lascio e lego la villa e possessione di S. Martino nell'isola dell'Elba al mio nepote Napoleone, figlio dell'imperatore mio fratello; e più il lavabo di porcellana, che servì all'incoronazione, e che gli ricorderà una dell'epoche più gloriosi dell'istoria di suo padre. La casetta de prosumi, i piccoli bijoux in oro, che l'imperatore mi ha lasciati per testamento ed il lutto in testimonianza della mia tenera affezione per lui.

(**Beilage zum Berichte des Grafen Bombelles an Metternich, ddo. Florence, 28 juillet 1825.**)

XXXIX.

Graf Bombelles an den Fürsten Metternich.

Florence, le 30 août 1825.

Mon prince!

Une personne qui ne veut pas être connue et qui ne m'a pas été nommée, m'a fait savoir que, si on lui promettait une récompense digne de la révélation qu'elle ferait, elle donnerait des renseignements positifs sur des sommes considérables déposées par Napoléon, il y a quelques années, chez des banquiers de Livourne. Quoiqu'au premier abord cette ouverture ait l'air d'une mystification ou plutôt d'une friponnerie, je n'ai cependant pas voulu, dans une affaire aussi importante, négliger de porter cette proposition à la connaissance de V. A. Je ne crois pas qu'il nous convienne de rien promettre de positif à la personne qui veut vendre son secret. Car si, comme cela est assez probable, c'est un fripon, il pourrait avec ses complices faire les fonds pour une somme peu considérable et exiger ensuite la forte récompense qu'on lui aurait promise. Je pense que ce qu'il y aurait de plus sage serait, s'il y a quelque fondement à tout ceci, de promettre l'individu en question tant pour cent sur les sommes en question dans le cas où effectivement on parviendrait à les retrouver. De cette manière, il n'y aurait aucun risque à courir. J'attends à cet égard les ordres de V. A.

J'ai tâché de sonder sur cette affaire Mr. Tito Manzi. Je me suis aperçu qu'il n'avait aucune idée d'argent laissé par Napoléon à Livourne, ni même de l'époque à laquelle ce placement eut pu s'effectuer. Mais en parlant avec Tito Manzi de l'ex-empereur, il m'a dit que, lors de son dernier séjour à Toscane, Mr. O'Meara l'avait assuré qu'indépendamment des cinq millions, confiés à Mr. Lafitte, Napoléon avait encore trois millions à Paris, mais que cet argent devait être regardé comme perdu, étant tombé dans des mains très peu sûres. O'Meara ne se rappelait plus le nom du banquier chez qui devait se trouver cet argent, mais il croyait qu'il portait l'un des quatre noms suivants: Rigaud, Lemercier, Bouvard ou Cronier. O'Meara ayant lu ces quatre noms sur des tablettes écrites de la main de Napoléon, il ignorait encore ou feignait d'ignorer si ces noms étaient véritables ou bien de convention et servant à en cacher d'autres. Des notions aussi peu sûres et aussi embrouillées ne mériteraient pas d'être portées à la connaissance de V. A., si, je le répète, dans des affaires aussi délicates il ne me paraissait pas indispensable de Lui faire tout savoir.

Veuillez — — — — — — — — — — — — — — — —

Ad XXXIX.

Graf Bombelles an den Fürsten Metternich.

Florence, le 14 janvier 1826.

Mon prince!

Je prends la liberté d'envoyer à V. A. en original le rapport ci-joint du consul général d'Autriche à Livourne. Ce rapport a trait à l'affaire dont j'ai eu l'honneur d'entretenir V. A. dans la dépêche que je Lui ai adressée le 30 août dernier n° 25 Litt. C. Je dois toutefois ajouter que je n'avais jamais parlé jusqu'à présent à Mr. Tausch de cette affaire, qui était parvenue à ma connaissance par un tout autre canal. Je n'entrerai au reste dans aucun pourparler à cet égard avant de connaître, mon prince, vos précises intentions.

Je prie V. A. de vouloir agréer — — — — — — — — — —

Beilage:

Generalconsul G. Tausch an den Grafen Bombelles.

Livorno, 13 gennajo 1826.

Eccelenza!

Dimora permanentemente in Livorno l'avvocato Vincenzo Vantini, nobile nativo di Portoferraio, e pensionato dal governo Toscano, perche fu giudice nel tempo del regime Francese, di poi gran giudice e ciambellano di Napoleone per il tempo che questo principe fu all' isola dell' Elba.

Ho potuto sapere che un individuo venuto da Firenze si è presentato nelli scorsi giorni al sudetto avvocato Vantini, invitandolo a dirgli, s' egli avesse avuto difficoltà di prestare l' opera sua per discoprire i capitali, che si suppongono esistere in Toscana, Roma e all' isola dell' Elba, appartenenti alla successione di Napoleone? Il medesimo ha replicato di non avere veruna difficoltà, mà di avere ancora i mezzi per conoscere i possessori dei capitali, ed i titoli, e le ragioni per obbligarli a pagare, mà che non averebbe fatto tale rivelazione nè trattato l' affare, altro che con persona autorizzata dal governo Toscano o Austriaco.

La persona ha dimandato all' avvocato sè aveva difficoltà di venire in Firenze per trattare l' affare, ed egli ha risposto che vi sarebbe andato mediante, lo sborso anticipato di zecchini cento, e la valida promessa, che lui solo sarebbe stato impiegato per il recupero dei capitali tanto in Roma come in Livorno, Pistoja ed isola d' Elba.

L' avvocato Vantini, con cui ho parlato, dopo avermi confermato quanto sopra, senza però indicarmi chi lo ha ricercato, mi ha detto di più, che egli occorrendo e in grado di farmi conoscere mediante un adequato compenso, i mezzi che ha per l'esito felice di quest' affare, e le somme di cui si tratta parzialmente, giachè esistono in Italia oltre dė' tre cento mila franchi appartenenti al fù imperatore Napoleone.

Confido a V. E. che siccome il Vantini è certo di vista, ho potuto vedere tra le sue mani una lettera firmata Peyrus, che credo fosse un pagatore, datata sè non erro del giugno 1823 senza paese, ma con marchi di posta di Francia, piena di numeri, dalla quale l'avvocato faceva il calcolo delle somme, e gli è scoppato, che franchi 19 mila li deve il Vivanelli di Pistoja — franchi 50 mila Luciano à Roma per minerali ricevuti dall' isola d' Elba, che altri 49 mila franchi sono in Livorno, resto di franchi 180 mila, e che il rimanente di questi era stato passato a un individuo a lui noto, e che tal denaro non è stato mai versato nella cassa di successione, fatto che resulta da documenti di cui il detto avvocato si vanta possessore. Finalmente, che per altri 140 mila franchi da incassare, di cui possiede i nomi dei debitori, che per questi tra pochi giorni vi saranno i titoli e le procure.

Ho stimato di riferire tutto ciò a V. E. senza intendere di garantire quanto possino essere veri gli attesti del Vantini. Si Ella gradisse di avere più lati schiarimenti, forse potrei ancor' tentare di procurarne possibilmente qualche cosa di più, mà non ne vado certo.

Con profondo rispetto — — — — — — — — — — — — — —

XL.

Marchand an den Herzog von Reichstadt.

Strasbourg, 18 mars 1832,
Hôtel de la 5e division militaire, chez le général Bruyer.

Prince!

Depuis plusieurs années je sollicite l'honneur de remettre à V. A. I. quelques objets tout de sentiment, dont votre auguste père, l'empereur Napoléon, m'a fait dépositaire dans ses derniers moments à Ste-Hélène.

Persuadé que l'âme de V. A. doit aspirer à s'identifier avec eux, et mes demandes ayant toujours été sans réponses, je m'adresse à vous, prince, avec l'espérance que vous me ferez connaître vos ordres et que, conformément aux dernières volontés de l'empereur, mon maître, j'aurai l'honneur d'être admis à vous remettre moi-même le dépôt qui m'a été confié.

J'ai l'honneur d'être — — — — — — — — — — — — — —

XLI.

Vortrag Metternich's an Kaiser Franz.

(Concept.) Den 29. August 1831.

Aus dem hier ehrerbietigst anverwahrten, vom Grafen Saurau einbegleiteten Promemoria des mit der Erbschaftsangelegenheit S. D. des Herrn Herzogs von Reichstadt in der Insel Elba beauftragten Advocaten Lamporecchi werden E. M. die Gründe zu entnehmen geruhen, welche diesem Commissär die baldige a. h. Entschliessung über seine früheren Anträge hinsichtlich einiger zum Activstande der erwähnten Verlassenschaft gehörigen Forderungen erwünschlich zu machen scheinen.

Indem ich mich auf meinen hierwegen unterm 31. März l. J. erstatteten, noch in den a. h. Händen befindlichen Vortrag gehorsamst beziehe, kann ich die von Lamporecchi angeführten Dringlichkeitsrücksichten nur E. M. Würdigung anheimstellen und der a. h. Schlussfassung in Ehrfurcht entgegensehen.

XLII.

Antomarchi an die Kaiserin Marie Louise.

Parme, le 10 septembre 1832.

Madame!

V. M. connaît ma position à Ste-Hélène et les bienveillantes dispositions de l'empereur Napoléon à mon égard. Elle sait aussi avec quelle parcimonie j'ai été traité par les exécuteurs testamentaires, quelle obstination ils ont mise à renvoyer à sa munificence le soin d'acquitter des charges que la succession devait porter. Je ne reviendrai pas sur ces pénibles détails.

V. M. a daigné me promettre que les intentions de l'empereur Napoléon seraient remplis. J'ai Sa parole; j'y compte et me borne à Lui rappeler que la vie s'écoule et que j'attends depuis douze ans que d'augustes volontés s'accomplissent.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — —

Antomarchi an Baron Mareschall.

Parme, le 10 septembre 1832.

Monsieur le baron!

J'ai l'honneur d'exposer à V. E. que la succession de l'empereur Napoléon, ouverte à Paris chez le banquier Lafitte, a été de cinq millions

environ; après avoir payé toutes les dettes dont la succession était gravée, on procéda à la division par moitié entre les légataires et l'héritier Napoléon II. La portion disponible d'après les lois Françaises a été subdivisée entre les légataires au marc le franc, la portion indisponible est restée dans les mains de Lafitte attendant la majorité de l'auguste héritier.

Deux millions environ, c'est la somme que le banquier doit aux héritiers du malheureux prince dont nous déplorons la perte, c'est sur ces fonds que je mets sous la protection de S. M. l'impératrice Marie Louise, l'acquittement des dernières volontés de son auguste époux en ma faveur. Ces volontés sont exprimées dans les six pièces que j'ai eu l'honneur de remettre à V. E. Elles renferment aussi les titres par lesquels j'implore la haute protection de S. M. la duchesse de Parme.

J'ai l'honneur — — — — — — — — — — — — — — —

XLIII.

Fürst Metternich an Baron Mareschall.

Vienne, ce 13 octobre 1832.

Monsieur le baron!

En réponse aux deux lettres que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 14 et 28 du mois dernier au sujet de la réclamation du docteur Antomarchi, j'ai avant tout celui de vous observer, Mr. le baron, que l'intention de l'empereur, notre auguste maître, telle qu'elle résulte de la résolution souveraine dont vous avez été instruit par ma lettre du 21 septembre dernier, étant, que la solution des questions relatives à la succession de feu l'empereur Napoléon, et qui, avant le triste évènement que nous déplorons tous, auraient dû être soumises à la décision de la haute tutelle de Mgr. le duc de Reichstadt, ait désormais à dépendre uniquement du bon plaisir de S. M. Mme l'archiduchesse, duchesse de Parme; je n'ai pas cru devoir soumettre à S. M. l'empereur vos lettres susmentionnées; ce qui toutefois ne doit pas m'empêcher de vous communiquer ainsi que je vais le faire, mes réflexions sur leur contenu, pour tel égard que Mme l'archiduchesse trouvera bon de leur accorder.

Les diverses pièces annexées à la première de vos lettres indiquent assez que le docteur Antomarchi, en renouvelant aujourd'hui sa réclamation, est parti de la supposition que la moitié des fonds déposés par Napoléon chez le banquier Lafitte aurait été tenue en réserve pour être mise à la disposition de Mr. le duc de Reichstadt à l'époque de sa majorité, et que maintenant encore cette moitié se trouverait entièrement

à la disposition de S. M. Mme l'archiduchesse, comme héritière de son auguste fils. Cependant, loin que cette supposition puisse paraître fondée, il est de fait au contraire (et c'est de quoi vous aurez pu vous convaincre, Monsieur, par la correspondance qui a eu lieu sur cette affaire entre feu Mr. le comte de Neipperg et moi) que dans une réponse officielle du vicomte de Chateaubriand, alors ministre des affaires étrangères de France, au baron de Vincent, le dit ministre déclare, par ordre de sa cour, que, non seulement l'empereur Napoléon, comme ayant encouru le ban de l'Europe, avait cessé dès lors d'être habile à posséder aucun bien ou à disposer de ceux qu'il avait laissés en France, mais que, si même on voulait admettre le contraire, son fils, comme atteint par la loi du 12 janvier 1816, ne pouvait dans aucun cas avoir le moindre droit à sa succession, et que, par conséquent, la renonciation qui d'abord avait été demandée à la haute tutelle de Mgr. le duc de Reichstadt dans l'intérêt des légataires, n'était qu'une simple formalité sur l'accomplissement de laquelle le gouvernement Français n'avait au fond nul intérêt d'insister. Or, comment pouvoir concilier le but politique que couvrait cette déclaration de Mr. de Chateaubriand, et qui était évidemment d'empêcher que les légataires de l'empereur Napoléon ne se crussent redevables en partie à la haute tutelle de Mgr. le duc de Reichstadt de la jouissance de leur legs par suite de la renonciation qu'elle aurait faite à la légitime de ce prince, comment, dis-je, pouvoir concilier ce but avec la supposition dont part le docteur Antomarchi, et ne doit-on pas bien plutôt reconnaître que le gouvernement Français, en prétendant d'un côté exclure Mgr. le duc de Reichstadt de toute participation à la succession de son père, tandis qu'il renonçait de l'autre en faveur des légataires à exercer le droit qu'il prétendait avoir de saisir les biens qui avaient appartenu à Napoléon (car cette dernière circonstance est également constatée par les actes) manifestait assez clairement par là son intention de voir la totalité des fonds déposés chez Lafitte appliquée à l'acquittement des legs et qu'ainsi il est bien difficile de supposer que cette application n'ait pas effectivement eu lieu. Un autre fait, pareillement avéré et qui vient encore à l'appui de ces considérations, c'est que les exécuteurs testamentaires s'étant avec la permission du gouvernement français adressés aux tribunaux Anglais, pour faire prononcer sur la validité des dispositions testamentaires de Napoléon, ces tribunaux ont déclaré que cette question devait se décider d'après les lois Anglaises, lesquelles ne mettent aucune borne à la faculté du testateur, de disposer selon son bon plaisir de la totalité de ses biens, soit qu'il ait ou non des enfants légitimes.

Je ne puis donc que répéter d'après tous ces faits, Mr. le baron, qu'il est bien difficile de croire que la moitié des fonds confiés à la maison Lafitte s'y trouve encore toujours déposée à l'heure qu'il est. Mais même en supposant (ce qui après tout n'est pas impossible) que la chose fût matériellement telle, s'ensuivrait-il pour cela que la revendication que S. M. l'archiduchesse, comme héritière de son fils, voudrait faire de la dite moitié, n'éprouverait aucune difficulté? n'est-il pas évident, au contraire, que l'exception que, d'après la déclaration de Mr. de Chateaubriand ci-dessus, on n'aurait pas manqué d'opposer à la haute tutelle de Mgr. le duc de Reichstadt, si elle avait voulu réclamer la moitié des dits fonds, subsiste encore aujourd'hui comme alors, et qu'ainsi il est plus que probable qu'on l'opposerait également à Mme l'archiduchesse? Je dis que cette exception subsiste encore toujours aujourd'hui; car la loi Française du 10 avril 1832 que vous citez dans la seconde de vos lettres, Monsieur, a bien à la vérité abrogé l'article quatrième de celle du 12 janvier 1816, mais loin de faire cesser l'inhabilité des descendants de Napoléon à jouir des droits civils en France, elle confirme, au contraire, très expressément les dispositions que contenait à cet égard la loi du 12 janvier 1816.

Enfin il est une dernière observation plus essentielle encore que les précédentes, savoir que même en supposant qu'une moitié des fonds confiés à la maison Lafitte, s'y trouvât encore déposée aujourd'hui, et qu'en outre cette moitié fut réellement à la disposition de S. M. Mme l'archiduchesse, toujours resterait-il dans cette double supposition à examiner, s'il serait conseillable que cette auguste princesse la revendiquât? Or, il y a lieu de croire que très vraisemblablement cet examen ne pourrait que conduire Mme l'archiduchesse à se décider pour la négative. Vous devez, en effet, vous être convaincu, Mr. le baron, par les antécédents de cette affaire que, dans l'hypothèse que je viens d'admettre, Mme l'archiduchesse se trouverait dans une position parfaitement semblable à celle que présentait l'état des choses dans les premiers moments où il s'est agi de l'exécution du testament de Napoléon. Vous aurez vu qu'alors on ne contestait pas encore à Mgr. le duc de Reichstadt l'habileté à recueillir la part qui, d'après les lois Françaises, lui compétait dans la succession de son père, et les exécuteurs testamentaires, ainsi que le gouvernement Français lui-même, pensaient si peu à la lui contester qu'ils s'étaient adressés, ceux-là à S. M. Mme l'archiduchesse, et celui-ci à notre cour pour obtenir une renonciation volontaire à la part susdite; renonciation à laquelle S. M. l'empereur, en sa qualité de tuteur du jeune prince, et Mme l'archiduchesse elle-même, se sont effectivement décidés, et dont l'acte formel n'est resté inaccompli que parce que dans les entrefaites

est survenue la déclaration susmentionnée de Mr. de Chateaubriand, laquelle en mettant en question le droit de Mgr. le duc de Reichstadt à la légitime que lui donnaient les lois Françaises, eût rendu illusoire la clause dont S. M. avait jugé nécessaire de vinculer la dite renonciation, c'est-à-dire la réserve des droits de son auguste pupille aux biens laissés par Napoléon, autres que ceux spécifiés dans le testament et dans les codicilles communiqués par les exécuteurs testamentaires et dont l'existence eût pu venir au jour dans la suite. Or, si S. M. l'empereur et Mme l'archiduchesse elle-même, à une époque où ils étaient dans la ferme persuasion du droit de Mgr. le duc de Reichstadt à la moitié des fonds déposés chez Lafitte, se sont montrés disposés à renoncer à l'exercice de ce droit aux termes des déclarations éventuellement arrêtées à cet effet, n'est-il pas vraisemblable que les mêmes considérations qui ont déterminé alors ces augustes personnes, engageraient encore aujourd'hui S. M. Mme l'archiduchesse à prendre le même parti si, comme le prétend le docteur Antomarchi, il dépendait effectivement d'elle de se mettre en possession de la moitié des fonds susmentionnés?

Quoi qu'il en soit, comme depuis la déclaration souvent dite de Mr. de Chateaubriand, nous n'avons plus été dans le cas de nous tenir si exactement au courant de ce qui avait trait à l'exécution des dispositions testamentaires de Napoléon, il ne peut qu'être utile qu'avant de prendre sur cette affaire une détermination quelconque, S. M. Mme l'archiduchesse vous charge, Mr. le baron, de vous procurer des informations exactes sur son état actuel et de vous adresser dans ce but à Mr. le comte Apponyi.

Entretemps, et si toutefois vous croyez nécessaire de répondre dès à présent au docteur Antomarchi, vous pourriez dans ce cas vous borner à lui faire connaître que ce ne sera qu'après que les dites informations auront été mises sous les yeux de Mme l'archiduchesse, que cette auguste princesse sera à même de porter sur l'objet de sa réclamation une résolution définitive, que vous vous réserverez de lui faire connaître en son temps.

Quant aux biens laissés par Napoléon dans l'île d'Elbe, il y a d'autant moins de difficulté, à mon avis, que Mme l'archiduchesse en ordonne le recouvrement ultérieur à son profit, que s'il pouvait en résulter quelqu'inconvénient, il aurait déjà été encouru par la prise de possession de ces biens qui a eu lieu du vivant de Mgr. le duc de Reichstadt, et ne pourrait maintenant ni être atténué ni aggravé par le fait de Mme l'archiduchesse.

Mais tel n'est pas le cas, vu que la haute tutelle de ce prince n'a procédé à cette prise de possession que sous bénéfice d'inventaire. On

pourrait d'ailleurs soutenir au besoin que c'est moins à titre d'héritier que Mgr. le duc de Reichstadt, ou pour parler plus exactement, la haute tutelle de ce prince, a pris possession de ces mêmes biens qu'à celui de l'abandon que la princesse Borghèse, à qui Napoléon les avait légués par un de ses codicilles, en a fait en faveur du prince son neveu.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — — — —

XLIV.

Fürst Metternich an Baron Mareschall.

Vienne, le 8 juin 1833.

Monsieur le baron!

Une démarche récente de Mr. l'ambassadeur de France, dont le but et les motifs sont retracés dans le memorandum ci-joint, me met dans le cas de revenir sur ce qui faisait le sujet de la lettre que j'ai eu l'honneur de vous adresser le 13 octobre dernier en réponse aux deux vôtres du 14 et 28 septembre de la même année, relatives à la réclamation d'un des légataires de l'ex-empereur Napoléon, le docteur Antomarchi. Après avoir développé dans ma dite réponse les considérations qui me faisaient penser qu'il ne serait nullement conseillable à S. M. Mme l'archiduchesse de Parme de revendiquer la moitié des fonds déposés par Napoléon chez Lafitte, même en supposant que cette moitié se trouvât encore entre les mains de ce dernier, j'ajoutais qu'avant toutefois de prendre une résolution définitive à cet égard, il pourrait plaire à Mme l'archiduchesse de se procurer des informations positives sur l'état où se trouve actuellement à Paris l'affaire de la succession de Napoléon.

Si cette auguste princesse a jugé à propos de suivre ce conseil, il est plus que probable que les informations qu'elle aura reçues sont conformes à l'exposé du memorandum susmentionné, et lui auront prouvé la réalité de ce que je n'avais pu que conjecturer dans ma dite lettre du 13 octobre dernier, savoir que, bien loin de trouver le terrain favorablement disposé pour la revendication que le docteur Antomarchi vous avait représentée comme si facile et d'un succès si certain, Mme l'archiduchesse, en se portant à cette démarche, n'aurait pu, d'après la situation actuelle de l'affaire, que rencontrer de nouveaux et plus forts obstacles. Tout se réunit donc, me paraît-il, pour déterminer définitivement Mme l'archiduchesse à renoncer, ainsi que l'empereur son auguste père et elle-même s'y étaient déjà décidés précédemment, à l'idée de pouvoir faire valoir les droits de S. A. le duc de Reichstadt à une partie de la succession de Na-

poléon, et dès lors Mme l'archiduchesse trouvera sans doute avec moi que le moment le plus opportun pour déclarer cette renonciation est celui, où on la demande comme un acte de condescendance à laquelle on devra lui tenir compte de s'être prêtée, ainsi qu'à notre gouvernement de la lui avoir conseillée.

Je vous engage, en conséquence, Mr. le baron, à porter le contenu de ma présente lettre à la connaissance de S. M. Mme l'archiduchesse, et à la supplier, pour le cas où elle soit décidée à prendre le parti que je me permets de lui conseiller comme celui qui me paraît le plus conforme à ses intérêts, de vous autoriser à me faire connaître officiellement sa détermination, pour que je puisse à mon tour en donner acte, en son auguste nom, à Mr. l'ambassadeur de France.

Recevez — — — — — — — — — — — — — — —

Beilage:

Note des französischen Botschafters am Wiener Hofe.

Le testament de l'empereur Napoléon contenait des legs rémunératoires qui devaient être acquittés par Mr. Jacques Lafitte jusqu'à concurrence de certaines sommes appartenant au testateur, dont la maison Lafitte était restée dépositaire.

Ces sommes se sont trouvées inférieures de moitié à la valeur des legs portés au dit testament, et les légataires ont dû être privés pour ce motif de la moitié de leurs legs.

Cette moitié pouvait être réduite encore au quart attendu que d'après la loi civile Française le testateur, laissant des enfants, ne peut disposer que de la moitié de l'actif de sa succession.

Pour ce motif Mr. Jacques Lafitte craignant des réclamations ultérieures de S. A. le duc de Reichstadt ou de ses ayant-causes, refusait de payer les legs.

Les exécuteurs testamentaires, en poursuivant la délivrance, avaient obtenu en Angleterre un jugement de la cour du ban du roi qui se fondant sur la disposition de la loi Anglaise et sur le droit qu'elle accorde à tout testateur de disposer de la totalité de ses biens meubles condamnait MM. Jacques Lafitte et Cie. à se dessaisir de la totalité des fonds appartenant à l'empereur Napoléon.

Le gouvernement Français s'opposa pour des motifs politiques à ce que le jugement de Londres fut rendu exemptoire par les tribunaux Français donnant du reste sa renonciation pleine et entière à toutes les récla-

mations et actions quelconques qu'il pourrait, à quelque titre que ce fût, avoir à exercer sur la succession de l'empereur.

Cependant certains légataires de l'empereur Napoléon éprouvaient des besoins pressants et sollicitaient avec instance la délivrance de leurs legs; le Mr. de Sémonville et le duc de Bassano, mus par les motifs les plus honorables, et pleins de confiance dans la générosité des héritiers de l'empereur, se rendirent personnellement garants auprès de la maison Lafitte qu'aucune réclamation ne serait jamais élevée dans l'intérêt de ses héritiers contre la légalité des payements sollicités. La maison Lafitte accepta cette garantie, vida ses mains, mais prit une hypothèque de 500.000 frs. sur les biens immeubles de Mr. le marquis de Sémonville et de 400.000 frs. sur les biens meubles du duc de Bassano.

Ces inscriptions contrarient vivement aujourd'hui les intérêts des deux familles qui ne peuvent cependant obtenir la radiation que si la maison Lafitte est mise à l'abri de tout recours de la part de S. M. l'impératrice Marie Louise. La bienveillance avec laquelle S. A. Mr. le prince de Metternich a bien voulu écouter l'exposé de cette affaire dispense de retracer ici les motifs de diverse nature que pourraient invoquer les intéressés. On se bornera à indiquer comme la solution la plus simple une déclaration par laquelle S. M. Marie Louise renoncerait à tous ses droits sur la succession de S. M. l'empereur Napoléon, et approuverait implicitement ou explicitement les payements faits par la maison Lafitte.

XLV.

Mareschall an den Fürsten Metternich.

Parme, le 21 juin 1833.

Mon prince!

Aussitôt après la réception de la dépêche de V. A. du 8 de ce mois concernant la renonciation de S. M. Mme l'archiduchesse duchesse de Parme, à toute idée de faire valoir les droits de S. A. Mgr. le duc de Reichstadt à aucune partie de la succession de Napoléon son père, je me suis empressé de la mettre sous les yeux de S. M., ainsi que le memorandum de Mr. l'ambassadeur de France qui s'y trouvait annexé, et un exposé général de la marche de cette affaire depuis son origine. (Fehlt.)

S. M. Mme l'archiduchesse laquelle est charmée de pouvoir suivre dans cette occasion une marche conforme aux intentions qu'elle a manifestées dès le principe de cette affaire, a daigné m'autoriser à déclarer officiellement en son auguste nom à V. A., ainsi que j'ai l'honneur de le

faire par la présente, qu'elle renonçait volontairement à toute idée de faire valoir les droits de S. A. le duc de Reichstadt à une partie de la succession de Napoléon son père. Priant V. A. de donner acte de cette déclaration à Mr. l'ambassadeur de France, aussi bien qu'à tout autre qu'elle pourrait concerner, daignéz — — — — — — — — — — —

Beilage:

Vortrag Mareschall's an Marie Louise.

Parme, le 21 juin 1833.

Madame!

Une demande récente de Mr. l'ambassadeur de France à Vienne, ayant pour but d'obtenir de V. M. une renonciation formelle à l'idée de faire valoir les droits de feu S. A. S. le duc de Reichstadt sur la succession paternelle, me fait un devoir de retracer brièvement à V. M. la marche de cette affaire depuis son origine.

Le testament de Napoléon contenait des legs rémunératoires qui devaient être acquittés par la maison de banque Lafitte, jusques à concurrence de certaines sommes appartenant au testateur, dont cette maison était dépositaire. Ces sommes se sont trouvé inférieures au montant des legs portés au dit testament, et elles le seraient devenues encore infiniment plus, si l'on s'était prévalu des lois civiles Françaises, selon le texte desquelles le testateur laissant des enfants ne peut disposer que de la moitié de l'actif de sa succession.

A cette époque et pour ces causes les exécuteurs testamentaires s'adressèrent à V. M., et le gouvernement Français à S. M. l'empereur comme chargé de la haute tutelle de feu S. A. S. le duc de Reichstadt, afin d'obtenir de l'une et de l'autre partie une renonciation volontaire à la part qui d'après les lois Françaises pouvait compéter à ce jeune prince; renonciation à laquelle V. M. aussi bien que S. M. l'empereur, en sa qualité de tuteur de son auguste petit fils, se sont effectivement décidés et dont l'acte formel n'est resté inaccompli que parce que le gouvernement Français ayant entretemps changé de manière d'envisager cette affaire et mis en question le droit du duc de Reichstadt à la légitime que lui donnaient les lois Françaises, la clause dont S. M. l'empereur avait jugé nécessaire de vinculer la dite renonciation, c'est-à-dire la réserve des droits de son auguste pupille aux biens laissés par Napoléon, autres que aux spécifiés dans le testament et dans les codicilles communiqués par les exécuteurs testamentaires, serait devenue illusoire.

Depuis cette époque, ni V. M. ni la haute tutelle de feu Mgr. le duc de Reichstadt n'avaient plus donné aucune suite à cette affaire, lorsque l'automne passé, peu de mois après le malheureux décès de ce prince, le docteur Antomarchi se présenta à Parme réclamant de V. M. l'acquittement des dernières volontés de Son époux en sa faveur, et le sollicitant sur la partie des fonds déposés chez le banquier Lafitte, laquelle selon son assertion avait dû être considérée comme indisponible, et rester par conséquent en dépôt dans la dite maison de banque jusqu'à la majorité du jeune prince.

V. M. daigna m'ordonner de porter la réclamation du docteur Antomarchi à la connaissance de Mr. le prince de Metternich et de demander en son nom l'avis de S. M. I. tant sur la supposition avancée par le réclamant, que sur la ligne de conduite qu'il y aurait à tenir sous le rapport des propres convenances aussi bien que sous celui des intérêts des légataires.

Mr. le prince de Metternich en me répondant en date du 13 octobre dernier que, quoiqu'en suite de la résolution souveraine de S. M. l'empereur, communiquée à la date du 21 septembre, la solution des questions relatives à la succession de feu l'empereur Napoléon appartenait dorénavant entièrement à V. M., il n'avait pas pu Lui soumettre mes communications, ajoute qu'il ne croyait point que cela dut l'empêcher de me communiquer ses réflexions sur leur contenu, pour tel égard que V. M. jugerait convenable de leur accorder.

S. A. établit dans la pièce ci-jointe en original que, non seulement la supposition du docteur Antomarchi sur la partie des fonds tenus en réserve chez le banquier Lafitte jusqu'à la majorité de Mgr. le duc de Reichstadt était probablement erronée, mais que même dans le cas où elle fut vraie et aussi bien que dans celui où il appartiendrait à V. M. d'en disposer, il ne serait encore nullement conseillable à V. M. de la revendiquer, les mêmes considérations qui l'avaient disposée ainsi que S. M. l'empereur à renoncer dans le principe à l'exercice de ce droit, devant vraisemblablement L'engager encore à present à prendre le même parti; il conseillait en outre comme utile avant de prendre sur cette affaire une détermination définitive, de se procurer par Mr. le comte Appònyi des renseignements exacts sur son état.

V. M. mettant une pleine confiance dans l'opinion énoncée par Mr. le prince de Metternich, et n'ayant jamais eu d'autre intention que d'examiner ce qui pourrait être dans l'intérêt des légataires qui s'étaient adressés à Elle, ne jugea point convenable alors de donner suite à l'affaire; à présent Mr. le prince de Metternich en suite du memorandum

remis par Mr. l'ambassadeur de France, lequel se trouve joint à sa dépêche du 8 de ce mois et prouve que les conjectures exprimées dans celle du 13 octobre 1832 sont parfaitement vérifiées par les faits, conseille à V. M. d'accéder à la demande de Mr. l'ambassadeur de France, et de renoncer ainsi qu'Elle s'y était déjà décidée précédemment à toute idée de faire valoir les droits de S. A. S. le duc de Reichstadt à une partie de la succession de Napoléon, considérant que le moment le plus opportun pour déclarer cette renonciation est celui où on la Lui demande comme un acte de condescendance, auquel on devrait Lui tenir compte de s'être prêtée.

J'ose donc prier V. M. si, d'après l'exposé ci-dessus, Elle juge convenable de prendre le parti qui Lui est conseillé comme le plus conforme à Ses intérêts, de daigner m'autoriser à faire connaître officiellement à S. A. Mr. le prince de Metternich la détermination de renoncer volontairement à toute idée de faire valoir les droits de S. A. S. le duc de Reichstadt à une partie de la succession de Napoléon son père, afin qu'il puisse à son tour en donner acte à Mr. l'ambassadeur de France.

Le grand-maître de V. M.

Approuvé Marie Louise m. p. Mareschall m. p.

XLVI.

Nous Marie Louise, Princesse Impériale, Archiduchesse d'Autriche, Duchesse de Parme, Plaisance et Guastalla

Donnons par ces présentes pleinpouvoir chargé et autorité à Mr. Porcher de Lafontaine, avocat de la cour Royale, chevalier de la légion d'honneur, demeurant à Paris, de faire à tel tribunal ou autorité qu'il appartiendra, la déclaration que Nous renonçons purement et simplement tant en Notre nom personnel, que comme héritière en partie de feu Napoléon François Charles Joseph duc de Reichstadt, Notre fils, à tous droits et prétentions, généralement quelconques que Nous et Notre fils aurions pu avoir sur tous les biens meubles et immeubles, situés en France, ayant appartenu à l'empereur Napoléon Notre Illustre époux, d'affirmer que Nous n'avons fait aucun acte d'héritier, enfin de faire et signer toutes déclarations et affirmations qui seront requises pour l'objet du présent pouvoir.

Fait en Notre résidence ducale de Plaisance le douce Mai mille huit cent trente sept.

Abkürzungen.

Antomarchi: Mémoires du docteur Antomarchi. Bruxelles 1825. 2 Bde.

Correspondance de Napoléon: Correspondance de Napoléon I, publiée par l'ordre de l'empereur Napoléon III. Paris 1858—1870. 32 Bde.

Eugène: Mémoires et correspondance politique et militaire du prince Eugène, par A. du Casse. Paris 1860. 10 Bde.

Forsyth: History of the captivity of Napoleon at St. Helena. London 1853. 3 Bde.

Hamel: Histoire du règne de Louis Philippe faisant suite à l'histoire de la restauration, Juillet 1830—Février 1848, par Ernest Hamel. Paris 1889.

Helfert: Maria Louise, Erzherzogin von Oesterreich, Kaiserin der Franzosen. Wien 1873.

Larrey, Madame Mère: Madame Mère, Essai historique par le baron Larrey. Paris 1892. 2 Bde.

Marie Louise, Correspondance: Correspondance de Marie Louise. Vienne 1888.

Montbel: Le duc de Reichstadt. Paris-Versailles 1832.

Montholon: Histoire de la captivité de Ste-Hélène. Paris 1846. 2 Bde.

Oesterreichs Theilnahme an den Befreiungskriegen: Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1813—1815, nach Aufzeichnungen von Friedrich von Gentz, nebst einem Anhang: Briefwechsel zwischen den Fürsten Schwarzenberg und Metternich. Herausgegeben von. Richard Fürst Metternich-Winneburg. Geordnet und zusammengestellt von Alfons Freiherrn von Klinkowström Wien 1887.

Prokesch: Mein Verhältniss zum Herzog von Reichstadt.

Schlitter: Die Napoleoniden: Kaiser Franz I. und die Napoleoniden vom Sturze Napoleons bis zu dessen Tode. Wien 1888. (Aus dem Archiv für österreichische Geschichte, LXXII. Bd., II. Hälfte, separat abgedruckt.)

St.-A.: K. und k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv.

Thiers: Histoire du consulat et de l'empire. Paris 1845—1862. 20 Bde.

Namensverzeichniss.

M.

N.

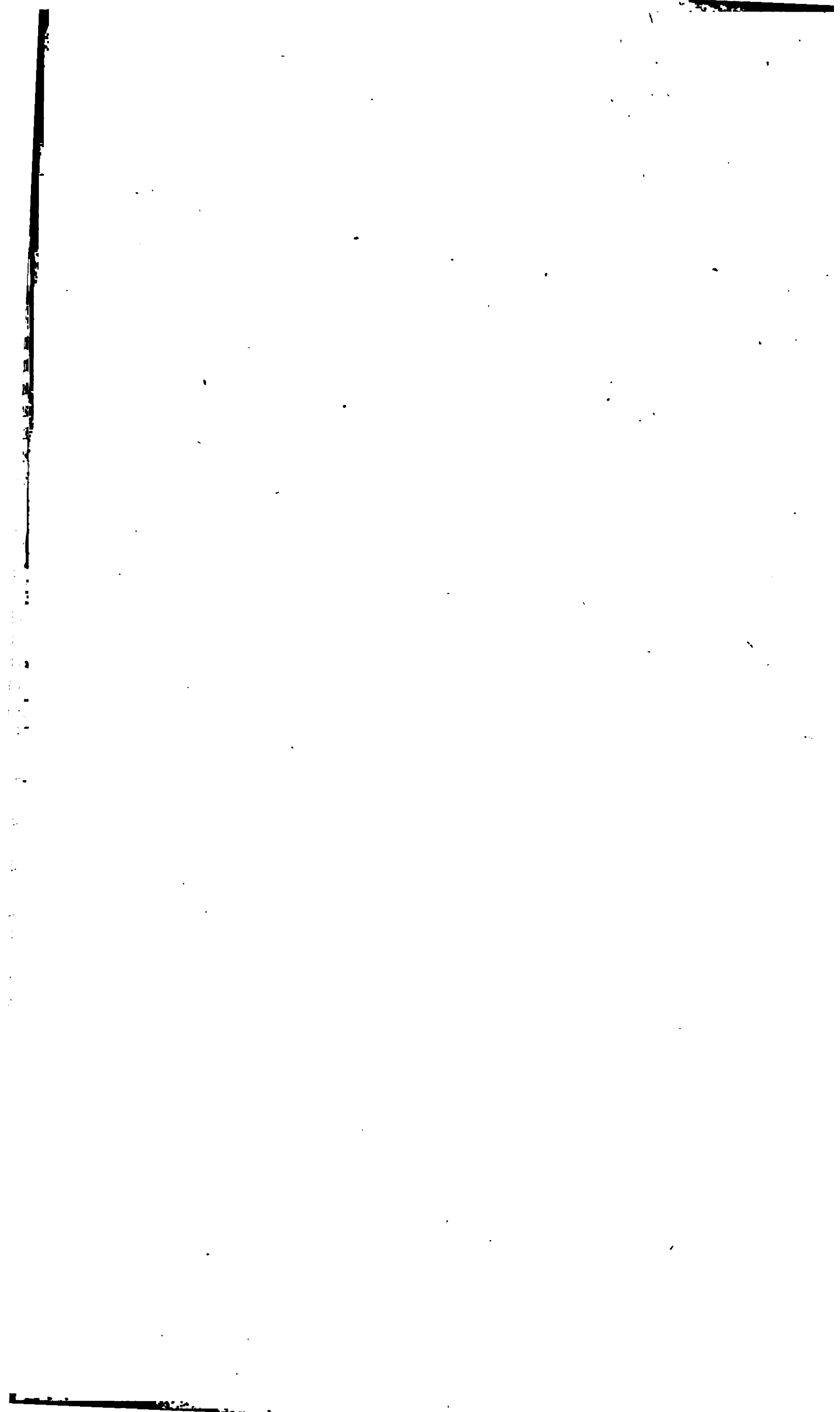
O.

P.

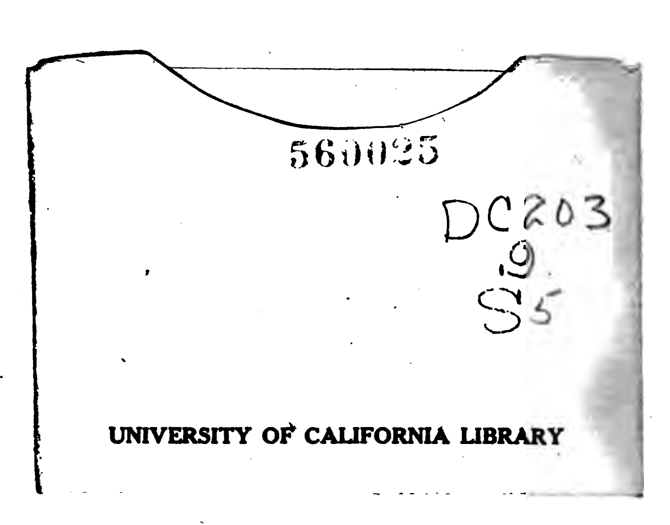
Inhaltsverzeichniss.

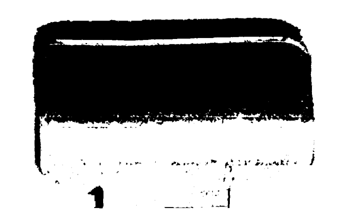
Beilagen.

Ausgegeben am 13. September 1893.






560025
DC203
.9
S5
UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY



Arneth, A. Ritter v.: Graf Philipp Cobenzl und seine Memoi[ren]. 8°. 1885. 1 fl. 40 kr. = 2 M. 80 [Pf.]

Fournier, Aug.: Handel und Verkehr in Ungarn und Polen u[m] die Mitte des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschicht[e] der österreichischen Commercialpolitik. 8°. 1887. 1 fl. 30 kr. = 2 M. 60 Pf.

— Eine amtliche Handlungsreise nach Italien im Jahre 1754. Ein neuer Beitrag zur Geschichte der österreichischen Commercialpolitik. 8°. 1888. 40 kr. = 80 Pf.

Höfler, C. Ritter v.: Donna Juana, Königin von Leon, Castilien und Granada, Erzherzogin von Oesterreich, Herzogin von Burgund, Stammmutter der habsburgischen Könige von Spanien und der österreichischen Secundogenitur des Hauses Habsburg. 1479—1555. 8°. 1885. 3 fl. = 6 M.

Huber, Alfons: Die Gefangennehmung der Königinnen Elisabeth und Maria von Ungarn und die Kämpfe Königs Sigismund gegen die neapolitanische Partei und die übrigen Reichsfeinde in den Jahren 1386—1395. 8°. 1885. 30 kr. = 60 Pf.

— Die Kriege zwischen Ungarn und den Türken (1440—1443). Kritisch untersucht. 8°. 1886. 40 kr. = 80 Pf.

Lampel, Dr. J.: Die Landesgrenze von 1254 und das steirische Ennsthal. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Zwischenreiches. Mit 32 urkundlichen Beilagen. 8°. 1887. 1 fl. 20 kr. = 2 M. 40 Pf.

Lewicki, A.: Ein Blick in die Politik König Sigmunds gegen Polen in Bezug auf die Hussitenkriege (seit dem Käsmarker Frieden). 8°. 1886. 60 kr. = 1 M. 20 Pf.

Pribram, A. Fr.: Die Berichte des kaiserlichen Gesandten Franz von Lisola aus den Jahren 1655—1660. Mit einer Einleitung und Anmerkungen versehen. 8°. 1887. 4 fl. = 8 M.

Schlitter, Hans: Die Berichte des k. k. Commissärs Bartholomäus Freiherrn von Stürmer aus St. Helena zur Zeit der dortigen Internirung Napoleon Bonaparte's (1816—1818). 8°. 1886. 1 fl. 50 kr. = 3 M.

— Kaiser Franz I. und die Napoleoniden vom Sturze Napoleons bis zu dessen Tode. Aus Schriftstücken des k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchivs. 8°. 1888. 2 fl. = 4 M.

Wertheimer, Ed.: Erzherzog Carl und die zweite Coalition bis zum Frieden von Lunéville (1798—1801). Nach ungedruckten Quellen. 8°. 1886. 50 kr. = 1 M.

— Zur Geschichte Wiens im Jahre 1809. (Ein Beitrag zur Geschichte des Krieges von 1809.) Nach ungedruckten Quellen. 8°. 1889. 35 kr. = 70 Pf.

Zu den beigefügten Preisen durch **F. Tempsky**, Buchhandlung der kais. Akademie der Wissenschaften (Wien, I., Wollzeile 15), zu beziehen.

Ausgegeben am 13. September 1893.